

# Deutschland Archiv



## Deutschland Archiv 2020

Deutschland Archiv 2020

Schriftenreihe Band 10662

# Deutschland Archiv 2020

Hinweise zu den Autorinnen und Autoren finden Sie auf den Seiten 196–198.

Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der Bundeszentrale für politische Bildung dar. Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung. Die Inhalte der im Text und Anhang zitierten Internetlinks unterliegen der Verantwortung der jeweiligen Anbieter. Für eventuelle Schäden und Forderungen können die Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.) und die Autorinnen und Autoren keine Haftung übernehmen.

Bonn 2021

© Bundeszentrale für politische Bildung  
Adenauerallee 86, 53113 Bonn

Lektorat und Redaktion Print- und E-Book-Ausgabe:  
Anja Linnekugel, Dirk Michel (Mannheim)

Redaktion »Deutschland Archiv« Online:  
Anja Linnekugel, Holger Kulick, bpb

Umschlaggestaltung: Michael Rechl, Kassel  
Satzherstellung: Naumilkat – Agentur für Kommunikation und Design, Düsseldorf  
Umschlagfoto: © ddp images/Berthold Stadler  
Druck und Bindung: Druck- und Verlagshaus Zarbock GmbH & Co. KG, Frankfurt a.M.

Sämtliche Einzeltexte stehen – mit Ausnahme der Bilder – unter einer Creative Commons Lizenz vom Typ Namensnennung-NichtKommerziell-KeineBearbeitung 3.0 Deutschland.



ISBN: 978-3-7425-0662-7

[www.bpb.de/deutschlandarchiv](http://www.bpb.de/deutschlandarchiv)

# Inhalt

Editorial	7
JÖRG GANZENMÜLLER	
● Ostdeutsche Identitäten	9
MARCUS BÖICK	
● Die »Ur-Treuhand« im Jahr 1990	18
ANDREAS MALYCHA	
● Im Schlepptau der Bonner Behörden?	30
KERSTIN BRÜCKWEH	
● Unter ostdeutschen Dächern: eine lange Eigentumsgeschichte der »Wende« – die <i>erste Fallstudie</i>	43
KATHRIN ZÖLLER	
● Erinnerung, Wandel und Neubewertung – die Schulzeit in der langen Geschichte der »Wende«	56
CLEMENS VILLINGER	
● Teuer erkaufte Alltagswissen	69
THOMAS GROSSBÖLTING	
● Wem gehört die Friedliche Revolution?	79
CARMEN NIEBERGALL	
● Für mehr Frauenrechte und Parität	90
RÜDIGER FIKENTSCHER	
● Die letzte Volkskammer als Schule der Demokratie	99
DIETMAR KELLER	
● Geht alle Macht vom Volke aus?	107

WOLFGANG TEMPLIN	
● Auf dem Weg zu einem freien Belarus?	112
MAXIMILIAN KUTZNER	
● Die Debatte um die Herkunft der Asiatischen Grippe 1957	127
MAXIMILIAN SCHOCHOW UND FLORIAN STEGER	
● Epidemien in der DDR – eine medizinhistorische Perspektive	136
CHARLOTTE MISSELWITZ	
● Als ob wir nichts zu lernen hätten von den linken Juden der DDR ...	149
ULRICH PFEIL	
● Die DDR als Zankapfel in Forschung und Politik	159
FRANZISKA FLUCKE	
● Vom sozialistischen Paradies zum Erinnerungsort?	173
ULRICH EGGESTEIN	
● The Games at the Gate	183
Autorinnen und Autoren	195
Bildnachweis	198

### THEMENSCHWERPUNKTE

- Transformationsprozesse und deutsche Einheit
- Erinnern, Gedenken, Aufarbeiten
- Alltag und Gesellschaft
- Die Beziehungen zwischen Frankreich und der DDR
- Berlin – geteilte Stadt, Mauerfall und Zusammenwachsen

## Editorial

Das Jahr 2020 des *Deutschland Archivs* war besonders von Beiträgen geprägt, die sich dem Transformationsprozess widmen, der (nicht nur) Ostdeutschland seit der Wiedervereinigung verändert hat. In den ostdeutschen Bundesländern mussten sich seit 1990 viele Menschen privat wie beruflich neu orientieren und ihr Leben neu ordnen, mit Langzeitfolgen bis heute. Inzwischen scheint sich so etwas wie eine ostdeutsche Identität herauszubilden, die die massiven Veränderungen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR zunehmend thematisiert und reflektiert.

Zu einem Schwerpunkt im *Deutschland Archiv* wurden daher 2020 Beiträge über das folgenreiche Wirken der Treuhandanstalt, die auf Basis mittlerweile zugänglicher Akten verfasst werden konnten. Daneben prägten auch die Veränderungen beim Wohneigentum, in der Schule sowie beim Konsumverhalten die Menschen und ihr Leben in Ostdeutschland. Drei Beiträge aus dem Forschungsprojekt »Die lange Geschichte der ›Wende‹« verdeutlichen diese Veränderungen und stellen sie zur Diskussion.

2020 erinnerten wir auch an die erste (und letzte) freie DDR-Volkammerwahl am 8. März 1990. Wir boten damaligen Parlamentarier\*innen an, eine »ungehaltene Rede« zu verfassen – mit ihren Blicken auf Vergangenheit und Gegenwart. 35 Debattenbeiträge gingen ein, davon finden Sie drei in diesem Jahrbuch, die übrigen online auf [www.bpb.de/315901](http://www.bpb.de/315901).

»Corona« ging auch am *DA* nicht spurlos vorüber. Wir befassten uns mit zurückliegenden Pandemien und den Reaktionen in der DDR auf eine solche Ausnahmesituation. Zudem widmete sich das *Deutschland Archiv* den intensiven Beziehungen zwischen Frankreich und der DDR, der angespannten Situation in Belarus, wir griffen den Historikerstreit um das Erbe der Friedlichen Revolution auf und setzten uns mit der Debatte über Antisemitismus in der DDR auseinander. Schlussendlich erinnerten wir zum Jahresende an ein ehrgeiziges Projekt Westberlins vor dem Mauerfall: die Olympischen Spiele des Jahres 2000 nach Berlin zu holen, um die beiden Stadthälften miteinander zu verzahnen. Dann aber kam der 9. November 1989 ...

Über unser Textangebot hinaus wurden auch wieder mehrere Filmdokumente und Zeitzeug\*innengespräche in das Angebot des *DA* aufgenommen, ebenso eine Reihe mit Audiozeitzeugnissen. Auch diese sind unter [www.deutschlandarchiv.de](http://www.deutschlandarchiv.de) abrufbar.

Dieser Jahresband enthält 17 ausgewählte Beiträge aus dem Angebot der Redaktion *Deutschland Archiv* der bpb. Die anderen 103 finden Sie auf [www.deutschlandarchiv.de](http://www.deutschlandarchiv.de). Wir wünschen Ihnen eine anregende Lektüre.

*Anja Linnekugel und Holger Kulick*  
*Redaktion Deutschland Archiv der bpb*  
*Berlin, Januar 2021*



Jörg Ganzenmüller

## Ostdeutsche Identitäten

### Selbst- und Fremdbilder zwischen Transformations- erfahrung und DDR-Vergangenheit

Auch 30 Jahre nach der deutschen Einheit denken wir noch stark in Kategorien von West- und Ostdeutschland. Diese Einteilung findet sich nicht nur bei struktur- und wirtschaftspolitischen Fragen, sondern häufig auch mit Blick auf die Menschen und deren unterschiedliche Prägungen: Ost- und Westdeutsche werden jüngst wieder verstärkt als zwei Wesen begriffen, die zwar miteinander verwandt, aber doch recht unterschiedlich sind. Für die Ostdeutschen mehr als für die Westdeutschen geht damit die Frage einher, worin sie sich eigentlich von ihren Landsleuten unterscheiden und was das spezifisch Ostdeutsche an ihnen ist. Wolfgang Engler und Jana Hensel sind in dem Gesprächsband »Wer wir sind: Die Erfahrung, ostdeutsch zu sein« dieser Frage nachgegangen und das Buch wurde ein Bestseller.<sup>1</sup> Was aber macht diese ostdeutsche Identität aus?

## Die Erfindung des Ostdeutschen

Es besteht weitgehende Einigkeit darin, dass es eine ostdeutsche Identität vor 1989/90 nicht gab, sondern sich erst im Zuge des deutschen Vereinigungsprozesses herausgebildet hat. Thomas Krüger, Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung, stellte im September letzten Jahres in der Berliner Zeitung fest:

»Ich kann mich nicht entsinnen, dass wir uns zu DDR-Zeiten als Ostdeutsche definiert haben. Im Gegenteil: Wir haben uns immer als Deutsche verstanden. Eine ostdeutsche Identität gab es erst nach der DDR. Die gemeinsamen Erlebnisse von Benachteiligung und fehlender Wertschätzung haben sie geschaffen. Nicht bei allen – aber wenn 80 Prozent der Berufsaktiven ihren Job verlieren, wenn sie wieder auf die Schulbank müssen, weil ihre Berufe nicht mehr anerkannt werden, hat das Folgen für jede Gesellschaft. Das Ende der Diktatur, die neuen Freiheiten, wurden bei manchen durch diese Erfahrungen überwogen.«<sup>2</sup>

Auch für Jana Hensel speist sich die ostdeutsche Identität aus den negativen Transformationserfahrungen der 1990er-Jahre:

»Die ostdeutsche [Identitätserzählung] bleibt die defizitäre, die nachrangige, die marginalisierte und oft auch einfach jene, die schlicht übersehen wird. Auf jeden Fall eine, die weit davon entfernt ist, in eine gesamtdeutsche Identitätserzählung aufgenommen zu werden. Eher bildet sie eine Art Gegenerzählung, von der man sich, je nach Bedarf und Thema, abzugrenzen versucht.«<sup>3</sup>

Der Soziologe Raj Kollmorgen geht wiederum davon aus, dass die Selbstwahrnehmung als Ostdeutsche eine Folge des Elitenaustausches und der medialen Stigmatisierung ist:

»Die Fremd- und die Selbstwahrnehmung als Ostdeutsche hat sich erst nach 1990 herausgebildet. Als klar wurde, dass die Wiedervereinigung schwieriger werden würde als gedacht. Als Menschen aus Ostdeutschland massenhaft ihre Arbeit verloren haben oder ihnen westdeutsche Chefs vorgesetzt wurden, als sie in Medien als faul und vormodern beschrieben wurden. Identitäten formieren sich immer dann besonders intensiv und werden wirkmächtig, wenn sie bedroht erscheinen und soziale Desintegration herrscht.«<sup>4</sup>

Weniger Einigkeit besteht allerdings darin, ob es DIE ostdeutsche Identität überhaupt gibt. Der Historiker Patrice Poutrus, der als Sohn einer deutschen Mutter und eines sudanesischen Vaters in Ostberlin aufgewachsen ist, fühlt sich darin nicht aufgehoben:

»Dass immer wieder behauptet wird, es gebe eine einheitlich ostdeutsche Identität, zeigt, wie ambivalent Identitätsfragen sind. Dabei han-

delt es sich um eine zutiefst persönliche Angelegenheit. Wer ich bin, was mich ausmacht, wem ich mich zugehörig fühle und ob das anerkannt wird, das hängt von vielen und sich ständig wandelnden Faktoren meines Lebens ab.«<sup>5</sup>

Ein Identitätsgefühl entsteht, folgt man Patrice Poutrus, nicht nur über die individuelle Einschreibung in eine Gemeinschaft, sondern auch in der Anerkennung der Zugehörigkeit des Einzelnen durch die Gemeinschaft. Im Gegensatz dazu wirft Jana Hensel denjenigen Ostdeutschen vor, die sich nicht als solche bezeichnen wollen, ihre eigene Identität zu verleugnen.<sup>6</sup> Vor dem Hintergrund dieser Debatte stellt sich die Frage, was kollektive Identitäten sind, wie sie entstehen und was sich daraus für die Identitäten von Ost- und Westdeutschen ableiten lässt.

## Das Konzept der kollektiven Identität

Identität ist eine Vorstellung des Menschen von sich selbst. Kollektive haben kein Selbst, sondern bestehen aus unterschiedlichen Individuen. Es kann also im engeren Sinne keine kollektiven Identitäten geben. Vielmehr sind kollektive Identitäten Konstrukte, welche die Homogenität einer Gemeinschaft suggerieren, die es gar nicht geben kann. Die Konstruktion von kollektiven Identitäten ist wiederum ein sozialer Prozess, der durch Kommunikation erfolgt und durch Identitätspolitik gefördert werden kann.<sup>7</sup>

Auch wenn kollektive Identitäten gesellschaftlich konstruiert sind, so sind sie zugleich äußerst wirkmächtig. Sie können das Zugehörigkeitsgefühl zu einem Kollektiv maßgeblich fördern, aber auch behindern. Dieses Zugehörigkeitsgefühl wird nicht zuletzt dadurch erzeugt, indem sich die eigene Gruppe nach außen abgrenzt. Kollektive Identitäten werden infolgedessen ganz wesentlich in einer Auseinandersetzung mit einer Alterität konstruiert. Identitäten sind immer auch eine Abgrenzung von einem vorgestellten anderen.<sup>8</sup>

Berücksichtigt man die sozialwissenschaftlichen Theorien zur Identitätskonstruktion, dann stellen sich folgende Fragen: Was kennzeichnet die Ostdeutschen als eine vorgestellte Gemeinschaft? In welcher Weise findet die Konstruktion einer ostdeutschen Identität in Abgrenzung zu den Westdeutschen statt? Und gibt es als Pendant auch eine westdeutsche Identität?

## Ostdeutsche Identitäten und Transformationserfahrungen

Zieht man sozialwissenschaftliche Befragungen der Ostdeutschen heran, dann ist die ostdeutsche Identität nur eine unter vielen. Der Thüringen-Monitor zeigt etwa, dass sich in den vergangenen 18 Jahren eine Mehrheit der Befragten in erster Linie stets als Thüringer\*innen sahen (im Schnitt 43 Prozent), gefolgt von einer Selbstidentifikation als Deutsche (im Schnitt 27 Prozent), erst dann als Ostdeutsche (im Schnitt 14 Prozent) und schließlich als Europäer\*innen (8 Prozent).<sup>9</sup> Die ostdeutsche, die thüringische und die gesamtdeutsche Identität schließen sich nicht gegenseitig aus, sondern sind ineinander eingebettet. Deshalb führt die ostdeutsche Identität zu keinen separatistischen Tendenzen oder einer regionalen politischen Bewegung.<sup>10</sup>

Gleichzeitig stellt der Thüringen-Monitor eine signifikante Ostdeprivation fest. Viele haben den Eindruck, dass sie als Ostdeutsche im Vergleich mit anderen weniger als den gerechten Anteil erhalten und zugleich von Westdeutschen als »Menschen zweiter Klasse« behandelt werden.<sup>11</sup> In den Jahren von 2003 bis 2018 hielt sich konstant rund ein Drittel der Befragten in diesem Sinne für persönlich benachteiligt. Bemerkenswert ist, dass mit rund 59 Prozent rund doppelt so viele der Befragten die Ostdeutschen insgesamt für benachteiligt und gering geschätzt halten, und unter den 25- bis 34-Jährigen sind sogar 74 Prozent dieser Meinung.<sup>12</sup> Ganz ähnlich ist das Bild in Sachsen: Laut Sachsen-Monitor von 2018 sahen 52 Prozent der Sächsischen und Sachsen die Ostdeutschen als Bürger zweiter Klasse. Gleichzeitig empfanden 61 Prozent, dass die Leistungen der Ostdeutschen für den Aufbau der neuen Länder nicht angemessen gewürdigt werden.<sup>13</sup>

Die Konstruktion »des Ostdeutschen« findet somit im Modus einer kollektiven Unterprivilegierung statt. Folgt man der allgemeinen Einschätzung, dass die Konstruktion einer ostdeutschen Identität erst nach 1989 erfolgte, dann steht die Ausbildung dieser Identität offenbar in einem engen Zusammenhang mit den Transformationserfahrungen. Es ist eine Abgrenzungsidentität, die man als einen Akt der Selbstbehauptung gegenüber dem Westen interpretieren kann.<sup>14</sup> Da das Selbstverständnis einer Mehrheit von Ostdeutschen als benachteiligte Bevölkerungsgruppe auch jenseits eigener Erfahrungswerte existiert,<sup>15</sup> kann man durchaus von einer kollektiven Vorstellung ostdeutscher Identität sprechen, auch wenn naturgemäß nicht alle Ostdeutschen diese Vorstellung teilen.

## Ostdeutsche Identität und DDR-Erfahrung

Die Konstruktion einer Identität vollzieht sich allerdings nicht nur durch die Abgrenzung von gegenwärtigen Alteritäten, sondern auch in der Reflexion auf die Vergangenheit und in Auseinandersetzung mit einem anderen, früheren »Wir«.<sup>16</sup> Im Jahr 2016 gaben 63 Prozent der Ostdeutschen an, sie fühlten sich stark oder ziemlich stark mit der DDR verbunden. Dieser Wert betrug im Jahr 1991 noch 43,2 Prozent, ist im Laufe der 1990er-Jahre auf 69,0 Prozent gestiegen und verharrt seitdem auf diesem Niveau.<sup>17</sup> Diese autobiografische Selbstvergewisserung ist Bestandteil einer Identitätskonstruktion, doch ist die ostdeutsche Identität keine bloße Fortsetzung einer DDR-Identität unter gesamtdeutschen Bedingungen, zumal es eine eindeutige DDR-Identität nie gegeben hat. Neben dem staatlich produzierten und kontrollierten Identitätsangebot gab es stets konkurrierende Identitätsangebote, die sich jenseits des Staates herausbildeten und als staatsfern verstanden.<sup>18</sup>

Eine ostdeutsche Identität kann deshalb ein Festhalten an den Errungenschaften der DDR, Stolz auf den Sturz einer ungeliebten Diktatur oder eine wehmütige, eher unpolitische Erinnerung an die eigene Jugend beinhalten.<sup>19</sup> Die Konstruktion einer ostdeutschen Identität findet allerdings stets in einer Auseinandersetzung mit der DDR statt und kann die Freude über deren Überwindung ebenso wie den Wunsch nach dem Bewahren einer spezifischen Alltagskultur integrieren.<sup>20</sup> Dies kommt in dem zunächst widersprüchlich erscheinenden sozialwissenschaftlichen Befund zum Ausdruck, dass etwa zwei Drittel der Ostdeutschen das politische System der SED-Diktatur als »Unrechtsstaat« ablehnen, etwa genauso viele jedoch den vermeintlichen »gesellschaftlichen Zusammenhalt« positiv erinnern.<sup>21</sup> Identitäten sind nicht widerspruchsfrei. Und gerade die Integration von ambivalenten DDR-Erfahrungen ist ein Spezifikum ostdeutscher Identitäten.

## Westdeutsche Identität als Selbstvergewisserung

In den alten Bundesländern ist das Selbstverständnis als »Westdeutscher« nur schwach ausgeprägt, hier dominieren regionale Identitäten. »Ostdeutschland« wird in zweifacher Hinsicht als eine Alterität zu »Westdeutschland« gesehen. Zum einen ist hier noch immer die Identitätspolitik aus der Zeit der deutschen Teilung wirksam. Auf politischer Ebene definierten sich beide deutsche Staaten als das jeweils »andere« Deutsch-

land: Die DDR verstand sich als antifaschistische Fortschrittsoption zur restaurativen Bundesrepublik, die Bundesrepublik sah sich als freiheitlich-demokratischer und wirtschaftlich erfolgreicher Gegenentwurf zum maroden Unterdrückungsregime der SED. Gleichzeitig hielt man in der Bundesrepublik an der Vorstellung einer deutschen Nation, die beiderseits der Mauer lebte, fest.

Nach der Maueröffnung machten Westdeutsche naturgemäß Alteritätserfahrungen mit der DDR und ihren Bürger\*innen. Politisch galt diese Alterität jedoch als etwas, was es zu überwinden gelte. Die viel diskutierte Erwartung, nach der staatlichen Vereinigung müsse auch eine »innere Einheit« hergestellt werden, entsprang einer gesellschaftlichen Homogenisierungsvorstellung.<sup>22</sup> Zudem sollte das Zusammenwachsen von Ost und West unter westdeutschen Vorzeichen stattfinden: Der Osten habe sich dem Westen anzupassen bzw. dessen versäumte Entwicklung nachzuholen. In diesem Kontext wurde die ursprünglich politische Abgrenzung zum Sozialismus auf die ostdeutsche Gesellschaft übertragen und zur Stabilisierung des westdeutschen Selbstbildes einer Wirtschaftswundernation genutzt. »Arbeiten wie bei Honecker und leben wie bei Kohl geht nicht.«<sup>23</sup> So formulierte 1992 Otto Graf Lambsdorff den von ihm diagnostizierten Unterschied im west- und ostdeutschen Arbeitsethos. Die Unterstellung einer mangelnden Leistungsbereitschaft bei gleichzeitiger Unselbstständigkeit und einer Neigung zum Selbstmitleid prägt das Bild der West- von den Ostdeutschen seit den 1990er-Jahren.<sup>24</sup> Diese Stereotype sind das ins Negative gewendete Selbstbild, das sich in der alten Bundesrepublik nach dem Krieg herausgebildet hat: eine Nation, die den Wiederaufbau des Landes angepackt und sich durch Fleiß einen Wohlstand erarbeitet habe. Während die Konstruktion einer ostdeutschen Identität die Folge von Transformationserfahrungen ist, ist die westdeutsche Identität eine Fortschreibung jenes Selbstbildes, das sich während der deutschen Teilung herausgebildet hat und von den westdeutschen Medien perpetuiert wurde.<sup>25</sup>

Allerdings hat sich der westdeutsche Blick auf den Osten zuletzt im Zuge des NSU, von Pegida, der Wahlergebnisse der AfD und von Ausschreitungen wie im August 2018 in Chemnitz gewandelt. Als Teil der nationalen Identität im vereinigten Deutschland hat sich zunehmend eine Abgrenzung zum Nationalsozialismus etabliert. Für diese aufgeklärtdemokratische Identität, wie sie sich in der alten Bundesrepublik schrittweise über Jahrzehnte und nicht frei von gesellschaftlichen Konflikten ausgebildet hat,<sup>26</sup> ist vor allem »der Nazi« der andere. Indem nun Rechts extremismus als ein vorwiegend ostdeutsches Phänomen wahrgenommen wird, was es nicht ist, besteht die Gefahr, den Ostdeutschen zu einem fun-

damental anderen, zum Gegenentwurf des Westdeutschen zu konstruieren. Dann wäre der Ostdeutsche in einer Weise ein anderer, wie er es während vierzig Jahren Teilung nicht gewesen ist.

## Schlussfolgerungen

Es ist für die deutsche Vereinigungsgesellschaft wichtig, über die Ursprünge von ost- bzw. westdeutschen Identitäten nachzudenken. Das heißt aber nicht, dass die Existenz von ostdeutschen Identitäten ein Problem ist, das es zu überwinden gelte. Im Gegenteil: Unterschiedliche regionale Identitäten sind Kennzeichen für die regionale Vielfalt, die Deutschland ausmacht. Zu diesen regionalen Identitäten wird noch lange Zeit eine ostdeutsche Variante gehören, denn vierzig Jahre DDR und die tiefgreifenden Transformationserfahrungen haben tiefe Spuren hinterlassen, die es in den alten Bundesländern nicht gibt. Es gibt nicht DIE Ostdeutschen, aber es gibt eine ostdeutsche Gesellschaft, die anders ausdifferenziert ist als die westdeutsche, die andere kulturelle Codes hat und durch andere biografische Erfahrungen geprägt ist.<sup>27</sup> Dies ist nicht besorgniserregend. Ein politisches und gesellschaftliches Problem entsteht daraus nur, wenn eine ostdeutsche Identität als Gegenentwurf zu unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung konstruiert wird: Sei es als Selbstbeschreibung oder als Fremdzuschreibung. Versuche einer solchen Identitätspolitik gab es in den vergangenen 30 Jahren immer wieder. Sollten diese am Ende erfolgreich sein, entsteht ein Demokratieproblem, das nicht nur Ostdeutschland, sondern Deutschland als Ganzes betrifft.

*Erschienen auf DA Online am 24.4.2020.*

## Anmerkungen

- 1 Wolfgang Engler/Jana Hensel, Wer wir sind. Die Erfahrung, ostdeutsch zu sein, Berlin 2018.
- 2 Eine ostdeutsche Identität gab es erst nach der DDR, Interview mit Thomas Krüger, in: Berliner Zeitung vom 1.9.2019, [www.bz-berlin.de/berlin/umland/eine-ostdeutsche-identitaet-gab-es-erst-nach-der-ddr](http://www.bz-berlin.de/berlin/umland/eine-ostdeutsche-identitaet-gab-es-erst-nach-der-ddr), letzter Zugriff am 14.4.2020.
- 3 Engler/Hensel, Wer wir sind (Anm. 1), S. 57.
- 4 Das begann erst nach der Wende, Interview mit Raj Kollmorgen, in: TAZ vom 29.6.2018, [taz.de/Soziologe-ueber-ostdeutsche-Identitaet/!5516855/](http://taz.de/Soziologe-ueber-ostdeutsche-Identitaet/!5516855/), letzter Zugriff am 14.4.2020.
- 5 Patrice Poutrus, Neo-Ostalgeriker, in: Zeit-Online vom 9.11.2019, [www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2019-11/ostdeutsche-identitaet-rechte-patrice-poutrus](http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2019-11/ostdeutsche-identitaet-rechte-patrice-poutrus), letzter Zugriff am 14.4.2020.

- 6 Engler/Hensel, Wer wir sind (Anm. 1), S. 76.
- 7 Lutz Niethammer, Kollektive Identität. Heimliche Quellen einer unheimlichen Konjunktur, Hamburg 2000, S. 19f.
- 8 Philipp Sarasin, Die Wirklichkeit der Fiktion. Zum Konzept der imagined communities, in: Ulrike Jureit (Hg.), Politische Kollektive. Die Konstruktion nationaler, rassischer und ethnischer Gemeinschaften, Münster 2001, S. 22–45, hier S. 36.
- 9 Heinrich Best u. a., Politische Kultur im Freistaat Thüringen. Thüringen im 25. Jahr der deutschen Einheit – Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2015, [www.landesregierung-thueringen.de/fileadmin/user\\_upload/Landesregierung/Landesregierung/Thueringenmonitor/thuringenmonitor\\_2015.pdf](http://www.landesregierung-thueringen.de/fileadmin/user_upload/Landesregierung/Landesregierung/Thueringenmonitor/thuringenmonitor_2015.pdf), letzter Zugriff am 14.4.2020.
- 10 Steffen Mau, Lütten Klein. Leben in der ostdeutschen Transformationsgesellschaft, Berlin 2019, S. 211.
- 11 Dieses Phänomen kennt die Umfrageforschung bereits seit der deutschen Einheit. War diese Einschätzung in den ersten Jahren noch rückläufig, so nimmt dieser Eindruck seit Mitte der 1990er-Jahre wieder signifikant zu, siehe Wolfram Brunner/Dieter Walz, Selbstidentifikation der Ostdeutschen 1990–1997. Warum sich die Ostdeutschen zwar als ›Bürger 2. Klasse‹ fühlen, wir aber nicht auf die ›innere Mauer‹ treffen, in: Heiner Meulemann (Hg.), Werte und nationale Identität im vereinten Deutschland. Erklärungsansätze der Umfrageforschung, Opladen 1998, S. 229–250, hier S. 230.
- 12 Marion Reiser u. a., Politische Kultur im Freistaat Thüringen. Heimat Thüringen – Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2018, Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2018 – Zusammenfassung, <https://www.komrex.uni-jena.de/komrexmedia/literatur/th%C3%BCrtingen-monitor+2018+zusammenfassung.pdf>, [https://www.researchgate.net/profile/Axel-Salheiser/publication/332496335\\_Thuringen-Monitor\\_2018\\_mit\\_Anhang/links/5cb838cf299bf120976d3a63/Thueringen-Monitor-2018-mit-Anhang.pdf](https://www.researchgate.net/profile/Axel-Salheiser/publication/332496335_Thuringen-Monitor_2018_mit_Anhang/links/5cb838cf299bf120976d3a63/Thueringen-Monitor-2018-mit-Anhang.pdf), letzter Zugriff am 14.4.2020.
- 13 Sachsen-Monitor, Ergebnisbericht, [www.staatsregierung.sachsen.de/download/ergebnisbericht-sachsen-monitor-2018.pdf](http://www.staatsregierung.sachsen.de/download/ergebnisbericht-sachsen-monitor-2018.pdf), letzter Zugriff am 14.4.2020.
- 14 Detlef Pollack, Ostdeutsche Identität – ein multidimensionales Phänomen, in: Heiner Meulemann (Hg.), Werte und nationale Identität im vereinten Deutschland. Erklärungsansätze der Umfrageforschung, Opladen 1998, S. 301–318, hier S. 311.
- 15 Siehe etwa die Selbsteinschätzung von Valerie Schönian, die erst im Zuge der westdeutschen Reaktion auf Pegida und die AfD-Landtagswahlergebnisse ein ›Ostbewusstsein‹ ausgebildet hat: Valerie Schönian, Ostbewusstsein. Warum Nachwendekinder für den Osten streiten und was das für die Deutsche Einheit bedeutet, München 2020, S. 17–27.
- 16 Willem von Reije, Konsens oder Heil? Zur Prozedualisierung von Identität und Alterität, in: Wolfgang Eßbach (Hg.), wir/ihr/sie. Identität und Alterität in Theorie und Methode, Würzburg 2000, S. 21–37, hier S. 22.
- 17 Susanne Rippl/Nelly Buntfuß/Nicole Malke/Natalie Rödel/unter Mitarbeit von Luisa Schubert, Ostdeutsche Identität, Zwischen medialen Narrativen und eigenem Erleben, in: Deutschland Archiv, 16.5.2018, [www.bpb.de/269349](http://www.bpb.de/269349), letzter Zugriff am 14.4.2020.
- 18 Vgl. Antonia Grunenberg, Die gespaltene Identität. Gesellschaftliches Doppelleben in der DDR, in: Werner Weidenfels (Hg.), Die Identität der Deutschen, Bonn 1983, S. 210–227.
- 19 Mau: Lütten Klein (Anm. 10), S. 213.
- 20 Engler/Hensel, Wer wir sind (Anm. 1), S. 67.
- 21 Best, Politische Kultur (Anm. 9), S. 38–48.
- 22 Zur Kritik an der Vorstellung einer ›inneren Einheit‹ bei Hans-Joachim Veen, Innere Einheit – aber wo liegt sie?, in: APuZ B40–41/1997, S. 19–28.
- 23 Zeit-Online, Worte der Woche vom 13.11.1992, [www.zeit.de/1992/47/worte-der-woche/seite-5](http://www.zeit.de/1992/47/worte-der-woche/seite-5), letzter Zugriff am 14.4.2020.

- 24 Siehe Max Kaase/Petra Bauer-Kaase, Deutsche Vereinigung und innere Einheit 1990–1997, in: Heiner Meulemann (Hg.), Werte und nationale Identität im vereinten Deutschland. Erklärungsansätze der Umfrageforschung, Opladen 1998, S. 251–267, hier S. 258; Katja Neller, Getrennt vereint? Ost-West-Identitäten, Stereotypen und Fremdheitsgefühle nach 15 Jahre deutscher Einheit, in: Jürgen W. Falter u. a. (Hg.), Sind wir ein Volk? Ost- und Westdeutschland im Vergleich, München 2006, S. 13–36, hier S. 29–33.
- 25 Michael Meyen, »Wir haben freier gelebt«. Die DDR im kollektiven Gedächtnis der Deutschen, Bielefeld 2013, S. 169–179.
- 26 Zu diesem langwierigen Prozess siehe Norbert Frei, 1945 und wir, München 2005.
- 27 Engler/Hensel, Wer wir sind (Anm. 1), S. 65.



Rund 2000 Beschäftigte der Metall- und Elektroindustrie aus den Ländern Berlin und Brandenburg forderten vor dem Gebäude der Treuhandanstalt die Sanierung der Betriebe in der ehemaligen DDR und damit die Erhaltung von Arbeitsplätzen.

Marcus Böick

## Die »Ur-Treuhand« im Jahr 1990

### Eine Archäologie zur Vor-, Ur- und Frühgeschichte einer später hochumstrittenen Organisation

Gab es sie oder gab es sie eben nicht, Alternativen zur 1990 von der deutsch-deutschen Politik eingeschlagenen und ab 1991 von der Treuhandanstalt in die Praxis umgesetzten, hochumstrittenen Privatisierungsstrategie? In diesen im Wahl- und Jubiläumswahljahr 2019 mit großer Intensität geführten Diskussionen geraten ausgerechnet die vielfältig-unbestimmten Anfänge der Treuhand oft aus dem Blick.<sup>1</sup> Dabei erscheint aus zeithistorischer Perspektive die Frage nach möglichen Denk-, Handlungs- oder Entscheidungsalternativen sowie nicht realisierten Szenarien oder Modellen produktiv und legitim.<sup>2</sup>

Vor allem die diffuse, chaotische und zudem empirisch schwer zu greifende Geschichte auf dem Weg zur Gründung der »Ur-Treuhand« scheint ein reichhaltiges Feld mit zahlreichen Figuren, alternativen Ideen und abweichenden Zukunftsvorstellungen zu sein, um die disruptiven Dynamiken der Revolutionszeit seit dem Herbst 1989 exemplarisch herauszuarbeiten. So soll es erstens kurz um die Vorgeschichte der Treuhand gehen, die die in Ost und West seit November 1989 mit zunehmender Intensität geführten Diskussionen um den Umbau der Planwirtschaft umfasst. Zweitens wird die Urgeschichte der Treuhand-Gründung im Februar 1990 thematisiert. Drittens wird die wenig bekannte Frühgeschichte der Treuhand und ihres ostdeutschen Personals bis in den Spätsommer behandelt.<sup>3</sup>

## Vorgeschichte: deutsch-deutsche Debatten seit dem Herbst 1989

Nach der Ablösung des glücklosen Egon Krenz (SED-Generalsekretär und Staatsratsvorsitzender der DDR) durch Hans Modrow schlug im November 1989 die Stunde des Reformkommunismus in der DDR. Hatten zunächst politische Fragen die revolutionäre Agenda dominiert, rückten ab November ökonomische Überlegungen in die diskutierende Öffentlichkeit. Einen Auftakt bildete ein Artikel der Ökonomen Wolfgang Heinrichs und Wolfram Krause, der am 3. November 1989 im *Neuen Deutschland* veröffentlicht wurde. In diesem langen Plädoyer, das eine »Wirtschaftsreform« als zentrales »Element der Erneuerung des Sozialismus« herausstellte, knüpften die Autoren an die in den späten 1960er-Jahren abgebrochenen Reformdiskussionen an. Sie entwickelten ein Modell einer »konsequent ressourcenschonenden und ökologischen« Planwirtschaft, die den Betrieben und ihren Generaldirektoren mehr »Eigenverantwortung« zubilligte und so sukzessive Spielräume für mehr Wettbewerb durch neue Leistungsanreize und Marktelemente eröffnen sollte.<sup>4</sup> Dieser Artikel war der Auftakt für eine umfassend unter ostdeutschen Ökonom\_innen und Praktiker\_innen geführte Diskussion über eine rasch anzugehende »Wirtschaftsreform«. An deren Spitze setzte sich die neue, am 18. November 1989 von der Volkskammer gewählte Wirtschaftsministerin und Ökonomeprofessorin Christa Luft. Eine von ihr eingesetzte Arbeitsgruppe sollte bis Anfang 1990 Vorschläge erarbeiten. Dabei sollte es um eine langfristige »Reformierung« einer vom fortbestehenden Staatseigentum geprägten Planwirtschaft innerhalb einer eigenständigen DDR gehen.<sup>5</sup>

Parallel zu diesen vielstimmigen Wirtschaftsreformdebatten nahmen auch die ökonomischen Fachdiskussionen in der Bundesrepublik an Fahrt

auf. So legte der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung am 20. Januar 1990 ein »Sondergutachten« vor. Die »Wirtschaftsweisen« warben darin pointiert, dass es nur »ein Erfolgsmuster für die Wirtschaftsreform« gebe – die »offene marktwirtschaftliche Ordnung mit sozialer Absicherung«. Einer reformierten Planwirtschaft oder anderen »Dritten Wegen« zwischen Plan und Markt erteilten die WestökonomInnen eine Absage. Insbesondere die Einführung von Privateigentum erschien als einzuschlagender Königsweg.<sup>6</sup>

Diese Expertenvorschläge wurden derweil verstärkt von politischen Akteur\_innen aufgegriffen. Insgesamt hatte sich die politische Landschaft in Bonn von den Umbrüchen in der DDR weitgehend überrascht gezeigt; insbesondere die dortige wirtschaftliche Situation schien nur schwer greifbar. Generell war es zu diesem Zeitpunkt umstritten, inwiefern sich bundesdeutsche Akteur\_innen in die DDR-internen Debatten einmischen sollten. Vor allem bei den oppositionellen Sozialdemokrat\_innen und Grünen tobte darüber ein Streit.<sup>7</sup> Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) hatte die DDR am 28. November 1989 in seinem »Zehn-Punkte-Programm« vage zu einer »grundlegenden Reform des Wirtschaftssystems« aufgefordert, um durch »marktwirtschaftliche Bedingungen« eine »private Betätigung« und »westliche Investitionen« zu ermöglichen.<sup>8</sup> Ausgerechnet die SPD-Wirtschaftspolitiker\_innen Ingrid Matthäus-Maier und Wolfgang Roth forderten am 19. Januar 1990 eine rasche Währungsunion zwischen DDR und Bundesrepublik, die den Ostdeutschen ein starkes »Signal zum Bleiben« senden sollte.<sup>9</sup>

Diese Initiative erschütterte die christlich-liberale Bundesregierung, die sich von mehreren Seiten unter Handlungsdruck gesetzt sah: Während der Modrow-Regierung zunehmend die Kontrolle zu entgleiten schien, strömten bei geöffneten Grenzen monatlich Hunderttausende Menschen gen Westen, die dort mit wachsender Skepsis beübt wurden. Ende Januar ergriff das Bundesfinanzministerium die Initiative und entwickelte ein eigenes Konzept zum »Angebot« einer sofortigen »Währungsunion«, das den Ostdeutschen die heiß begehrte D-Mark versprach, aber mit einer umfassenden »Wirtschaftsreform« verknüpft werden sollte, die auf eine vollständige Übernahme des westdeutschen Wirtschaftsmodells hinauslief.<sup>10</sup> Liberale Ökonom\_innen wie die »Wirtschaftsweisen« und linke Spitzenpolitiker\_innen wie SPD-Kanzlerkandidat Oskar Lafontaine warnten vor den ökonomischen Risiken und gesellschaftlichen Gefahren einer »Schocktherapie« ohne vorherige Reform- und flankierende Sicherungsmaßnahmen. Doch die Bonner Bundesregierung hatte mit dem am 7. Februar 1990 verkündeten Angebot ihr politisches Ziel erreicht: Der

Wahlkampf zur ersten frei gewählten Volkskammer in der DDR spitzte sich zu einem Grundsatzkonflikt zwischen den konservativen und liberalen Einheitsbefürworter\_innen sowie den linken und grünen Kräften zu, die mittelfristig auf der Eigenständigkeit einer demokratisch reformierten DDR beharrten.<sup>11</sup>

## Urgeschichte: die Gründung der Ur-Treuhand am Runden Tisch im Frühjahr 1990

Wie sehr das spektakuläre »Angebot« die politische Landschaft in Deutschland schlagartig veränderte, lässt sich im Kontrast zu einem anderen Konzept ablesen, das nur wenige Tage zuvor der Öffentlichkeit vorgestellt worden war. Noch am 1. Februar 1990 hatte die von der SED/PDS-Regierung eingesetzte Arbeitsgruppe »Wirtschaftsreform« ihr Reformkonzept vorgelegt, das binnen weniger Wochen von Hunderten Expert\_innen unter der Federführung des mittlerweile zum Staatssekretär beförderten Wolfram Krause und der Ministerin Christa Luft erarbeitet worden war. Hierin plädierten die Reformkommunist\_innen noch für langfristige wie graduelle Reformschritte hin zu einer »sozialistischen Marktwirtschaft« nebst »Eigentumspluralismus«.<sup>12</sup>

Interessanterweise schienen wirtschaftspolitische Fragen am Zentralen Runden Tisch der DDR zunächst nebensächlich; erst vor der dritten Sitzung konstituierte sich vor Weihnachten 1989 eine »AG Wirtschaft«. Auch hier schlug das »Angebot« der Bundesregierung erhebliche Wellen. In seiner Sitzung vom 12. Februar 1990 wollte der Runde Tisch eigentlich ein Grundsatzpapier für das deutsch-deutsche Regierungstreffen beschließen, das am Folgetag in Bonn stattfinden sollte. In der Debatte meldete sich Wolfgang Ullmann zu Wort. Der Vertreter von »Demokratie Jetzt« und Kirchenhistoriker bezog sich auf die jüngsten Vorschläge aus der Bundesrepublik. Es gelte, »schnellstmöglich die Selbstorganisationskräfte des Marktes« in der DDR wirken zu lassen; hierfür aber bedurfte das bedrohte Volksvermögen dringend eines Schutzschirmes: Ullmann schlug die Errichtung einer »Treuhandstelle« vor, die sich einer »Sicherung der Rechte der DDR-Bevölkerung am Gesamtbesitz des Landes« verschreiben sollte.<sup>13</sup>

Ullmanns Initiative kam nicht von ungefähr. Er nutzte hierfür ein Papier des Freien Forschungskollegiums »Selbstorganisation«, in dem der Physiker Gerd Gebhardt sowie der Ingenieur Matthias Artzt seit Frühjahr 1989 ein neues, dezentrales Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell entwi-

kelt hatten, die auf einer breiten gesellschaftlichen Verteilung und Kontrolle von Gemeineigentum beruhten. Da »eine baldige Angliederung der DDR an die Bundesrepublik« drohe, so die Vorlage, bestehe eine akute »Verlustgefahr«. Das Volksvermögen sei dabei aus zwei Richtungen bedroht: Zum einen durch alte SED-Kader, die sich zunehmend als neue »Manager« oder Eigentümer gerierten; zum anderen durch »westliche Kapitalisten«, die sich bereits umfassend nach Spekulationsmöglichkeiten umsähen. Eine sofort zu schaffende »Treuhandstelle« solle das Industrievermögen zunächst in die »Rechts- und Eigentumsformen der Bundesrepublik« überführen. Nach der »Bewahrung« solle in einem zweiten Schritt eine »Demokratisierung« dieses Vermögens über die Ausgabe von Anteils-scheinen an die Bevölkerung erfolgen.<sup>14</sup>

Diese Initiative markierte ein Umdenken. Nicht mehr langfristige Reformpläne, sondern kurzfristige Absicherungsmaßnahmen schienen das Gebot der Stunde zu sein. Zugleich hatte man sich Anfang Februar am Runden Tisch darauf verständigt, die für Mai geplante Volkskammerwahl auf den 18. März 1990 vorzuziehen, wobei der unmittelbar einsetzende Wahlkampf die Stimmungslage nochmals anheizte. Und nicht zuletzt befand sich auch die ohnehin angeschlagene DDR-Wirtschaft seit der Maueröffnung in einer dramatischen Lage: Während Arbeitskräfte das Land scharenweise verließen und andererseits zugleich massenhaft heiß begehrte Westprodukte in die DDR strömten, befanden sich die Organisationseinheiten der Zentralplanwirtschaft im Prozess der Auflösung. Auch in den Betrieben und bei den Belegschaften herrschte enorme Verunsicherung über die Zukunft.<sup>15</sup>

Vor diesem Hintergrund erschien auch der Modrow-Regierung der erst kürzlich vorgestellte Reformplan kaum noch realisierbar. Deshalb griffen sie Ullmanns Initiative kurz entschlossen auf: Staatssekretär Wolfram Krause schlug der DDR-Regierung Ende Februar die Gründung einer Treuhandanstalt vor. Allerdings blieb er dabei in einem wesentlichen Punkt hinter den Erwartungen Ullmanns und seiner Mitstreiter zurück: Zwar sollte die neue »Treuhand-Stelle« die rechtsförmige Umwandlung des Volkseigentums in Angriff nehmen, eine sofortige Ausgabe von Anteilsscheinen war allerdings – sehr zum Unmut der Initiatoren – nicht vorgesehen. Am 1. März 1990 beschloss das Modrow-Kabinett die Gründung einer neuen Behörde und erließ eine flankierende Verordnung zur Umwandlung der Betriebe.<sup>16</sup>

## Frühgeschichte: von der »DDR-Behörde« zur Privatisierungsagentur im Sommer 1990

Das Resultat der Volkskammerwahl am 18. März markierte auch für die Wirtschaftsgeschichte der DDR einen dramatischen Einschnitt. Entgegen aller Erwartungen setzten sich – nach einem hitzig geführten Wahlkampf – die konservativen Kräfte und Einheitsbefürworter in der »Allianz für Deutschland« mit absoluter Mehrheit durch (CDU: 42 Prozent; DSU: 7 Prozent). Die favorisierten Sozialdemokraten landeten mit 21 Prozent auf dem zweiten Rang; die Oppositionskräfte erreichten sogar nur 3 Prozentpunkte und rangierten hinter der FDP, die auf 5 Prozent kam. Die seit Dezember 1989 als PDS firmierende einstige Staatspartei SED besaß mit 16,4 Prozent keine Regierungsperspektive mehr.<sup>17</sup> Die Zeichen standen auf eine schnelle Einheit Deutschlands, die der neue DDR-Ministerpräsident Lothar de Maizière (CDU) in Angriff nahm. Diese wollte er aber auf einer breiten parlamentarischen Grundlage umsetzen und entschied sich für die schwierige Bildung einer übergroßen Koalition mit FDP und SPD. In der Sphäre der Ökonomie nahmen im April die beiden deutschen Regierungen die Verhandlungen über eine Wirtschafts- und Währungsunion auf.<sup>18</sup>

Mit diesem Erdrutschsieg der Konservativen waren auch sämtliche Pläne einer sozialistischen »Wirtschaftsreform« oder andere »Dritte Wege« Makulatur geworden. Als Relikt blieb lediglich die vor der Wahl gegründete »Treuhand-Stelle«. Deren personellen Rumpf bildeten über ein Dutzend Planwirtschafts- und Branchenexpert\_innen, die zuvor in der aufgelösten Arbeitsgruppe »Wirtschaftsreform« aktiv waren. Insbesondere Wolfram Krause, der zu einem der vier Direktoren ernannt wurde, wies den Weg – ergab sich doch hier eine Perspektive, der drohenden Entlassung zu entfliehen und weiter am Umbau der ostdeutschen Betriebslandschaft mitarbeiten zu können. Ab April 1990 nahmen die ersten 77 Mitarbeiter\_innen ihre Tätigkeit in spärlich möblierten und schlecht ausgestatteten Büros im Amtssitz des vormaligen DDR-Außenhandelsministeriums auf. Schräg gegenüber der sowjetischen Botschaft begann für diese Mitarbeiter\_innen der »ersten Stunde« eine »skurrile Zeit« bei der Erfüllung einer »Wahnsinnsaufgabe«, wie sie es wenige Jahre später in Zeitzeug\_innengesprächen beschrieben.<sup>19</sup>

Die Leitung der Treuhand übernahm Peter Moreth, ein Politiker der liberalen Blockpartei und Minister der Modrow-Regierung. Ein erstes »Pressematerial« vom April informierte die Öffentlichkeit über die drei »Hauptaktivitäten«, die in der »Erfassung und Übernahme«, der »Umwand-

lung« sowie der »effektiven Bewirtschaftung« der »volkseigenen Betriebe« bestünden. Hierdurch sollte eine »willkürliche ungesetzliche Veräußerung von Volkseigentum an Dritte« vereitelt werden. In der Praxis betreibe man eine »intensive Konsultationstätigkeit«, veranstalte am Tag »25 Beratungen von Kombinat und Betrieben« und erteile »über 70 telefonische Auskünfte«. Bis Ende April habe man auf diese Weise bereits 71 Betriebe in GmbHs sowie drei in Aktiengesellschaften umwandeln können, wobei der ersten Umwandlung – dem VEB Elektromaschinenbau Dresden mit 28 500 Mitarbeiter\_innen – als Musterverfahren eine besondere Rolle zukam.<sup>20</sup>

In der anlaufenden Praxis erwiesen sich diese Umwandlungsverfahren als komplex und anspruchsvoll. Die bald über einhundert Mitarbeiter\_innen waren mit einer Mischung aus »Massenproblem« und »Mangelsituation« konfrontiert: Auf der einen Seite wollten 8 500 DDR-Betriebe mit über vier Millionen Mitarbeiter\_innen zügig auf die neuen Rechtsformen umgestellt werden, um in die Marktwirtschaft starten zu können. Auf der anderen Seite mangelte es hierzu im Grunde an allem: Es war zunächst unklar, welche Dokumente benötigt wurden, da noch keine Richtlinien, Formblätter oder Musterdokumente existierten. Auch war die technische Ausstattung äußerst bescheiden, insbesondere was die Kommunikationsmöglichkeiten betraf. Es waren zudem kaum Informationen über die zahlreichen Betriebe vorhanden. Ferner bestand systembedingt ein eklatanter Mangel an Notaren, die die Umwandlungen formal beglaubigen mussten. Insgesamt stellte die komplizierte Materie des westdeutschen Eigentums- und Unternehmensrechts eine erhebliche Herausforderung dar. Und schließlich schwebte über allem die immense Verunsicherung über den weiteren Fortgang der Entwicklungen, insbesondere nach der kommenden Währungs- und Wirtschaftsunion.<sup>21</sup>

In einem »intensiven Lernprozess«, wie es ein Treuhand-Mitarbeiter beschrieb, hätten sich im Frühjahr 1990 zahlreiche Aufgaben »überschlagen« und seien in der Kürze der Zeit schlicht unlösbar gewesen. Vertreter der Kombinate brachten die umfangreichen Dokumentenpakete mit Lastkraftwagen sowie eigene Schreib- und Büromaterialien vorbei, um die administrativen Vorgänge zu beschleunigen. Insgesamt schien das Verhältnis zwischen der Treuhandanstalt als Eigentümerin und den selbst im Umbruch befindlichen Unternehmens- und Betriebsleitungen unklar. Zwar sollte die neue Treuhand keine »wirtschaftsleitenden Funktionen« mehr ausüben, wie noch die Modrow-Regierung im Statut vom 15. März festgehalten hatte; andererseits aber verfielen die Akteur\_innen auf in Jahrzehnten einer zentral gelenkten Planwirtschaft erlernte Verhaltensmuster zurück. Das hieß, dass die Betriebe ihre wirkliche Situation vor der fer-

nen »Zentrale« in Ostberlin taktisch zu verschleiern suchten. Schließlich verkomplizierte auch das Auftreten westlicher Berater und Investoren die kaum überschaubare Szenerie.<sup>22</sup>

In der Öffentlichkeit spielte die Treuhand im Sommer 1990 nur eine Nebenrolle. Lediglich als Direktor Moreth in einem Interview mit einer westdeutschen Tageszeitung Ende April eine mögliche Verteilung von Anteilsscheinen an die Ostdeutschen erneut ansprach, sorgte dies für erheblichen Unmut bei der DDR-Regierung, die Moreth kaltstellte.<sup>23</sup> Vielmehr spielte die noch randständige Behörde ab April eine Rolle in den Verhandlungen über eine Wirtschafts- und Währungsunion. Da insbesondere die Bundesregierung auf einer vollständigen Privatisierung der DDR-Industrie beharrte, stellte sich die Frage nach der praktischen Umsetzung. Weil ein eigenes Ostministerium oder eine staatliche Holdinggesellschaft hierfür für die Bonner Beamten nicht infrage zu kommen schien, verlegte man sich auf eine Alternative: Es sollte die noch kaum existente Treuhand-Stelle sein, die künftig zu einer Privatisierungsagentur umzuformen sei. Diese sollte hierfür jedoch, dies war der eigentliche Clou, von erfahrenen westdeutschen Managern und Unternehmern geleitet werden, die ihr Know-how und ihre Verbindungen in die bundesdeutsche Wirtschafts- und Unternehmenswelt einbringen würden.<sup>24</sup> Der Schlussstein dieser Diskussionen war das am 17. Juni 1990 von der Volkskammer nach erheblichen parlamentarischen Kontroversen verabschiedete Treuhandgesetz. Dieses schrieb fest, dass »die unternehmerische Tätigkeit des Staates durch Privatisierungen so rasch und so weit wie möglich zurückzuführen« sei. Zudem gelte es, »die Wettbewerbsfähigkeit möglichst vieler Unternehmen herzustellen und somit Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen«.<sup>25</sup> Damit hatte sich der Bestimmungszweck der Treuhand, die zur langfristigen »Bewahrung« des Volksvermögens geschaffen worden war, ins Gegenteil verkehrt.

Für die mittlerweile 122 ostdeutschen Mitarbeiter\_innen der »Ur-Treuhand«, denen noch knapp 220 Kolleg\_innen in den »Außenstellen« der 15 DDR-Bezirkshauptstädte zugeordnet waren, zeichnete sich damit ein dramatischer Einschnitt ab – und dies keineswegs nur durch den Umzug in neue Etagenbüros am Alexanderplatz. Am 3. Juli 1990, also unmittelbar nach Inkrafttreten der Wirtschafts- und Währungsunion, legte das scheidende Direktorium um Wolfram Krause einen finalen »Tätigkeitsbericht« vor. Immerhin hatte man in vier Monaten fast 3 600 Betriebe in AGs und GmbHs umgewandelt, wovon etwa 1 500 auf die Außenstellen entfielen. Von den 7 432 gestellten Rückerstattungsanträgen, die vor allem auf die 1972 enteigneten Unternehmen zielten, hatte man 381 zurückgegeben.

Für die Zukunft wünschte sich das Treuhand-Personal – in fast anrührender Bescheidenheit – eine Verdopplung der Mitarbeiter\_innenzahl, neue Trennwände und geeignetes Mobiliar für die Großraumbüros sowie die »Zuführung von Bürocomputertechnik«. Insgesamt habe man aller Defizite und Widrigkeiten zum Trotz in den hektischen Monaten »eine Basis für die höheren Anforderungen« gelegt, »die die Marktwirtschaft insbesondere in Hinblick auf die Privatisierung des Volksvermögens« künftig stelle.<sup>26</sup>

## Fazit: Warum lohnt ein Blick auf die »Ur-Treuhand«?

Sicher war den ostdeutschen Treuhand-Mitarbeiter\_innen im Juli 1990 klar, dass tiefgreifende Veränderungen bevorstanden. Wie sehr und schnell sich die Treuhand und ihr Führungspersonal in Zukunft verändern würden, war zu diesem Zeitpunkt jedoch kaum absehbar. Es war vor allem Detlev Karsten Rohwedder, der ab August 1990 der Treuhand ein neues Gesicht gab. Dieser hatte sich als Wirtschaftsstaatssekretär in den 1970er- und in den 1980er-Jahren als Vorstandschef des Dortmunder Hoesch-Konzerns einen Ruf als zupackender Krisenmanager gemacht – und baute nun die Treuhand-Zentrale und ihre Niederlassungen mit viel Energie um und aus. Unter Rohwedder verstand sich die ab dem 3. Oktober 1990 dem Bundesfinanzministerium unterstellte Treuhand strukturell wie kulturell als marktorientiertes Dienstleistungsunternehmen und rekrutierte neues Fachpersonal. Dieser radikale Umbau trug nach kurzer Zeit Früchte: Zum Jahreswechsel waren bereits über eintausend Mitarbeiter\_innen für die Treuhand tätig, darunter immerhin einhundert Westdeutsche, die die Führungspositionen bekleideten. Die Treuhand drückte aufs Tempo und traf erste Entscheidungen; zügige Privatisierungen an westdeutsche Investoren schienen die »wirksamste Form der Sanierung« zu sein, wie Präsident Rohwedder noch kurz vor seiner Ermordung am 1. April 1991 in einem Rundschreiben formulieren sollte. Mit den Schließungsentscheidungen und Massentlassungen war die Stimmung in der ostdeutschen Umbruchgesellschaft binnen kürzester Zeit umgeschlagen: Statt »blühenden Landschaften« und einem zweiten »Wirtschaftswunder« waren »Deindustrialisierung«, Massenarbeitslosigkeit und Abwanderung die beherrschenden Themen. Die Treuhand geriet ins Fadenkreuz heftiger Proteste, hitziger Diskussionen und erschütternder Skandale.<sup>27</sup>

Auch für die ostdeutschen Mitarbeiter\_innen bedeutete dieser dramatische Wandel erhebliche Umstellungen. Die von ihnen verantwortete

»Frühzeit« fiel dem Vergessen anheim; die neuen westdeutschen Führungskräfte konnten oft mit den reformkommunistischen »Traumtänze- reien« wenig anfangen; vielen erschien die »Modrow-Treuhand« als reine »Alibi-Veranstaltung«. <sup>28</sup> Zugleich sahen sich zahlreiche altgediente Plan- wirtschaftsexperten wie Wolfram Krause, der bis 1992 als letzter Ostdeut- scher im Treuhand-Vorstand amtiert hatte, mit Stasivorwürfen konfron- tiert und mussten die Treuhand auf öffentlichen oder politischen Druck hin verlassen. <sup>29</sup> Die, die dennoch an Bord blieben, mussten intern oft einen erheblichen Statusverlust verkraften – nicht selten fanden sich einstige DDR-Ministerstellvertreter und langjährige Branchenexperten als einfache Referenten wieder, die sich ihren westdeutschen, zum Teil deutlich jüngeren Vorgesetzten unterzuordnen hatten. Die oft abrupt vollzogenen Anpassungen und »Konversionen« schienen viele Mitarbeiter\_innen nicht unberührt zu lassen – immerhin hatte man zuvor Jahrzehnte für den Erhalt der Planwirtschaft gekämpft und war nun mit deren rascher »Abwick- lung« und Zerschlagung beauftragt. Nicht zuletzt belastete das katastro- phale Treuhand-Image ganze Freundes- und Familienkreise.

Warum lohnt es sich nach über dreißig Jahren, auf diese Vor-, Früh- und Urgeschichte der Treuhand zurückzublicken? Auch wenn die in die- ser hochdynamischen Phase diskutierten und getroffenen Lösungs- und Praxisvarianten beim Übergang vom Plan zum Markt letztlich bereits im Frühjahr 1990 nicht realisiert wurden, lohnt deren differenzierte Dis- kussion. <sup>30</sup> Denn sie sensibilisieren für denkbare Alternativen, abwei- chende Szenarien sowie nicht realisierte Optionen, die Teil dieser hoch- beschleunigten Revolutions- und Umbruchsprozesse sind. Dabei gilt es nicht zuletzt, den geschichtspolitisch oder aus Zeitzeug\_innenperspekti- ven hochgehaltenen ökonomischen Handlungszwängen und vermeintli- chen kapitalistisch-marktbezogenen Alternativlosigkeiten aus geschichts- wissenschaftlicher Perspektive mögliche »andere Enden der Geschichte« entgegenzuhalten, wie auch Philipp Ther jüngst überzeugend argumen- tierte. <sup>31</sup> Die vielfältigen Wege in die »Vereinigungsgesellschaft« <sup>32</sup> waren letztlich nicht so gerade und so zwingend, wie sie zum Teil im Nachhinein erscheinen mögen – die fast vergessene »Ur-Treuhand« und ihre wenigen Hundert Mitarbeiter\_innen können hierfür als ein eindrückliches Bei- spiel gelten.

*Erschienen auf DA Online am 3.2.2020.*

## Anmerkungen

- 1 Exemplarisch: Petra Köpping, Integriert doch erst mal uns! Eine Streitschrift für den Osten, Berlin 2018; Norbert F. Pötzl, Der Treuhand-Komplex. Legenden. Fakten. Emotionen, Hamburg 2019.
- 2 Vgl. Hans-Peter von Peschke, Was wäre wenn – Alternative Geschichte, Darmstadt 2014.
- 3 Zum Folgenden auch generell die Standardwerke zur Treuhand-Geschichte: Marc Kemmler, Die Entstehung der Treuhandanstalt. Von der Wahrung zur Privatisierung des DDR-Volkseigentums, Frankfurt/M. 1994; Wolfgang Seibel, Verwaltete Illusionen. Die Privatisierung der DDR-Wirtschaft durch die Treuhandanstalt und ihre Nachfolger 1990–2000, Frankfurt/M. u. a. 2005.
- 4 Vgl. Wirtschaftsreform – Element der Erneuerung des Sozialismus, in: Neues Deutschland, 3.11.1989.
- 5 Dazu weiterführend: Marcus Böick, Die Treuhand. Idee – Praxis – Erfahrung, Göttingen 2018, S. 180ff.
- 6 Vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Zur Unterstützung der Wirtschaftsreform in der DDR. Voraussetzungen und Möglichkeiten. Sondergutachten vom 20. Januar 1990, in: Treuhandanstalt (Hg.), Dokumentation, Bd. 1, Berlin 1994, S. 852–864, u. Bd. 2, S. 1–62.
- 7 Vgl. Regina Wick, Die Mauer muss weg – die DDR soll bleiben. Die Deutschlandpolitik der Grünen von 1979 bis 1990, Stuttgart 2012, S. 166ff.
- 8 Dazu autobiografisch: Michael Mertes, Zur Entstehung und Wirkung des Zehn-Punkte-Programms vom 28. November 1989. Ein Werkstattbericht. In: Forum Politicum Jenense, Jena 2001, S. 8–15.
- 9 »Signal zum Bleiben«, in: Die Zeit, 19.1.1990.
- 10 Dazu bereits zeitgenössisch: Theodor Waigel/Manfred Schell (Hg.), Tage, die Deutschland und die Welt veränderten. Vom Mauerfall zum Kaukasus. Die deutsche Währungsunion, München 1994.
- 11 Vgl. Sebastian Richter, Der Weg zur freien Volkskammerwahl am 18. März 1990, in: Klaus-Dietmar Henke (Hg.), Revolution und Vereinigung 1989/90. Als in Deutschland die Realität die Phantasie überholte, München 2009, S. 329–342.
- 12 Vgl. Zielstellung, Grundrichtungen, Etappen und unmittelbare Maßnahmen der Wirtschaftsreform in weiterer Verwirklichung der Regierungserklärung vom 17.11.1989 (Entwurf). Vorschlag der Arbeitsgruppe Wirtschaftsreform beim Ministerrat der DDR vom 1.2.1990, in: Treuhandanstalt (Hg.), Dokumentation (Anm. 6), S. 7–14.
- 13 Der Runde Tisch, Wortprotokoll, 12. Sitzung, 12.2.1990, in: Uwe Thaysen (Hg.), Der Zentrale Runde Tisch der DDR. Wortprotokoll und Dokumente, Wiesbaden 2000, S. 709.
- 14 Vgl. dazu Wolfgang Seibel, Die Herstellung der Wirtschafts- und Währungsunion und die Errichtung der Treuhandanstalt, in: Andreas H. Apelt/Robert Grünbaum/Martin Gutzeit (Hg.), Der Weg zur Deutschen Einheit. Mythen und Legenden, Berlin 2010, S. 71–84.
- 15 Vgl. André Steiner, Der Weg zur Wirtschafts- und Währungsunion vom 1. Juli 1990, in: Henke (Hg.), Revolution und Vereinigung (Anm. 11), S. 441–455.
- 16 Vgl. Beschlussentwurf der Arbeitsgruppe »Wirtschaftsreform« für den Ministerrat der Regierung Modrow über die Gründung der Treuhandanstalt und die Umwandlung von Volkseigenen Betrieben in Kapitalgesellschaften, in: Treuhandanstalt (Hg.), Dokumentation (Anm. 6), S. 18–23.
- 17 Als Überblick über die verschiedenen wirtschaftspolitischen Ansätze vgl. »Welche Richtung soll die Wirtschaft nehmen?«, in: Berliner Zeitung, 6.3.1990 sowie 13.3.1990.
- 18 Vgl. Dieter Grosser, Das Wagnis der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion. Politische Zwänge im Konflikt mit ökonomischen Regeln, Stuttgart 1998.

- 19 Dazu weiterführend und ausführlich zu den individuellen Wahrnehmungen, Deutungen und Erzählungen: Marcus Böick, Die Treuhand (Anm. 5), S. 248 ff.
- 20 Vgl. Marc Kemmler, Die Entstehung der Treuhandanstalt (Anm. 3), S. 123.
- 21 Vgl. Andreas Rödder, Deutschland einig Vaterland. Die Geschichte der Wiedervereinigung, München 2009.
- 22 Siehe Beschluß zur Gründung der Anstalt zur treuhänderischen Verwaltung des Volkseigentums (Treuhandanstalt) [Gesetzesblatt der Deutschen Demokratischen Republik, 8.3.1990], in: Treuhandanstalt (Hg.), Dokumentation (Anm. 6), S. 1.
- 23 Vgl. Firmenbeteiligung aus dem Ausland wird begrenzt, in: Berliner Zeitung vom 30.4.1990.
- 24 Vgl. Thesenpapier zur Konzeption der Treuhandanstalt von Dr. Eberhard Weiershäuser (Schröder Münchmeyer Hengst & Co., Frankfurt), dem Verhandlungsführer der bundesdeutschen Banken, vorgelegt am 21. Mai 1990 in Bonn [Anhang 11], abgedruckt in: Kemmler, Die Entstehung der Treuhandanstalt (Anm. 3), S. 403.
- 25 Vgl. dazu v. a. auch die parlamentarische Debatte: Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik, Stenographisches Protokoll, 10. Wahlperiode, 15. Tagung (Sondertagung), 17. Juni 1990, in: Treuhandanstalt (Hg.), Dokumentation (Anm. 6), S. 201–206, hier S. 202.
- 26 Tätigkeitsbericht der Treuhandanstalt, Berlin, 3.7.1990, in: Treuhandanstalt (Hg.), Dokumentation (Anm. 6), S. 83.
- 27 Vgl. Am Geld wird nichts scheitern, in: Der Spiegel, 15.3.1991.
- 28 Siehe weiterführend: Marcus Böick, Die Treuhand (Anm. 5), S. 93 ff.
- 29 Vgl. etwa: Die Herrschaft der alten Kader, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3.10.1990.
- 30 Vgl. Dierk Hoffmann, Im Laboratorium der Marktwirtschaft, Zur Geschichte der Treuhandanstalt 1989/90 bis 1994. Ein neues Forschungsprojekt des Instituts für Zeitgeschichte, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 66 (2018), S. 167–188.
- 31 Vgl. Philipp Ther, Das andere Ende der Geschichte. Über die Große Transformation, Frankfurt/M. 2019.
- 32 Vgl. programmatisch Thomas Großbölting/Christoph Lorke (Hg.), Deutschland seit 1990. Wege in die Vereinigungsgesellschaft, Stuttgart 2017.



Berlin, 13.12.1990: Die Opel AG, die Autowerke Eisenach GmbH und die Treuhandanstalt unterzeichneten einen Vertrag über den Kauf eines Grundstücks in Eisenach, auf dem die Opel AG eine neue Produktionsstätte errichtete (v.l.n.r.: L. Hughes, Opel-Vorstandsvorsitzender, H. Haussmann, Bundeswirtschaftsminister, D. Rohwedder, Präsident der Treuhandanstalt, J. Dučač, Ministerpräsident des Landes Thüringen, W. Liedke, Autowerk Eisenach).

Andreas Malycha

## Im Schlepptau der Bonner Behörden?

### Die Treuhandanstalt und die Einflussnahme der Bundesregierung im Frühjahr/Sommer 1990

Die Treuhandanstalt (THA) wurde am 1. März 1990 durch einen Beschluss der DDR-Regierung – noch SED-geführt – unter dem Ministerpräsidenten Hans Modrow gegründet. Bis zur ersten freien Volkskammerwahl am 18. März und der Bildung der Regierung unter Lothar de Maizière (CDU) Anfang April fristete sie jedoch ein Schattendasein. Die neue Regierung setzte andere ordnungspolitische Prioritäten und schwenkte auf einen Kurs

des Übergangs zur sozialen Marktwirtschaft ein. Somit bekam auch die THA einen neuen Auftrag: Nicht mehr die Bewahrung des ehemals staatlichen Eigentums, sondern dessen Privatisierung hatte nunmehr Priorität. Doch auf welche Weise der Übergang zur Marktwirtschaft organisiert werden sollte, blieb so unklar wie umstritten.

Bonner Behörden boten unter den sich radikal verändernden wirtschaftspolitischen Leitlinien Hilfe an. Bundeswirtschaftsministerium und -finanzministerium erarbeiteten Konzepte und Programme für den ostdeutschen Wirtschaftsumbau. Auch für die nun dem DDR-Ministerpräsidenten Lothar de Maizière (CDU) direkt unterstellte Treuhandbehörde entwickelten Bonner Beamte Aufgabenprofile und Organisationsrichtlinien. In Ostberlin waren diese Hinweise zunächst willkommen. Doch bis zum Sommer 1990 verstärkte sich ein deutlicher Dissens zwischen den Regierungen der DDR und der Bundesrepublik im Verständnis dessen, mit welcher Organisationsstruktur die Privatisierung der staatlichen Industrie durch die THA durchgeführt werden sollte. Erstmals im Bundesarchiv Koblenz eingesehene Archivadokumente geben Auskunft über die Versuche der politischen Einflussnahme der Bundesregierung auf die Struktur, Arbeitsweise und das Personal der THA im Frühjahr und Sommer 1990. Auf der Grundlage dieser Dokumente soll im Folgenden ein analytischer Blick auf dieses Spannungsverhältnis während dieser kurzen Zeit geworfen werden.

## Die Treuhandanstalt im Fokus westdeutscher Ministerien im Frühjahr 1990

Die Bonner Ministerien für Wirtschaft und Finanzen nahmen die Überlegungen der Ostberliner Regierung über die weitere Behandlung des Volkseigentums nicht nur aufmerksam zur Kenntnis. Bereits in der Regierungszeit Modrows traf sich eine deutsch-deutsche Expertenkommission, in der Regierungsbeamte aus der DDR und der Bundesrepublik über die Vorbereitung einer Währungs- und Wirtschaftsgemeinschaft verhandelten.<sup>1</sup> In einem Zwischenbericht vom 13. März 1990 war davon die Rede, dass eine Strukturanpassung der DDR-Unternehmen mit marktwirtschaftlichen Methoden zwingend notwendig sei.<sup>2</sup> Die Währungsunion sowie eine Wirtschaftsgemeinschaft wurden in dem Bericht als ein zentrales Element bezeichnet, um die Abwanderung von Menschen aus ihrer ostdeutschen Heimat zu stoppen. Die westdeutsche Delegation und deren Leiter, Staatssekretär Horst Köhler (CDU), gingen von dem Grundsatz aus, dass eine Übernahme des westdeutschen Wirtschafts-, Steuer- und Sozialrechts

unausweichlich werden würde.<sup>3</sup> Nach der Volkskammerwahl übernahm Ende März 1990 Hans Tietmeyer (CDU) als »Beauftragter des Bundeskanzlers« die Leitung der westdeutschen Delegation, um über die Vorbereitung einer Wirtschafts- und Währungsunion mit einer neuen DDR-Regierung zu verhandeln.<sup>4</sup> Tietmeyer war seit Januar 1990 Mitglied des Direktoriums der Deutschen Bundesbank.

Seit dem Amtsantritt Lothar de Maizières am 12. April 1990 nahmen Berater aus dem Bonner Regierungsapparat nunmehr verstärkt Einfluss auf die Neuorganisation der THA sowie die Ausarbeitung juristischer Rahmenbedingungen für deren künftige Tätigkeit.<sup>5</sup> Das Bundesministerium für Wirtschaft (im folgenden BMWi) und das Bundesministerium für Finanzen (im folgenden BMF) waren sich darin einig, dass der ursprüngliche Beschluss der Modrow-Regierung zur THA-Gründung auf die Wahrung und eben nicht auf die ihrer Meinung nach unumgängliche Privatisierung des Volkseigentums abzielte. Und dieses Ansinnen war ihrer Auffassung nach falsch. Insbesondere seien die damalige Führungs- und Organisationsstruktur unzureichend gewesen. Laut einem Vermerk beider Häuser vom 7. Mai 1990 lasse die beabsichtigte regionale Aufsplitterung der Behörde keine schnellen Entscheidungen zu. Zudem würden dem THA-Direktorium unter Peter Moreth – ein Politiker der vormaligen Blockpartei LDPD (Liberal-Demokratische Partei Deutschlands), der noch von der Modrow-Regierung als Leiter der Treuhand eingesetzt wurde – jeglicher unternehmerischer Sachverstand fehlen. Daher seien dringend externe Experten- und Beratergremien vonnöten.<sup>6</sup>

Diese Einschätzungen basierten hauptsächlich auf einem Gespräch zwischen THA-Direktoriumsmitglied Wolfram Krause, DDR-Finanzminister Walter Romberg (SPD) sowie Staatssekretär Horst Köhler und weiteren Beamten aus dem BMF am 26. April 1990 in Bonn. Die Vertreter der THA schilderten ihren westdeutschen Gesprächspartnern den aktuellen Stand des Organisationsaufbaus der Anstalt, der ihrer Meinung nach sehr unbefriedigend sei. Die Zentrale in Berlin mit ihren rund 80 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sei gegenwärtig in die Abteilungen Wirtschaft, Recht, Finanzen und Treuhand-Auftrag gegliedert und nur bedingt arbeitsfähig. Die Ressortzuständigkeit zwischen den DDR-Ministerien Wirtschaft und Finanzen sei umstritten, wobei das Büro von Ministerpräsident de Maizières sowie das Wirtschaftsministerium die Zuständigkeit für die THA weitgehend an sich gezogen hätten. Auch die Umwandlung der volkseigenen Kombinate und Betriebe in Kapitalgesellschaften (Aktiengesellschaften und GmbHs) werde gegenwärtig vorrangig vom Wirtschaftsministerium organisiert, an dessen Spitze Gerhard Pohl von der CDU stand.<sup>7</sup>

Anfang Mai 1990 verständigten sich BMF und BMWi auf »Grundsätze zur Privatisierung des Volkseigentums der DDR«, in denen gefordert wurde, sämtliche Vermögenswerte der DDR – einschließlich des staatlichen landwirtschaftlichen Vermögens, des Wohnungs- und Grundvermögens – möglichst umfassend zur Herstellung der Wettbewerbsfähigkeit der DDR-Wirtschaft einzusetzen. Die Betriebe sollten zügig veräußert werden, »soweit sie wettbewerbsfähig sind oder nach unternehmenspolitischen Kriterien wettbewerbsfähig zu machen sind. Betriebe, deren Wettbewerbsfähigkeit nicht hergestellt werden kann, sind unverzüglich unter Veräußerung des verwertbaren Vermögens zu liquideren.«<sup>8</sup> Die Verkaufserlöse sollten zunächst für die Herstellung der Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe verwendet werden, die als geeignet für eine Sanierung erschienen. Notwendig sei es, sämtliche Vermögenswerte auf die Treuhand zu übertragen, um sie in die Lage zu versetzen, im Vorgriff auf künftige Privatisierungserlöse und andere Erträge Kredite bis zur Höhe der erwarteten Einnahmen aufzunehmen. Zuschüsse aus dem Staatshaushalt sowie aus öffentlichen Haushalten der Gebietskörperschaften (Kreise und Bezirke) wurden in diesen Grundsätzen strikt ausgeschlossen.

Zu den zentralen Aufgaben der Treuhand zählten BMF und BMWi eine aktive Privatisierungspolitik sowie die Umsetzung entsprechender Maßnahmen, die »soweit wie möglich« zu beschleunigen waren. Sie sollte dabei alle Möglichkeiten nutzen, um eine Veräußerung zu marktgerechten Preisen zu ermöglichen. In der Struktur der Treuhand müsse eine branchenmäßige Aufteilung im gewerblichen Bereich unbedingt vermieden werden, hieß es. Zudem wurde die Zuständigkeit der Treuhand für die drei Einzelbereiche gewerbliche Wirtschaft, Wohnungswesen und Landwirtschaft »wegen unterschiedlicher Problemlagen« für unzumutbar erachtet. Stattdessen schlugen die Bonner Beamten vor, für Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft, für Wohn- und Grundeigentum sowie für land- und forstwirtschaftliche Flächen jeweils eigene Institutionen mit unterschiedlichen Rechts- und Organisationsformen zu gründen. Die Treuhand wäre in dieser Variante lediglich für die früheren staatlichen Betriebe in der Industrie zuständig gewesen.

Weiterhin war daran gedacht, dass die THA sich während der Dauer ihres Bestehens aus den Privatisierungserlösen und sonstigen Erträgen selbst finanzieren solle. Zu diesem Zeitpunkt gingen die Bonner Behörden noch von vergleichsweise hohen Einnahmen aus der Privatisierung aus, was damit einem »sich letztlich selbst tragenden Finanzierungskreislauf« entsprechen sollte. »Nicht nur die ordnungspolitische Erwägung des Rückzugs des Staates aus der Wirtschaft, sondern auch, um das Haushalts-

defizit abzubauen und damit den Kreditbedarf des Staates einzugrenzen, sollte der Sanierungsaufwand für die bisher volkseigene Wirtschaft aus dem volkseigenen Vermögen selbst finanziert und der Staatshaushalt insoweit nicht herangezogen werden.«<sup>9</sup> Abschließend wurde konstatiert, dass die damalige THA den in diesem Konzept formulierten Grundsätzen keinesfalls entspreche. Zudem müsse unverzüglich geklärt werden, ob die Aufgaben der Treuhand besser in einer privat- oder öffentlich-rechtlichen Form gelöst werden könnten.

Während eines Gesprächs mit Vertretern westdeutscher Banken am 18. Mai 1990 in Frankfurt (Main), an dem u. a. Wolfram Krause als Mitglied des THA-Direktoriums, zwei Vertreter aus dem DDR-Wirtschaftsministerium, ein Referatsleiter aus dem Bundeskanzleramt sowie zwei Mitglieder des CDU-Wirtschaftsrates aus Bonn teilnahmen, forderten die Bankenvertreter eine Umbildung der bisherigen THA in eine »Privatisierungsagentur«, um die volkseigenen Betriebe nach »unternehmerischen Grundsätzen« zu privatisieren.<sup>10</sup> Zugleich hielt es die Mehrheit der Teilnehmer für entscheidend, den Einfluss der Politik, insbesondere parlamentarische Einflussnahmen, auf die THA so weit wie möglich auszuschalten. Eine paritätische Zusammensetzung der THA-Organen jeweils mit Vertretern der Arbeitnehmer\_innen und der Arbeitgeber\_innen sahen die Teilnehmer dieser Beratung als unannehmbar an. Eine solche Variante entspreche weder der vorrangigen unternehmerischen Ausrichtung der Treuhand noch der nötigen Sachkompetenz, die durch die Zusammensetzung der Gremien gewährleistet werden müsse. Das Hauptproblem sahen die Gesprächsteilnehmer in der notwendigen Kreditbeschaffung und Kreditfähigkeit der künftigen »Privatisierungsagentur«.

Etwa zur gleichen Zeit, Mitte Mai 1990, sprach sich das BMWi in einem Organisationskonzept nun nachdrücklich dafür aus, das gesamte volkseigene Eigentum nicht einer einzigen Treuhandeinrichtung zuzuweisen. Stattdessen schlug die dortige Abteilung I – Wirtschaftspolitik – vor, das zu verwaltende Vermögen in drei Bereiche mit unterschiedlichen Rechts- und Organisationsformen zu trennen, in: a) gewerbliche Wirtschaft, b) Wohnungswesen sowie c) Landwirtschaft. »Alle drei Treuhandeinrichtungen sind auf eine aktive und zügige Umstrukturierungs- und Privatisierungspolitik unter Beachtung marktgerechter Preise zu verpflichten.«<sup>11</sup> Die für Privatisierung und Sanierung der Unternehmen zuständige Treuhandeinrichtung sollte nicht als Anstalt des öffentlichen Rechts, sondern in der Rechtsform einer Aktiengesellschaft weitergeführt werden. Die Vorteile dieser Rechtsform sah das BMWi darin, dass damit unternehmerischer Sachverstand in den Leitungsgremien sichergestellt werden könne.

Hierzu müssten allerdings konzernerfahrene Unternehmer sowie externe Berater gewonnen werden. Notwendig seien zudem schnelle und flexible unternehmerische Entscheidungswege. Im Zuge der Neuorganisation der THA, so hieß es im BMWi-Konzept, müsse insbesondere eine politische Einflussnahme auf Einzelentscheidungen sowie eine branchenmäßige Untergliederung verhindert werden. Zugleich ging das BMWi von der Annahme aus, die THA könne sich durch eine zügige Privatisierung nicht nur selbst, sondern auch den wirtschaftlichen Strukturwandel finanzieren: »Aus der Mobilisierung des volkseigenen Vermögens dürften namhafte Finanzmittel zur Modernisierung der Wirtschaft aus eigener Kraft zu gewinnen sein.«<sup>12</sup>

In einem Vermerk für Bundeswirtschaftsminister Helmut Haussmann (FDP) vom 17. Mai 1990 bezeichnete der zuständige Abteilungsleiter im BMWi die Präferenz für eine Treuhand-Aktiengesellschaft im gewerblichen Vermögen als zwingend. Insbesondere könne in einer unternehmerisch tätigen Privatgesellschaft der Einfluss politischer Instanzen begrenzt werden. Die Einflussmöglichkeit der Regierung ergäbe sich dann aus den Bestimmungen der Bundeshaushaltsordnung, die von der DDR zu übernehmen sei. Danach seien die Veräußerungen maßgeblicher Anteile an vom Bund beherrschte Unternehmen an die Zustimmung des Finanzministers gebunden.<sup>13</sup>

In sämtlichen Konzepten für eine Neuorganisation der THA gingen die Bonner Beamten im April/Mai 1990 wie auch die DDR-Regierung noch von der Annahme aus, das bisherige staatliche Eigentum der DDR mit beachtlichem Gewinn veräußern zu können, sodass die Behörde auf Hilfen aus dem Staatshaushalt der DDR bzw. dem Bundeshaushalt nicht angewiesen sein würde. Im Sommer 1990 deutete sich allerdings schon an, dass sich aus dem gesamten Privatisierungsgeschäft der Treuhand letztlich wohl kein Gewinn erzielen lassen würde. In Bonn wuchs die Sorge vor einem Szenario, in dem die THA zu einem Milliardengrab des Bundes zu werden drohte.

## Der deutsch-deutsche Diskurs über ein Treuhandgesetz

Ab Mitte Mai 1990 befasste sich eine von Ministerpräsident de Maizière eingesetzte Arbeitsgruppe mit der Neufassung des Treuhandgesetzes. Zum engeren Kreis der Arbeitsgruppe gehörten fünf Personen, die von de Maizière persönlich ausgewählt und ernannt wurden<sup>14</sup>: Fritz Holzwarth, bislang Leiter der Abteilung Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik im Kon-

rad-Adenauer-Haus in Bonn und jetzt persönlicher Berater des Ministerpräsidenten, Wolfram Krause, stellvertretender Vorsitzender des Direktoriums der THA, Stephan Supranowitz, Leiter des Amtes für Rechtsschutz des Vermögens der DDR, Thomas de Maizière (CDU), zuvor Referatsleiter in der Westberliner Senatskanzlei und seit dem Frühjahr 1990 juristischer Berater im Amt des DDR-Ministerpräsidenten, sowie Ludwig Penig, Leiter der Rechtsabteilung des DDR-Ministerrates und juristischer Berater de Maizières.

In die Erarbeitung des Entwurfs für ein neues Treuhandgesetz wurden Beamte aus den Bonner Bundesministerien für Wirtschaft, Finanzen und Justiz sowie aus dem Bundeskanzleramt einbezogen. Die entsprechenden Gesetzentwürfe der von de Maizière eingesetzten Arbeitsgruppe wurden den Bonner Dienststellen zugeleitet, dort diskutiert und überarbeitet. Auf der anderen Seite bildeten Entwürfe aus dem BMWi und BMF die Basis beiderseitiger Stellungnahmen und Gespräche zwischen Bonn und Ostberlin. So fand am 25. Mai 1990 eine Beratung von Vertretern der DDR-Ministerien für Wirtschaft sowie Finanzen, des THA-Direktoriums, des Büros des Ministerpräsidenten mit Beratern aus dem Wirtschafts- und dem Finanzministerium der Bundesrepublik in Ostberlin statt.<sup>15</sup> Während der Beratung über den vom BMWi und BMF vorgelegten Gesetzentwurf kamen die verschiedensten, zum Teil auch sehr gegensätzlichen Ideen und Vorschläge zur Sprache. Einig war man sich vor allem über die politischen Rahmenbedingungen, unter denen die THA künftig tätig werden sollte. So müsse eine direkte Beziehung der Treuhand zum Parlament aus dem Gesetzentwurf unter allen Umständen herausgelassen werden. Vielmehr solle die Regierung die alleinige Aufsicht über die Treuhand nicht nur als Rechtsaufsicht, sondern auch über die von ihr zu verwaltenden Sachbestände ausüben.

In den letzten Maitagen wurde die Arbeit an den Gesetzentwürfen in den Bonner Ministerien noch einmal intensiviert. Nach einer gemeinsamen Beratung von Vertretern des Bundeskanzleramtes, des BMWi und des BMF entstand ein Entwurf, über den Staatssekretär Horst Köhler in einem Schreiben an das Mitglied des Direktoriums der Deutschen Bundesbank Hans Tietmeyer vom 28. Mai 1990 informierte.<sup>16</sup> In dem Schreiben hielt es Köhler für unbedingt notwendig, die Frage zu klären, wie wohnungswirtschaftliches Vermögen künftig zu behandeln sei. Es sei zu entscheiden, ob das Wohnungsvermögen einen eigenen Holdingbereich der THA darstellen sollte – wie die DDR-Vertreter vorgeschlagen hatten – oder den Kommunen zuzuordnen sei. Nach Köhlers Auffassung sei es absehbar, dass mit der Zuweisung an die Kommunen der notwendige Subventionsabbau

und die Entlastung des Staatshaushalts stark beeinträchtigt würden. Köhler verwies auf die Notwendigkeit, alle Liegenschaften einer zu gründenden Treuhand AG zuzuordnen, die Grundstücke für Investoren bereitstelle und deren Erträge der THA zugeführt werden müssten. Diese Idee wurde mit der Gründung der »Liegenschaftsgesellschaft der Treuhandanstalt mbH« (TLG) im März 1991 umgesetzt.

In den zuständigen Referaten des BMWi hielt man den von der Arbeitsgruppe des DDR-Ministerpräsidenten vorgelegten Entwurf eines neuen Treuhandgesetzes für wirtschaftspolitisch problematisch. Nach Ansicht der Bonner Beamten müsse mit der DDR-Seite in jedem Fall noch einmal über die im Entwurf vorgesehene Aufgliederung des Treuhandvermögens in Holdings für verschiedene Industriebranchen geredet werden. Dem Bundesministerium missfiel insbesondere die unklare Abgrenzung der Kompetenzen zwischen den geplanten Holdings in Form von großen privatwirtschaftlich organisierten Aktiengesellschaften und der THA als Anstalt des öffentlichen Rechts.<sup>17</sup> Zudem sei bislang völlig unklar, mit welchen Ansprechpartnern Erwerbsinteressenten aus dem Westen über Beteiligungen und Veräußerungen verhandeln sollten. Die THA wäre überfordert, wenn sie diese Verhandlungen selbst führen wollte. Daher plädierten die Beamten des BMWi für direkte Verhandlungen auf betrieblicher Ebene. Generell sollten in die Vorstände und Aufsichtsräte der Treuhandunternehmen sowie der zu bildenden Treuhandholding-Aktiengesellschaften so weit wie möglich westliches Know-how und Management Einzug halten.

Bundeswirtschaftsminister Helmut Haussmann beurteilte die Gründung von branchenbezogenen Treuhand-Holdings ebenso skeptisch, wie er am 7. Juni 1990 an den Chef des Bundeskanzleramtes Rudolf Seiters schrieb. »Dies würde die Tendenz fördern, beim Herangehen an die zentrale Privatisierungsaufgabe die sektoral orientierten Perspektiven in den Vordergrund zu rücken und damit eine Vielzahl von unter betriebswirtschaftlichen Aspekten dringend anstehenden Entscheidungen zu verzögern.«<sup>18</sup> Auch in einem Schreiben an den DDR-Wirtschaftsminister Pohl riet Haussmann von einer branchenbezogenen Auffächerung ab: »Eine breite Auffächerung würde meiner Überzeugung nach entgegen dem ersten Anschein die unabdingbare Dezentralisierung der notwendigen Entscheidungen behindern und sie erneut auf die öffentlich-rechtliche Anstalt konzentrieren.«<sup>19</sup>

Haussmann warnte zudem vor übereilten Schritten, um die ostdeutsche Planwirtschaft in ein marktorientiertes Wettbewerbssystem zu überführen. Für dringlich hielt er westliches Kapital, das rasch in die DDR fließen müsse. Doch westdeutsche Unternehmen hielten sich bei Investitionen

auffallend zurück, was der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Tyll Necker, in einem Schreiben an Haussmann vom 2. Mai 1990 mit unkalkulierbaren Risiken begründete: »Schon heute ist aber zu erkennen, dass die Ungewissheit über die bilanzielle Situation vieler DDR-Unternehmen, ungeklärte Eigentumsfragen sowie drohende Altlastverpflichtungen aus der Kontaminierung von Böden bei vielen westlichen Unternehmen eine reservierte Haltung in Bezug auf DDR-Investitionen verursachen.«<sup>20</sup>

Auch das BMF sah den mehrfach überarbeiteten Entwurf der Arbeitsgruppe de Maizières für ein neues Treuhandgesetz, insbesondere die vorgesehene Gründung der Treuhand-Aktiengesellschaften als Branchenholdings, überwiegend kritisch. Der Leiter der Arbeitsgruppe Innerdeutsche Beziehungen im BMF, Thilo Sarrazin, hielt die schließlich im Treuhandgesetz gewählte Organisationslösung für eine völlige Fehlkonstruktion.<sup>21</sup> Mit der dreistufigen Organisationsstruktur (Zentrale – Treuhandholdings – Treuhandunternehmen) wären auf der Ebene der Treuhandzentrale in absehbarer Zeit keine Privatisierungserlöse zu realisieren. Denn mögliche Privatisierungserlöse, so argumentierte er, würden zunächst an die Treuhand-Branchenholdings abfließen. »Abführungen an die Treuhandanstalt wird eine Treuhand AG jedoch erst dann erwirtschaften, wenn der Verlustausgleichs- bzw. Kapitalzuführungsbedarf aller der Treuhand AG unterstehenden Kombinate gedeckt ist.«<sup>22</sup> Für die Treuhandzentrale würde dies bedeuten, dass sie auf längere Zeit keine oder nur sehr bescheidene Einnahmen aus Privatisierungserlösen haben werde. Sarrazin schlug als Alternative vor, auf die Ebene der Branchenholdings zu verzichten und die Treuhandunternehmen sowie ihre bisherigen Töchter unmittelbar der Treuhandzentrale zu unterstellen. Der zuständige Referent im BMF, Fritz Knauss, rechnete zudem mit langwierigen Kompetenzstreitigkeiten und Konflikten zwischen Zentrale und Treuhand-Branchenholdings.<sup>23</sup>

## Ostdeutsches Beharrungsvermögen

Trotz der mehrfach vorgetragenen Einwände westdeutscher Regierungsbeamter hielt die DDR-Seite an dem Holdingkonzept fest. Sie brachte während einer letzten Besprechung am 31. Mai 1990 im Gebäude des DDR-Ministerrates der DDR klar zum Ausdruck, dass über den jetzt vorliegenden Entwurf nicht mehr diskutiert werden könne. In einem Vermerk aus dem Bundesjustizministerium (BMJ) für Staatssekretär Klaus Kinkel (FDP) vom 1. Juni 1990 hieß es: »Die Vertreter der DDR wiesen vor Beginn der Erör-

terungen mehrfach darauf hin, dass der Entwurf noch heute dem Ministerpräsidenten zugeleitet werden müsse und dass deswegen keine großen Änderungen an der Konzeption des Entwurfs möglich seien.<sup>24</sup> Insbesondere vertraten Thomas de Maizière, Ludwig Penig sowie Wolfram Krause von der Arbeitsgruppe des Ministerpräsidenten die Auffassung, dass die Lösung mit drei oder vier branchenbezogenen Treuhand-Aktiengesellschaften zweckmäßig und auch wirtschaftlich sinnvoll sowie notwendig sei. Es müsse eben eine Zwischenebene geschaffen werden, die nicht nur den Aspekt der Privatisierung zu berücksichtigen habe, sondern auch unternehmerische Entscheidungen treffen müsse. Würde man diese Aufgabe der Treuhandzentrale zuweisen, so würde dort ein »Wasserkopf« entstehen. Es sei unmöglich, dass dieser die wirtschaftliche und unternehmerische Steuerung von 8 000 Kapitalgesellschaften übernehme. Abschließend wurde im Bericht an Kinkel darauf verwiesen, dass BMJ, BMF und BMWi der vorliegenden Fassung des Entwurfs nicht in allen Punkten zustimmen könnten. Es bestehe vielmehr noch weiterer Beratungsbedarf.

Auch in einer zentralen Frage, der Rechtsform der THA, konnte sich das Bonner Wirtschaftsministerium nicht durchsetzen. Denn die Grundidee im ursprünglichen Gesetzentwurf des BMWi, den gesamten gewerblichen Bereich der THA in eine vom Staat unabhängige Aktiengesellschaft umzuwandeln, hatten der Ministerpräsident selbst und sein Büro verworfen. In einem Vermerk für Haussmann vom 5. Juni 1990 war davon die Rede, dass von dem Konzept des BMWi so gut wie nichts mehr übrig geblieben sei, »d. h. nahezu alle wesentlichen Entscheidungen obliegen wiederum der öffentlich-rechtlichen Anstalt mit allen immanenten Gefahren der Politisierung und Bürokratisierung«.<sup>25</sup> Die Entscheidung für eine öffentlich-rechtliche Anstalt, so hieß es in dem Vermerk weiter, wäre aber auch im Sinne des Bundesfinanzministers getroffen worden. »Er tritt von Anfang an für eine starke Anstalt ein. Er begründet dies mit der bundesdeutschen Erfahrung, dass starke AGs sich als wenig privatisierungsfreudig erwiesen hätten. Er berücksichtigt dabei aber nicht, dass in der DDR von der Situation der Betriebe und vom (nunmehr sehr eindeutigen) gesetzlichen Privatisierungsauftrag her eine ganz andere Situation herrscht.«<sup>26</sup> Wie sich später zeigen sollte, gab es nicht nur in diesem Punkt ganz unterschiedliche Ausfassungen zwischen den Bonner Bundesministern darüber, unter welchen politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen die THA ihr Privatisierungsgeschäft abwickeln sollte.

Ganz offensichtlich fanden die Bonner Ministerien mit ihren mehrfach vorgetragenen Bedenken und Einwänden kaum Gehör, woraus geschlossen werden kann, dass der politische Einfluss von BMF und BMWi auf die

Erarbeitung eines neuen Treuhandgesetzes eher als gering veranschlagt werden muss. Dies lag nach Ansicht von Sarrazin auch daran, dass die Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten für die THA und das Treuhandgesetz in der Bundesregierung im Sommer 1990 noch nicht klar verteilt worden waren.<sup>27</sup> Denn die vom BMF geforderte Zuordnung der THA zum Bundesfinanzminister blieb nicht unwidersprochen. So forderte Bundeswirtschaftsminister Haussmann noch im August 1990, die THA nach den ersten gesamtdeutschen Wahlen der Rechts- und Fachaufsicht des BMWi zu unterstellen. Dabei spielte wohl auch eine wichtige Rolle, dass die zwei Ressorts von unterschiedlichen Koalitionspartnern geführt wurden, womit im Hinblick auf die bevorstehende Bundestagswahl eine Konkurrenzsituation gegeben war.<sup>28</sup> In den Gesprächen zur Vorbereitung des Einigungsvertrages einigte man sich zwischen Wirtschafts- und Finanzministerium des Bundes rasch darüber, dass der Bundesminister der Finanzen die Fachaufsicht im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft wahrnehmen sollte.

Der Ministerrat bestätigte schließlich am 6. Juni 1990 den von der Arbeitsgruppe des Ministerpräsidenten vorgelegten »Entwurf zum Gesetz zur Privatisierung und Reorganisation des volkseigenen Vermögens (Treuhandgesetz)« und leitete diesen an den Wirtschaftsausschuss der Volkskammer zur Beratung weiter.<sup>29</sup> Der nach den Gesprächen zwischen Bonn und Ostberlin mehrfach modifizierte Gesetzentwurf markierte in erster Linie einen klaren Bruch mit den bestehenden ordnungspolitischen Strukturen in der DDR, indem er sich an der westdeutschen Wirtschafts- und Unternehmensstruktur bzw. den Prinzipien der »Sozialen Marktwirtschaft« westdeutscher Prägung orientierte. Der Gesetzentwurf formulierte das Ziel der Treuhand, »die staatliche unternehmerische Tätigkeit so rasch und so weit wie möglich zurückzuführen, die Wettbewerbsfähigkeit möglichst vieler Unternehmen herzustellen und somit Arbeitsplätze zu sichern und Grund und Boden für Investitionen zur Modernisierung der Wirtschaft bereitzustellen.«<sup>30</sup> Die vorgesehene Verknüpfung von zentraler und dezentraler Organisationsstruktur bildete die grundlegende Idee im Gesetzentwurf, indem unter dem Dach einer Anstalt des öffentlichen Rechts branchenspezifische Treuhand-Aktiengesellschaften mit regionalen Standorten gebildet werden sollten.

In Anbetracht einer gewissen Distanz zu den Bonner Treuhandkonzepten im Ministerbüro de Maizière wollte das Bundeskanzleramt nach der Verabschiedung des neuen Treuhandgesetzes in der Volkskammer am 17. Juni 1990 stärkeren Einfluss auf die praktische Umsetzung des Gesetzes nehmen. »In jedem Fall«, so antwortete der Chef des Bundeskanzleramtes Rudolf Seiters (CDU) auf ein Schreiben Haussmanns am 20. Juni

1990, »sollten wir die praktische Umsetzung des Treuhandgesetzes durch bilaterale Gespräche intensiv begleiten.«<sup>31</sup> Ab Mitte Juni 1990 reiste Staatssekretär Dieter von Würzen (BMWi) regelmäßig nach Ostberlin, um sich mit Ministerpräsident de Maizière, seinen Staatssekretären, Wirtschaftsminister Pohl oder Vorstandsmitgliedern der THA zu treffen. Der Leiter der Abteilung Wirtschafts- und Finanzpolitik im Bundeskanzleramt, Johannes Ludwig, führte im Juli und August 1990 mehrere Gespräche mit dem Verwaltungsratsvorsitzenden Detlev Karsten Rohwedder und Treuhandpräsident Reiner M. Gohlke. Der nunmehr intensivierete politische Einfluss Bonner Behörden sowie auch die Gutachten namhafter Unternehmensberaterfirmen wie McKinsey und Roland Berger führten schließlich dazu, dass die Gründung von gesetzlich vorgeschriebenen branchenbezogenen Holdinggesellschaften der THA aufgegeben wurde. Die ca. 8000 bisherigen volkseigenen Kombinate und Betriebe wurden nunmehr nicht durch Treuhand-Aktiengesellschaften, sondern von der THA unmittelbar geführt.

## Fazit und Ausblick

Zumeist herrscht die Annahme vor, die Bonner Bundesministerien für Wirtschaft und Finanzen sowie auch das Bundeskanzleramt hätten einen großen Einfluss auf den Entstehungsprozess der Treuhandanstalt im Frühjahr und im Sommer 1990 gehabt. Die Bonner Beamten versuchten durchaus, die juristischen Rahmenbedingungen für die Arbeit der THA (Treuhandgesetz und Treuhandstatut) maßgeblich zu bestimmen. Wie die jüngsten Aktenfunde im Bundesarchiv in Koblenz offenbaren, zeigten sich sowohl die Regierung unter Ministerpräsident Lothar de Maizière sowie auch die Treuhand-Spitze zunächst außerordentlich distanziert. Obwohl es zahlreiche Treffen und Besprechungen in Bonn und Berlin zwischen Vertretern der DDR-Regierung und den Bundesministerien für Wirtschaft und Finanzen sowie dem Bundeskanzleramt gab, folgten sowohl das Treuhandgesetz vom 17. Juni 1990 als auch das Treuhandstatut vom 18. Juli 1990 nicht uneingeschränkt den Empfehlungen und Vorgaben der Bonner Regierungsbeamten. Auf welchen Ebenen die politische Einflussnahme Bonner Behörden auf die Neugestaltung und weitere Profilierung der THA nach der deutschen Einheit ab dem Herbst 1990 erfolgte, dokumentieren die relevanten Unterlagen der Bundesministerien im Bundesarchiv Koblenz, die jetzt zugänglich gemacht wurden und zu überraschenden Befunden führen.

*Erschienen auf DA Online am 20.4.2020.*

## Anmerkungen

- 1 Vgl. Marcus Böick, *Die Treuhand. Idee – Praxis – Erfahrung*, Göttingen 2018, S.202.
- 2 Vgl. Horst Köhler, *Alle zogen mit*, in: Theodor Waigel/Manfred Schell (Hg.), *Tage, die Deutschland und die Welt veränderten, Vom Mauerfall zum Kaukasus. Die deutsche Währungsunion*, München 1994, S. 129–134.
- 3 Vgl. Thilo Sarrazin, *Die Entstehung und Umsetzung des Konzepts der deutschen Wirtschafts- und Währungsunion*, in: Waigel/Schell (Hg.), *Tage, die Deutschland und die Welt veränderten* (Anm. 2), S. 196.
- 4 Vgl. Hans Tietmeyer, *Erinnerungen an die Vertragsverhandlungen*, in: Waigel/Schell (Hg.), *Tage, die Deutschland und die Welt veränderten* (Anm. 2), S.57–117.
- 5 Vgl. Marc Kemmler, *Die Entstehung der Treuhandanstalt. Von der Wahrung zur Privatisierung des DDR-Volkseigentums*, Frankfurt/M. 1994, S. 156.
- 6 Vermerk von BMWi und BMF, Bonn 7.05.1990, in: Bundesarchiv (im Folgenden BArch), B 136/37705.
- 7 Vermerk über die Besprechung mit Vertretern der THA, Bonn 26.04.1990, in: BArch, B 126/145464.
- 8 Grundsätze zur Privatisierung des Volkseigentums der DDR, Bonn 3.05.1990, in: BArch, B 126/145464.
- 9 Ebenda.
- 10 Information über eine Beratung mit Vertretern der Banken, Berlin 18.05.1990, in: BArch, DC 20/11799.
- 11 Konzept vom BMWi zur Organisation der THA, Bonn 7.05.1990, in: BArch, B 136/37705.
- 12 Ebenda.
- 13 Vermerk vom BMWi zur Organisation der THA, Bonn 17.05.1990, in: BArch, B 136/37705.
- 14 Vgl. Marc Kemmler, *Die Entstehung der Treuhandanstalt* (Anm. 5), S. 156.
- 15 Information über die Beratung am 25.05.1990, Berlin 28.05.1990, in: BArch, DC 20/6308.
- 16 Telefax von Köhler an Tietmeyer, 28.05.1990, in: BArch, B 136/37705.
- 17 Vorlage für Staatssekretär von Würzen, Bonn 6.06.1990, in: BArch, B 102/395180.
- 18 Schreiben von Haussmann an Seiters, Bonn 7.06.1990, in: BArch, B 102/395180.
- 19 Schreiben von Haussmann an Pohl, Bonn 7.06.1990, in: BArch, B 136/35286.
- 20 Schreiben von Tyll Necker an Helmut Haussmann, Köln 2.05.1990, in: BArch, B 136/37705.
- 21 Schreiben von Sarrazin an Köhler, Bonn 2.07.1990, in: BArch, B 126/14519.
- 22 Ebenda.
- 23 Anmerkungen von Knauss zur Arbeit der THA, Bonn 27.08. 1990, in: BArch, B 126/14519.
- 24 Schreiben von Schuster, BMJ, an Kinkel (Staatssekretär BMJ), Bonn 1.06.1990, in: BArch, B 136/35286.
- 25 Schreiben von Gebert, BMWi, an Haussmann, Bonn 5.06.1990, in: BArch, B 136/35286.
- 26 Ebenda.
- 27 Schreiben von Sarrazin an Köhler, Bonn 2.07.1990, in: BArch, B 126/14519.
- 28 Vgl. Wolfgang Seibel, *Verwaltete Illusionen. Die Privatisierung der DDR-Wirtschaft durch die Treuhandanstalt und ihre Nachfolger 1990–2000*, Frankfurt/M. 2005, S. 118/119.
- 29 Beschluss des Ministerrats, Berlin 6.06.1990, in: BArch, DF 4/32203.
- 30 Ebenda.
- 31 Schreiben von Seiters an Haussmann, Bonn 20.06.1990, in: BArch, B 102/395180.



Straße mit Eigenheimen in Kleinmachnow, aufgenommen im Jahr 1995. Damals fürchten viele der Bewohnerinnen und Bewohner Eigenbedarfskündigungen, da am 31.12.1995 der im Einigungsvertrag festgeschriebene Kündigungsschutz für Mieterinnen und Mieter in Ein- und Mehrfamilienhäusern auslief.

Kerstin Brückweh

## Unter ostdeutschen Dächern: eine lange Eigentumsgeschichte der »Wende« – die erste *Fallstudie*

»Die deutsche Einheit ist gelungen und gescheitert, beide Urteile koexistieren trüb, und für beide gibt es ausreichend Belege, und die Entscheidung für eins von beiden steht ohnehin [...] für jeden vorher fest.«<sup>1</sup> Diesen Satz formulierte der Mediziner, Molekularbiologe und Bürgerrechtler Jens Reich 1995 in der Wochenzeitung *Die Zeit*.

Nach wie vor lassen sich Belege für beide Urteile finden, und das wird wohl auch in Zukunft so bleiben. Interessant für die aktuellen Diskussionen

und die verschiedenen Erfahrungen und Erzählungen von heute lebenden Zeitzeugen und Zeitzeuginnen ist aber die Frage, woher sie wissen, ob die eigene Meinung oder die eigene Geschichte eher die Ausnahme oder der »Normalfall« war. Was ist also der größere Kontext der vielfach so eindrucksvoll zu hörenden individuellen Geschichten? Der Weg vom Einzelfall zur größeren Einordnung wird im Folgenden besprochen.

Als Beispiel dienen das Thema Wohnen bzw. die Restitution von Wohneigentum. Dazu entwickelten sich sowohl am Zentralen Runden Tisch als auch bei den späteren Verhandlungen für den Einigungsvertrag – also während 1989/90 – zahlreiche Diskussionen. In den 1990er-Jahren setzte sich dies in Streitigkeiten um die Umsetzungen des Vermögensgesetzes von 1990 fort. Während die Geschichte der gesetzlichen Regelungen und Anpassungen schon geschrieben ist,<sup>2</sup> stellt sich die Frage, welche Praxis sich in Bezug auf das Wohneigentum in der DDR herausbildete und wie sich das im politischen Prozess der Wiedervereinigung ausgehandelte Prinzip »Rückgabe vor Entschädigung« auf die Lebenswelt der Bewohnerinnen und Bewohner auswirkte. Für die Erklärung der Besitz- und Eigentumsverhältnisse, die zum Teil bis in den Nationalsozialismus zurückverfolgt werden müssen, wird eine lange, teilweise vergleichende Perspektive auf die Gesellschaft im Umbruch eingenommen. Das ist auch für die Eigentumstraditionen, -politiken und -praktiken wichtig, die in die Regelungen einfließen und die Begegnung zwischen Bewohnern und sogenannten Alteigentümern einerseits und die Entscheidungen im Verwaltungsapparat zur Klärung offener Vermögensfragen andererseits prägten.

## Ein Einzelfall

1934 erhielt Rosa Köppner<sup>3</sup> die Bewilligung ihres Bauplans für ein Haus in Kleinmachnow südwestlich von Berlin. Nachdem die 36-Jährige bald darauf von Berlin-Schmargendorf Richtung Potsdam an den Stadtrand gezogen war, lernte sie dort Mitte der 1940er-Jahre ihren künftigen Mann, den Ingenieur Friedrich Gärtner, kennen. Er war ebenfalls in den 1930er-Jahren in die Gemeinde gezogen und lebte – inzwischen verwitwet – mit seinen beiden Töchtern einige Straßen entfernt. Ihr persönliches Glück stand Anfang der 1950er-Jahre zunehmend vor einer Herausforderung: Der Grenzübergang zwischen Kleinmachnow und Berlin-Zehlendorf wurde immer wieder gesperrt, der Weg zu Gärtners Westberliner Arbeitgeber somit erschwert. Im Januar 1953 entschieden sich die nun schon über 50-Jährigen deshalb, Kleinmachnow zu verlassen und in Westberlin zu leben. Politische

Gründe nannten sie nirgendwo explizit. Ihr Haus in Kleinmachnow ließen sie zurück. Dort wohnten in den 1950er-Jahren verschiedene Mieter, bis sich 1961 nach dem Mauerbau die Verhältnisse stabilisierten. Nun zog Familie Wagner ein. 1989 wohnte das Ehepaar Wagner noch mit einem Sohn in dem Haus. Rosa Gärtner war bereits verstorben, der Familienvater Peter Wagner verstarb 1991 und auch Friedrich Gärtner waren seine 90 Jahre anzumerken – deshalb nahm sein Schwiegersohn die Sache in die Hand und meldete in Gärtners Namen im Herbst 1990 vermögensrechtliche Ansprüche auf das zurückgelassene Haus an. Möglich war dies durch das im Zuge des Einigungsvertrages beschlossene sogenannte Vermögensgesetz<sup>4</sup> geworden. Demnach galt der Grundsatz »Rückgabe vor Entschädigung«. Das heißt: Eigentum sollte – wo immer möglich – an die alten Eigentümer zurückgegeben werden. Der Fall Gärtner war einfach: Da das Haus in der DDR nicht enteignet, sondern mit dem Wegzug der Gärtners unter staatliche Verwaltung kam, wurde diese per Gesetz Ende 1992 aufgehoben, das Eigentum und die Verwaltung wurden also wieder in die Hände der Gärtners übergeben. Die Mieter blieben wohnen. Wagners hatten sich in der DDR gut um das Haus gekümmert, es war ihnen ans Herz gewachsen, sie hatten sich sonst aber wie Mieter verhalten, das bedeutet, dass sie nichts um- oder angebaut hatten und keinen Eigentumserwerb anstrebten beziehungsweise anstreben konnten. Zwischen Mietern und Eigentümern bestand in den 1990er-Jahren ein freundlich-sachliches Verhältnis. Der Eigentümer Gärtner sowie nach dessen Tod 1996 seine Tochter und der Schwiegersohn nahmen notwendige Renovierungen vor. Trotzdem war das Haus eher einfach ausgestattet und die Miete entsprach dem unteren Wert des Mietspiegels. Unangenehm empfanden die Mieter die stetig erneuerte Aussage, dass es zu einer Eigenbedarfskündigung kommen könne – das schuf Unsicherheit. Und tatsächlich kam diese Kündigung, allerdings erst im Jahr 2010. Mittlerweile wohnte Martin Wagner nach dem Tod seiner Mutter im Jahr 1997 mit der eigenen vierköpfigen Familie in dem Haus. Innerhalb der einjährigen Kündigungsfrist kaufte die Familie ein Reihenhaus in Kleinmachnow. 2013 zog der Enkel von Gärtner mit seiner Familie in das 1934 gebaute Haus ein – quasi der Erbe der Erben. Eine eher unspektakuläre Geschichte. Ist sie typisch für Kleinmachnow? Für Ostdeutschland?

## Eine typische Geschichte?

Präsentiert man diesen Einzelfall einem Kleinmachnower Publikum zum Beispiel im Rahmen einer Veranstaltung, so wird einem sofort entgegen-

gehalten, dass dieser Fall völlig untypisch sei. Und tatsächlich zeigte sich in dieser Gemeinde das häufig harsche Aufeinandertreffen von West- und Ostdeutschen, worüber in regionalen, überregionalen und ausländischen Medien unter anderem als unerfreuliche Geschichte der Verdrängung von Ost- durch Westdeutsche berichtet wurde.<sup>5</sup> Es ist auch die Gemeinde, in der besonders stark und – wie in Gesetzesanpassungen erkennbar – erfolgreich gegen das Vermögensgesetz protestiert wurde.<sup>6</sup> Zugleich wird einem aber zum Beispiel aus der Perspektive einer Leipziger Bürgerrechtlerin entgegengehalten, dass das Wohnen in einem Einfamilienhaus zu DDR-Zeiten ein Privileg gewesen und es deshalb nicht verwunderlich sei, dass gerade in Kleinmachnow in den 1990er-Jahren so viel Protest geäußert wurde.<sup>7</sup> Und aus der Sicht einer Dorfbewohnerin im ländlichen Brandenburg wird betont, dass man auf dem Dorf noch einmal andere Erfahrungen machte, die nicht vernachlässigt werden dürfen, immerhin lebte in Ostdeutschland 1989 noch fast ein Viertel der Bevölkerung auf dem Land.<sup>8</sup> Angesichts einer Vielzahl von Einzelgeschichten, -erfahrungen und -perspektiven stellt sich die Frage, wie sich diese in größere Kontexte einordnen lassen.<sup>9</sup>

Auf der Basis von verschiedenen untersuchten Räumen – urban, suburban und ländlich – ergibt sich folgendes Bild:<sup>10</sup> Bleibt man zunächst bei Kleinmachnow an der Berliner Stadtgrenze, so ist der Zuzug in Einfamilienhäuser in den 1930er-Jahren ebenso typisch wie der Wegzug zwischen 1953 und 1961 aus wirtschaftlichen oder politischen Gründen und das Ansiedeln von neuen Bewohnern und Bewohnerinnen in dieser Zeit. Charakteristisch für die Gemeinde ist das direkte Aufeinandertreffen von West- und Ostdeutschen und die Unsicherheit über die Eigentums- und Wohnverhältnisse in den 1990er-Jahren, wobei es häufig komplizierte Eigentumsverhältnisse gab, die – zum Teil begleitet von nervenaufreibendem Streit – erst nach mehreren Jahren endgültig entschieden wurden. Typisch ist auch, dass wir nicht so genau wissen, wie die ostdeutschen Bewohner und Bewohnerinnen zum DDR- und die Alteigentümer und -tümerinnen zum NS-Regime gestanden hatten. Hier erhält der Historiker oder die Historikerin erst nach detaillierten Recherchen und Gesprächen mit Zeitzeugen und -zeuginnen mehr Aufschluss. Die politische Einstellung spielte für das Vermögensgesetz von 1990 nur eine geringe Bedeutung, wichtiger war dagegen der Eigentumsstatus des Hauses. Zwar wurde der »Erwerb aufgrund unlauterer Machenschaften«<sup>11</sup> in der Rechtspraxis berücksichtigt, aber in den hier Haus für Haus untersuchten Beispielstraßen trafen nach 1990 eher diejenigen aufeinander, zu deren Lebensziel der Erwerb eines Hauses gehörte und die sich selbst – auch in Abgrenzung zu anderen Gesellschaftsgruppen – als »Ottonormalverbraucher«<sup>12</sup>

und »anständige Bürger«<sup>13</sup> bezeichnen. Im Jahr 2000 brachten es die befragten Experten und Expertinnen in einer Fokusrunde für ein stadtsoziologisches Projekt auf den Punkt: »Zu DDR-Zeiten haben also eher die ›Spießer‹ Häuser gekauft; nicht unbedingt die hohen Funktionäre.«<sup>14</sup> Das war allerdings vereinfacht dargestellt, denn überzeugte Anhänger des DDR-Regimes gab es in den Kleinmachnower Häusern durchaus; die Nähe zu Westberlin erforderte Grenztruppen am Ort, die in Kleinmachnow gelegene Parteihochschule, die später als Gästehaus der SED benutzt wurde und prominente Gäste beherbergte, musste bewirtschaftet werden. Zugleich verstand sich Kleinmachnow als Künstler- und Wissenschaftlergemeinschaft.<sup>15</sup> Kleinmachnow war also besonders. In den anderen beiden Untersuchungsorten, einem Dorf in Brandenburg an der Grenze zum heutigen Sachsen-Anhalt und der Stadt Schwerin in Mecklenburg-Vorpommern, ist diese Spezifik nicht anzutreffen. Aber auch hier zogen Bewohnerinnen und Bewohner vor allem bis 1961 weg – auf dem Dorf bedingt durch die Bodenreform zur Zeit der Sowjetischen Besatzungszone und später durch die Kollektivierung der Landwirtschaft in der DDR – und auch hier zogen neue Bewohner und Bewohnerinnen nach.<sup>16</sup> In der Stadt waren es eher adelige Familien und das gehobene Bürgertum, die aus den untersuchten Straßen verschwanden. Kennzeichnend war hier anders als in Kleinmachnow und im Beispieldorf, wo die Bewohnerinnen und Bewohner die Instandhaltung der Häuser in Eigenarbeit übernahmen, der zunehmende Verfall der Altstadt.<sup>17</sup>

Wichtig ist bei diesem kurzen, unvollständigen Überblick, dass die Geschichte der Häuser, des Immobilieneigentums und der Bewohner vor 1989 unmittelbar für die Konflikte nach 1990 relevant wurde. Dabei kamen auch Themen auf die Tagesordnung, die in der DDR verschwiegen wurden. Besonders deutlich zeigt sich das in Kleinmachnow an der sogenannten Sommerfeld-Siedlung; denn eigentlich befand sich das Bauland für die Bürgerhaussiedlung im Eigentum des jüdischen Architekten Adolf Sommerfeld.<sup>18</sup> Der Architekt und Chef eines großen deutschen Baukonzerns der Weimarer Zeit wurde als Jude bereits im April 1933 gezwungen, Deutschland zu verlassen.<sup>19</sup> Die Nationalsozialisten entschieden sich, sein Grundkonzept für die Bürgerhaussiedlung, in der der »einfache Mann« neben dem Ministerialrat wohnen sollte, beizubehalten.<sup>20</sup> Nach 1990 wurde die Frage erörtert, ob diejenigen, die nach 1933 dort Häuser erworben hatten, überhaupt wussten, dass es sich um »arisirtes« Eigentum handelte. Sollten die Häuser in den 1990er-Jahren nun an die Eigentümer der 1930er-Jahre rückübertragen werden? Oder gehörten sie den Sommerfeld-Erben beziehungsweise der Jewish Claims Conference, die

auch ihre Ansprüche anmeldete? Eine gravierende Folge dieser doppelten Ansprüche war, dass die Entscheidungen extrem lange dauerten. Erst im März 2016 entschied der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte, dass die Grundstücke nicht an die Sommerfeld-Erben zurückgegeben werden mussten.<sup>21</sup> Das sind Extreme. Aber lange Entscheidungszeiten waren typisch für Kleinmachnow. Dagegen zeichneten sich die untersuchten Häuser in den Schweriner Straßen dadurch aus, dass die meisten Anträge schon 1990, häufig über Anwaltskanzleien gestellt, innerhalb von zwei bis drei Jahren entschieden wurden. Das gemeinsame Ziel war die schnelle Erneuerung der verfallenden Altstadt. Zu einem direkten Zusammentreffen von Alteigentümern und Bewohnern kam es hier – im Gegensatz zu Kleinmachnow – selten.

In den 1970er- und 1980er-Jahren verliefen eine Stabilisierung der Besitzverhältnisse, die auch mit dem Verkauf von Eigenheimen an DDR-Bewohner einherging, und ein Verfall der Altbausubstanz parallel zueinander. Die lange Geschichte von 1989 im Bereich des Wohneigentums erst in den 1970ern und 1980ern beginnen zu lassen, wie es für andere Themen einer langen Geschichte der »Wende« sinnvoll ist, wäre zu kurz-sichtig. Denn die Reaktionen auf offizielle DDR-Eigentumspolitiken und -praktiken müssen mit den langlebigen Eigentumsideen der Bewohner und Bewohnerinnen – und den Mentalitäten, wie M. Rainer Lepsius sie nannte<sup>22</sup> – zusammen betrachtet werden; deren ideen- und mentalitätsgeschichtliche sowie verwaltungspraktische Ursprünge lassen sich mindestens bis ins 19. Jahrhundert zurückverfolgen.

## Langlebige Ideen, alltägliche Praktiken und staatssozialistische Strategien

Die Idee des privaten Wohneigentums stellte sich als resilient heraus, das heißt, sie bestand unter den Bewohnern und Bewohnerinnen unabhängig vom politischen System und der offiziellen Eigentumspolitik – das ist ein zentraler Befund in allen untersuchten Räumen. Dafür sprechen erstens die Praktiken<sup>23</sup>, also die Art und Weise, wie sich DDR-Bewohnerinnen und -Bewohner um Häuser und Wohnungen kümmerten; sie pflegten den Wohnraum und – falls vorhanden – auch den Garten häufig so, als seien sie Eigentümer. Zweitens ist die hohe Wertschätzung des Grundbuchs dafür ein Anzeichen.

Die Konflikte nach 1990 entstanden unter ehemaligen DDR-Bewohnern und -Bewohnerinnen sowie Alteigentümern und -eigentümerinnen

nicht aufgrund unterschiedlicher Bewertungen der Verbindlichkeit des Grundbuchs, das zur maßgeblichen Entscheidungsinstanz in den Verwaltungsverfahren der Ämter zur Regelung offener Vermögensfragen wurde. Vielmehr entstanden sie durch die unterschiedliche DDR-Eigentumspolitik und -praxis, die mal zum Eintrag ins Grundbuch geführt hatte, in vergleichbaren Fällen mal aber auch nicht. Was als willkürliche Praxis des DDR-Regimes erschien, ordnete sich in die Strategien anderer staatssozialistischer Regime ein: Besitz und Eigentum wurden großzügig verteilt, ohne die dazugehörige Rechtssicherheit zu gewähren.<sup>24</sup> So konnte der Staat auf seine Bürgerinnen und Bürger zugreifen und in ihren Wohnraum und damit ihre Lebensmöglichkeiten eingreifen (etwa wegen beantragter Ausreise, Strafverfahren, Mauerbau, sogenannter Baulandgewinnung und Ähnlichem).<sup>25</sup> Zu dieser Strategie gehörte auch, dass in der DDR von offizieller Seite versucht wurde, die Bedeutung des Grundbuchs zu minimieren.<sup>26</sup> DDR-Bewohner und Käufer von Eigentum strebten durchaus den Eintrag ins Grundbuch an, um Rechtssicherheit herzustellen. Die Bedeutung des Grundbuchs wurde abseits der offiziellen Ideologie also nicht merklich angezweifelt.<sup>27</sup> Wichtig ist an dieser Stelle, dass sich die Situation im Verlauf der DDR-Geschichte auch wegen der Bausubstanz veränderte. Beim Wohneigentum zeigte sich ab den 1970ern unter dem Mantel scheinbar stabiler Verhältnisse angesichts des Verfalls der Altbausubstanz ein steigender Handlungsbedarf. Damit einher ging ein staatliches Neubauprogramm, die Aufweichung von Eigentumstiteln durch politische Privilegien und die Fixierung informeller Besitzarrangements.

Privates Eigentum wurde in der bereits erwähnten Kleinmachnower Fokusrunde im Jahr 2000 als »Mutter aller freiheitlichen Grundrechte« bezeichnet und dadurch mit einer alten Idee, die durch die Französische Revolution neue Präsenz erhielt, verknüpft. Das Eigentum hat sicherlich eine noch viel längere Geschichte, aber das 19. Jahrhundert bietet durch die Einführung des Bürgerlichen Gesetzbuches und, damit einhergehend, des Grundbuchs quasi ein Scharnier zwischen den früheren Aufschreibssystemen von Eigentum und der Form des Grundbuchs, die bis heute noch gilt.<sup>28</sup> Wer im Grundbuch steht, ist Eigentümer. Mit diesem Grundsatz wurde es auch für die Neuordnung des Eigentums nach 1990 zur zentralen Wissensressource.

Dagegen bildete die DDR mentalitätsgeschichtlich nur eine relativ kurze Zeitspanne, die dennoch für massive Brüche in den Eigentumspraktiken und -notationen sorgte. Und nicht nur das, denn auch die in der DDR nicht aufgearbeiteten Enteignungen des Nationalsozialismus wurden, wie bereits erwähnt, nach 1990 wieder relevant. Die 1990er-Jahre

stellten also eine wichtige Zeit für eine Neuordnung des Eigentums dar, die durchaus für Ärger sorgte. Zugleich lässt sich aber durchweg beobachten, dass die zugrunde liegenden Ideen und Konzepte von Wohneigentum bei den Akteuren weitgehend unverändert blieben. Diese Mentalitäten waren durch eine Langlebigkeit gekennzeichnet, deren Wurzeln mindestens bis ins 19. Jahrhundert zurückgehen.

Die mit dem Eigentum verbundenen Ideen sorgten noch auf einer anderen Ebene für Konflikte: Das Wohneigentum versprach Sicherheit im Kleinen und einen Rückzugsort abseits der politischen Systeme. Nach 1990 wurde aber mit dem Grundbuch als wichtigster Referenz für die Entscheidungen der Ämter zur Regelung offener Vermögensfragen das rechtliche Eigentum höher bewertet als eine jahre- oder auch jahrzehntelange Pflege des Wohnraums und gegebenenfalls des Grundstücks. Das sorgte für so großen Unmut und Protest, dass diese Pflege des Eigentums neben anderen in die Rechtsprechung aufgenommen wurde.<sup>29</sup> Dieser Entschluss wiederum führte zu längeren Entscheidungszeiten, denn Widersprüche und Klageverfahren samt gerichtlichen Urteilen der nächsthöheren Instanz sind üblich im funktionierenden Rechtsstaat, dauern aber ihre Zeit.

An dieser Stelle mag eingewandt werden, dass für Menschen, die in Wohnungen zum Beispiel in der Stadt lebten, das Grundbuch keine Rolle spielte. Trotzdem hingen auch hier grundlegende Sanierungen der Miethäuser von der Klärung der Eigentumsfrage ab. Die Renovierung des eigenen Wohnraums lässt häufig ähnliche Praktiken wie bei Einfamilienhäusern erkennen: So pflegten auch Mieterinnen und Mieter in der Stadt und auf dem Land ihren Wohnraum.<sup>30</sup> Eine Bewohnerin aus dem brandenburgischen Dorf erinnert sich zum Beispiel an die DDR-Zeit: »Einem Eigentümer ähnlich fühlte man sich für die LPG-Wohnungen verantwortlich. Man zahlte niedrige Mieten, Renovierungsmaterial stellte die LPG, und die Mieter führten die Arbeiten durch. Wenn beim Nachbarn renoviert werden sollte, der schlecht an Baumaterial kam, wurde auf der LPG auch schon mal Material ›vergesellschaftet‹ gemäß dem DDR-Slogan: ›Aus den Betrieben ist noch viel mehr herauszuholen.«<sup>31</sup> Hier ist also einerseits die Anpassung an die spezifische Situation in der DDR zu erkennen. Andererseits zeigen andere Quellen, dass auch auf dem Dorf an bis ins 19. Jahrhundert und weiter zurückreichende Traditionen und soziale Hierarchien angeknüpft wurde. Sie waren geprägt durch Machtfragen, die sich nicht zuletzt über die Größe des Hofes und die Fläche des (zwangs)kollektivierten oder nach 1990 verpachteten Landes bestimmten.

## Erinnerungen: Bewertung durch die betroffenen DDR-Bewohner und -Bewohnerinnen im Rückblick

Eine elementare Beobachtung in allen Projekten zur langen Geschichte der »Wende« ist das Auseinanderfallen von den vor und während 1989/90 gehegten Erwartungen an das bundesdeutsche System einerseits und den Erfahrungen mit diesem System in den 1990er-Jahren andererseits. Dass Erwartungen und Erfahrungen vielfach nicht zusammenpassten, hat wiederum Auswirkungen darauf, wie in heutigen Gesprächen mit Ostdeutschen die Vergangenheit und der Systemwechsel erinnert werden.

Ein Beispiel: Die Zweitanalyse von Interviews, die Stadtsoziologen in Kleinmachnow um 2000 durchgeführt haben,<sup>32</sup> zeigt, dass das Recht in den 1990er-Jahren als flexibel wahrgenommen wurde. Das war eine zentrale Erfahrung der Betroffenen mit Blick auf die Umsetzung des Vermögensgesetzes, die Irritation verursachte, weil sie nicht der Erwartung an den bundesdeutschen Rechtsstaat entsprach. Rechtsflexibilität ähnelte eher der DDR-Erfahrung, wie sie ja auch in den verschiedenen geführten Grundbüchern erkenn- und erfahrbar gewesen war. Die Novellierungen und Änderungen des Vermögensgesetzes sorgten für eine lange Zeit der Unsicherheit – in Kleinmachnow nicht selten für sechs und mehr Jahre.<sup>33</sup> Die Gesetzesänderungen führten zur Berücksichtigung der ostdeutschen Praxis, die bei der unter großem Zeitdruck getroffenen Vorbereitung des Gesetzes 1990 noch nicht absehbar gewesen war. Im Prinzip könnte das als Erfolg für die ostdeutschen Bewohner eingestuft werden. Dem stand aber die Unsicherheit entgegen, die vielfach in der persönlichen Bewertung als gravierender eingestuft wurde. Hier ein Beispiel:

»Wie gesagt, deswegen habe ich Zweifel an unserer Demokratie, das kann doch nicht sein, daß man nicht ins Recht gesetzt wird, das hat doch nichts mit Demokratie zu tun, daß Gesetze immer wieder anzweifelbar sind, obwohl doch klare Fakten bestehen. Das kann man nicht akzeptieren, da ist so viel Undurchsichtigkeit und Willkür. Es gibt keine Begrenzung, es kann nochmal 10 Jahre dauern, länger, als ich vielleicht noch lebe, da steckt die Politik dahinter, die westliche Seite schneidet besser ab, sie hat die bessere Lobby. Ich kann nicht ins Haus investieren.«<sup>34</sup>

Auch wenn es große Unterschiede bei der Bewertung des eigenen Falles gab, war doch die allgemeine Bewertung der Restitution in Kleinmachnow als »ein Sinnbild für die Enteignung der Ostdeutschen, für einen dezidier-

ten Ost-West-Konflikt« – wie es die Stadtsoziologen als Ergebnis im Jahr 2001 formulierten – signifikant.<sup>35</sup> Es war aber nicht allgemeingültig, das ist schon an den erwähnten viel kürzeren Entscheidungszeiten in Schwerin zu erkennen. Ebenso führten variierende Einstellungen und Handlungen von DDR-Bewohnerinnen und -Bewohnern, z. B. als Mieter in der Stadt oder als Selbstnutzer im Einfamilienhaus, zu unterschiedlicher Betroffenheit und Bewertung der Neuordnung von Eigentum. Immer wieder zeigt sich in den Oral-History-Gesprächen von heute und den Zweitauswertungen der qualitativ-narrativen Interviews, die 1999/2000 geführt wurden, dass sich das Sprechen im öffentlichen Raum vom Sprechen im eher als privat eingeschätzten Interview unterscheidet.<sup>36</sup> Während bei öffentlichen Veranstaltungen die etablierten Erzählungen der gesamten Gemeinde oder Stadt erzählt werden, hört man im qualitativen Interview viele Nuancen und auch Widersprüche zur quasioffiziellen Erzählung.

Das führt zurück zur Ausgangsfrage nach dem Verhältnis des eigenen Falles zu anderen. Warum ist die Frage nach dem, was typisch ist, überhaupt wichtig? Mit Blick auf das vereinigte Deutschland lassen sich im Moment viele negative Geschichten einer »Übernahme«<sup>37</sup> Ostdeutschlands durch die alte Bundesrepublik hören. Häufig wird in den Erzählungen mit Mengenangaben operiert (»die meisten«, »die Mehrzahl« u. a.), offizielle Statistiken gibt es viel seltener.<sup>38</sup> Aber selbst, wenn es sie gibt, wiegt die eigene Erfahrung bei der Erinnerung und Bewertung der Geschichte am stärksten. Die systematische empirische Untersuchung von Alltagsthemen der langen Geschichte der »Wende« hat dagegen eine Vielfalt von Geschichten ans Licht gebracht, die am Rande der öffentlichen Erzählungen stehen. So ist der Fall Wagner für Kleinmachnow tatsächlich ein untypischer Fall, blickt man auf das gesamte Ostdeutschland verhält es sich anders. Übereinstimmend lässt sich mit Blick auf die Eigentumsstraditionen, -politiken und -praktiken festhalten, dass in allen Untersuchungsgebieten – wie oben beschrieben – langlebige Ideen, alltägliche Praktiken und staatssozialistische Strategien den Umgang mit Wohnraum und Wohneigentum prägten. Das im Kopf zu behalten und zugleich die leisen neben die lauten Stimmen zu stellen, um ein ausbalanciertes und empirisch fundiertes Bild der Transformationsgeschichte zu erhalten, ist eine wichtige Aufgabe der Geschichtsschreibung der langen Geschichte der »Wende« und zugleich eine Überleitung zu den Ergebnissen der gesamten Forschungsgruppe.

*Erschienen auf DA Online am 8.9.2020.*

## Anmerkungen

- 1 Jens Reich, Die Einheit. Gelungen und gescheitert, in: Die Zeit, Nr. 38, 15.9.1995, S. 58.
- 2 Zur Geschichte des Gesetzes und seiner späteren Änderungen: vgl. Anke Kaprol-Gebhardt, Geben oder Nehmen. Zwei Jahrzehnte Rückübertragungsverfahren von Immobilien im Prozess der deutschen Wiedervereinigung am Beispiel der Region Berlin-Brandenburg, Berlin 2018.
- 3 Personennamen wurden geändert. Die folgende Geschichte basiert auf Unterlagen, die der Autorin überlassen wurden, und auf Oral-History-Interviews, die im Frühjahr 2020 mit den Angehörigen der betroffenen Familien geführt wurden.
- 4 Das Gesetz zur Regelung offener Vermögensfragen (kurz: Vermögensgesetz) wurde am 23.9.1990 in der DDR erlassen, galt ab 3.10.1990 in der gesamten Bundesrepublik und wurde später noch ergänzt und erweitert. Zur Geschichte des Gesetzes und seiner Änderungen vgl. Kaprol-Gebhardt, Geben oder Nehmen (Anm. 2). Zur Geschichte der verschiedenen Fälle der Gemeinde Kleinmachnow, für die dort noch das Pseudonym Selsdorf verwendet wurde, vgl. Kerstin Brückweh, Unter ostdeutschen Dächern. Wohneigentum zwischen Enteignung, Aneignung und Neukonstituierung der Lebenswelt in der langen Geschichte der »Wende«, in: Thomas Großbölting/Christoph Lorke (Hg.), Deutschland seit 1990. Wege in die Vereinigungsgesellschaft, Stuttgart 2017, S. 187–212.
- 5 Als ein Beispiel unter vielen siehe: Brutale Wessis wollen uns aus unseren Häusern jagen!, in: Neue Revue, 31.5.1991; oder gemäßigter: Leslie Colitt, East Germans find their homes are no longer their castles. Many live in fear of being forced out by their western neighbours (Colitt reports from Kleinmachnow), in: Financial Times, 2./3.5.1990.
- 6 Kerstin Brückweh, Wissen über die Transformation. Wohnraum und Eigentum in der langen Geschichte der »Wende«, in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History, Online-Ausgabe, 16 (2019) 1, <https://zeithistorische-forschungen.de/1-2019/5677>, letzter Zugriff am 26.6.2020, Druckausgabe: S. 19–45.
- 7 Gisela Kallenbach, Kommentar, in: Kerstin Brückweh/Clemens Villinger/Kathrin Zöller (Hg.), Die lange Geschichte der »Wende«. Geschichtswissenschaft im Dialog, Berlin 2020, S. 81.
- 8 Rosemarie Bergholz/Gabriele Eissenberger, Kommentar, in: Brückweh/Villinger/Zöller (Hg.), Die lange Geschichte (Anm. 7), Berlin 2020, S. 70–71. Die von dort entnommene Zahl bezieht sich auf Orte unter 2000 Einwohnern.
- 9 Zur Problematik des Begriffs und Konzeptes der Repräsentativität siehe mit Blick auf die Transformationsgeschichte: Kerstin Brückweh/Kathrin Zöller, Transformation Research and the Longue Durée of 1989. Combining Qualitative and Quantitative Data, in: Przegład Socjologii Jakościowej – Qualitative Sociology Review 15 (2019) 1, S. 72–91.
- 10 Der Darstellung liegen umfassende Aktenauswertungen der Ämter zur Regelung offener Vermögensfragen zugrunde, die für Kleinmachnow und das brandenburgische Dorf im Kreisarchiv Potsdam-Mittelmark in Bad Belzig liegen und für Schwerin im Finanzministerium Mecklenburg-Vorpommern. Mein Dank gilt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern dieser Institutionen.
- 11 Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands (Einigungsvertrag), Anlage III Gemeinsame Erklärung der Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik zur Regelung offener Vermögensfragen vom 15. Juni 1990, [www.gesetze-im-internet.de/einigvtr/anlage\\_iii.html](http://www.gesetze-im-internet.de/einigvtr/anlage_iii.html), letzter Zugriff 1.9.2020.
- 12 Birgit Glock/Carsten Keller, Interview-Ehepaar-Redlicher Erwerb 2C, Teilverschriftlichung [2000], S. 4. Das Interview wurde im Rahmen des Forschungsprojekts »Property Restitution and the Post-1989 Transformation Process in Germany and Poland. An International and Inter-

- disciplinary Research Project (1999–2001 von der Volkswagen-Stiftung gefördert) geführt. Am Gesamtprojekt waren polnische, britische und deutsche Wissenschaftler beteiligt. Das deutsche Teilprojekt, dessen Unterlagen für das Potsdamer Forschungsprojekt freundlicherweise zur Verfügung gestellt wurden, wurde von Hartmut Häußermann, Birgit Glock und Carsten Keller (Humboldt-Universität zu Berlin) durchgeführt. Vgl. auch Birgit Glock/Hartmut Häußermann/Carsten Keller, Die sozialen Konsequenzen der Restitution von Grundeigentum in Deutschland und Polen, in: Berliner Journal für Soziologie 4 (2001), S. 533–550.
- 13 Dies., Interview-Redlicher Erwerber im Prozeß 7C, Teilverschriftlichung [2000], S. 1.
  - 14 Dies., Fokus-Runde Kleinmachnow, 16.2.2000, Teilverschriftlichung.
  - 15 Vgl. die Bände des in Kleinmachnow ansässigen Karikaturisten Harald Kretzschmar, Paradies der Begegnungen: Der Künstlerort Kleinmachnow, Leipzig 2010, und Treff der Originale. Prominent in und um Kleinmachnow, Berlin 2016.
  - 16 Vgl. Arnd Bauerkämper, Kontinuität und Auflösung der bürgerlichen Rechtsordnung. Landwirtschaftliches Bodeneigentum in Ost- und Westdeutschland (1945–1990), in: Hannes Siegrist/David Sugarman (Hg.), Eigentum im internationalen Vergleich. 18.–20. Jahrhundert, Göttingen 1999, S. 109–134; Uta Bretschneider, »Vom Ich zum Wir«? Flüchtlinge und Vertriebene als Neubauern in der LPG, Leipzig 2016.
  - 17 Vgl. den ebenfalls im Kontext der Potsdamer Forschungsgruppe entstandenen Aufsatz von Anja Schröter, Ein ostdeutscher Marsch durch die Institutionen? Politische Partizipation vom Spät- zum Postsozialismus, in: Werkstattgeschichte 81 (2020) 1, S. 73–84.
  - 18 Nicola Bröcker/Celina Kress, Südwestlich siedeln. Kleinmachnow bei Berlin. Von der Villenkolonie zur Bürgerhaussiedlung, 2. erw. Aufl., Berlin 2006.
  - 19 Celina Kress, Zwischen Bauhaus und Bürgerhaus. Die Projekte des Berliner Bauunternehmers Adolf Sommerfeld. Zur Kontinuität suburbaner Stadtproduktion und rationellen Bauens in Deutschland 1910–1970, Dissertationsschrift Technische Universität Berlin, 2008, <https://depositonce.tu-berlin.de/handle/11303/2309>, letzter Zugriff am 26.6.2020, S. 147–150.
  - 20 Ebd., S. 143. Kress bezieht sich auf Alfred Schild, Alfred Schild erinnert sich, in: Bauwelt 77 (1986) 34, S. 1267.
  - 21 European Court of Human Rights, Fifth Section, Decision, Application 16722/20, Christian Meyer against Germany, 22.3.2016, <http://hudoc.echr.coe.int/eng?i=001-162482>, letzter Zugriff am 28.6.2020.
  - 22 M. Rainer Lepsius, Ein unbekanntes Land. Plädoyer für soziologische Neugierde, in: Bernd Giesen/Claus Leggewie (Hg.), Experiment Vereinigung. Ein sozialer Großversuch, Berlin 1991, S. 71–76, hier S. 72.
  - 23 Während der Begriff der Idee häufig mit Eliten- und Intellektuellengeschichte verbunden wird, handelt es sich hier eher um Mentalitäten, die sich in den Praktiken der historischen Akteure und Akteurinnen und nicht in schriftlichen Abhandlungen zeigen. Vgl. Lucas Haasis/Constantin Rieske, Historische Praxeologie. Zur Einführung, in: dies. (Hg.), Historische Praxeologie. Dimensionen vergangenen Handelns, Paderborn 2015, S. 7–54.
  - 24 Vgl. Hannes Siegrist/Dietmar Müller, Introduction, in: dies. (Hg.), Property in East Central Europe. Notions, Institutions, and Practices of Landownership in the Twentieth Century. New York/Oxford 2015, S. 1–26.
  - 25 Für eine Zusammenstellung der Gründe für Vermögensentziehungen in der DDR siehe Brückweh, Unter ostdeutschen Dächern (Anm. 4), S. 196. Für eine andere Praktik, die nicht mit westdeutschen Hausbesetzungen als politischen Akten vergleichbar war, sondern vielmehr aus dem Alltag heraus notwendig wurde, siehe: Udo Grashoff, Schwarzwohnen. Die Unterwanderung der staatlichen Wohnraumlenkung in der DDR, Göttingen 2011.
  - 26 Vgl. Monika Tatzkow/Hartmut Henicke (Hg.), Grundbuchdokumentation und Grundbuchmanipulation in der früheren DDR (Vermögensrechtliche Reihe, Bd. 2), Berlin 1993.

- 27 Zu einer ähnlichen Bewertung kamen auch die Stadtsoziologen in ihren Interviewauswertungen im Jahr 2001 (siehe Anm. 12): Birgit Glock/Hartmut Häußermann/Carsten Keller, Gewinner und Verlierer in Kleinmachnow. Die Wahrnehmung der Restitution bei den Betroffenen, FR-WP3-Berlin (unveröffentlichtes Working Paper), 2001, S. 177–211, hier S. 209.
- 28 Als Überblick: Clemens Stewing, Geschichte des Grundbuches, in: Der Deutsche Rechtspfleger 97 (1989), S. 445–447.
- 29 Zur Geschichte des Vermögensgesetzes: Kaprol-Gebhardt, Geben oder Nehmen (Anm. 2).
- 30 So auch: Grasshoff, Schwarzwohnen (Anm. 25), S. 78.
- 31 Bergholz/Eisenberger, Kommentar (Anm. 8). Zur Anwendung des Vermögensgesetzes im städtischen Raum vgl. Bettina Reimann, Städtische Wohnquartiere. Der Einfluss der Eigentümerstruktur. Eine Fallstudie aus Berlin Prenzlauer Berg, Opladen 2000.
- 32 Der für das Forschungsprojekt übernommene Bestand zum deutschen Teil des Projektes umfasst Audioaufnahmen von drei Experteninterviews, 16 leitfadenbasierte Interviews und zwei Fokusrunden sowie Unterlagen und Teilverschriftlichungen der Interviews. Außerdem existieren zum Projekt mehrere unveröffentlichte Working Papers und ein Abschlussbericht sowie eine Publikation: Glock/Häußermann/Keller, Sozialen Konsequenzen der Restitution (Anm. 12).
- 33 Dieser Darstellung liegen umfassende Aktenauswertungen der Ämter zur Regelung offener Vermögensfragen zugrunde, die für Kleinmachnow im Kreisarchiv Potsdam-Mittelmark in Bad Belzig liegen.
- 34 Carsten Keller/Birgit Gock, Interview-Redlicher Erwerber im Prozeß 7C (Anm. 13), S. 2.
- 35 Birgit Glock/Hartmut Häußermann/Carsten Keller, Gewinner und Verlierer in Kleinmachnow (Anm. 27), S. 209.
- 36 Dorothee Wierling, Zeitgeschichte ohne Zeitzeugen. Vom kommunikativen zum kulturellen Gedächtnis – drei Geschichten und zwölf Thesen, in: BIOS 21 (2008), S. 28–36.
- 37 Zugespitzt auf dieses Narrativ siehe: Ilko-Sascha Kowalczyk, Die Übernahme. Wie Ostdeutschland Teil der Bundesrepublik wurde, München 2019.
- 38 Es gibt zu dem hier behandelten Thema nur eine verlässliche Statistik. Sie wurde 2001 vom Bundesamt zur Regelung offener Vermögensfragen, also der diesbezüglich höchsten Instanz, veröffentlicht und ist auf ganz Ostdeutschland bezogen. Demnach wurde fast die Hälfte der Anträge und damit der größte Teil (49 Prozent) abgelehnt. In weiteren 14 Prozent der Fälle waren die Anträge zurückgenommen worden. Für 22 Prozent gab es Rückübertragungen, in je fünf weiteren Prozent wurde die staatliche Verwaltung aufgehoben oder eine Entschädigung festgesetzt. Die noch verbleibenden fünf Prozent wurden unter »sonstige Erledigungen« zusammengefasst. Bearbeitung der Anträge (bundesweit), Stand 31.3.2001, in: Bundesamt zur Regelung offener Vermögensfragen (BARoV) (Hg.), Offene Vermögensfragen. Versuch einer Bilanz, Berlin 2001, S. 90. Das BARoV gab diese Zahlen bekannt, als gut 95 Prozent der Anträge, also mehr als zwei Millionen, erledigt waren.



Schulunterricht in einer Schule in Jena-Lobeda am 27.4.1973

Kathrin Zöller

## Erinnerung, Wandel und Neubewertung – die Schulzeit in der langen Geschichte der »Wende«

Stellen Sie sich vor, Sie werden aufgefordert, sich an die eigene Schulzeit zu erinnern. Woran denken Sie zuerst? Vielleicht denken Sie »eigentlich an die Dinge in der Freizeit, an den Sport und das, was wir immer unternommen haben«. <sup>1</sup> Oder Sie denken an bestimmte Lehrkräfte, die Ihnen besonders positiv oder negativ in Erinnerung geblieben sind. Vielleicht auch an Streiche, die Sie mit Ihren Freundinnen und Freunden gespielt haben. Falls Sie bis 1989/90 in der DDR zur Schule gegangen sind, kommen Ihnen womöglich die Freie Deutsche Jugend (FDJ) in den Sinn, die Pioniernachmittage, spezielle Unterrichtsfächer und -inhalte (wie z. B. Staatsbürgerkunde oder der Unterrichtstag in der Produktion). Möglicherweise denken

Sie, damit verbunden, an die Grenzen der freien Meinungsäußerung und das Politische im Schulalltag, ähnlich wie dieser Zeitzeuge:

»z.B. die trockenen Pioniernachmittage, die irgendwo immer Pflicht waren, du da hingehen musstest, obwohl keiner richtige Lust hatte. Damals war schon auffällig bei Staatsbürgerkunde, dass wenn du Sachen kritisch hinterfragt hast, merktest, dass der Lehrer nicht richtig dahinterstand. Viele Sachen hat man ja auch nicht richtig vertreten, sondern oftmals nur vorgebetet und nicht dahintergestanden.«<sup>2</sup>

Und möglicherweise würden Sie Ihre Schulzeit aus heutiger Sicht anders bewerten, als Sie es damals getan hätten, und denken ähnlich wie dieser Proband:

»Früher hat es einen nicht gestört zu FDJ und Pionierveranstaltungen zu gehen, aber aus der heutigen Sicht war das ein Eingriff in die Person.«<sup>3</sup>

Je nachdem, ob jemand in der Schulzeit mehr positive oder negative Erfahrungen gesammelt hat, werden auch die Einordnung und Bewertung der Schulzeit im Rückblick ausfallen. Dass Menschen mit etwas Abstand die Vergangenheit anders bewerten oder erinnern, ist etwas völlig Normales und ein Allgemeinplatz.<sup>4</sup> In Bezug auf die Erinnerung an die Schule in der DDR und ihren Wandel lohnt sich aber ein genaueres Hinsehen und zwar aus mehreren Gründen: Die Einordnung und Bewertung der DDR-Geschichte ist umstritten und auch nach wie vor politisch ein brisantes Thema. Mitunter ist diesbezüglich von einem »Erinnerungsstreit« die Rede.<sup>5</sup> Die Aussagen von Schülerinnen und Schülern über ihre Erfahrungen und Erinnerungen an ihre Schulzeit sowie die Beschreibung ihres Wandels weisen bestimmte Muster auf, deren Analyse dazu beiträgt, ein differenzierteres Bild vom Bildungswesen der DDR und die Erinnerung daran zu gewinnen.

## Die Diskrepanz von Erfahrung und Erinnerung erforschen

Besonders auffällig beim Wandel der Erinnerung an die Schule in der DDR ist, dass die Diskrepanz zwischen den Bewertungen während der Schulzeit und der nachträglichen Einordnung relativ hoch ist. So schätzte die Mehrzahl der Teilnehmenden an der Sächsischen Längsschnittstudie (SLS) seit vielen Jahren das heutige, bundesrepublikanische Schulsystem

im Vergleich zum DDR-Schulsystem als qualitativ schlechter ein. Zuletzt waren es 70 Prozent der Befragten, die die Schulbildung in der DDR besser bewerten.<sup>6</sup> Blickt man in die Texte aus deren Schulzeit, also in Aussagen, die sie 1990 formulierten, wird deutlich: Die Erinnerung an die DDR-Schule ist positiv, die Erfahrung mit der DDR-Schulzeit war es nicht zwangsläufig auch. Das heißt nicht, dass die Erinnerung deshalb »falsch« ist – es lohnt sich aber, genauer hinzuschauen.

Das Anliegen dieses Beitrages ist es, die Vielschichtigkeit von Erfahrung und Erinnerung herauszuarbeiten sowie den Wandel von Erinnerung als Grundlage für die Verständigung über historische Abläufe und deren Einordnung in der Gegenwart anzuerkennen. Gerade die Nuancen und unterschiedlichen Aspekte einer nachträglichen Bewertung als auch die Unterscheidung zwischen Erfahrung und Erinnerung können zu einem versachlichenden Blick auf die DDR-Schule beitragen, getreu dem Motto der Forschungsgruppe »Die lange Geschichte der ›Wende‹: Differenzierung ist die neue Meistererzählung.<sup>7</sup>

Darüber hinaus stellt sich die Frage, wie der Wandel von Erinnerung überhaupt empirisch nachvollzogen werden kann. Als ein analytisches Vorgehen wird hier die Zweitauswertung einer sozialwissenschaftlichen Längsschnittstudie aus zeithistorischer Perspektive vorgestellt. Aus diesem Material wurden drei Fallbeispiele herausgearbeitet, anhand derer sich unterschiedliche Verlaufsformen der Erinnerung und Bewertung der Schulzeit in der DDR und in der Transformation in einer langen Perspektive zeigen lassen.

Wie für fast alle Lebensbereiche, die sich während der »Wendezeit« wandelten, gilt für die Schule eine besondere Spannung: die Friedliche Revolution, die Volkskammerwahl, die Öffnung der Grenzen zur Bundesrepublik und der Umbau des Bildungssystems fanden bei laufendem Schulbetrieb statt. Beim Übergang von einem System zum anderen handelte es sich also keineswegs um einen großen Knall oder eine »Stunde null«, musste der Schulalltag doch irgendwie aufrechterhalten werden. Da dieser Wandel in fast allen gesellschaftlichen Bereichen stattfand, sprechen wir in der Forschungsgruppe von einer Gleichzeitigkeit der Unsicherheiten. Der Autor Peter Richter hat dies in seinem Roman »89/90« anschaulich formuliert: »Was bleibt dir denn, wenn du zum Fall der Mauer beiträgst, aber am nächsten Tag trotzdem eine Mathe-Arbeit schreiben musst [...]?«<sup>8</sup>

## Die Sächsische Längsschnittstudie als Quelle

Die Menschen, die hier im Fokus stehen, eignen sich als Untersuchungsgruppe zu den Erfahrungen mit der Umstrukturierung des Bildungswesens besonders gut: Sie haben in beiden Bildungssystemen Einblicke in die Schule und vor allem in ihre Transformation gewonnen. Im Sommer 1989 besuchten sie die 10. Klasse verschiedener Polytechnischer Oberschulen (POS)<sup>9</sup> und haben sowohl das DDR-Bildungswesen als auch dessen Umstrukturierung zwischen 1990 und 1992 als Schülerinnen und Schüler miterlebt.<sup>10</sup> Diese Alterskohorte der um 1973 Geborenen wurde bisweilen als »Wendekinder«<sup>11</sup> oder »Glückskinder der Einheit«<sup>12</sup> bezeichnet.<sup>13</sup>

Darüber hinaus kennzeichnet die hier zu Wort Kommenden noch eine Besonderheit: Sie gehören zu den Probandinnen und Probanden der Sächsischen Längsschnittstudie<sup>14</sup> und in diesem Rahmen werden sie seit 1987 in einer wiederkehrenden und bis heute andauernden Befragung wissenschaftlich begleitet. Zu verschiedenen Zeitpunkten wurden die Teilnehmenden der Studie, die alle den Jahrgängen 1970–1973 angehören, in Sachsen zur Schule gingen und heute dort wohnen, unter anderem zur DDR-Schule befragt.<sup>15</sup> Seit 1987 erhalten die Teilnehmenden einen Fragebogen, der den quantitativen Teil der Studie bildet. Basierend auf diesem Datenmaterial, sind bereits eine Vielzahl von Publikationen erschienen.<sup>16</sup> Außerdem werden am Ende jedes Fragebogens eine oder zwei offene Fragen gestellt. Die Teilnehmenden formulierten hier ihre Antworten selbstständig und in unterschiedlichem Umfang. Dieser qualitative Teil der Studie ist für die zeithistorische Forschung besonders interessant und liegt auch meinem Dissertationsprojekt zur ostdeutschen Schule vor, während und nach 1989/90 zugrunde<sup>17</sup>. Die schriftlich verfassten Antworten auf die offen gestellten Fragen der Sozialwissenschaftler zeichnen sich durch eine Unmittelbarkeit aus, die in rückblickenden Erinnerungsberichten nicht gegeben ist. Sie bieten daher die Möglichkeit, auf Informationen über das damals aktuelle Erleben, die Primärerfahrung der damals Jugendlichen, zurückzugreifen.<sup>18</sup> Darüber hinaus wurden mit ausgewählten Teilnehmenden im Jahr 1997 qualitative, leitfadengestützte Interviews geführt, die hier ebenfalls herangezogen werden. Dieser Quellenbestand eignet sich nicht zuletzt aufgrund seiner Anlage als Längsschnittstudie und der Mischung aus quantitativen und qualitativen Befragungselementen für die Untersuchung der Erfahrungen mit und Erinnerungen an die Schulzeit in Ostdeutschland zwischen 1989 und 1997 und darüber hinaus. Der Fokus liegt auf den Zeitschnitten 1990, 1994 und 1997.

Der bereits genannte statistische Befund, dass das DDR-Schulsystem gegenwärtig von 70 Prozent der Befragten besser angesehen wird als das

bundesrepublikanische System, gibt wenig Auskunft darüber, auf welche Aspekte des Schulwesens sich diese Einschätzungen beziehen und wie sich diese Einschätzung bei einzelnen Personen festgesetzt oder verändert hat. Drei Bewertungsmuster werden dazu exemplarisch herangezogen. Sie decken die Bandbreite von einer unveränderten Bewertung (Person A) über den Wandel von negativer zu positiver Einschätzung (Person B) bis hin zu unentschiedener Einschätzung (Person C) ab.

## Gemeinschaftsgefühl und Stabilität – gleichbleibend positive Bewertung der Schulzeit

Person A steht beispielhaft für eine mehr oder weniger konstant positive Einschätzung der Schule vor der Wende und danach. Im Zentrum der Äußerungen zur Schule stehen sowohl in dem schriftlich verfassten Beitrag von 1990 als auch in einem 1997 geführten qualitativen Interview das Gemeinschaftsgefühl und der Zusammenhalt in der Abiturstufe. Den Übergang von der POS, der genau zum Schuljahreswechsel im Sommer 1989 stattfand, beschreibt die Person als »schon etwas schwierig« und begründet dies vor allem mit den gestiegenen Lernanforderungen und der Gewöhnung an einen neuen sozialen Zusammenhang.<sup>19</sup> Als besonders positiv erfährt diese Person 1990 die Bemühungen der anderen Mitglieder der Klasse und der Lehrkräfte, durch gemeinsame Unternehmungen zusammenzuwachsen:

»Meine Klassenkameraden und ich waren alle bemüht ein gutes Kollektiv so schnell wie möglich aufzubauen, was durch viele gemeinsame Unternehmungen auch gut gelang. Z.B. war unsere Klassenfahrt im Oktober einfach spitze. Rundum ein tolles Erlebnis. Mit unserer Klassenlehrerin haben wir auch ein sehr gutes Verhältnis, was sehr schön ist. Man könnte sagen: Mit ihr kann man Pferde klauen. Sie ist streng, aber gerecht und stets für einen Spaß zu haben. Mit diesem tollen Verhältnis haben wir viele Probleme gemeistert.«<sup>20</sup>

Sieben Jahre später wird diese Erinnerung fast eins zu eins im Interview wiedergegeben:

*Interviewer:* »Wenn Du an Deine Schulzeit zurückdenkst: Woran erinnerst Du Dich besonders gern?«

*Person A:* »Speziell auf die Abi-Klasse bezogen hat mir halt sehr gefallen, wie wir uns zusammengeschweißt haben in den zwei Jahren. Man kam ja dorthin, neue Lehrer, neue Schüler, neue Unterrichtsmethoden, alles neu und da fand ich es gut, wie wir uns zusammengefunden haben. Wir haben auch viel nach der Schule zusammen gemacht und dann auch die Klassenfahrten und so, das war alles halt schön, gerade der Zusammenhalt, der sich entwickelt hat.«<sup>21</sup>

Besonders deutlich werden hier die Rolle der Lehrkraft und das Gemeinschaftsgefühl in der Klasse beim Umgang mit dem Umbruch 1989/90. Den Lehrkräften kommt nicht mehr die Aufgabe der »Einfädeler der Schüler in die sozialistische Gesellschaft«<sup>22</sup> zu, sondern die Eingewöhnung in die Umbruchgesellschaft. Ein Großteil der Lehrkräfte in der DDR wurde nach 1990 weiterbeschäftigt.<sup>23</sup> Der Schulwechsel der Schülerinnen und Schüler oder Versetzungen der Lehrkräfte wirkten sich aber verändernd auf den Schulalltag aus. So beschreibt Person A vor allem den Kontakt zu anderen Lehrkräften und Mitschülerinnen und Mitschülern als besonders wertvolle Erfahrung. Aus dem im Jahr 1990 ausgefüllten Fragebogen lässt sich deutlich die große Unsicherheit hinsichtlich der künftigen Berufsbiografie, aber auch die Angst vor Arbeitslosigkeit, Kriminalität, Drogen und Perspektivlosigkeit für ostdeutsche Jugendliche ablesen.<sup>24</sup> Die Schule und die dazugehörenden Personen werden zum stabilisierenden Faktor in einer Situation der Unsicherheit. Diese positive Grunderfahrung, Zuwendung und Gemeinschaftsgefühl in der Umbruchsituation erfahren zu haben, wiegt in der Erinnerung die im Fragebogen als negativ bewerteten Aspekte auf. So wird die Politisierung des Schulalltags in diesem Fallbeispiel zwar benannt, aber nicht als prägende Erfahrung eingeordnet. Im Gegensatz dazu nimmt Person A im Verlauf der Zeit an, dass der Wegfall der Jugendarbeit in den 1990er-Jahren ein Problem darstellt. Und so verfestigt sich die Erinnerung, eigentlich gerne in die Schule gegangen zu sein und dort Unterstützung in einer unsicheren Situation erfahren zu haben. Während die politische Ausrichtung und außerunterrichtlichen Angebote von Person A in den Fragebögen von 1990 und 1994 als sehr kritikwürdig eingestuft wurden, relativiert die befragte Person dies im Interview von 1997, wenn es heißt:

»Ja gut, was jetzt die FDJ und die Pioniere betrifft, das hat einen schon irgendwo genervt. Man musste halt das eine oder das andere Mal zum Pioniernachmittag, auch wenn es einem nicht gefiel. Aber aus heutiger Sicht muss ich sagen, es war ziemlich gut, auch bezogen darauf, weil

jetzt viele Jugendliche auf der Straße herumhängen und nachmittags nichts zu tun haben. Daraus entwickelt sich auch eine gewisse Kriminalität oder eben auch Perspektivlosigkeit, weil sie eben nichts kennenlernen. Diese Nachmittage haben auch viel genützt aufgrund der Beziehungen, wo halt viele Elternteile gearbeitet haben, [wir haben] auch viele Sachen gesehen, wo halt nicht jeder rein kam. Deshalb fand ich die Organisation in der Hinsicht auch nicht ganz verkehrt. Ich denke auch mal, daß ich mit meinen Lehrern an sich viel Glück gehabt habe.«<sup>25</sup>

Hinsichtlich der Bildungsziele, Unterrichtsgestaltung, materiell-technischen Ausstattung und der Gesamteffektivität wird die Schule in der DDR als wenig kritikwürdig eingeordnet (Frage im Fragebogen 1990 mit Skalenangabe.) Diese individuelle Einschätzung steht gängigen Topoi der Erinnerung an die DDR-Schule gegenüber, die den Fokus stärker auf die Unterdrückungs-, Disziplinierungs- und Indoktrinationselemente legen. In dieser Erzählung dominiert die Schule als ideologische Indoktrinationsanstalt, in der die Kinder durch Kontrolle und Propaganda zu sozialistischen Persönlichkeiten erzogen werden sollten.<sup>26</sup> Und mit einem Blick in die damalige Schulgesetzgebung eröffnet sich in der Tat ein wenig freieres Bild.<sup>27</sup> Dass dieses im Schulalltag aber nicht immer eins zu eins umgesetzt wurde, zeigen die Erfahrungen und Erinnerungen der damaligen Schülerinnen und Schüler.

## Vom »unverantwortlichen Staatsbürgerkundeunterricht« zum »Laberfach« – Unterricht im Zentrum der Erinnerung

In den Jahren 1989 und 1990 wurden einzelne Unterrichtsfächer von den Teilnehmenden der SLS vermehrt kritisch erwähnt. Dazu gehören vor allem Fächer, die der Vermittlung der politisch gewollten sozialistischen Haltung dienten, wie Geschichte und Staatsbürgerkunde, aber auch Russisch.<sup>28</sup> So erwähnt auch Person B, die hier exemplarisch für einen dynamischen Verlauf der Erinnerung und Bewertung der eigenen Schulzeit steht, die Fächer Geschichte und Staatsbürgerkunde im Fragebogen von 1990:

»Durch die Wende in der DDR ist der Lehrstoff z. B. in Geschichte viel interessanter geworden. Der bis dahin unverantwortliche Staatsbürgerkundeunterricht ist glücklicherweise abgeschafft worden.«<sup>29</sup>

Weiterhin stuft die befragte Person die Schule der DDR 1990 in allen abgefragten Teilaspekten (Bildungsziele, Unterrichtsgestaltung, außerunterrichtliche Angebote, politische Ausrichtung, materiell-technische Ausstattung, Gesamteffektivität) als sehr kritikwürdig ein. Die Einschätzung der Schule und insbesondere der genannten Fächer wandelte sich Mitte der 1990er-Jahre zum Positiven. Im Interview von 1997 formuliert sie: »Ich habe eigentlich keine schlechte Erinnerung. Teilweise habe ich Sport gehasst.«<sup>30</sup> Im weiteren Verlauf wird auch der Staatsbürgerkundeunterricht (Stabü) erwähnt, diesmal allerdings mit positiver Konnotation:

»Ich kann nicht einmal sagen, dass mir Stabü irgendwie missfallen hat. Das war ein Fach, dass alle geliebt haben, weil es ein Laberfach war, weil da nichts war. Gute Zensuren hast du eben bekommen, wenn du geschrieben hast, was alle wollten, und da waren sie zufrieden, und wenn du vielleicht noch selber daran geglaubt hast, war es noch besser.«<sup>31</sup>

Ab Mitte der 1990er-Jahre veränderte sich auch die Einschätzung zu der Frage, ob das Bildungswesen vor oder nach der »Wende« besser gewesen sei. So kreuzte Person B in den Befragungen von 1990 bis 1997 »nach der Wende besser« und danach »vor der Wende besser« an. In diesem Fall lassen sich also ein ganz deutlicher Wandel der Erinnerung beziehungsweise eine rückblickende Neubewertung der Situation ausmachen, was sich auf den Fachunterricht und die politische Ausrichtung des Unterrichts bezieht. Über die Gründe dieses Wandels lässt sich nur spekulieren. Eine mögliche Deutung wäre der erneute Kontakt zum Schulsystem, diesmal in der Elternrolle. Hier könnte der Abgleich mit der eigenen Schulzeit und der heutigen Perspektive auf die Schule aus Elternsicht die sich wandelnde Einstellung zur DDR-Schule erklären. Inwieweit die heutige Bewertung der Schule mit dem eigenen sozialen Status und dem biografischen Verlauf zusammenhängt, gilt es in den Blick zu nehmen. Weiterhin fand ab dem Jahr 2000 in Deutschland eine bildungspolitische Debatte statt, die durch die Ergebnisse der PISA-Studie ausgelöst wurde. In diesem Zusammenhang wurde auch diskutiert, inwieweit die Ergebnisse im Ländervergleich mit der DDR-Vergangenheit und dem Konzept von Gesamtschulen zusammenhängen.<sup>32</sup>

Eine weitere Interpretationsmöglichkeit für das Umschwenken könnte darin bestehen, dass die Bewertung des Schulsystems eine Stellvertreterfunktion einnimmt und über das positive Bewerten der DDR die eigene Biografie und vor allem negativ bewertete Erfahrungen als Ostdeutsche/-r in der Nach-»Wendezeit« kompensiert werden. Dieser Zusammenhang

lässt sich zukünftig vertiefend durch die Kombination qualitativer und quantitativer Daten zum Thema Schule anhand der SLS analysieren. Es bleibt dabei eine methodische Herausforderung, herauszufiltern, auf welche Bereiche des Schulwesens sich die Bewertungen beziehen und genauer zu differenzieren, inwiefern die Bewertung der Schule stellvertretend für das Gesellschaftssystem steht.

### »Kann ich nicht beurteilen« – differenzierte Bewertung der Schulzeit vor, während und nach der »Wende«

Während Person B ihre Meinung in Bezug auf die Schule vor der »Wende« lediglich einmal verändert und in den darauffolgenden Befragungswellen bei einer Position bleibt, schwankt bei Person C die Meinung mit jeder Welle. Alle Antwortmöglichkeiten werden im Verlauf der Zeit angekreuzt. Es überwiegt allerdings die Eintragung »kann ich nicht beurteilen«. Auch in den schriftlichen Äußerungen zeigt sich, dass die befragte Person sich um Differenziertheit bemüht. So beschreibt sie 1990, dass ihr der Übergang von der POS zur Erweiterten Oberschule (EOS) leichter gefallen sei, als sie es sich vorgestellt habe.<sup>33</sup> Im schriftlichen Text werden positive und negative Aspekte genannt:

»Sie [die Freunde] sind das Positive an der EOS! Sie geben Halt und vermitteln das Gefühl, nicht umsonst da zu sein, sondern auch wichtig für Andere zu sein. Negativ hervorzuheben ist, dass sich trotz der Wende kaum etwas an dem Unterrichtsinhalt geändert hat. Vor allem in Deutsch wird das deutlich. Mit diesem [altstalinistischen Lehrer] ist dieses schöne Fach manchmal unerträglich, da seine Ansichten oftmals weit an der Realität vorbeigehen.«<sup>34</sup>

Auch hier wird also der systemunabhängige beziehungsweise systemübergreifende Faktor der sozialen Beziehungen mit der eigenen Peergroup benannt, während die Fächer und in diesem Fall die politische Ausrichtung einzelner Fächer negativ ins Gewicht fallen. Ebenso wird die Fortführung der Politisierung des Unterrichts, hier im Fach Deutsch, durch eine einzelne Lehrkraft kritisch herausgehoben. Diese Einschätzung zeigt sich auch im quantitativen Teil, in dem sowohl 1990 und 1994 die politisch konnotierten Fächer wie Geschichte, Staatsbürgerkunde und Wehrunter-

richt als ausschließlich oder überwiegend negativ bewertet werden.<sup>35</sup> Zur Frage der Kritikwürdigkeit der Schule insgesamt kreuzt die befragte Person gar nichts an und enthält sich damit einer Positionierung. Diese indifferente Haltung wird auch im Interview von 1997 deutlich, in dem ebenfalls die politische Dimension der Schule in der DDR als negativ und der Zusammenhalt in der Klasse und beim Sport als positiv benannt wird.<sup>36</sup> In der mündlichen Einschätzung von 1997 wird deutlich, dass die Schulzeit in der biografischen Selbsterzählung keine besondere Rolle spielt und so scheint für dieses Beispiel die Bewertung der Schulzeit keine besonders drängende Frage zu sein.<sup>37</sup>

## Dynamische Erinnerungen einordnen und anerkennen

Anhand der Fallbeispiele konnte gezeigt werden, dass sich die Bewertungen und Erinnerungen an die Schulzeit vor allem auf den Fachunterricht und das mit der Schulzeit verbundene erlebte Gemeinschaftsgefühl beziehen. Weiterhin zeigt der Blick in die Quellen, wie dynamisch sich Erinnerung entwickelt. Nicht zuletzt ist aus methodischen Gesichtspunkten zu berücksichtigen, dass die hier untersuchten Menschen sowohl zu unterschiedlichen Zeitpunkten als auch mit unterschiedlichen Erhebungsinstrumenten befragt wurden. Dementsprechend ist bei der Zweitauswertung von sozialwissenschaftlichen, aber auch allen anderen Studien eine quellenkritische Einordnung des Materials, die auch die Wissensgeschichte berücksichtigt, notwendig.<sup>38</sup> Gerade für die öffentliche Debatte über die Deutung und Bewertung des Alltagslebens in der DDR und die Erfahrungen in der Nach-»Wendezeit«, ist ein differenziertes Hinsehen und Unterscheiden zwischen Erfahrung und sich wandelnder Erinnerung hilfreich.

Weiterhin zeigt sich auch am Beispiel Schule, dass verschiedene Settings oder Rahmen des Erzählens das Gesagte beeinflussen. Die Veränderung der Erinnerung an die Schulzeit ist somit ein Beispiel für die Unterschiede zwischen Erfahrung und Erinnerung. Dies zu berücksichtigen, liefert ein differenziertes Bild von der Schulzeit in der DDR. Das ist vor allem dann notwendig, wenn Erinnerungen oder nachträgliche Bewertungen der Schulen in Ostdeutschland in heutige bildungspolitische Debatten einfließen. Die Unterscheidung zwischen Erfahrung und Erinnerung kann zur Differenzierung beitragen. Erinnerung als etwas Dynamisches anzuerkennen und reflektiert damit umzugehen, wird in diesem umstrittenen Feld weiterhin die gemeinsame Aufgabe von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern

und den Mitlebenden (Rothfels) sein, denn »zunächst einmal muss es um eine selbstbewusste und differenzierte Aneignung der Geschichte gehen, jenseits von Verteufelung oder Verherrlichung der DDR.«<sup>39</sup>

*Erschienen auf DA Online am 18.9.2020.*

## Anmerkungen

- 1 Sächsische Längsschnittstudie (SLS), Protokoll zum Interview am 12.10.1997, S. 9, Teilnehmer ID: 0243. Aus Datenschutzgründen wurden die ID-Nummern der Teilnehmenden der SLS pseudonymisiert.
- 2 Ebd.
- 3 Sächsische Längsschnittstudie, Protokoll zum Interview am 15.11.1997, S. 7, Teilnehmer ID: 0099. Rechtschreibfehler in den Originaltexten wurden korrigiert.
- 4 Die Forschungslandschaft ist dazu äußerst vielfältig, ein Überblick findet sich beispielsweise bei: Sabine Moller, Erinnerung und Gedächtnis, Version: 1.0, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 12.4.2010, [http://docupedia.de/zg/moller\\_erinnerung\\_gedaechtnis\\_v1\\_de\\_2010](http://docupedia.de/zg/moller_erinnerung_gedaechtnis_v1_de_2010), letzter Zugriff am 4.9.2020.
- 5 Marcus Böick/Konstantin Goshler/Ralph Jessen, Die deutsche Einheit als Geschichte der Gegenwart, in: dies. (Hg.), Jahrbuch deutsche Einheit 2020, S. 9–23, S. 9. Siehe auch: Anne Sophie Friedel, Editorial, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 28–29/2020, S. 3: »Der gesellschaftliche Aushandlungsprozess über die Frage, wie dieses Kapitel zu schreiben ist und von wem, hat im Vorfeld des Jubiläums Züge eines Deutungskampfes angenommen.«
- 6 Vgl. Hendrik Berth, Wie lang ist die lange Geschichte der »Wende«?, in: Kerstin Brückweh/Clemens Villinger/Kathrin Zöllner, Die lange Geschichte der »Wende«. Geschichtswissenschaft im Dialog, Berlin 2020, S. 99–100, hier S. 100. Und Peter Förster, Von der Enttäuschung vom Sozialismus der DDR zur Zukunftsangst in Ostdeutschland, in: Hendrik Berth/Elmar Brähler/Markus Zenger/Yve Stöbel-Richter (Hg.), Einheitslust und Einheitsfrust. Junge Ostdeutsche auf dem Weg vom DDR- zum Bundesbürger. Eine sozialwissenschaftliche Langzeitstudie von 1987–2006, Gießen 2007, S. 25–106, hier S. 69.
- 7 Kerstin Brückweh/Clemens Villinger/Kathrin Zöllner, Die lange Geschichte der »Wende«. Differenzierung ist die neue Meistererzählung, in: Marcus Böick/Constantin Goshler/Ralph Jessen (Hg.), Jahrbuch Deutsche Einheit 2020, Berlin 2020, S. 293–312.
- 8 Peter Richter, 89/90, München 2015, Klappentext.
- 9 In der DDR besuchten ab 1960 Kinder und Jugendliche in der Regel von der ersten bis zur zehnten Klasse die Polytechnische Oberschule (POS), siehe hierzu Barbara Kerbel, Von der Krippe bis zur Hochschule – das Bildungssystem der DDR, [www.bpb.de/230383](http://www.bpb.de/230383), letzter Zugriff am 4.9.2020.
- 10 Grundlegend dazu: Rita Nikolai, Schulpolitik im Wandel. Historische Wurzeln und schulstrukturelle Wege in den ostdeutschen Bundesländern und Berlin nach der Wiedervereinigung, Berlin 2018.
- 11 Vgl. Thomas Ahbe/Rainer Gries, Geschichte der Generationen in der DDR und in Ostdeutschland. Ein Panorama, Erfurt 2009, S. 77 ff. Und: Adriana Lettrari/Christian Nestler/Nadja Troi-Boeck, Die Generation der Wendekinder. Elaboration eines Forschungsfeldes, Wiesbaden 2016. Und: Pamela Heß, Mehr Gemeinschaftsgefühl und ein stärkerer sozialer Zusammenhalt? Erinnerungen an die DDR als Potenzial für Generationenkonflikte, in: Deutschland Archiv, 26.3.2015, <http://www.bpb.de/203625>, letzter Zugriff am 4.9.2020.

- 12 Jana Simon, Ein Klassentreffen, in: Die Zeit Nr. 45, 28. Oktober 2004, [https://www.zeit.de/2004/45/Klassentreffen\\_2/komplettansicht](https://www.zeit.de/2004/45/Klassentreffen_2/komplettansicht), letzter Zugriff am 4.9.2020.
- 13 Inwiefern bei der genannten Alterskohorte überhaupt von einer Generation gesprochen werden kann, wird diskutiert in: Volker Benkert, Glückskinder der Einheit? Lebenswege der um 1970 in der DDR Geborenen, Berlin 2017.
- 14 Informationen zur Sächsischen Längsschnittstudie und zur deutschen Einheit, wiedervereinigung.de, letzter Zugriff 4.9.2020; siehe auch gesis daten, <https://dbk.gesis.org/dbksearch/GDESC2.asp?no=0013&search=&search2=&DB=d&tab=0&notabs=&nf=1&af=&ll=10>, letzter Zugriff 4.9.2020.
- 15 Zur Verwendung der SLS als zeithistorischer Quelle siehe: Kathrin Zöller, Daten, Quellen, offene Fragen. Die Sächsische Längsschnittstudie aus zeithistorischer Perspektive, in: Hendrik Berth/Elmar Brähler/Markus Zenger/Yve Stöbel-Richter (Hg.), 30 Jahre ostdeutsche Transformation. Sozialwissenschaftliche Ergebnisse und Perspektiven der Sächsischen Längsschnittstudie, Gießen 2020, Seite 197–210.
- 16 Eine aktuelle Bibliografie findet sich hier: Hendrik Berth, Bibliografie zur Sächsischen Längsschnittstudie, in: Berth et al., 30 Jahre ostdeutsche Transformation (Anm. 15), Gießen 2020, S. 357–368.
- 17 Das Dissertationsprojekt »Die ostdeutsche Schule als Lebenswelt im Umbruch« entsteht im Rahmen der Projektmitarbeit in der Forschungsgruppe: »Die lange Geschichte der ›Wende‹. Lebenswelt und Systemwechsel in Ostdeutschland vor, während und nach 1989/90«, die unter Leitung von PD Dr. Kerstin Brückweh am Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam von 2016 bis April 2020 von der Leibniz-Gemeinschaft gefördert wurde.
- 18 Hans Günter Hockerts, Zugänge zur Zeitgeschichte: Primärerfahrung, Erinnerungskultur, Geschichtswissenschaft, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (B 28/2001), S. 15–30, hier S. 17.
- 19 »Die Anforderungen an der EOS sind wesentlich höher als an der POS. Dann war es eine völlig neue Klasse, an die man sich erst gewöhnen mußte. Weiterhin mußte man sich an die neuen Lehrer und ihre Unterrichtsmethoden gewöhnen.« Sächsische Längsschnittstudie, Originalfragebogen 1990, Teilnehmer 0079 (im Folgenden wird die Kurzform verwendet: SLS 1990 Teilnehmernummer). Die Originalfragebögen lagern bei einem der aktuellen Verantwortlichen der Studie, Hendrik Berth, an der TU Dresden und wurden als Leihgabe an Kathrin Zöller übergeben. Die Identifikationsnummern der Teilnehmenden wurden für die Verwendung der Freitexte aus Gründen des Datenschutzes von Kathrin Zöller verschlüsselt. Die quantitativen Forschungsdaten der SLS sind im GESIS Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften archiviert: Förster, Peter (2011), Sächsische Längsschnittstudie – Welle 4, 1990. GESIS Datenarchiv, Köln, ZA6216 Datenfile Version 1.0.0 (2011), doi:10.4232/1.10777.
- 20 SLS, Protokoll zum Interview vom 20.10.1997, S. 10, ID: 0079.
- 21 Ebd.
- 22 Steffen Mau, Lütten Klein. Leben in der ostdeutschen Transformationsgesellschaft, Bonn 2019, S. 80.
- 23 Rita Nikolai, Schulstrukturen im Wandel, S. 100.
- 24 SLS 1990 153 0079.
- 25 SLS, Protokoll zum Interview vom 20.10.1997, S. 11, ID: 0079.
- 26 Vgl. Emmanuel Droit, Vorwärts zum neuen Menschen? Die sozialistische Erziehung in der DDR (1949–1989), Köln 2014.
- 27 Grundlegend zum Schulsystem der DDR siehe beispielsweise: Gert Geißler/Ulrich Wiegmann, Schule und Erziehung in der DDR. Studien und Dokumente, Neuwied u.a. 1995.
- 28 Siehe dazu z.B.: Friedemann Neuhaus, Geschichte im Umbruch. Geschichtspolitik, Geschichtsunterricht und Geschichtsbewusstsein in der DDR und den neuen Bundesländern 1983–1993, Frankfurt/M. 1998.

- 29 SLS 1990 153 0085.
- 30 SLS, Interview 1997, Transkript S. 7, ID 0085.
- 31 Ebd.
- 32 Wolfgang Lambrecht, »Von Finnland lernen heißt von der DDR lernen«? Wundersame oder wunderliche Wiederkehr eines untergegangenen Bildungssystems, in: Thomas Großbölting, Friedensstaat, Leseland, Sportnation? DDR-Legenden auf dem Prüfstand, Bonn 2010, S. 269–288.
- 33 SLS 1990 153 0078.
- 34 Ebd.
- 35 SLS 1994 0078.
- 36 SLS, Protokoll zum Interview am 26.10.1997, Transkript S. 7.
- 37 SLS, Protokoll zum Interview am 26.10.1997, Transkript S. 9.
- 38 Kathrin Zöller/Kerstin Brückweh, Transformation Research and the Longue Durée of 1989. Combining Qualitative and Quantitative Data, in: Przegląd Socjologii Jakościowej – Qualitative Sociology Review 15 (2019), S. 72–91, [http://przegladsocjologiijakosciowej.org/volume45/wird\\_pl.php](http://przegladsocjologiijakosciowej.org/volume45/wird_pl.php), letzter Zugriff am 7.9.2020.
- 39 Steffen Mau, Der Osten als Problemzone? Eine Skizze zur ostdeutschen Soziopolitik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 28–29/2020, S. 11–16, hier S. 11.



Menschenschlangen vor dem neuen Supermarkt in der ehemaligen HO-Kaufhalle in Haldensleben im DDR-Bezirk Magdeburg am 29.3.1990. Die DDR-Handelsorganisation (HO) und die bundesdeutsche Handelskette Spar eröffneten an diesem Tag den ersten einer Reihe gemeinsamer Supermärkte westlichen Standards. Es herrschte so großer Andrang, dass die Kunden nur gruppenweise eingelassen wurden.

Clemens Villinger

## Teuer erkaufte Alltagswissen

### Ostdeutsche erleben die Marktwirtschaft zu Beginn der 1990er-Jahre

Ab Mitte des Jahres 1990 strahlte das DDR-Fernsehen in Kooperation mit der westdeutschen Stiftung Warentest die Sendung *AHA Tele-Test* aus. Die zehnminütigen Beiträge informierten nicht nur über die Qualität und die im Handel unterschiedlich gestalteten Preise von neu verfügbaren Produkten und Dienstleistungen, sondern vermittelten auch Wissen über Änderungen bei den Verbraucherrechten. Ein im Juni 1990 kurz vor dem Inkrafttreten der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion gesendeter

Beitrag behandelte das für die DDR-Bevölkerung neue Geschäftsmodell einer kombinierten Reise- und Verkaufsveranstaltung, die sogenannten Kaffeefahrten, die sich zu diesem Zeitpunkt bereits großer Beliebtheit erfreuten. Im Mittelpunkt des Berichts standen die Erlebnisse einer Reisegruppe aus dem thüringischen Pößneck während einer eintägigen Kaffeefahrt nach Heidelberg, bei der Kissen und Decken aus vermeintlicher Lama- und Alpakawolle zu überhöhten Preisen verkauft wurden. Im Laufe der Sendung erklärte ein Vertreter der »Aktionsgemeinschaft gegen unlautere Werbefahrten«<sup>1</sup> die Verkaufspraktiken, während ein Textilprüfungsexperte feststellte, dass die verkauften Produkte nur einen geringen Anteil an Lama- und Alpakawolle enthielten und hauptsächlich aus Polyester bestanden. Grundsätzlicheren Fragen widmete sich der damalige Vorstandsvorsitzende der Stiftung Warentest, Roland Hüttenrauch, der die Zuschauenden in der Sendung warnte: »Man muss natürlich wissen, dass in der Marktwirtschaft niemand etwas zu verschenken hat.«<sup>2</sup> Anders als die beiden anderen Experten ging Hüttenrauch weniger auf das konkrete Beispiel ein, sondern verwies auf ein im bundesrepublikanischen Verbraucherschutzgesetz verankertes Widerrufsrecht, das ab Juli 1990 auf das Gebiet der DDR ausgeweitet wurde. Das »Gesetz über den Widerruf von Haustürgeschäften und ähnlichen Geschäften« wurde im Rahmen des »Gesetzes über die Inkraftsetzung von Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland in der DDR« bereits vor der Vereinigung übernommen.<sup>3</sup> Neben Informationen über die Qualität und die Preise der verkauften Produkte stellte die im Format des Ratgeberjournalismus konzipierte Sendung nicht nur juristisches Wissen zur Verfügung, sondern vermittelte Ordnungsvorstellungen vom »richtigen«<sup>4</sup> Konsumverhalten in der Marktwirtschaft. Mit dem Systemwechsel von 1989/90 und dem Übergang von einer Plan- zu einer Marktwirtschaft veränderte sich nicht nur das im Handel verfügbare Angebot, sondern auch die Regeln des Konsums taten es. Im Folgenden wird der Frage nachgegangen, auf welche vor 1989/90 angeeigneten Erfahrungen und Wissensbestände die ostdeutsche Bevölkerung bei diesem Wandel zurückgreifen konnte und welche neu erlernt werden mussten.

## Konsum und Vertrauen in einer langen historischen Perspektive

Neben individuellem Wissen und persönlichen Erfahrungen kommt dem Vertrauen bei Konsumententscheidungen entscheidende Bedeutung zu.<sup>5</sup> Arbeiten aus dem Feld der historischen Konsumforschung haben aufge-

zeigt, dass der Tausch oder Kauf von Produkten und Dienstleistungen ein grundsätzliches Vertrauen darin beinhaltet, dass das Gegenüber die versprochene Gegenleistung nicht verweigert.<sup>6</sup> Da der Systemwechsel von 1989/90 für die Bevölkerung der DDR mit einer »Gleichzeitigkeit der Unsicherheiten« in allen Lebensbereichen einherging, kam der Kategorie des Vertrauens eine wichtige Orientierungsfunktion beim Konsum zu. Diese steht im folgenden Beitrag im Mittelpunkt der Betrachtung.

Aufgrund tiefgreifender gesellschaftlicher Veränderungsprozesse wie der Urbanisierung, Industrialisierung und Globalisierung begann sich der alltägliche Konsum in den europäischen Gesellschaften bereits im Laufe des 19. Jahrhunderts und dann verstärkt im 20. Jahrhundert zu wandeln.<sup>7</sup> Besonders die vermehrt in Städten lebenden Menschen versorgten sich weniger selbst oder auf regionalen Märkten, sondern konnten aus einer Vielzahl von Geschäften und Produkten auswählen. Arbeitsteilige und industrielle Produktionsverfahren sowie global vernetzte Handelssysteme führten dazu, dass es für die einzelnen Individuen kaum noch möglich war, persönliche oder verwandtschaftliche Vertrauensverhältnisse zu den jeweiligen Tauschpartnern aufzubauen. Um das Vertrauen in ökonomisches Handeln herzustellen, den Konsum abzusichern und den Erhalt von Gegenleistungen zu garantieren, entstanden zu dieser Zeit eine Vielzahl von neuen staatlichen Institutionen und kommerziellen Organisationen. Dazu gehörten zum Beispiel Banken, Markenrechte, Verbraucherschutzgesetze oder Garantieregelungen.

Ausgehend von diesen langen historischen Linien wird aufgezeigt, wie sich Ostdeutsche während und nach dem Systemwechsel 1989/90 Wissen über den Konsum in der Marktwirtschaft aneigneten und auf welche vertrauensbildenden Mechanismen sie zurückgreifen konnten, um im Alltag Konsumententscheidungen zu treffen. Zusätzlich zu individuell angeeigneten Strategien werden ausgewählte Institutionen, Medien und gesetzliche Bestimmungen exemplarisch in den Blick genommen. Neben Archivakten und Medienberichten dienen zweitausgewertete Interviews, die zwischen 1991 und 1993 im Rahmen eines soziologischen Forschungsprojektes in Leipzig erhoben wurden, als zentrale Quellengrundlage.<sup>8</sup>

## Konsum und Vertrauen im Alltag vor 1989/90

Ähnlich wie in anderen west- und osteuropäischen Staaten auch wurden in der DDR Verordnungen und Gesetze zum Schutz der Konsumentinnen und Konsumenten erlassen und Institutionen gegründet, die deren

Einhaltung überwachten. Beispielsweise regelte das 1975 verabschiedete Zivilgesetzbuch der DDR (ZGB) die gesetzlichen Garantieregelungen (§§ 148 ff.), auf die sich die Bevölkerung der DDR etwa beim Kauf von elektronischen Geräten oder Möbeln berufen konnte.<sup>9</sup> Diese garantierten – zumindest theoretisch –, dass fehlerhafte oder defekte Produkte entweder repariert, ersetzt wurden oder der Einkaufspreis zurückerstattet wurde. Aufgrund des damals vorherrschenden Mangels an Ersatzteilen nahm die Reparatur von defekten Geräten in den 1980er-Jahren zum Teil lange Zeit in Anspruch, sodass das Vertrauen in die staatlichen Garantieregelungen zurückging. Dieser Vertrauensverlust zeigte sich etwa bei den Kontrollen der Arbeiter-und-Bauern-Inspektion (ABI), die im Juli 1988 feststellte, dass die Reparatur eines Staubsaugers in Leipzig etwa 40 bis 60 Werktage dauerte.<sup>10</sup> Um sich über die lange Wartezeit zu beschweren und ihre Garantierechte einzufordern, richteten zahlreiche Leipzigerinnen und Leipziger im Laufe des Jahres 1988 Eingaben an die ABI.<sup>11</sup> Das massenhafte Verschicken von Eingaben zeugte einerseits von der Unzufriedenheit aufseiten der Bevölkerung und andererseits von der Erwartung der Kundinnen und Kunden, dass die adressierten Stellen über die notwendige »Potenz und Kompetenz«<sup>12</sup> verfügten, um eine gewünschte Lösung herbeizuführen und die Garantierechte umzusetzen. Wenn die Eingaben zur Zufriedenheit erledigt und eine Lösung des Problems herbeigeführt wurde, konnte enttäuschtes Vertrauen wiederhergestellt werden.

Neben zahlreichen anderen Wirtschaftssektoren kontrollierte die bereits erwähnte Arbeiter-und-Bauern-Inspektion auch die Bereiche Handel und Versorgung in der DDR.<sup>13</sup> Die sowohl aus hauptamtlichen Funktionären als auch aus freiwilligen Helferinnen und Helfern zusammengesetzte ABI überwachte etwa die Umsetzung von Parteibeschlüssen, die Einhaltung von Produktionsplänen und sogar die Wartezeiten in Kaufhallen in der staatlichen Handelsorganisation (HO). Zwar verfügten die Kontrolleurinnen und Kontrolleure nur über begrenzte Sanktionsmöglichkeiten, doch im Gegensatz zum Ministerium für Staatssicherheit (MfS) agierte die ABI für alle Beteiligten sichtbar. Beispielsweise führte das Stadtkomitee der ABI Leipzig im November 1983 eine groß angelegte Kontrolle der »Verkaufs- und Handelskultur«<sup>14</sup> in verschiedenen Geschäften von HO und Konsum durch. Daran waren fast 500 Personen beteiligt, die über 600 Testeinkäufe tätigten. Durch ihre öffentlich sichtbare Arbeit – auch die DDR-Medien berichteten regelmäßig über Kontrollen – erfüllte die ABI mehrere Funktionen: Auf der einen Seite zielte sie darauf ab, Verbesserungen in den kontrollierten Betrieben, Ämtern und Institutionen zu erreichen. Auf der anderen Seite sollte durch die öffentlichkeitswirksamen Kontrol-

len das Vertrauen in die staatliche Handlungskompetenz im Bereich Handel und Versorgung (wieder)hergestellt werden.

Während Gesetze den Konsum und die Preise in Kaufhallen und anderen Geschäften regelten, spielten staatliche Rechtsnormen bei den weitverbreiteten Praktiken des Tauschens und Kaufens in »low-trust environments«<sup>15</sup> eine untergeordnete Rolle. Damit sind etwa der Kauf von privat hergestellten Textilien, von Kosmetika und elektronischen Geräten bei Straßenhändlern in der Leipziger Fußgängerzone oder der Erwerb eines gebrauchten Autos gemeint.<sup>16</sup> Solche informellen ökonomischen Transaktionen wurden einerseits vom Staat gesetzlich nicht reguliert und andererseits versuchten die Sicherheitsbehörden diesen unkontrollierten Handel zu unterbinden. Die Bevölkerung ging also ein gewisses Risiko ein, wenn sie Dinge außerhalb des staatlichen Handels kaufte. Durch regelmäßige Kontakte aufgebaute persönliche Beziehungen oder verwandtschaftliche Verhältnisse ersetzten in diesen risikobehafteten Konsumsituationen das staatlich geregelte Vertrauen.<sup>17</sup>

## Enttäushtes Vertrauen: Konsumerfahrungen während und nach dem Systemwechsel

In den Interviews der Leipzig-Studie berichteten viele der Befragten von enttäuschenden Konsumerfahrungen während und kurz nach der unmittelbaren Umbruchszeit von 1989/90. Neben der Unkenntnis über die Bestimmungen des im Juli 1990 von der Bundesrepublik übernommenen Gesetzes über den Widerruf von Haustürgeschäften nutzten zum Beispiel Vertreterinnen und Vertreter aus der Bauspar- und Versicherungsbranche persönliche Vertrauensverhältnisse gezielt aus, um zu Vertragsabschlüssen zu kommen.<sup>18</sup> Exemplarisch für die Erfahrung vieler Ostdeutscher steht die Aussage einer Mitarbeiterin aus der Personalabteilung eines Leipziger Industriebetriebes, die 1991 von einem Verkaufsgespräch berichtete:

»Weil es eben ein guter Bekannter von der Arbeit war. Na gut, da hat man gesagt gut, der kann einem nichts Schlechtes andrehen und hinterher, ne, haben wir es dann gelernt. Aber wir sind ordentlich, gut wieder rausgekommen (Lacht).«<sup>19</sup>

Gleichzeitig verband die Interviewte ihre Erzählung mit einem positiven Lerneffekt, da es ihr erfolgreich gelang, von dem Vertrag zurückzutreten. Zitate wie dieses zeigen, wie sich ehemalige Kolleginnen und Kolle-

gen vor 1989 auf der Arbeitsstelle entstandene Vertrauensverhältnisse zu Beginn der 1990er-Jahre bei Haustürgeschäften zunutze machen.<sup>20</sup> Ob die Befragte ihren ehemaligen Bekannten aus der DDR oder das hinter dem Verkaufsgespräch stehende, auf Provisionen basierende Verkaufsmodell für ihre Erfahrung verantwortlich machte, geht aus dem Interview nicht hervor.

Als eine andere Form der Enttäuschung schilderten einige Interviewte den Kauf von teuren Konsumgütern wie Fernsehern oder Videorekordern. Diese Schilderungen hingen meist weniger mit der Qualität als mit dem Preis der erworbenen Geräte zusammen. Ein 1991 befragter Betriebsrat ärgerte sich im Nachhinein darüber, dass er sich sofort nach der Öffnung der Grenze im November 1989 einen Fernsehapparat gekauft hatte:

»Gut, einen Fernseher hab' ich mir auch geholt, weil der halt bei uns ... zum damaligen Preis war ein vernünftiger Farbfernseher, der lag bei 6000 Mark. [...] War über unseren Möglichkeiten, muß man wirklich so sagen ... das lag nicht drin, so, da haben wir uns sicherlich ... nach der Wende sofort einen geholt ... und wie es so war: Wir haben uns auch ... anschmieren lassen ... Wir haben viel bezahlt, ich hab' das gleiche Gerät für fast 300 Mark billiger jetzt gesehen, im Nachhinein, ich meine ...«<sup>21</sup>

Den Kauf eines teuren Produktes, das nur wenige Monate später für einen geringeren Preis angeboten wurde, empfand der Betriebsrat nicht nur als eine Enttäuschung, sondern fast als einen Betrug. Ab 1990 gesammelte Erfahrungen mit den sich dynamisch verändernden Preisen in der Marktwirtschaft veranlassten nicht nur den Betriebsrat, sondern fast alle Interviewten der Leipzig-Studie, sich Techniken des Preisvergleichens anzueignen. Auf diese Weise schufen sich die Befragten im Alltag eigene Vergleichsmaßstäbe zur Bewertung von angemessenen Preisen im Handel und stellten ihr Selbstvertrauen in die eigenen Kaufentscheidungen wieder her. Die als Enttäuschung oder Betrug geschilderten Erfahrungen können aus einer wissenschaftlichen Perspektive als Prozesse der »Routinisierung«<sup>22</sup> mit dem Konsum in der Marktwirtschaft interpretiert werden. Dadurch motivierte Praktiken wie das Vergleichen von Preisen oder die Ablehnung von Haustürgeschäften führten letztlich zur Aneignung von – zum Teil teurer erkauftem – Alltagswissen über die neuen Regeln des Konsumierens.

## Vertrauen als Geschäftsmodell: das Beispiel Stiftung Warentest

Durch die Öffnung der DDR-Wirtschaft entstand 1990 schlagartig ein neuer »Markt für Vertrauensproduktion«<sup>23</sup>, den in der Bundesrepublik bereits etablierte Organisationen für sich zu erschließen begannen. Bereits im Dezember 1989 verteilte die Stiftung Warentest auf dem Ostberliner Weihnachtsmarkt am Alexanderplatz einen sogenannten Einkaufshelfer, der »Test-Informationen und Preisvergleiche für Verbraucher in der DDR«<sup>24</sup> zu technischen Produkten wie Bohr- und Kaffeemaschinen, aber auch Shampoos und Duschbädern enthielt. Die Informationen zu Produktnamen, Preisen und den Testergebnissen dienten dazu, »Informationsasymmetrie[n]«<sup>25</sup> zwischen den Kundinnen und Kunden und dem Handel abzubauen. Im Laufe der Jahre 1990 und 1991 druckte und verteilte die Stiftung Warentest mit finanzieller Unterstützung des Bundeswirtschaftsministeriums mehrere Millionen Broschüren zu Themen wie Geldanlage und Kredite, Miet- und Kaufrecht oder Gebrauchtwagen.<sup>26</sup> Neben dem zu Beginn erwähnten Sonderprogramm im DDR-Fernsehen gab die Stiftung Warentest ab Oktober 1991 die Zeitschrift *test&erat*. *Für Verbraucher in den Neuen Bundesländern* heraus, die speziell an die Erfahrungen, die Bedürfnisse und den Wissensstand von Konsumentinnen und Konsumenten aus der ehemaligen DDR anknüpfte. Ziel von *test&erat* sei es, so das Editorial der ersten Ausgabe, eine »unabhängige und erschwingliche Lebenshilfe für die Zeit des Zusammenwachsens« und das »Rüstzeug für einen informierten, kritischen und mündigen Verbraucher«<sup>27</sup> bereitzustellen. Gleich die erste Ausgabe enthielt einen ausführlichen Bericht zum Geschäftsmodell der Kaffeefahrten, fünf Regeln zur Überprüfung von Angeboten sowie Mustervordrucke zum Rücktritt von Käufen. Im Oktober 1994 wurde die Zeitschrift eingestellt, da die Redaktion eine Angleichung der Probleme von Verbraucherinnen und Verbrauchern in Ost- und Westdeutschland feststellte und keine Notwendigkeit mehr für ein spezifisches Format der Wissensvermittlung sah. Durch ihre Beratungsangebote und Testberichte reduzierte die Stiftung Warentest nicht nur das finanzielle Risiko bei Kaufentscheidungen, sondern sie erzog ihre Leserinnen und Lesern zu kritischen Konsumentinnen und Konsumenten. Die Vermittlung und Zirkulation von juristischem Wissen dienten dazu, erzieherisch auf die Ostdeutschen einzuwirken und ihnen Hilfe zur Selbsthilfe zur Verfügung zu stellen.

## Fazit: Vertrauen ist gut, Vergleichen ist besser!

Während Gesetze über den Systemwechsel von 1989/90 hinweg eine zentrale Rolle bei der Herstellung von Vertrauen beim Konsum spielten wie etwa staatliche Garantieregelungen, nahm die Bedeutung von persönlichen und familiären Beziehungen nach dem Umbruch ab. Bereits ab dem Winter 1989/90 erschlossen kommerzielle Akteure das Vertrauens- und Wissensvakuum im Bereich des Konsums. Dabei vermittelten Organisationen wie die Stiftung Warentest nicht einfach nur neutrales Wissen, sondern ihre Angebote zielten auch darauf ab, die ostdeutsche Bevölkerung zu selbstverantwortlich und selbstbewusst handelnden Konsumentinnen und Konsumenten zu erziehen. In der Phase des Systemwechsels erlernten viele der Interviewten neue Konsumtechniken im Kapitalismus wie das Vergleichen von Preisen, um ihr Selbstvertrauen in die eigenen Kaufentscheidungen wiederherzustellen. Im Gegensatz zu den 1950er-Jahren in der Bundesrepublik erfolgte die Aneignung der »Spielregeln der Marktwirtschaft«<sup>28</sup> aber nicht als allmählicher Lernprozess, sondern häufig durch Enttäuschungserfahrungen beim Konsum. In dieser Situation boten der institutionalisierte und kommerzielle Verbraucherschutz Orientierung, um die andersartige Komplexität des Konsums in der Marktwirtschaft zu bewältigen.

Gleichzeitig warnt die Historikerin Ute Frevert davor, die jüngere Vergangenheit als »besonders vertrauensabhängig und misstrauensgefährdet«<sup>29</sup> zu interpretieren. Frevert weist stattdessen auf die epochenübergreifende Relevanz von Vertrauen hin und plädiert für eine Untersuchung von Wandlungsprozessen und Kontinuitäten. In dieser Perspektive erscheint der Systemwechsel von 1989/90 mehr als ein Wandel denn als ein Bruch: Während vor 1989 etablierte Mechanismen zur Genese von Vertrauen wie Vertragssicherheit oder Garantierechte ihre Gültigkeit behielten, verschwand das personelle, durch »Reziprozitätsnormen gesteuerte Vertrauen« aus dem alltäglichen Konsum und wurde durch das »Vertrauen in Institutionen«<sup>30</sup> ersetzt. Auf der anderen Seite internalisierten ostdeutsche Bürgerinnen und Bürger, das wird aus den Interviews deutlich, eigene Praktiken und alltagspraktisches Wissen zur Produktion von Vertrauen, um selbstbewusste ökonomische Entscheidungen in der Marktwirtschaft zu treffen.

*Erschienen auf DA Online am 1.10.2020.*

## Anmerkungen

- 1 Bei dem Vertreter der Aktionsgemeinschaft handelte es sich um den westdeutschen Busunternehmer Heinold Hirsch, der sich bereits ab den frühen 1980er-Jahren gegen Kaffeefahrten als Geschäftsmodell einsetzte. Vgl. Markus Bächle, Kaffeefahrten als Pauschalreise, in: *Die Zeit*, 23/1990, <https://www.zeit.de/1990/23/kaffeefahrt-als-pauschalreise/komplettansicht>, letzter Zugriff am 17.8.2020.
- 2 AHA Tele-Test, Juni 1990. Ein Mitschnitt der Sendung wurde dem Verfasser bei einem Besuch im Berliner Archiv der Stiftung Warentest überlassen.
- 3 Zu den aus der Bundesrepublik bereits vor dem 3. Oktober 1990 übernommenen Rechtsvorschriften vgl. Gesetz über die Inkraftsetzung von Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland in der DDR, in: *Volkskammer der DDR*, Drucksache Nr. 29/a, <https://deutsche-einheit-1990.de/wp-content/uploads/100029a.pdf>, letzter Zugriff am 20.8.2020.
- 4 Vgl. Kevin Rick, Die Gründung der Stiftung Warentest als »zweitbeste Lösung«? Verbraucherpolitik zwischen Verbraucherverbänden und Staat in den 1960er Jahren, in: *Historische Zeitschrift* 303 (2016) 2, S. 426–458, hier S. 457.
- 5 Einführend zum Begriff des Vertrauens vgl. Jörg Baberowski (Hg.), *Was ist Vertrauen. Ein interdisziplinäres Gespräch*, Frankfurt am Main 2014.
- 6 Vgl. Harmut Berghoff, Die Zähmung des entfesselten Prometheus? Die Generierung von Vertrauenskapital und die Konstruktion des Marktes im Industrialisierungs- und Globalisierungsprozess, in: *ders./Jakob Vogel (Hg.), Wirtschaftsgeschichte als Kulturgeschichte. Dimensionen eines Perspektivenwechsels*, Frankfurt/M. 2004, S. 141–168, hier S. 144.
- 7 Gunilla Budde zeigt diesen Wandel am Beispiel bürgerlicher Haushalte auf. Vgl. Gunilla-Friederike Budde, *Des Haushalts »schönster Schmuck«*. Die Hausfrau als Konsumexpertin des deutschen und englischen Bürgertums im 19. und 20. Jahrhundert, in: *Hannes Siegrist/Hartmut Kaelble/Jürgen Kocka (Hg.), Europäische Konsumgeschichte: Zur Gesellschafts- und Kulturgeschichte des Konsums (18. bis 20. Jahrhundert)*, Frankfurt/M./New York 1997, S. 411–440.
- 8 Für eine kurze Einführung zur Geschichte des Forschungsprojektes vgl. Wolfgang Dunkel, *Zur Entstehungsgeschichte des Konzepts alltäglicher Lebensführung*, in: *Günter G. Voß/Margit Wehrich (Hg.), tagaus – tagein. Neue Beiträge zur Soziologie Alltäglicher Lebensführung*, München 2001, S. 21–29.
- 9 Zu den Garantierregelungen vgl. Wolfgang Polte u. a. (Hg.), *Unser Haushalt. Überlegungen, Anregungen, Empfehlungen, Lösungswege zur rationellen Hausarbeit*, 6. Aufl. Leipzig 1980, S. 38–39.
- 10 ABI Bezirkskomitee Leipzig, *Kontrollbericht über Maßnahmen zur Erhöhung des Niveaus der Reparatur- und Dienstleistungen* (28.7.1988), StA-L, 20301, Nr. 686, o. Bl.
- 11 Vgl. ABI Bezirkskomitee Leipzig, *Bericht über die im Jahre 1988 an die Organe der Arbeiter- und Bauern-Inspektion des Bezirkes Leipzig gerichteten Eingaben der Bürger* (6.1.1989), StA-L, 20301, Nr. 424, o. Bl.
- 12 Ina Merkel/Felix Mühlberg: *Eingaben und Öffentlichkeit*, in: *dies. (Hg.), »Wir sind doch nicht die Mecker-Ecke der Nation«*. Briefe an das DDR-Fernsehen, Köln/Weimar/Wien 1998, S. 9–32, hier S. 14.
- 13 Zur Geschichte der ABI aus Sicht eines Zeitzeugen vgl. *Hartmut Mummert, Die Arbeiter- und Bauern-Inspektion in der DDR zwischen Anspruch und Wirklichkeit*, Berlin 1999.
- 14 Vgl. ABI Stadtkomitee Leipzig, *Information über die Kontrolle der effektiven Gestaltung des Einkaufs für den Kunden bei Gewährleistung einer hohen Verkaufs- und Handelskultur in den Kaufhallen* (22.11.1983), StA-L, 20301, Nr. 328, o. Bl.
- 15 Berghoff, *Die Zähmung des entfesselten Prometheus?* (Anm. 6), S. 149.

- 16 Zum Straßenhandel in der Leipziger Innenstadt vgl. Daniel Logemann, *Das polnische Fenster. Deutsch-polnische Kontakte im staatssozialistischen Alltag Leipzigs 1972–1989*, München 2012.
- 17 Zur Bedeutung familiärer Kontakte beim Aufbau und der Pflege von Netzwerken vgl. Martin Diewald, »Kollektiv«, »Vitamin B« oder »Nische«? Persönliche Netzwerke in der DDR, in: Johannes Huinink (Hg.), *Kollektiv und Eigensinn. Lebensverläufe in der DDR und danach*, Berlin 1995, S. 223–260.
- 18 Zum Gesetz über den Widerruf von Haustürgeschäften siehe Anm. 3.
- 19 Archiv Institut für Sozialwissenschaftliche Forschung, Projektgruppe »Alltägliche Lebensführung«, Leipzig-Studie 1991–1994, Transkription Interview O-16, 1991, S. 121. Zur besseren Lesbarkeit wurden alle Zitate sprachlich überarbeitet, ohne dabei den Sinn zu verändern.
- 20 Zur massenhaften Verbreitung von Haustürgeschäften in Ostdeutschland ab 1990 vgl. Vertretertricks: Trügerischer Schein, in: *test&rat* (1993) 3, S. 18–19.
- 21 Archiv Institut für Sozialwissenschaftliche Forschung, Projektgruppe »Alltägliche Lebensführung«, Leipzig-Studie 1991–1994, Transkription Interview O-12, 1991, S. 66.
- 22 Malte Zierenberg, Tauschen und Vertrauen. Zur Kulturgeschichte des Schwarzhandels im Berlin der 1940er Jahre, in: Hartmut Berghoff/Jakob Vogel (Hg.), *Wirtschaftsgeschichte als Kulturgeschichte. Dimensionen eines Perspektivenwechsels*, Frankfurt/M. 2004, S. 169–194, hier S. 180.
- 23 Martin Fiedler, Vertrauen ist gut, Kontrolle ist teuer: Vertrauen als Schlüsselkategorie wirtschaftlichen Handelns, in: *Geschichte und Gesellschaft* 27 (2001) 4, S. 576–592, hier S. 588.
- 24 Vgl. Archiv Stiftung Warentest Berlin, *Einkaufshelfer: Test-Informationen und Preisvergleiche für Verbraucher aus der DDR*, Dezember 1989, S. 1–8.
- 25 Rick, *Die Gründung der Stiftung Warentest* (Anm. 4), S. 427.
- 26 Archiv Stiftung Warentest Berlin, Abteilung Vertrieb, *Zusammenfassung des Gesprächs vom 29.10.1990 über die Abwicklung der Sonderdruck-Aktion in den neuen Bundesländern*, Berlin 31.10.1990.
- 27 Editorial, in: *test&rat* (1991) 1, S. 3.
- 28 Christian Kleinschmidt, Konsumgesellschaft, Verbraucherschutz und Soziale Marktwirtschaft. Verbraucherpolitische Aspekte des »Modell Deutschland« (1947–1975), in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte* 47 (2006) 1, S. 13–28, hier S. 16.
- 29 Ute Frevert, *Vertrauen – eine historische Spurensuche*, in: dies. (Hg.): *Vertrauen. Historische Annäherungen*, Göttingen 2003, S. 7–66, hier S. 66.
- 30 Fiedler, *Vertrauen ist gut, Kontrolle ist teuer* (Anm. 23), S. 587.



Rund 120000 DDR-Bürgerinnen und -Bürger demonstrieren am 16.10.1989 in Leipzig für mehr Demokratie, Bürgerrechte und Reformen. Der Untergang des SED-Regimes vollzog sich kurz darauf in einem rasanten Tempo.

Thomas Großbölting

## Wem gehört die Friedliche Revolution?

### Die Pollack-Kowalczuk-Kontroverse von 2019 als Lehrstück von Wissenschaftskommunikation

Im Jahr 2019 jährte sich die Friedliche Revolution zum dreißigsten Mal. Was hat dieses ›Jubiläum‹ gebracht – für die wissenschaftliche Auseinandersetzung? Für die öffentliche Diskussion?<sup>1</sup> Die Bilanz ist ernüchternd. Den profiliertesten (Anti-)Akzent setzte der Direktor des Leibniz-Zentrums für Zeithistorische Forschung in Potsdam (ZZF), Frank Bösch: Angesichts der erinnerungskulturellen Inszenierungen titelte er im November des Erinnerungsjahres 2019 »Wir brauchen neue Jahrestage!«<sup>2</sup> und begründete seine Forderung mit dem »Diktat« der Jubiläen. Auch wenn Autorinnen und Autoren sowie Museen von dieser Aufmerksamkeit profitierten, sei das

Fach selbst kaum in der Lage, darüber hinaus öffentlich Themen zu setzen und auch auf alternative, ebenso wichtige Zusammenhänge aufmerksam zu machen. Warum nicht des vierzigsten Jahrestags des Störfalls im amerikanischen Atomkraftwerk nahe Harrisburg gedenken, statt vor allem nationalstaatliche Zusammenhänge in den Vordergrund zu stellen, so die Frage Böschs. Zudem – so sein zweites gewichtiges Argument – zementierte die Konzentration auf die Jahrestage nationale Mythen und ließ Veränderungen im Alltagsleben der Menschen außen vor: Die Geschichte von Migration und Rassismus, die Bedeutung der Rentenreform beispielsweise ließen sich auf diese Weise nicht thematisieren.

Das ist ein veritabler Weckruf und Gedankenanstoß – und berücksichtigt dennoch, dass die Friedliche Revolution selbst ein gewichtiges Vergangenheitsmoment ist, an dem sich unsere Gegenwartsgesellschaft abarbeitet und das auch in Zukunft tun wird: In der Demokratiegeschichte Deutschlands war 1989/90 eines der wenigen Highlights. Das Ende der SED-Diktatur und die Wiedervereinigung prägten das Leben vor allem der Ostdeutschen, aber auch ihrer späteren Mitbürgerinnen und Mitbürger im Westen bis heute entscheidend mit. Aber auch fokussiert auf die Friedliche Revolution nimmt sich die Bilanz nicht besser aus. Trotz aufwendiger Inszenierungen vor allem in der Hauptstadt Berlin blieb die Resonanz verhalten. Im dreißigsten Jahr danach sei es nicht gelungen, in der Öffentlichkeit und im gesamtdeutschen Geschichtsbild ein erinnerungskulturelles Narrativ der Geschehnisse von 1989/90 zu etablieren, das »für die Mehrheit der Deutschen positiv anschlussfähig« sei, so beobachtete der Soziologe und Theologe Hagen Findeis.<sup>3</sup> Wissenschaftlich und publizistisch habe es mittlerweile nahezu unzählige Versuche der Rekonstruktion und Ausdeutung dessen gegeben, was sich 1989/90 in Deutschland ereignet hat: Wofür steht die Revolution? Wer waren ihre Akteure? Was sagt uns das vergangene Geschehen heute? Allerdings sei die Außenwirkung dieser Debatten über den *inner circle* der geschichtspolitisch aktiven Profis hinaus minimal geblieben.<sup>4</sup>

Findeis spielt damit auf die einzige öffentlich wahrnehmbare Kontroverse an, die die Erinnerung an die Friedliche Revolution ausgelöst hat: Ausgetragen wurde sie im Sommer 2019 zwischen dem Soziologen Detlef Pollack und dem Historiker Ilko-Sascha Kowalczyk – beide sind in der DDR aufgewachsen. Zur Debatte stand die Charakterisierung der Friedlichen Revolution und insbesondere die Frage danach, wer die Triebkräfte des Widerstands gegen die SED-Diktatur waren.

Den Auftakt machte der Religionssoziologe Detlef Pollack mit einer wissenschaftlich wenig spektakulären, aber provokanten These, da sie den

gängigen öffentlichen Konsens infrage stellte: Es sei eine »Mär« und deswegen »höchste Zeit, mit einer Legende aufzuräumen«, so Pollack am 12. Juli 2019 in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, dass die Oppositionellen in der DDR die Friedliche Revolution angeregt, angeführt und letztlich zu einem erfolgreichen Ende gebracht hätten. Es sei vorrangig die Ausreisebewegung und die damit verbundene massenhafte Abwanderung vor allem von jungen und gut ausgebildeten DDR-Bürgerinnen und -Bürgern gewesen, die das System der DDR (mit) ins Wanken gebracht habe. »Der Umbruch ging weniger von den Alternativen und den Kirchenleuten aus, die mit ihren langen Bärten und Kerzen in der Hand der Mehrheitsbevölkerung eher suspekt erschienen. Vielmehr waren es die Normalos (den Westdeutschen mit merkwürdigen stonewashed Jeans, Dauerwellen und Schnauzern in Erinnerung), die zunächst Gorbatschows neue Freiheit nutzten, um Kritik am eigenen System zu üben, die Sehnsucht nach Konsum und Reisefreiheit hatten, massenweise in den Westen flüchteten und schließlich ohne Führung durch die Opposition auf die Straße gingen und die Staatsmacht, allseits unerwartet, tatsächlich in Bedrängnis brachten.«<sup>5</sup>

Ilko-Sascha Kowalczuk konterte drei Tage später: »Eine Minderheit bahnte den Weg«, so der die These des Artikels beschreibende Titel:<sup>6</sup> Es gebe in der Forschung einen Konsens darüber, »dass die Bürgerbewegungen von entscheidender Bedeutung für die Revolution« waren. »Sie waren diejenigen, die im Sommer und Frühherbst überhaupt erst viele Menschen mobilisierten und motivierten, sich zu engagieren, auf die Straße zu gehen. Sie boten ein Podium, eine Möglichkeit gemeinsamen Handelns, sie prägten Kultur und Sprache der Revolution und artikulierten ihre Forderungen.« So habe beispielsweise die Gründung des Neuen Forums am 9./10. September vielen Tausenden Menschen die Möglichkeit eröffnet, in der DDR zu bleiben und sich gegen die SED-Herrschaft zu engagieren. »Die DDR veränderte sich von unten, weil Oppositionelle, Bürgerrechtler, Widerständler nach vielen Jahren der Enge nun Mittel und Wege gefunden hatten, zu mobilisieren, Tausende Menschen dort abzuholen, wo sie standen.«

Mit diesem Meinungs austausch hätte es sein Bewenden haben können:<sup>7</sup> Beide Positionen waren viel weniger weit voneinander entfernt, als es die krachende Antwort auf den Artikel Pollacks suggerierte. Kowalczuk selbst hatte in seinem 2009 veröffentlichten Buch »Endspiel« die Bedeutung der Ausreisebewegung für die Dynamik der Friedlichen Revolution betont und lag damit nahe an der Pollack-Position.<sup>8</sup>

Oder aber – so die zweite Möglichkeit – der erste Aufschlag hätte sich im besseren Fall zu einer Reihe von Fragen und produktiven Forschungen

entwickeln können: Inwieweit unterliegen Revolutionen allgemeinen ›Gesetzmäßigkeiten‹ und lassen sich diese gar zu einer Theorie verdichten, so wie von Kowalczuk wiederholt argumentiert? Wie formte sich das Geschehen in der DDR, in Leipzig, aber auch anderswo aus? Warum wuchs der Protest in der sächsischen Metropole im Oktober schlagartig auf die 70 000 Beteiligten, die dann den Leipziger Stadtring füllten? Welche zeitlichen Rhythmen und Dynamisierungen waren zu beobachten, in welcher Sprache, in welchen Formen und symbolischen Kommunikationen entwickelte sich der Protest? Und ganz basal: Wie viele DDR-Bürgerinnen und -bürger gingen tatsächlich auf die Straße und ließen sich zum Protest gegen die SED-Diktatur motivieren? Während Pollack die breite Beteiligung der »Normalos« betonte, argumentierte Kowalczuk damit, dass immer nur eine Minderheit der DDR-Bevölkerung auf der Straße war. Schon allein diese Kontroverse ist unlösbar, wenn man sich nicht über die Kriterien der jeweiligen Behauptung austauscht: Was ist eine Minderheit? Wie wirkt eine »Revolution« auch bei denjenigen, die – so ein immer wieder bemühter Topos – passiv zuschauend »hinter der Gardine« standen? All diese (und viele weitere) Fragen waren aufgeworfen, ohne dass aber Leserin und Leser in den folgenden Artikeln in Zeitung und Netz darauf Antworten bekommen hätten.<sup>9</sup> Der Streit war bemerkenswert – leider nicht wegen des Inhalts der Debatte, sondern wegen »der verletzenden Schärfe«, mit der er in dem dann folgenden Wechsel von Stellungnahmen geführt wurde.<sup>10</sup>

## Wissenschaftskommunikation: Corona als Exempel?

Welche Chancen, aber auch welche Herausforderungen und Grenzen im Verhältnis von Wissenschaft und Öffentlichkeit liegen, führt uns dieser Tage die Coronapandemie in Extremform vor Augen. Das ist die Folie, auf der dann die Pollack-Kowalczuk-Kontroverse in diesem Beitrag analysiert wird.

Wie vieles andere auch hat die Coronapandemie das Verhältnis von Wissenschaft und Öffentlichkeit noch einmal intensiv ausgeleuchtet. Es war die Krise, die ganz grundsätzliche Dispositionen verschärfte und zum Vorschein brachte: Während der Präsident der Vereinigten Staaten seine wissenschaftlichen Berater öffentlich düpierte, stieg in Deutschland die Wissenschaft – oder zumindest doch ein Teil von ihr – temporär zum neuen Leitstern auf. Wie in wenigen anderen Staaten sind Politik und öffentliche Meinung in Deutschland eine Allianz mit der Wissenschaft eingegangen.

Dafür steht kein anderer stärker als der Berliner Virologe Christian Drost, der insbesondere in den ersten Wochen der Diskussion zum »Erzähler der Krise« aufrückte<sup>11</sup> – nicht zuletzt auch deshalb, weil neben ihm viel Platz blieb: Weder aus der Politik noch sonst aus dem öffentlichen Leben fanden sich in den ersten Tagen und Wochen, in denen die Coronaepidemie als neues Phänomen erkennbar wurde, Menschen, die Deutungen anboten und damit die Bedrohung handhabbar machten.

Diese für eine pluralistische offene Gesellschaft wie die deutsche ungewöhnliche »Heldenverehrung« eines Wissenschaftlers versuchte der Protagonist selbst immer wieder zu durchbrechen, wenn er auf die Grenzen seiner Expertise hinwies, sich selbst als Lernenden innerhalb der Krise charakterisierte und durchaus offen und offensiv während der darauf folgenden Zeit seine Standpunkte in wichtigen Fragen und Entscheidungsfällen anpasste und revidierte: die Wirksamkeit eines Mund-Nasen-Schutzes, die von Kindern ausgehende Infektionsgefahr – in einer Reihe von Punkten veränderten sich Drostens Einschätzungen mit dem sich wandelnden Forschungsstand. All das wurde zu Recht von der Leiterin des Zentrums für Wissenschaftskommunikation, Exzellenzcluster »Religion und Politik« der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster, Viola van Melis, als »Sternstunde« von Wissenschaftskommunikation charakterisiert, gerade weil Wissenschaft sich als selbstreflexiver und lernender Zusammenhang präsentierte.<sup>12</sup> Dass sich anschließend rasch die »alten Muster« wieder durchzusetzen drohten, ist nicht zu verkennen: Der künstlich aufgebaute Nimbus wurde dann zerstört, als sich immer stärker auch andere Protagonisten der Virologenszene, aber auch andere Medizinerinnen, Statistiker wie auch Sozialwissenschaftler verschiedener Provenienz zu Wort meldeten. Die damit auftauchenden Meinungsverschiedenheiten und Dispute versuchten Teile der Medien rasch zum Zerwürfnis zu stilisieren. Nicht nur einmal erwies sich die Gruppe der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler tatsächlich als *Community*, wenn es gelang, die von den Medien ausgerufenen Expertenkriege zu dem herunterzuhandeln, was sie tatsächlich sind: der produktive Austausch in der Wissenschaft.<sup>13</sup>

## Lehren aus dem Pollack-Kowalczuk-Konflikt

Die Kontroverse Pollack-Kowalczuk knüpft nur wenig an dieses Idealbild einer selbstreflexiven Wissenschaft an und erweist sich allenfalls in der Schlussepisode als gelungene Wissenschaftskommunikation. Schon die erste Entgegnung auf den Artikel Pollacks geriet zum geschichtspolitischen

Fanal – und gab in vielerlei Hinsicht den Ton für die folgende Debatte vor: Die These Pollacks wurde von Beginn an in eine Auseinandersetzung um die Festveranstaltung zum dreißigsten Jahrestag der Friedlichen Revolution in Leipzig eingeordnet: Ausgerechnet Gregor Gysi, den Parteichef der SED-PDS ab Dezember 1989, hatten die Veranstalter als Festredner zum 9. Oktober eingeladen. Für die Aktiven der Bürgerrechts- und Oppositionsbewegung war das eine Provokation sondergleichen. Schon zu Beginn seiner Entgegnung ordnete Kowalczuk Pollacks Artikel diesem Vorgang zu und wertete ihn als einen weiteren Schritt des Bemühens darum, »die Geschichte der Revolution umzuschreiben«.

Kowalczuks Hauptargument von der Bedeutung der Bürgerrechtsbewegung für die Friedliche Revolution gerann danach zur Behauptung, als mit einem Konsens in der Forschung argumentiert wurde: Ja, ohne Zweifel war die Bürgerbewegung von »entscheidender Bedeutung« für die Friedliche Revolution, das konzidierte auch Pollack im Folgeartikel.<sup>14</sup> Aber inwiefern, für welche Segmente und für welche Zeiträume das gilt, welche Bedeutung ihr beispielsweise im Verhältnis zu anderen Aufbrüchen wie der Ausreisebewegung zukam – all diese Fragen sind durchaus eine Diskussion wert. Laut Kowalczuk waren es Protagonistinnen und Protagonisten der DDR-Opposition, die bewirkten, dass die zuvor vor allem in den Kirchenräumen stattfindenden Leipziger Friedensgebete in die Öffentlichkeit getragen wurden. Ihr jahrelanges und auch mit vielen persönlichen Einschränkungen und Repressionen verbundenes Engagement gilt es zu würdigen – und dennoch blieb ihre Öffentlichkeitswirkung in der DDR begrenzt: zum einen, weil sie – so das später von Pollack angeführte Argument – unterhalb der Schwelle einer möglichen Kriminalisierung durch die Stasi arbeiten mussten und wollten, zum anderen, weil ihre Breitenwirkung in die Bevölkerung insgesamt begrenzt war.

Die zahlenmäßig kleine Gruppe der Oppositionellen und die große Mehrheit der »Normalbürger« verband wenig – weder in den politischen Ansichten noch mit Blick auf die Lebenswelt und die Alltagsverbringung. Es war hingegen die massive Ausreisewelle, die auch für den Normalbürger- und die -bürgerin klarmachte, dass eben nicht alle »in einem Boot saßen«, sondern die Übersiedlung in den Westen eine reelle Alternative zum Leben in der DDR darstellte. Die westdeutschen Fernsehbilder aus den bundesdeutschen Botschaften in Osteuropa transportierten diese Erfahrung in (fast) die ganze DDR und enttäuschten auf diese Weise die Bevölkerung.

Dies ist meine These zur Erklärung der Dynamik der Friedlichen Revolution Ende September, Anfang Oktober in Leipzig und anderswo, die nah

an der Analyse von Pollack liegt. Damit ist meines Erachtens der Anlass der Demonstrationenbewegung angemessen beschrieben.

Zugleich aber ist es in dieser Frage sinnvoll, nicht in einer Entweder-oder-Logik zu verbleiben und den Blick zu weiten. Wer nicht nur nach den situationsgebundenen Faktoren für die Entwicklung der Demonstrationenbewegung fragt, sondern die Verdichtung der Protestbewegung auch mittel- und längerfristig in den Blick nimmt und auf ihre Ursachen befragt, der wird die Bedeutung der Oppositionsbewegung kaum negieren können: Die Aufdeckung der Fälschungen bei der Kommunalwahl in der DDR Anfang Mai 1989, die sich daran anschließenden Mahnwachen und andere, meist kleine Proteste schufen eine Öffentlichkeit, die nicht mehr von der Diktatur kontrollierbar war. Und auch wenn aus diesen Zusammenhängen nur wenige direkte Linien zur Demonstrationenbewegung des Herbstes führten, so wurde hier doch sprachlich, symbolisch und in den verschiedenen Aktionsformen ein Weg zur Friedlichen Revolution gebahnt. Max Weber als der Altmeister der Reflexion zur wissenschaftlichen Objektivität hat eindringlich vor der »mittleren Linie« gewarnt, »die um kein Haar breit mehr wissenschaftliche Wahrheit [sei], als die extremsten Parteiideale von rechts oder links«.<sup>15</sup> Und doch scheint mir bei der verhandelten Diskussion um die Friedliche Revolution eine solche Unterscheidung von Ursache und Anlass sinnvoll, um die nach wie vor spannende Frage nach dem Zusammenbruch der vierzig Jahre lang so stabilen Diktatur zu diskutieren.

Ob ich mit meiner Interpretation richtig liege? Darüber kann und sollte man offen streiten. In der Kontroverse wurde das nicht getan. Stattdessen schwenkte die Debatte ins Persönliche, wenn Pollack vorgehalten wurde, von der Situation in Leipzig deswegen nichts wissen zu können, da er zu diesem Zeitpunkt einen Forschungsaufenthalt in der Schweiz verbracht hatte. Dieser polemische Bogen ging weit über die Suggestion hinaus, dass persönliche Zeitzeugenschaft Voraussetzung für historisches Arbeiten sei. »Vorsichtig formuliert: Wer das Privileg genoss, Reisekader zu sein, gehörte nicht gerade zu den entschiedensten Gegnern des SED-Staates.«<sup>16</sup> Auch wenn Pollack in seinem Folgeartikel umstandslos einräumte, tatsächlich in Zürich gewesen zu sein, zugleich aber betonte, in zweiter Reihe in den »heißen Wochen« zuvor sich in Leipzig an den Demonstrationen beteiligt gehabt zu haben, prägte dieser Schlenker die weitere öffentliche Diskussion: Pollack wurde nicht nur eine »kalkulierte Diffamierung der Opposition«<sup>17</sup> vorgeworfen, sondern ganz umstandslos als »uninformierter Religionssoziologe« in eine Reihe mit »SED-PDS-Linkspartei- oder AFD-Demagogen, Geschichtsfälschern aller Couleur [...] oder Journalis-

ten« gestellt.<sup>18</sup> Nicht allein diese Beiträge zeigten, dass die Debatte »weniger mit historischem Detailwissen zu tun [hatte] als mit erinnerungskulturellen Setzungen und Verteidigung der Deutungshoheit«, so rückblickend das Urteil des Historikers Ralf Jessen.<sup>19</sup> Damit war weder wissenschaftlich noch publizistisch-öffentlich irgendetwas gewonnen.

Was aber an Potenzial in dieser Debatte vorhanden war und verschenkt wurde, zeigte im Nachgang eine Sendung des Deutschlandfunks. »Hat die DDR-Opposition die friedliche Revolution herbeigeführt? Oder war es doch [...] die Abstimmung mit den Füßen auf den Straßen der DDR?«, fragte die Journalistin Karin Fischer am 7. September 2019 die beiden Kontrahenten. Nach der Eingangsbeitrueuerung von Kowalczuk, dass die Differenzen in den Eingangsstatements auf einen fachlichen Disput hinviesen und »gar nicht so konturiert sind«,<sup>20</sup> gelang eben das: Abgewogen wurde, was der Beitrag der Oppositionsbewegung zur Dynamisierung der Friedlichen Revolution war, welche Bedeutung dem Neuen Forum für diesen Prozess zukam oder wie sich beispielsweise das Herüberschmuggeln von Filmaufnahmen vom Protest in den Westen in der internationalen wie deutsch-deutschen Öffentlichkeit/Politik auswirkte. Dies geschah durchaus scharf, kontrovers, aber mit Zuhören und ernsthaftem Umgang mit den Argumenten des jeweils anderen, indem man darauf Bezug nahm, positiv oder auch negativ. Selbst der Versuch, das Argument des anderen zu widerlegen, ist zunächst einmal eine Respektbekundung vor der konträren Position.

## Was ist Wissenschaft?

Wiederholt beschwerte sich Kowalczuk gegenüber dem FAZ-Herausgeber darüber, dass er als wissenschaftlicher Mitarbeiter gegenüber dem Professor aus Statusgründen benachteiligt werde: »das muster ist ganz typisch: der herr professor darf das letzte wort behalten.«<sup>21</sup> Es wäre naiv zu meinen, dass Hierarchien, Titel und andere Statusmarkierungen in der Wissenschaft wie auch in ihrer öffentlichen Wahrnehmung keine Rolle spielten. Tatsächlich aber sollten es andere Kriterien sein, die wissenschaftliche Autorität begründen und nach außen hin kenntlich machen: Die weitverbreitete Wissenschaftsskepsis wird sich im Zweifel weniger mit mehr Information über die jeweils umstrittene Problemstellung beheben lassen, sondern vor allem dadurch, dass bestimmte Grundprinzipien von Wissenschaft aktiv demonstriert, kommuniziert und stilprägend werden. Dazu gehört zunächst, dass wissenschaftliche Expertise in sich begrenzt und vorläufig

ist. Diese an und für sich triviale Feststellung schließt mit ein, dass die disziplinäre Nachbarin oder der Fachkollege mit ihren jeweiligen Wissensbeständen und Kompetenzen wertgeschätzt und ernst genommen werden. Viel grundsätzlicher aber ist: Wissenschaftliche Expertise ist prinzipiell auf Vorläufigkeit und Falsifizierbarkeit angelegt. Wer Ergebnisse nicht als Fakten präsentiert, sondern transparent Auskunft gibt über methodische Verfahren, empirische Grundlagen und eigene Perspektiven, die die Interpretation mit beeinflussen, ist nahezu automatisch vor Dogmatismus gefeit.

Für die Historikerinnen und Historiker lässt sich der Prüfstein für die Wissenschaftlichkeit noch einmal konkretisieren: Wie wenig andere Wissenschaftsdisziplinen lebt die Geschichtswissenschaft davon, dass sie permanent und im Wechselspiel zwei Perspektiven einnimmt. »Während das eine Auge in der Zeit- und Standortgebundenheit des Wissenschaftlers haften bleibt, richtet sich das andere auf die historische Tiefe.«<sup>22</sup> Nur mittels der Reflexion der eigenen Standortgebundenheit, aber auch mit dem Blick auf das Orientierungsbedürfnis der jeweiligen Gegenwart lässt sich der Blick in die Vergangenheit tatsächlich als methodisch kontrollierte und reflektierte Wissenschaft betreiben. Diese Prämisse historischen Arbeitens war in der Vergangenheit mal mehr, mal weniger stark präsent. In den vergangenen Jahrzehnten hat sich die Einsicht in diesen Zusammenhang nicht nur als Subdisziplin einer »Geschichte zweiten Grades« etabliert, sondern ist mindestens all denjenigen, die kulturwissenschaftlich inspiriert die Vergangenheit zu Geschichte formen (wollen), zu einer Selbstverständlichkeit geworden.<sup>23</sup> Daraus gewinnt das Fach seine eigenen Standards, diese Spannung macht die Geschichte zugleich besonders attraktiv für die öffentliche politische und geschichtspolitische Debatte.

Davon abgeleitet, sollte sich nicht nur die Wissenschaft allgemein, sondern sollten auch die Disziplinen, die aus Vergangenheit Geschichte machen, vor allem sich als organisierte Skepsis präsentieren, selbst auf die interne Pluralität reflektieren und auf die »Vorbehaltlichkeit« ihrer Ergebnisse verweisen.<sup>24</sup> Der Naturwissenschaftler Emanuel Wyler hat in einem »Zwischenruf aus dem Labor« das schöne Bild von der Wissenschaft als Mosaik geprägt, in das sich jede neue Erkenntnis als einzelner Stein einordne. »Nicht als fertig zusammengesetzte Bilder, schon gar nicht für sich allein alles erklärend, sondern als Schritte in einem Prozess, die auch wieder rückwärtsgegangen werden können.«<sup>25</sup> Für das öffentliche Gespräch über das Gestern und darüber, wie aus Vergangenheit Geschichte wird, ist das eine hilfreiche Orientierung.

*Erschienen auf DA Online am 14.7.2020.*

## Anmerkungen

- 1 Vgl. für die Jahre bis 2015 Sebastian Klinge, 1989 und wir. Geschichtspolitik und Erinnerungskultur nach dem Mauerfall, Bielefeld 2015.
- 2 Frank Bösch, Wir brauchen neue Jahrestage, in: Der Tagesspiegel, 4.11.2020, [www.tagesspiegel.de/politik/erinnerungskultur-wir-brauchen-neue-jahrestage/25186552.html](http://www.tagesspiegel.de/politik/erinnerungskultur-wir-brauchen-neue-jahrestage/25186552.html), zuletzt aufgerufen am 27.6.2020.
- 3 Hagen Findeis, Dreißig Jahre friedliche Revolution und keiner geht hin, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 2.10.2019, S. 14.
- 4 Ebenda.
- 5 Detlef Pollack, Es war ein Aufstand der Normalbürger, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12.7.2019, S. 9.
- 6 Ilko Sascha Kowalczuk, Eine Minderheit bahnte den Weg, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15.7.2019, S. 9.
- 7 Vgl. Martin Sabrow, Mythos 1989. Rückblick auf ein historisches Jahr. Wem gehört die friedliche Revolution?, [www.bpb.de/300737](http://www.bpb.de/300737), zuletzt aufgerufen am 8.7.2020.
- 8 Vgl. Ilko-Sascha Kowalczuk, Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR, München 3. Auflage 2015, S. 273, passim.
- 9 Vgl. Detlef Pollack, Die verachtete Bevölkerung der DDR, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16.7.2019, S. 11. Vgl. vor allem die Dokumentation verschiedener Mails und Leserbriefe [www.havemann-gesellschaft.de/themen-dossiers/streit-um-die-revolution-von-1989/](http://www.havemann-gesellschaft.de/themen-dossiers/streit-um-die-revolution-von-1989/), zuletzt aufgerufen am 25.6.2020.
- 10 Vgl. Sabrow, Mythos (Anm. 7).
- 11 Jan Kalbitzer, Die Stille neben ihm. Christian Drost und die Medien, in: Die Zeit, 27.5.2020.
- 12 Viola van Melis, Im Bermuda-Dreieck von Corona, in: Kölner Stadt-Anzeiger, 17.4.2020, S. 19.
- 13 Vgl. zum Beispiel Alexander Kühn im Interview mit Jörg Stoye, »Ich will nicht Teil einer Kampagne sein«, in: Der Spiegel, 25.5.2020.
- 14 Vgl. Detlef Pollack, Verachtete Bevölkerung (Anm. 9).
- 15 Max Weber, Die »Objektivität« sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik 19 (1904), 1, S. 22–87, S. 30.
- 16 Ilko-Sascha Kowalczuk, Minderheit (Anm. 6).
- 17 So Karin Hattenhauer in einem Leserbrief an die FAZ vom 25.7.2019, S. 9, dokumentiert auf [www.havemann-gesellschaft.de/fileadmin/robert-havemann-gesellschaft/themen\\_dossiers/Streit\\_um\\_die\\_Revolution\\_von\\_1989/KH\\_FAZ\\_25072019.pdf](http://www.havemann-gesellschaft.de/fileadmin/robert-havemann-gesellschaft/themen_dossiers/Streit_um_die_Revolution_von_1989/KH_FAZ_25072019.pdf), zuletzt aufgerufen am 2.7.2020.
- 18 Nicht veröffentlichter Leserbrief von Gerd Poppe, dokumentiert auf ebd.
- 19 Annette Proisinger, Ein Land fürs Geschichtsbuch, in: Welt am Sonntag, 8.9.2019.
- 20 Eine Tonaufnahme findet sich im Webportal des Deutschlandfunks: [https://www.deutschlandfunk.de/ilko-sascha-kowalczuk-vs-detlef-pollack-hat-die-ddr.2927.de.html?dram:article\\_id=458237](https://www.deutschlandfunk.de/ilko-sascha-kowalczuk-vs-detlef-pollack-hat-die-ddr.2927.de.html?dram:article_id=458237), zuletzt aufgerufen am 1.7.2020.
- 21 Kowalczuk an Kaube, E-Mail vom 16.7.2019, dokumentiert auf [www.havemann-gesellschaft.de/fileadmin/robert-havemann-gesellschaft/themen\\_dossiers/Streit\\_um\\_die\\_Revolution\\_von\\_1989/KH\\_FAZ\\_25072019.pdf](http://www.havemann-gesellschaft.de/fileadmin/robert-havemann-gesellschaft/themen_dossiers/Streit_um_die_Revolution_von_1989/KH_FAZ_25072019.pdf), zuletzt aufgerufen am 2.7.2020.
- 22 Andreas Wirsching, Von der Lügenpresse zur Lügenwissenschaft? Zur Relevanz der Zeitgeschichte als Wissenschaft heute, veröffentlicht am 19.4.2018, <https://zeitgeschichte-online.de/geschichtskultur/von-der-luegenpresse-zur-luegenwissenschaft>, zuletzt aufgerufen am 27.6.2020.
- 23 Vgl. Christoph Cornelißen, Erinnerungskulturen, Version: 2.0, in: Docupedia-Zeitgeschichte,

22.10.2012, [http://docupedia.de/zg/cornelissen\\_erinnerungskulturen\\_v2\\_de\\_2012](http://docupedia.de/zg/cornelissen_erinnerungskulturen_v2_de_2012), DOI: <http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.2.265.v2>, zuletzt aufgerufen am 27.6.2020; Sabine Moller, Erinnerung und Gedächtnis, Version: 1.0, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 12.4.2010, [http://docupedia.de/zg/moller\\_erinnerung\\_gedaechtnis\\_v1\\_de\\_2010](http://docupedia.de/zg/moller_erinnerung_gedaechtnis_v1_de_2010); DOI: <http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.2.323.v1>, zuletzt aufgerufen am 27.6.2020.

24 Interview mit Peter Strohschneider, Wer sagt dem König, dass die Füchse auch nicht alles wissen?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16.12.2019.

25 Emanuel Wyler, Die Pandemie verändert auch die Wissenschaft, in: Die Welt, 20.6.2020.



DDR-Bürgerinnen und -Bürger mit Transparenten wie »Kein § 218! So wahr uns Gott helfe« vor der Volkskammer in Ostberlin am 22. April 1990. Bei einer Vereinigung der beiden deutschen Staaten müsse dafür gesorgt werden, dass das Recht auf Abtreibung nicht eingeschränkt werde, so die Forderung der Frauen. Ein Schwangerschaftsabbruch bis zur zwölften Woche war ab 1972 in der DDR legal.

Carmen Niebergall

## Für mehr Frauenrechte und Parität

Als ich mit dem Schreiben dieser »ungehaltenen Rede« beginne, sind wir auf dem Höhepunkt der Coronapandemie 2020. Es beginnt eine Zeit der Nachdenklichkeit. Nicht nur über Corona und die Folgen: Wieder ein Einschnitt in der deutschen Geschichte, wieder etwas bisher Unvorstellbares, wieder etwas kaum Aufhaltbares, das einen enormen Kraftakt der gesamten Gesellschaft erfordert. In gewisser Weise also wie damals 1989/90.

So beginnt meine Reflexion über die Zeit vor 30 Jahren oder vielleicht besser vor 35 bis 40 Jahren. Jetzt rückblickend, da ich fast 35 Jahre in einer Diktatur gelebt habe und jetzt seit 30 Jahren in einem demokratischen

Rechtsstaat lebe, war diese Volkskammerzeit ebenso ein immenser Kraftakt. Historisch und weichenstellend.

Das Volk wollte mehrheitlich die deutsche Einheit, denn die Zustände in der DDR waren nicht mehr haltbar, waren für die meisten Menschen nicht mehr hinnehmbar. Das war nicht nur mein Gespür in Genthin, dieser Kleinstadt mit dem Waschmittel »Spee«, das einst zu den Henkel-Werken gehörte und heute wieder gehört, aber nun in Düsseldorf hergestellt wird.

1987 war ich zum ersten Mal »im Westen«, auf Verwandtenbesuch in Nordrhein-Westfalen (NRW). Danach wusste ich: Die DDR wird nicht mehr lange überleben können, da wir ökonomisch und auch gesellschaftlich am Ende waren. Viele Menschen in der ehemaligen DDR dachten so und ein Austausch, Gespräche und schließlich auch politisches Handeln begannen. So war es selbstverständlich, dass ich am 3. Oktober 1989 bei der Gründung der Ortsgruppe des Neuen Forums Genthin dabei war, der oppositionellen Plattform zur Diskussion lebenswichtiger Fragen der gesellschaftlichen Entwicklung und der Mitgestaltung aller Formen der Demokratie.

Von da an ging alles sehr schnell. Als das Neue Forum am 4. November 1989 in Genthin zweitausend Menschen auf die Straße brachte, war das für die Kleinstadt im Jerichower Land eine machtvolle Demonstration für gesellschaftliche Erneuerung. Demokratische Veränderung und Freiheit waren die Ziele, nicht viel später kam der Ruf nach der Einheit Deutschlands hinzu. Meine Gedanken und Gefühle waren ambivalent. In die Aufbruchsstimmung mischte sich auch Angst und die Frage, welche Herausforderungen anzunehmen und zu bewältigen sein würden.

Innerhalb der CDU, der ich seit März 1979 angehöre, weil ich nicht Mitglied der Sozialistischen Einheitspartei SED werden wollte, gab es unterschiedliche Bestrebungen in dieser Umbruchzeit. Manche träumten von einer reformierten DDR. Ich wollte die deutsche Einheit und dass die CDU handelt. Und das tat sie dann auch, denn bereits am 24. Februar 1990 wurde in Halle-Neustadt die CDU Sachsen-Anhalt gegründet. Es war noch vor der Einheit und der Gründung der neuen Bundesländer der erste Landesverband in der damaligen DDR und Dr. Gerd Gies wurde der 1. Vorsitzende. Ein noch symbolischer Schritt zur Angleichung der politischen Strukturen in einem künftig geeinten Deutschland.

## Vorverlegter Wahltermin

Dann folgte die Wahl zu jener Volkskammer, welche die Einheit beschloss und der ich voller Stolz angehören durfte, denn im Bezirk Magdeburg

hatte ich den Listenplatz 3. Meinen großen Traum wollte ich umsetzen, kämpfen. Der Wahltermin war wegen der dramatischen wirtschaftlichen und politischen Lage vom 6. Mai auf den 18. März 1990 vorverlegt worden. So wurde es ein kurzer und heftiger Wahlkampf. Aber wie führt man einen guten Wahlkampf? Unterstützung kam in vielfältiger Weise aus Niedersachsen und NRW. Die Allianz für Deutschland war geboren und ich tingelte von Ort zu Ort, sprach mit den Menschen meiner Region über Zukunftshoffnungen und Zukunftssorgen. Fast alle wollten die schnelle Vereinigung unseres Volkes. Das war mein Auftrag, den ich annehmen und gestalten wollte. Im Stakkato dieser Zeit notierte ich später Erinnerungsfetzen an diese wohl wichtigste Ära meines Lebens:

»Mit meinem Lada fahre ich, etwas später als gewollt, auf der B1 in Richtung Magdeburg. Mein Ziel: die Lübecker Straße. CDU-Mitglieder aus dem Bezirk Magdeburg kennen die Adresse. Heute, am 18. März 1990, ist dies für mich ein wichtiger Punkt. Es ist die CDU-Geschäftsstelle, welche in den vergangenen Wochen Dreh- und Angelpunkt für den ersten Wahlkampf meines Lebens war. Es ist 18.00 Uhr und die erste Hochrechnung im Radio lässt mich fast in den Straßengraben fahren. Vor Schreck, vor Angst, vor Freude? Ich weiß nicht. Jedenfalls stehe ich am Straßenrand mit wilden Gedanken. Alles unfassbar. Was kommt nun? Wie geht es weiter? Wie viel Zeit haben wir? Mir war klar: Mit meinem dritten Listenplatz war ich drin – in der ersten frei gewählten Volkskammer. Was für ein Meilenstein in meinem Leben.

Es sollte die ›Einheitsvolkskammer‹ werden – das war mein Ziel.

Alles überschlug sich. Den 18. März 1990 auf dem Marktplatz vor dem Magdeburger Rathaus werde ich NIE vergessen. Die jubelnden Menschenmassen. Dann später in Berlin: streikende Menschenmassen, wütende Bauern mit ihren Tieren und vergossene Milch vor dem »Palast der Republik«, den es heute nicht mehr gibt. Vor dem März 1989, in den Monaten vor dem Wahltag, die aufgewühlten Frauen und Männer im Neuen Forum und bei Auftritten von Helmut Kohl. Die Arbeit in der Volkskammer, für mich im Ausschuss für Haushalt und Finanzen. Lernen, lernen, Neues begreifen, Argumente akzeptieren, diskutieren, triumphieren, enttäuscht sein.

Stasi überall, wem kann man vertrauen und wem nicht?

Begreifen müssen, dass die alte Bundesrepublik von unserem Freiheitsdrang überrollt war.

Agieren und gestalten waren gefragt, Wahrheiten, unbequeme Wahrheiten sagen und Projekte auf den Weg bringen und Raum für das Neue nutzen. Es machte Spaß, aber es war auch die Zeit der offenen Worte: dass es Arbeitslose geben würde, dass Betriebe wegbrechen, dass Maßnahmen des Arbeitsamtes genutzt werden müssen, um vielen Menschen das Gefühl zu nehmen, plötzlich überflüssig zu sein.

Die Zeit hat mich verändert, geprägt, stolz und manchmal auch betroffen gemacht, wie mit uns, den Abgeordneten der ersten frei gewählten Volkskammer, umgegangen wird. Im »Archiv der Deutschen Abgeordneten«, einem Kunstwerk von Christian Boltanski im Reichstagsgebäude, sind alle Abgeordneten verzeichnet, die den deutschen Parlamenten von 1919 bis 1999 auf der Grundlage freier Wahlen angehörten. Es sind beinahe 5 000. Wir fehlen.<sup>1</sup>«

Das Geschriebene trifft sich mit den Gedanken im dreißigsten Jahr der Volkskammerwahl und dem Tag der Deutschen Einheit im Jahr 2020. An die sich überschlagenden Ereignisse in der Volkskammer denke ich immer und immer wieder. Den Sprint von 180 Tagen politischer Verantwortung mit 104 Gesetzen und 93 Beschlüssen, die für die Menschen erhebliche Auswirkungen hatten.

Mit dem Ländereinführungsgesetz vom 22. Juli 1990 haben wir nicht nur die Wiedererrichtung der östlichen Bundesländer beschlossen, sondern es war zugleich die Grundlage für den Beitritt zur Bundesrepublik Deutschland. Zunächst auf dem Papier war Sachsen-Anhalt fast in den Grenzen von 1952 wiedergeboren. Seither bin ich Sachsen-Anhaltinerin und dies mit Leib und Seele. Offiziell gibt es das Land Sachsen-Anhalt seit dem 3. Oktober 1990. Am 14. Oktober 1990 wählten die Bürgerinnen und Bürger der DDR erstmals nach 1946 in freier Wahl das Landesparlament Sachsen-Anhalt und dieses wählte Dr. Gerd Gies zum Ministerpräsidenten.

## Knackpunkt: der § 218

Ein Thema hatte mich bereits in der Volkskammerzeit besonders aufgewühlt und sollte mich noch lange in meiner politischen Laufbahn auch in Sachsen-Anhalt begleiten: der § 218 des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB), wonach

Abtreibungen in der Bundesrepublik grundsätzlich unter Strafe standen. Es gab nur wenige Ausnahmen wie etwa eine zu erwartende schwere Behinderung des Kindes, Schwangerschaften, die aus einer Vergewaltigung hervorgegangen waren, oder besondere Notlagen der Frauen – sogenannte »Indikationen«. Mit dem Beitritt zur Bundesrepublik hätten wir diesen Paragraphen unverändert übernehmen sollen. Allerdings: Ab den 1970er-Jahren war das entsprechende DDR-Gesetz viel stärker auf das Selbstbestimmungsrecht der Frauen ausgerichtet und die Kriminalisierung während der ersten zwölf Schwangerschaftswochen aufgehoben – die sogenannte Fristenlösung. Die ostdeutschen Frauen waren alarmiert. Immer und immer wieder kamen Meldungen aus meinem Wahlkreis Genthin und der gesamten »Noch-DDR«, dass die westdeutsche Indikationsregelung nicht einfach so als gesamtdeutsche Regelung gelten könne. »Das nehmen wir nicht hin!«, so der Ausruf vieler Frauen. Es gab eine Demo vor der Volkskammer, eine Unterschriftenaktion und eine Postkartenaktion an die Frauenministerin.

Am 12. Juli 1990 gab es in der Volkskammer eine Aktuelle Stunde zur Fristenregelung in der DDR. Die Aussprache zeigte sehr deutlich, dass nicht so einfach mit JA oder NEIN zu entscheiden war. Wir brauchten kluge Überlegungen, umfassende Diskussionen im geeinten Deutschland und dann eine für alle akzeptable Lösung. Dies brauche seine Zeit und solle im gesamtdeutschen Parlament entschieden werden. War es überhaupt machbar? Es war schwierig. Wir Frauen und einige Männer in der CDU/DA Fraktion drohten damit, dem Einigungsvertrag nicht zuzustimmen, wenn es keine Regelung für das Suchen einer akzeptablen Lösung für Gesamtdeutschland gäbe. Die Zeit galoppierte, der Druck war groß.

Unsere Volkskammerpräsidentin Dr. Sabine Bergmann-Pohl (CDU), selbst Ärztin, setzte sich intensiv für eine Regelung ein und wir setzten den Artikel 31 »Familie und Frauen« im Einigungsvertrag durch. Dort heißt es im Absatz 4:

»Es ist Aufgabe des gesamtdeutschen Gesetzgebers, spätestens bis zum 31. Dezember 1992 eine Regelung zu treffen, die den Schutz vorgeburtlichen Lebens und die verfassungskonforme Bewältigung von Konfliktsituationen schwangerer Frauen vor allem durch rechtlich gesicherte Ansprüche für Frauen, insbesondere auf Beratung und soziale Hilfen, besser gewährleistet, als dies in beiden Teilen Deutschlands derzeit der Fall ist.«

Kaum jemandem ist heute noch bewusst, welche große Bedeutung der Einigungsvertrag in diesem Punkt auch für die westdeutschen Frauen hatte. Die Frauen unserer Fraktion wollten sich einbringen, egal, in welcher Position sie sich nach dem 3. Oktober 1990, dem Tag des Beitritts zur Bundesrepublik Deutschland, wiederfinden würden. Zu diesem Zeitpunkt konnte ich

nicht ahnen, dass für mich die Umsetzung dieses Absatzes 4 eine umfangreiche Aufgabe werden würde, der ich mich besonders verpflichtet fühlte.

## Auch auf Länderebene das Ziel: ernsthafte Gleichstellungspolitik

Mit dem Beitritt sollte auch mein Land Sachsen-Anhalt entstehen. So hatten wir es beschlossen und der erste Ministerpräsident Dr. Gies gab mir die Chance, als Staatssekretärin für Frauen- und Gleichstellungsfragen mittun zu dürfen inmitten eines anfangs dominanten Männerkabinetts.

Berufen wurde ich am 27. November 1990 nach einer Kabinettsitzung, in der ich meine inhaltliche Vorstellung zur Frauenpolitik dargelegt hatte. Sofort ging es mit der Arbeit los, denn es wurde der zügige Aufbau einer Struktur eingefordert, da die Probleme im Land wuchsen. Wertvolle Vorarbeit war von den CDU-Frauen aus dem Partnerland Niedersachsen geleistet worden, die in den Beratungen zum Aufbau der Landesregierung Sachsen-Anhalt eine starke Position der Frauenpolitik erwirkt hatten.

Zur Institutionalisierung der Frauenpolitik und zur Absicherung der umfangreichen Querschnittsaufgaben war die Ansiedlung der »Landesbeauftragten für Gleichstellung«, später »Leitstelle für Frauen- und Gleichstellungsfragen des Landes Sachsen-Anhalt«, in der Staatskanzlei festgeschrieben worden. »Sie wird von einer Staatssekretärin geleitet, die dem Ministerpräsidenten zugeordnet ist, Kabinettsrang hat und Rederecht im Parlament«, so die klare Formulierung im Beschluss über die Abgrenzung der Geschäftsbereiche vom 6. November 1990. Das war erstaunlich zukunfts- und richtungsweisend und ich halte dies nach wie vor für das tragende Modell aus Sicht der Frauen- und Gleichstellungspolitik. Eigene Haushaltsmittel waren auch vorhanden, noch etwas übersichtlich, aber ein Anfang.

Was war bereits an Strukturen für die Frauen- und Gleichstellungspolitik da, im Land, den Regierungspräsidien, in den Kommunen? Worauf konnte man aufbauen? Welche Themen galt es anzugehen?

Durch die Kommunalverfassung der Volkskammer waren bereits kommunale Gleichstellungsbeauftragte hauptamtlich tätig. Eine zukunftsweisende Entscheidung, die für Deutschland erhalten bleiben muss. Die Übertragung weiterer Aufgaben für die kommunalen Gleichstellungsbeauftragten halte ich für unerträglich, da nach 30 Jahren das Defizit bei der Gleichstellung nach wie vor zu greifen ist.

Eine solch starke Stimme der Gleichstellungspolitik würde man sich heute, da wir meinen, so viel weiter zu sein als vor dreißig Jahren, in man-

chen Regierungen und Parlamenten (Bundes- und Länderebene) wünschen. Schwerpunkte waren und sind die Arbeitslosigkeit von Frauen, Existenzgründungen durch Frauen, Lohnunterschiede, die Gewalt gegen Frauen, Maßnahmen zur Verwirklichung der Gleichberechtigung und zudem, die Zusammenarbeit mit Frauenorganisationen und -gruppen zu initiieren mit Gewerkschaften, Arbeitgebern, Berufsverbänden sowie anderen gesellschaftlichen Kräften, die im Bereich der Frauen- und Gleichstellungspolitik tätig sind.

Unser wichtigstes Vorhaben auf diesem Gebiet war das Gesetz zur beruflichen Förderung von Frauen im öffentlichen Dienst des Landes Sachsen-Anhalt, das nach umfänglichen Anhörungen und Beratungen innerhalb der Landesregierung Ende Juni 1992 im Kabinett bestätigt und dem Landtag zur parlamentarischen Beratung am 6. Juli 1992 übersandt wurde. Ein Meilenstein für das junge Bundesland Sachsen-Anhalt, denn mit dem Gesetzesentwurf wurde das Ziel verfolgt, den in Art. 3 Abs. 2 Grundgesetz verfassungsrechtlich vorgegebenen Grundsatz der Gleichberechtigung von Frauen und Männern im Bereich des öffentlichen Dienstes zu konkretisieren und tatsächlich umzusetzen. In der sozialen Wirklichkeit und im öffentlichen Dienst besteht für Frauen noch keine Chancengleichheit. Insbesondere sind Defizite in der Vereinbarkeit von Familie und Beruf festzustellen.

Der gesellschaftliche Wandel in den neuen Bundesländern offenbarte besonders deutlich die Benachteiligung der Frauen im Arbeitsalltag. Durch gezielte Förderung war dem entgegenzuwirken, beispielsweise durch die Erhöhung des Frauenanteils bei der Einstellung und beim beruflichen Aufstieg. Zur Erreichung dieses Zieles wurden in den obersten Landesbehörden mit mehr als 300 Beschäftigten verpflichtend hauptamtliche Gleichstellungsbeauftragte mit starken Aufgaben und Rechten eingesetzt sowie Frauenförderpläne in den jeweiligen Geschäftsbereichen per Gesetz festgelegt.

Die parlamentarische Beratung mit Anhörung führte zu einigen wenigen Änderungen, und schließlich wurde das Frauenfördergesetz (FrFg) am 7. Dezember 1993 im Gesetz- und Verordnungsblatt des Landes Sachsen-Anhalt (GVBl. LSA S. 734) veröffentlicht und trat somit in Kraft. Unser Gesetz knüpfte an den Beschluss der Landesregierung zur Koordinierung der Frauenpolitik vom 18. Dezember 1990 an und schrieb ihn in Richtung einer gezielten Frauenförderung in den Bereichen ihrer beruflichen Tätigkeit fort.

Sachsen-Anhalt mit seiner CDU/FDP-Regierung hatte in verhältnismäßig kurzer Zeit ein wegweisendes Gesetz zur Frauenförderung beschlossen – übrigens das erste Frauenförderungsgesetz in den neuen Bundesländern! Ein großer Erfolg!

## Die beispiellose »Kraft der Anfangsjahre«

Bei diesen kurzen Schilderungen mag sich wohl manche und mancher verwundert die Augen reiben, dass eine solch fortschrittliche Frauenpolitik von einer CDU-geführten Landesregierung mit Unterstützung der Volkshammer auf den Weg gebracht wurde und damit manche Vorurteile gegen die »konservative Partei« CDU infrage zu stellen sind. Allerdings wurde diese Kraft der Anfangsjahre nie wieder erreicht. Das mag vielleicht auch an einem feministischen Übereifer liegen, der in späteren Jahren Raum griff und im Ergebnis der Frauenpolitik eher schadete als nützte. Vor allem waren es aber wohl dieses besondere Momentum des Umbruchs, in dem es möglich war, Neues zu wagen, keine verfestigten Strukturen entgegenstanden, und die Bereitschaft, auch kühne Ideen Wirklichkeit werden zu lassen, die weit ausgeprägter war als heute.

Frauen im geeinten Deutschland haben in der Zeit von 1990 bis jetzt viel erlebt, viel verändert und sich einander angenähert. Für die neuen Bundesländer war die Welle der Veränderungen groß und mächtig, nicht selten sogar zog sie den Boden unter den Füßen weg. Junge und ältere Frauen mit und ohne Kinder verließen ihre Heimat, drehten Sachsen-Anhalt den Rücken. Die beschriebene Situation der so heftig sich verändernden Bedingungen war folgerichtig mit privaten, eigenverantwortlichen Entscheidungen der Familien verbunden. Ein Teil ging, der größte Teil ist geblieben, engagierte sich, kämpfte, hoffte und hatte Ideen.

Gleichstellungspolitik war für mich und auch in der CDU immer eine Querschnittsaufgabe, die in allen Politikfeldern Berücksichtigung finden muss. Maßstab ist unser Grundgesetz mit dem Grundrecht aus Artikel 3 Abs. 2: »Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.«

Beleuchten wir dieses Grundrecht, das nicht verletzt werden darf, aus heutiger Sicht:

Der Satz 2 des Artikels 3 Abs. 2 wurde in einer großen frauenpolitischen, fraktionsübergreifenden Gemeinschaftsaktion erst 1994 errungen und dies auf der Grundlage des Einigungsvertrages vom 31. August 1990. Dort heißt es im Art. 31: »Es ist Aufgabe des gesamtdeutschen Gesetzgebers, die Gesetzgebung zur Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen weiterzuentwickeln.«

Mit Wäschekörben voller Karten wurde der Deutsche Bundestag aufgefordert, diese Forderung des Einigungsvertrages tatsächlich umzusetzen, und die breite politische Aktion brachte schließlich den Erfolg.

Unterstützend demonstrierten am 5. März 1990 rund 15 000 Frauen in Bonn unter dem Motto »Frauen bewegen das Land« für gleichberechtigte Beteiligung von Frauen in allen gesellschaftlichen Bereichen. Auf der Bühne zeigte sich damals ein parteiübergreifendes Bündnis unter anderem mit Angela Merkel (CDU), Hildegard Hamm-Brücher (FDP), Ursula Engelen-Kefer (DGB), Heidemarie Wieczorek-Zeul (SPD) und Rita Süßmuth (CDU).

Und nun? Nun haben wir die Ergänzung des Grundgesetzes seit mehr als 25 Jahren und sind leider nur im Schneckentempo vorangekommen. Immer noch ist die Gewalt gegen Frauen und Kinder ein dringliches Problem, die Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern sind weiter gravierend. Die strukturelle, institutionelle Gleichstellungspolitik ist irgendwo angesiedelt, wenig sichtbar, mit wenig Befugnissen ausgestattet. Gleichberechtigte Teilhabe im Arbeitsprozess mit Frauen in Führungspositionen? Suchen Sie sie selbst! Und der Frauenanteil von Abgeordneten in den Parlamenten ist leider noch immer unausgewogen und nahm nach den letzten Wahlen häufig sogar ab. Wir brauchen in Deutschland und Sachsen-Anhalt mehr Frauen in den Parlamenten und somit Parität – Parité. Ein Gesetz muss her, also ein Parité-Gesetz, das nur Parteien mit quotierten Listen an Wahlen teilnehmen lässt.

Gemeinsam haben wir noch viel zu tun in Sachen Frauen und Gleichstellung – lassen wir es nicht noch länger liegen, packen wir es an!

*Erschienen auf DA Online am 24.9.2020.*

*Insgesamt 36 ehemalige Abgeordnete der letzten Volkskammer der DDR beteiligten sich 2020 an der Reihe »Ungehaltene Reden« des Deutschland Archivs. Die übrigen Texte finden Sie unter: [www.bpb.de/315901](http://www.bpb.de/315901). Es sind Meinungsbeiträge der jeweiligen Autorinnen und Autoren, sie stellen keine Meinungsäußerung der Bundeszentrale für politische Bildung dar.*

## Anmerkungen

- 1 Der französische Künstler Christian Boltanski berücksichtigte in seiner Installation im Bundestagsfoyer nur jene 144 (von 400) Abgeordneten, die nach dem 3. Oktober 1990 auch dem Bundestag angehörten. Die anderen werden nur online auf einer Liste erwähnt unter [www.bundestag.de/boltanski](http://www.bundestag.de/boltanski).



12. April 1990: Die an der letzten DDR-Regierung beteiligten Parteien unterzeichnen in der Volkskammer in Berlin ihre Koalitionsvereinbarung. V.l.n.r. sitzend die Unterzeichner Rainer Eppelmann, Markus Meckel, Lothar de Maizière, Hans-Wilhelm Ebeling und Prof. Dr. Rainer Ortleb.

Rüdiger Fikentscher

## Die letzte Volkskammer als Schule der Demokratie

Beginnen sollen diese Gedanken mit einigen Bemerkungen zur DDR, danach über die Revolution, die zur Freiheit führte. Anschließend folgen Reflexionen über die Gestaltung unserer Demokratie sowie der Einheit mit der Übernahme des Rechtsstaates.

Das Leben in der DDR spielte sich für die meisten Menschen in begrenzten Räumen ab, auch »Nischen« genannt. Dadurch hatten sie eine beschränkte Sicht, aus der sie auf das Ganze schlossen. Es gab keine Öffentlichkeit, keine Berichte und Diskussionen über die anderen. Das förderte allerdings auch Zusammenhalt und Gemeinschaft, was heute von vielen vermisst wird.

Außerdem waren die Menschen nicht nur unterschiedlich gebildet wie überall, sondern hatten auch mehr oder weniger sogenannte Westkontakte, Verbindungen zur Bundesrepublik, folglich weniger direkte Kenntnisse darüber. Unsere Verbindungen waren sehr gut. Informationen erhielten wir nicht nur über Fernsehen und Radio, sondern auch über Briefe und intensive Gespräche. Nahezu jedes Buch, das uns interessierte, konnten wir beschaffen, teils auf abenteuerlichen Wegen. Wir hatten Wolfgang Leonhards »Die Revolution entlässt ihre Kinder« gelesen und auch das Buch des Jugoslawen Milovan Djilas »Die neue Klasse«. Einige Bücher von Solschenizyn ließ ich in Leinen binden, damit sie häufiger an Freunde und Kollegen verborgt werden konnten. Andere wurden für dergleichen eingesperrt.

Ich behaupte, von der Landung der in Moskau ideologisch geprägten »Gruppe Ulbricht« im Frühjahr 1945 bis zu den Schüssen an der Mauer gibt es eine zwangsläufige Kette. Es wurde ein scheindemokratisches Staatsgebilde aufgebaut, Gegner wurden vernichtet, verjagt oder gleichgeschaltet.

Im Wettbewerb mit der Bundesrepublik konnte man nicht mithalten. Das merkten die Leute und etliche liefen weg. Als die sogenannte Republikflucht überhandnahm, wäre der Staat bald am Ende gewesen. Folglich musste aus Sicht der Herrschenden die Grenze geschlossen und 1961 die Berliner Mauer gebaut werden. Wer eine solche Mauer baut, um Menschen an der Flucht zu hindern, muss sie sichern. Er kann nicht erlauben, dass jemand mit einer Leiter kommt und darübersteigt. Also muss geschossen werden. Das alles war zwangsläufig und dem totalitären System innewohnend.

Der Bevölkerungsverlust hat bis heute weitreichende Folgen, zumal er nach dem Mauerbau nicht beendet war. Bis 1989 verließen weitere 400 000 Menschen die DDR und nach dem Mauerfall über eine weitere Million. Es waren überwiegend Jüngere, wohl auch Gesündere, viele von ihnen waren leistungsbereit und voller Unternehmergeist. Ein solcher Verlust hat tiefgreifende und lang anhaltende Auswirkungen. Die meisten aktuellen Statistiken, in denen sich die Bevölkerung in unserem Land als vergleichsweise weniger leistungsfähig oder leistungsbereit zu erweisen scheint, sind auf diese Ursachen zurückzuführen.

Wir wollten nicht weg. Unsere familiäre Haltung war kurz gesagt so: Wir leben in einem besetzten Land, aber hier ist auch Deutschland. Dazu wäre noch viel zu sagen. Entscheidend war, sich unter diesen Bedingungen einigermaßen anständig zu verhalten. Dazu gehörte, nicht in die SED einzutreten, aber viele andere Organisationen als harmlos anzusehen. Nachteile zu akzeptieren, gehörte auch dazu. Beispielsweise wurde ich zwar

nicht gehindert, wissenschaftlich zu arbeiten, mit 33 Jahren war ich habilitiert. Doch als ich meinen 40. Geburtstag feierte, war ich noch immer Assistenzarzt. Das hat uns nicht aufgeregt, denn andere hatten wirkliche Härten zu ertragen, nicht nur Nachteile. Damals haben wir ebenso wie viele andere gezeigt, dass man auch im falschen System ein richtiges Leben führen kann und nicht nur im richtigen ein falsches.

Nun zur Revolution. Das geht nicht ohne die Betrachtung der Weltlage. Im Sommer 1988 las ich in einer Wiener Zeitung den Satz: »Der Kalte Krieg ist vorbei, und der Russe hat ihn verloren.« Ich freute mich zwar, dachte aber noch nicht an die möglichen Folgen. Später wurde klar, dass eine Weltmacht keinen Krieg verlieren kann und nichts von ihrer Macht verliert. Zu den glücklichen Umständen in dieser Zeit gehörte Michail Gorbatschow, der sich als genialer Konkursverwalter der Sowjetunion erwies.

Zunächst wurde schrittweise klar, dass die Sowjetunion mit ihren schwächer werdenden Händen ihre »Beute« aus dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr dauerhaft festhalten konnte. In dieser Zeit entstanden ganz ähnlich wie in den anderen Ostblockstaaten mehr und mehr Gruppen, die an dem DDR-System etwas ändern wollten. Sie kann man als Revolutionäre bezeichnen. Zugleich boten Kirchen in vielen Gemeinden mit ihren »Friedensgebeten« einen geschützten Raum an, der sich immer mehr füllte.

Anfang September trug ich mich beim neu gegründeten Bürgerbündnis »Neues Forum« ein und merkte, dass vonseiten der Staatsgewalt nichts geschah. In diesen Wochen nahm die Revolution ihren Lauf. Ich unterscheide vier Stufen, die vorwiegend in Leipzig durch markante Rufe gekennzeichnet sind.

1. »Wir wollen raus!«, riefen Ausreisewillige auf der Straße und versteckten sich nicht mehr hinter Formularen und Anträgen. Eine strenge Reaktion der Staatsmacht blieb 1989 jedoch aus.

2. »Wir bleiben hier!«, riefen die Nächsten. Das war eine Drohung. DDR-Bürger und -Bürgerinnen wollten nicht mehr untätig bleiben und alles geschehen lassen, sondern pochten auf Reformen. Nichts, um dies nachhaltig niederzuschlagen, geschah.

3. »Wir sind das Volk!«, war schließlich der DDR-weite Ruf, dem die selbst ernannte Arbeiter-und-Bauern-Macht gar nichts mehr entgegenzusetzen hatte, die gefürchtete Stasi protokollierte nur noch die Parolen. Das war die Revolution. Jede Revolution hat ihr zeitliches und räumliches Zentrum. In unserem Fall war dies am 9. Oktober 1989 der Leipziger Ring.

Die Staatsmacht war vorbereitet, Proteste niederzuschlagen, durfte jedoch nicht eingreifen, weil sie aus Moskau nicht die Erlaubnis bekam und russische Panzer ohnehin nicht rollen würden. Und wenn sie an diesem Tag nicht eingriffen, warum sollten sie das eine Woche später an vielen Orten der DDR gleichzeitig tun? Die Macht war gebrochen.

Es bestätigte sich der Satz, wonach eine Revolution nichts anderes ist, als eine morsche Tür einzutreten. Übrigens kann man über den Namen »Friedliche Revolution« oder »Herbstrevolution«, wie Richard Schröder vorschlug, unterschiedlicher Auffassung sein. Doch die von Egon Krenz geprägte Bezeichnung »Wende« ist falsch. Er wollte keine Revolution, keine grundsätzliche Umwälzung, die zwangsläufig zur Einheit Deutschlands führen musste. Er wollte nur in der DDR einiges ändern, ohne zu sagen, was das konkret sein könnte. Es ist eigentlich ein Jammer, dass dieser Wendebegriff sich so eingebürgert hat, dass man ihn nicht wieder aus der Welt schaffen kann.

4. und letztens erklang im Dezember der Ruf: »Wir sind ein Volk!« Damit war die deutsche Frage wieder offen. Und weil es so war, wie Konrad Adenauer schon in den Fünfzigerjahren prophezeite, »[d]er Schlüssel zur deutschen Einheit liegt in Moskau«, kam es nun auf die Herrschenden in der Sowjetunion an.

In Halle nahm ich an allen Demonstrationen teil, organisierte sie mit und sprach wiederholt bei Kundgebungen. Das war nichts Heldenhaftes, denn Angst brauchte man nicht mehr zu haben. Heute beschreiben das manche anders und es bestätigt sich das deutsche Sprichwort: »Es sind viele mutig, wenn der Feind weg ist.«

Nun zum 9. November und dem »Mauerfall«. Zufall oder nicht, das Datum wurde zum Wichtigsten in den Geschichtsbüchern, weil die Weltöffentlichkeit dieses Ereignis als epochal verstand. Doch klar war damals schon, dass die Mauer nach dem 9. Oktober in Leipzig nicht mehr lange zu halten war.

Und ebenso klar ist, dass sie durch die Ereignisse innerhalb der DDR, also durch die Revolution, geöffnet werden musste und nicht von außen geöffnet worden ist. Insofern liegt das Verdienst bei den Menschen in der DDR. Doch das alles wäre nicht möglich gewesen, wenn die gesamte politische Lage eine andere gewesen wäre oder beispielsweise Breschnew noch einige Jahre am Leben und an der Macht geblieben und nicht durch Andropow, Tschernenko und bald darauf Gorbatschow abgelöst worden wäre.

Außerdem sollte man die Bewegungen in den anderen Ostblockstaaten nicht außer Acht lassen. Die deutschen Revolutionäre waren es jedenfalls

nicht allein, und wer zu Recht Revolutionär genannt werden kann, ist auch nicht klar. Ich war jedenfalls keiner, aber ich kenne einige, die es gewesen sind.

Nun zur Freiheit und Demokratie. Unter Freiheit verstanden die meisten zunächst nur Reisefreiheit. Doch in Wahrheit ist sie unendlich viel mehr, muss gestaltet werden und bedarf der Demokratie. Der Ruf nach freien Wahlen erschallte. Doch Demokratie ist mehr als die Durchführung von freien Wahlen. Es gehören Strukturen im Land dazu. Diese zu schaffen, war die nächste Aufgabe.

Und damit kommen wir zu den politischen Parteien, ohne die die Demokratie nicht bestehen kann. Mir brachte die Mitgliedschaft im Neuen Forum keine Aufgaben. Die wenigen Versammlungen waren interessant, erschienen aber unstrukturiert und ergebnisarm. Als ich später den Satz las: »Ohne Tagesordnung und Geschäftsordnung funktioniert die Demokratie nicht«, wurde mir klar, woran das lag. In Halle gab es an der Georgenkirche sehr bald eine Mahnwache »Gegen Gewalt«. Dort fand man zahlreiche Zettel mit Nachrichten, darunter über die Gründung der »Sozialdemokratischen Partei in der DDR« – SDP. Der Ortsverein Halle wurde am 27. Oktober 1989 gegründet, am 4. November trat ich ein.

Seither habe ich mich nie nach einer Funktion gedrängt, doch auch keine ausgeschlagen, wenn ein ernsthafter anderer Bewerber oder eine Bewerberin nicht da waren. So wurde ich bald Bezirksvorsitzender und war zwölf Jahre lang Landesvorsitzender der SPD Sachsen-Anhalts. Schließlich, um diesen Weg hier abzukürzen, bin ich nicht nur Mitglied des Bundesparteiirates gewesen, sondern elf Jahre lang auch dessen Vorsitzender. Daraus ergab sich das ständige Gastrecht beim SPD-Bundesvorstand. Hinzu kamen die deutschlandweiten Runden aller Landesvorsitzenden und auch die der Fraktionsvorsitzenden. Das bedeutete, dass ich über viele Jahre vom Ortsverein bis zum Bund mit fast allen wichtigen Leuten der SPD bekannt und im Austausch war. Dergleichen bringt einen Informationsstand, der die Arbeit sehr erleichtert.

Nachdem die Kommunisten beziehungsweise die DDR-Machthaber ohne Widerstand verschwunden waren, ist die Grundfrage klar gewesen: Wer soll es denn nun richten? Und die Antwort? Natürlich wir selbst, wer denn sonst. Und somit hatten wir bereits im Januar 1990 drei Aufgabenbereiche: Aufbau der Partei, Mitarbeit an den verschiedenen Runden Tischen und Vorbereitung der Wahlen. Denn es war selbstverständlich, dass wir am 18. März für die Volkskammer kandidierten – wobei wir eine herbe Enttäuschung erlebten. Auch das musste gelernt werden, ebenso wie der Umgang damit, dass auch in unseren Reihen immer wieder Perso-

nen auftauchen, die als Stasimitarbeiter entlarvt worden sind. Das war gar nicht anders möglich, denn ohne die gegenseitige Gewährung eines Vertrauensvorschusses hätten wir nie zusammengefunden.

Meine Voraussetzungen für die politische Arbeit waren denkbar gut. Ich hatte hinreichende politische Bildung und eine günstige familiäre Ausgangssituation. Unsere Kinder waren fast erwachsen und meine Frau politisch ebenso engagiert wie ich. Außerdem stimmten unsere politischen Überzeugungen überein.

Einen großen Vorteil erkannte ich nach und nach durch meinen vorherigen Beruf. Arzt und Politiker haben viele Gemeinsamkeiten. Der Unterschied ist nicht so groß, wie man allgemein glauben mag. Beide haben direkt mit Menschen zu tun und sind sich der Grenzen ihrer Möglichkeiten bewusst. Ärzte hoffen nicht darauf, den Menschen alle Krankheiten und Leiden nehmen oder gar den Tod abschaffen zu können. Und der Politiker weiß genau, dass auch er nur in geringem Maße helfen und schon gar nicht alle Menschen glücklich machen kann. Zum Arzt kommen sie, wenn sie krank sind und leiden. Sie schildern ihm ihre Beschwerden, aber kommen nicht regelmäßig vorbei, um zu sagen, wie glücklich und gesund sie sind. Zum Politiker kommen die Menschen, wenn sie vermeintliche oder tatsächliche Gründe zur Klage haben und jemanden brauchen, der ihnen hilft.

In beiden Fällen gibt es sowohl die Möglichkeit zur unmittelbaren Hilfe als auch das Bemühen, künftige Krankheiten und Leiden zu verhindern. Ärzte müssen auch bereit sein, ein und denselben Sachverhalt immer wieder und wieder neuen Patienten zu erklären, ohne gelangweilt zu wirken. Der Politiker erläutert immer wieder seine Ziele, Vorstellungen und Vorschläge. Hierzu hilft ein kaukasisches Sprichwort: »Wiederholung schadet keinem Gebet.« Bei Erfolglosigkeit entwickelt sich Unmut aufgrund der enttäuschten Hoffnungen sowohl gegenüber dem Arzt als auch gegenüber dem Politiker. Der eine riskiert, nicht mehr aufgesucht zu werden, der andere gefährdet seine Wiederwahl. Einen wesentlichen Unterschied zwischen beiden Tätigkeiten gibt es aber doch, nämlich: Der Politiker steht in der Öffentlichkeit, der Arzt eher weniger.

Das alles galt es damals rasch zu verstehen und zu lernen, damit aus Laien Fachleute wurden, die sich bemühten, die allgemeinen öffentlichen Angelegenheiten zu regeln. Bereits in der Volkskammer haben wir viel gelernt und viel entschieden. Ein Meister der Geschäftsordnung und der Verhandlungen im parlamentarischen Raum war unser späterer Ministerpräsident Reinhard Höppner. Er brachte seine Erfahrungen aus der evangelischen Synode ein, deren Präses er bis dahin war. Auch insofern war

die Volkskammer eine Schule der Demokratie. Doch wir sind nicht zum Unterricht hingegangen, sondern mussten grundlegende Entscheidungen treffen. Das waren der Aufbau demokratischer Strukturen, Eingliederung des Militärs und anderer staatlicher Machteinrichtungen, Festlegung der Kommunalwahlen, Währungsunion, Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze und anderes mehr. Schließlich wurde in jener Nachtsitzung zum 23. August morgens 3 Uhr unter Leitung von Reinhard Höppner der Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland beschlossen. Nur die Volkskammer durfte das, niemand sonst.

Nun zur Einheit Deutschlands. Sie wurde am 3. Oktober 1990 formal und juristisch vollzogen. Ich stand zusammen mit meiner Frau in jener Nacht auf den Stufen des Reichstags und war dabei, als die »Fahne der deutschen Einheit« aufgezogen wurde. Noch immer, wenn ich sie dort sehe, denke ich an diese bewegende Stunde.

Doch dem Symbol folgten viele Fragen der Umgestaltung und Neugestaltung, die für uns neue Aufgaben enthielten. Dabei war Hilfe aus der alten Bundesrepublik höchst willkommen. Um politisch zu entscheiden, waren wir sehr bald sicher genug. Doch die gesamte Verwaltung musste umgebaut und neu geordnet, auch vielfach neu besetzt werden. Dazu brauchten wir zusätzliche Fachleute. Ich persönlich hatte nie mit ihnen Schwierigkeiten. Offenbar haben sie meinen Standpunkt auch unausgesprochen akzeptiert. Er war ganz einfach: Wir sind gemeinsam in den Krieg gezogen, haben Schlimmes angerichtet, haben zu Recht verloren und unser Land ist geteilt worden. Ihr hattet es leichter im Leben und beim Wiederaufbau. Nun lasst uns gemeinsam auch den Teil unseres Vaterlandes wiederaufbauen, der so viel mehr und so viel länger gelitten hat. Das ist eure Aufgabe genauso wie die unsere. Wir haben mehr Feldkenntnisse, ihr mehr Fachkenntnisse. Wir stehen auf Augenhöhe. Ich persönlich habe auch nie die Begriffe »Ossi« und »Wessi« verwendet. Sie erscheinen mir als Etikett für Menschen ungeeignet. Die sogenannten Westhilfen hielt und halte ich für selbstverständlich. Leider ist das nicht überall so gewesen und von allen so gesehen worden. Doch auf die vielen Schwierigkeiten und Missverständnisse einschließlich menschlicher Unzulänglichkeiten, die Treuhanderfahrungen und den Hochschulumbau und so vieles andere kann ich hier nicht eingehen. Aber ich weiß: Man kann jeden Fehler vermeiden, aber niemals alle Fehler.

Zur Treuhand nur noch eine Bemerkung. Es heißt immer wieder, da seien Leute aus dem Westen gekommen, die unsere Betriebe plattgemacht haben. Doch die Wirklichkeit sah doch auch so aus, dass niemand mehr einen »Trabant« oder »Wartburg« fahren wollte. Endlich einen Westwagen zu steuern, darauf kam es jetzt den meisten an. Auch wollte kaum noch

jemand Weißenfesler Schuhe tragen oder hallesches »Meisterbräu« trinken. Und jedermann und jedefrau wissen, dass sich diese Reihe beliebig fortsetzen ließe.

Mit der Einheit war auch der Rechtsstaat gekommen. Diesen in einer länger bestehenden DDR aufzubauen, hätte viele Jahre gedauert. Deswegen war es aus meiner Sicht gut, ihn zu übernehmen. Nicht gut dagegen war die Haltung jener, die sich einen künftigen Idealstaat vorgestellt hatten, in dem alle Fehler und Unzulänglichkeiten anderer Staaten vermieden werden sollten. Dieser Idealismus musste in die Irre laufen. Er gipfelte in dem Wort: »Wir wollten Gerechtigkeit und bekamen den Rechtsstaat.« Das war üble Demagogie und Verunglimpfung. Dieser Standpunkt ist genauso töricht, wie wenn jemand sagte: »Wir wollten Gesundheit und bekamen das Gesundheitswesen.« Beides, Gerechtigkeit und Gesundheit, sind abstrakte Begriffe, Idealvorstellungen, denen man sich nur annähern kann, sie aber nie erreichen wird. Für diese Annäherung braucht man das Gesundheitswesen und eben den Rechtsstaat.

Eine andere naheliegende Frage tauchte in diesen Monaten immer wieder auf, nämlich: Wie lange wird das alles dauern? Hier scheint mir, dass wir hinsichtlich der Reihenfolge fast alles richtig vorausgesehen, uns nur in der Zeitschiene grandios geirrt haben. Wer zu Weihnachten 1989 vorhergesagt hätte, dass wir ein Jahr später in einem geeinten Deutschland mit einem frisch gewählten gemeinsamen Bundestag feiern würden, wäre nicht ernst genommen worden. Und wer nach der Vereinigung vermutet hätte, dass wir drei Jahrzehnte später noch immer über Ost-West-Unterschiede sprechen und den Solibeitrag zahlen, wären als notorischer Pessimist bezeichnet worden. Beides ist eingetreten und noch vieles mehr. Darüber gilt es immer noch zu sprechen, heute und noch eine Weile länger.

*Erschienen auf DA Online am 16.4.2020.*



Erinnerung an den Mauerfall, East Side Gallery. Das Bildmotiv des Berliner Künstlers Kani Alavi aus dem Jahr 1990 heißt: »Es geschah im November«.

Dietmar Keller

## Geht alle Macht vom Volke aus?

Vor 30 Jahren war ich als Minister für Kultur im Kabinett von Hans Modrow Initiator und Gastgeber einer öffentlichen Veranstaltungsreihe »Nachdenken über Deutschland« im Apollo-Saal der Deutschen Staatsoper. Zu meinen Gästen zählten damals unter anderen Günter Grass, Rolf Hochhuth, Henry Marx, Carl Friedrich von Weizsäcker, Peter Härtling, Gottfried Forck, Otto Schily, Kurt Biedenkopf, Egon Bahr, Hans Mayer, Walter Jens, Rita Süßmuth und Lew Kopelew. Über alles ist schon damals gesprochen und geschrieben worden, kein Abschnitt der deutschen Geschichte hat so viel über sich zur Kenntnis nehmen müssen wie die Vor-, die Wende- und die Nachwendezeit in der DDR. Eine »Aufarbeitungsindustrie« ist entstanden und hat deutliche Spuren hinterlassen.

Aber warum gibt es eigentlich kaum eine ernst zu nehmende umfassende Publikation über die letzte Volkskammer der DDR, muss man zu

viel Wahrheit umschiffen, passt sie nicht ins Bild der Bundesrepublik oder schädigt man damit vielleicht den vorherrschenden Zeitgeist? Alles ist möglich oder auch nicht.

Trotzdem bleibt: Die letzte Volkskammer der DDR und ihre Vorgängerin nach der Wende sind das aufregendste und bedeutungsvollste Ereignis der parlamentarischen deutschen Zeitgeschichte. Ihr Vorfeld: Bekenntnisse in den Kirchen, Demonstrationen auf den Straßen, eine Übergangsregierung unter Modrow mit fünf BürgerrechtlerInnen, ein »Runder Tisch« mit traumhaften Diskussionen und fairem Streit, freie demokratische Wahlen, ein friedlicher Weg zur Übergaberegierung unter Lothar de Maizière (CDU) als Fünfparteienkoalition.

In der Kammer und im Volk Debattenkultur und Debattenunkultur. Ernsthafte PolitikerInnen in allen Parteien und verrückte Hinterbänkler, Nachtsitzungen ohne Ende und nicht eingeladene bundesdeutsche Prominenz auf der Ehrentribüne. Es gab nicht fraktionsgebundene Abstimmungen und mitunter ein hilfloses Volkskammerpräsidium.

Wir alle lernten Demut, Diskussions- und Streitfähigkeit und vor allem Toleranz. Was will man mehr. »Am Anfang war das Wort«, so steht es in der Bibel. Dieser Satz dauerte fort durch alle Zeiten. Mit dem Wort, der Sprache, entwickelte sich der Geist, erwuchs Bewusstsein. »Vom Wunder des menschlichen Wortes« hat der damalige tschechische Bürgerrechtler und spätere Staatspräsident Vaclav Havel im Oktober 1989 in der Frankfurter Paulskirche gesprochen.

## Eine »kopfgesteuerte Demokratie«

Dem gesprochenen Wort, das in der Regel flüchtig ist, folgen das geschriebene, das gedruckte und das gesendete in den Medien. Und die alle kennen keine Grenzen. Schon Goethe wusste: »Mit Worten lässt sich trefflich streiten, mit Worten ein System bereiten.« In unserer Zeit hat der Soziologe Helmut Schelsky »die Beherrschung durch Sprache [...] die vorläufig letzte Form der Versklavung von Menschen« genannt. Und gesprochen, geschrieben, beschlossen und gesendet wurde in der Volkskammer unendlich viel. Vieles ist vergessen, verflüchtigt und bedeutungslos, aber vieles auch bedeutungsvoll. Die Geschichte und die nachfolgenden Generationen werden unsere Richter sein. Und sie werden gerechter sein als wir.

Und nun zur Sache: 1. Unsere Demokratie ist kopfgesteuert. 2. Unsere Sozialpolitik ist amputiert. 3. Unsere Außenpolitik hat eine Schiefelage.

Erstens: Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Nein, diese Feststellung ist

nicht von Marx, sondern Originalton Grundgesetz der BRD (Artikel 20, Absatz 2). Nur kaum einer weiß das. Warum auch. Warum soll man träumen, wenn es im täglichen Leben um Altersarmut, Reformstau, Reformblockade, Analphabetentum, Wahlverweigerung, Extremismus, fehlende Visionen und Überlebensprobleme geht?

Bundeskanzler Willy Brandt (SPD) formulierte in seiner Regierungserklärung 1969: »Wir wollen mehr Demokratie wagen.« Kaum einer zitiert weiter: »Wir werden darauf hinwirken, dass [...] jeder Bürger die Möglichkeit erhält, an der Reform von Staat und Gesellschaft mitzuwirken.« Die Grundidee war die der Bürgergesellschaft. Um vorschnellen Einwänden vorzubeugen: Auch ich kenne keine überzeugende Alternative zu politischen Parteien in demokratischen Massengesellschaften. Wir brauchen sie, und dass sie starken politischen Einfluss haben, ist selbstverständlich.

Aber im Grundgesetz steht auch der Kernsatz: »Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit.« In Wirklichkeit aber haben sich die Parteien zum 6. Verfassungsorgan entwickelt. Die Väter und Mütter des Grundgesetzes konnten nicht die Oligarchisierung und Abschottung der Parteien voraussehen. Die Personalauswahl geschieht oft in engsten Kreisen. Der parlamentarische Kampf ist zum Kampf von Fraktionsapparaten geworden und kein Ringen von Individuen um Konsens und Kompromiss.

Das Problem ist die Ausweglosigkeit der Willensbildung des Volkes jenseits von Wahlterminen. Die Antwort auf diese Parteienkrise ist deshalb nicht in einer Parteienreform zu suchen, sondern in einer anderen, in einer neuen Politik. Das im Prinzip unersetzbare repräsentative Prinzip der Demokratie muss durch mehr plebiszitäre Elemente aufgelockert werden. Bleibt alles, wie es ist, werden die Parteien von Jahr zu Jahr mehr überfordert und schließlich von populistischem Protest unterspült. Die Parteien können ihre Macht nur bewahren, wenn sie Macht abgeben. Es geht dabei vor allem um die Rücknahme des Ausschließlichkeitsanspruchs und der Allzuständigkeitspraxis durch die Parteien.

Es geht darum, dass die Parteien den Anspruch aufgeben, über ein Monopol in der politischen Willensbildung zu verfügen. Es geht um die Beförderung neuer Formen der politischen Partizipation. Eine Schicht von Gleichgültigkeit hat sich wie Mehltau über unser Land gelegt. Wird diese schlimmer, wird die Luft zum Atmen schwerer.

## »Welchen Kapitalismus wollen wir?«

Zweitens: In keinem Land der Eurozone ist der Reichtum so ungleich, oder besser, ungerecht verteilt wie in Deutschland. Um es deutlicher zu sagen: Gewinne werden in unserem Land privatisiert, Verluste sozialisiert. Bertolt Brecht hat das schon vor mehr als einem halben Jahrhundert auf einen Nenner gebracht: »Reicher Mann und armer Mann standen da und sah'n sich an. Und der arme sagte bleich: Wär' ich nicht arm, wärest Du nicht reich.« Unternehmen werden in Krisensituationen mit Steuermitteln saniert, trotzdem werden riesige Dividenden an Aktionäre und Gewinnzuwächse an die Konzernbosse ausgeschüttet und zugleich wird staatliche Hilfe für Kurzarbeit beantragt. Müssen wir uns nicht schämen, sind wir ein Entwicklungsland?

Die zwei entgegengesetzten säkularen Glaubenslehren erblicken in der Wirtschaft den Weg zur Erlösung. Der Kommunismus ist mit seiner Vergesellschaftung der Produktionsmittel gescheitert. Der Kapitalismus hat den Marktradikalismus zur Blüte getrieben. Was immer zur gesellschaftlichen Infrastruktur gehört, wird als Geschäft betrieben. Dazu zählt auch als Humankapital der »Rohstoff Mensch«.

Was ist das für ein Gefühl, ein Leben lang gearbeitet zu haben und von der Rente nicht leben zu können? Was ist das für ein Gefühl, einen Monat lang ordentlich gearbeitet zu haben, um einen Lohn zu erhalten, der ein ordentliches Leben nicht ermöglicht? Es ist ein Gefühl der Entwürdigung, oder besser, es ist Entwürdigung. Der Markt erniedrigt den Menschen zur Ware, zum Objekt, vor allem diejenigen, die sich dagegen nicht zur Wehr setzen können: Kinder, Jugendliche, sozial Schwache, Obdachlose, Menschen im Alter. Das hat Altbundeskanzler Ludwig Erhard (CDU), Schüler und Freund von Franz Oppenheimer, einem Begründer und Verfechter des liberalen Sozialismus, mit seinem Bekenntnis zur freien und sozialen Marktwirtschaft nicht gewollt. Wir stehen vor der Grundsatzfrage: Welchen Kapitalismus wollen wir? Den mit einem menschlichen Antlitz oder den mit Fratze?

## »Eine Aufforderung zur politischen Mitte«

Drittens: Wir brauchen eine unserer Geschichte geschuldete Außenpolitik. Ich bin antifaschistisch erzogen und mit Picassos Friedenstaube erwachsen geworden. Diese Haltung hat mich in der DDR geprägt, nicht weil sie durch den Staat verordnet war, sondern trotz mitunter peinlicher Staats-

verordnung. Deutschland als der große Verlierer des heißen Krieges ist – welch Karikatur der Geschichte – der große Gewinner des Kalten Krieges. Es hat seine Einheit wiedererlangt, seine alten Feinde verloren und die volle Souveränität erreicht. Das verleitet offensichtlich zum Leichtsinn.

Fragt man nach dem Kern deutscher Außenpolitik, hört man meistens: politische Sicherung des Exportes, Gewinnung neuer Bodenschätze und Absatzmärkte, Vorherrschaft in der Globalisierung. Kaum hört man: Wasser, Luft, Erde, Klima und Umwelt, Kampf gegen militärische Auseinandersetzungen und Sicherung des Friedens.

Nach dem Zusammenbruch des sowjetischen Imperiums liegt Deutschland nicht mehr am Rand der westlichen und der östlichen Welt, sondern mitten in Europa. Diese gewonnene geografische Mitte ist auch als Aufforderung zur politischen Mitte zu verstehen. Auch für Deutschland muss gelten, dass das Credo jeder Außenpolitik Bescheidenheit, Nichteinmischung, Glaubwürdigkeit, Verlässlichkeit und Beharrlichkeit ist. Wir sind Teil des Ganzen und nicht das Ganze selbst. Auch wenn manche davon träumen. Das betrifft auch ein ausgewogenes Verhältnis zu den USA und die Normalisierung unserer Beziehungen zu Russland und China.

Wir dürfen Deutschlands moralische Verantwortungslast für Europa und die Welt nicht vergessen. Wer daran zweifelt, sollte sich an die Tausenden Soldatenfriedhöfe zwischen Moskau und Sizilien erinnern. Ich kann die Augen nicht davor verschließen, dass die Militarisierung unserer Gesellschaft schon nicht mehr eine abstrakte Gefahr, sondern bereits bittere Realität ist, dabei gab es das in der DDR schon zum Überduss: in Kindergärten mit Kriegsspielzeug, an Universitäten Forschungen für das Militär, Schulen bieten »Jugendoffizieren« Propagandaplattformen, Arbeitsagenturen fungieren mitunter als verlängerter Arm von Armeewerbern, Bundeswehrmusiker konzertieren in der Frauenkirche und manche Politiker träumen von mehr Verantwortung mit dem nebulös verbrämten Wort eines atomaren Mitspracherechtes. Der Rüstungsexport in alle Welt steigt jährlich. Angehörige der Bundeswehr und ihre Grabstellen sind an allen Krisenpunkten der Welt zu finden.

Und bitte glauben Sie mir: Bei einem »Weiter so« ist unser Land auf Kante genäht. Der Macht der großen Banken und Konzerne muss eine Politik gegenübergestellt werden, die die Interessen der Menschen konsequent über die Profitinteressen stellt. Quo vadis Deutschland 2020 ff.?

*Erschienen auf DA Online am 22.5.2020.*



Tausende Menschen demonstrieren in der belarussischen Hauptstadt Minsk auf dem Platz der Unabhängigkeit und fordern den Rücktritt von Präsident Lukaschenko.

Wolfgang Templin

## Auf dem Weg zu einem freien Belarus?

Die Republik Belarus mit ihrer Hauptstadt Minsk ist wieder in den Fokus der internationalen Öffentlichkeit gerückt. Lange Zeit gab es diese Aufmerksamkeit für Belarus und die politischen Zustände dort nicht

Die anhaltenden Proteste in Minsk und anderen Städten des Landes lassen bei den Beteiligten an der Friedlichen Herbstrevolution vor 31 Jahren in der DDR Erinnerungen wach werden. Damals gelang es, das Unrechtssystem der SED zu überwinden, die DDR-Geheimpolizei »Staatssicherheit« zu entmachten und die Mauer zum Einsturz zu bringen.

Ein Katalysator der Friedlichen Revolution in der DDR war im Mai 1989 die Aufdeckung massiver Fälschungen der Kommunalwahlergebnisse, was der Opposition weiteren Auftrieb verlieh. »Die Schmerzgrenze war für uns erreicht«, schrieben Anfang September 2020 einstige Bürgerrechtlerinnen und Bürgerrechtler aus der DDR in einem offenen Brief

an die Demonstrierenden in Minsk und erinnerten in ihrer »öffentlichen Grußadresse« daran, dass auch ihnen 1989 »Ohnmachtserfahrungen nicht fremd« gewesen seien.<sup>1</sup>

Wahlfälschungen zugunsten des Diktators Aljaksandr Lukaschenka<sup>2</sup> wurden Anfang August 2020 auch in Belarus zum Anlass immer stärkerer friedlicher Massenproteste.<sup>3</sup> An deren Spitze stehen selbstbewusste Frauen, denen Lukaschenka im Wahlkampf die Fähigkeit zur Politik abgesprochen hatte.<sup>4</sup>

Der jetzt 66-Jährige regiert Belarus seit 1994 und wird oft in den Medien als »letzter Diktator Europas«<sup>5</sup> bezeichnet, der nicht bereit ist, sein Amt aufzugeben. Der Vorwurf, durch manipulierte Wahlen an der Macht geblieben zu sein, begleitet ihn schon länger.

Ein Blick in die fernere und nähere Vergangenheit des Landes kann helfen, den Hintergrund der Proteste, den Charakter des belarusischen<sup>6</sup> Machtapparates und die Ziele der Protestierenden besser zu verstehen.

## Zur Geschichte von Belarus

Die Territorien der heutigen Republik Belarus sind Teil eines geografischen und historischen Raumes zwischen der Nordgrenze des Schwarzen Meeres, dem Oberlauf der Wolga, den Karpaten im Westen und den östlichen Steppengebieten. Ein Raum, der im frühen Mittelalter von einer Reihe ostslawischer Stämme besiedelt wurde, zwischen denen es enge ethnische, sprachliche und kulturelle Verbindungen gab. Verbunden mit dem Einfluss baltischer und gotisch-skandinavischer Stämme und Kulturen, bildeten sich im Zuge der um die erste Jahrtausendwende von Byzanz ausgehenden Christianisierung Herrschaftsgebiete von Stammesführern, die sich zu Fürsten und Großfürsten erklärten. Sie gaben sich den Sammelnamen *Rus* und hatten ihr bedeutendstes Zentrum im Großfürstentum der *Kiewer Rus*. Aus der Bevölkerung dieser Herrschaftsgebiete gingen die späteren Russen, Ukrainer und Belarusen hervor. Rund ein Dutzend Fürsten rang um die Vorherrschaft in den verschiedenen Territorien. Sie sahen sich im Nordwesten mit den damals noch heidnischen Litauern und im Westen mit dem römisch-katholischen Königreich Polen konfrontiert. Die Litauer gingen aus einer Verschmelzung verschiedener baltischer Stämme hervor, in Polen bildete sich die stärkste westslawische Volksgruppe heraus.

Zugleich waren die Territorien der Rus eine Drehscheibe europäischer Wanderungsbewegungen und Handelsbeziehungen. Das Netz von Flüs-

sen, welches sie durchzog, verband die Ostsee mit dem Schwarzen Meer.

Die größte Gefahr für die Fürstentümer der Rus kam aus dem Osten. Um die Mitte des 13. Jahrhunderts wurde der größte Teil von ihnen von gewaltigen Invasionen mongolischer Reiterheere überrannt. Nicht die dauerhafte Besetzung der eroberten Territorien war das Ziel der Mongolen, sondern ein Unterordnungs- und Tributsystem, das die Kooperation einheimischer Eliten einschloss. Rund zwei Jahrhunderte vergingen, bis es gelang, die mongolische Herrschaft abzuschütteln und deren Heere an den Süd- und Ostrand der Rus zurückzudrängen.

Hier lag der tiefste Grund für die dauerhafte Verbindung der westlichen und mittleren Teile der Rus-Territorien mit ihren westlichen und nordwestlichen Nachbarn. Das Polnische Königreich und das Großfürstentum Litauen boten sich ihren zutiefst geschwächten östlichen Nachbarn als Schutzmächte an. Zahlreiche Verträge und eine dynastische Verbindung bereiteten den endgültigen Zusammenschluss beider Reiche vor, der in der Union von Lublin förmlich vollzogen wurde. In der gemeinsamen Adelsrepublik, zu deren litauischem Teil die ostslawischen Rus-Territorien zählten, gab es föderalistische und parlamentarische Momente und Ansätze zu einer Gewaltenteilung, die den östlichen, der byzantinisch-orthodoxen Tradition folgenden Gebieten völlig unbekannt blieb. Die prägende politische Schicht in beiden Teilen der Adelsrepublik war der niedere Adel, der bis zu zehn Prozent der Bevölkerung ausmachte und über seine Rechte und Freiheiten wachte. Für die gesamte Union galt eine Toleranz, welche religiöse, sprachliche und kulturelle Vielfalt einschloss.

## Im Zarenreich

Zur gleichen Zeit entwickelte sich im äußersten Norden der Rus das Großfürstentum Moskau unter Ausschaltung und Inbesitznahme konkurrierender Fürstentümer. Mit Iwan dem Großen bestieg in Moskau ein Herrscher den Thron, der sich in byzantinischer Tradition zum wahren Hüter des Christentums, zum Gottkaiser, zum allmächtigen Zaren, zur Verkörperung weltlicher und geistiger Macht in einer Person erklärte. Die Insignien der byzantinischen Macht wie der doppelköpfige Adler bildeten hier nur die äußere Kulisse. Entscheidend war der imperiale Anspruch auf Sammlung der heiligen russischen Erde, ein Machtanspruch, der sich auf alle näheren und fernen Nachbarn erstreckte.

Unter der Zarin Katharina II. stieg Russland in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts zu einer der entscheidenden europäischen Großmächte

auf. Katharina, die aus einem deutschen Fürstengeschlecht stammte, war mit den Gedanken der Aufklärung vertraut, verwarf sie jedoch für Russland. Dieses Land bedurfte für sie der Orthodoxie und musste mit eiserner Hand regiert werden. Vor allem galt es die Sammlung der russischen Erde voranzutreiben. Dem Expansionsdrang Russlands standen im 17. und 18. Jahrhundert Schweden, das Osmanische Reich und die polnisch-litauische Adelsrepublik entgegen. Schweden schied im frühen 18. Jahrhundert aus dem Konzert der europäischen Großmächte aus. Dem osmanischen Reich bereitete Russland eine Niederlage nach der anderen und drang an seiner südlichen Flanke bis an das Nordufer des Schwarzen Meeres vor. Jetzt standen die Teilungen Polens an.

Russland gelang es im Bündnis mit Preußen und Österreich, Polen für fast anderthalb Jahrhunderte von der Landkarte Europas zu tilgen. In Polen standen Reformkräfte des Adels prorussischen Gegenkräften gegenüber, die den inneren Zerfall beschleunigten, Spannungen schürten und die drei Großmächte um Schutz anriefen.

Russland sicherte sich den größten Teil der territorialen Beute und ließ den zentralpolnischen Gebieten zunächst eine Scheinautonomie. Die östlichen, litauischen Teile der Adelsrepublik wurden als widerrechtlich geraubte Gebiete angesehen und als heilige russische Erde zu nordwestlichen Gouvernements des Imperiums.

Über das gesamte 19. Jahrhundert teilten Pol\*innen, Ukrainer\*innen, Litauer\*innen, Balt\*innen, Jüdinnen und Juden, Musliminnen und Muslime sowie die belarusische Bevölkerung das Schicksal der Unterdrückung. Alle Angehörigen der dort lebenden Bevölkerung sollten russische Untertanen des Zaren werden. Die katholische Kirche, andere Konfessionen und Religionen hatten als Hort des Widerstandes und einer anderen kulturellen Identität in der Orthodoxie aufzugehen.

Wiederholte Aufstände, zum Teil unter Führung polnischer Adliger, in denen Angehörige aller unterdrückten Volksgruppen zusammen kämpften, wurden blutig niedergeschlagen. Dies verschärfte den Druck zur Russifizierung und Unterordnung. Die Anführer der Aufstände landeten am Galgen, Zehntausende von Beteiligten mit ihren Familien in Sibirien oder der Emigration.

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurde auch die ukrainische Unabhängigkeitsbewegung stärker.

Ebenso erlebten die litauische Sprache und Kultur sowie die Rückbesinnung auf eigene historische Traditionen eine Renaissance.

Dazu kam, zunächst von wenigen Intellektuellen getragen, die Suche nach einer eigenen, mit der ostslawischen Völkergruppe verbundenen

belarusischen Geschichte, Kultur und Sprache. Die ersten Ansätze der späteren belarusischen Unabhängigkeitsbewegung waren gegeben.

Die baltischen Nationen waren sich ihrer Andersartigkeit und Eigenart ohnehin immer bewusst und rangen um staatliche Eigenständigkeit.

## Nach dem Ersten Weltkrieg

Solange die mit dem Wiener Kongress zementierte Ordnung der europäischen Großmächte über Konkurrenzen und Konflikte hinweg stabil hielt, gab es für das Bemühen aller osteuropäischen Unabhängigkeits- und Nationalbewegungen keine wirkliche Chance.

Mit dem Ausgang des Ersten Weltkrieges und dem Untergang aller drei Teilungsimperien (Deutsches Kaiserreich, Russland, Österreich-Ungarn) entstand eine neue Situation. Das im November 1918 wiederentstandene Polen kämpfte an den Verhandlungstischen von Versailles um seine Position als souveräner europäischer Großstaat und neue Grenzen. Dabei sah es sich sehr schnell im Konflikt mit allen seinen territorialen Nachbarn.

Die alten zivilen und militärischen Eliten des deutschen wilhelminischen Kaiserreiches, die zu den neuen Eliten der Weimarer Republik zählten, waren nicht bereit, ein starkes souveränes Polen als Nachbarn zu akzeptieren, das Anspruch auf Territorien erhob, die Preußen im Zuge der polnischen Teilungen zugefallen waren. Militärische Präsenz im Baltikum und auf ukrainischen Territorien bot die Chance, dort nach der Kriegsniederlage im Spiel zu bleiben. Dazu gehörte auch ein offenes und verdecktes Paktieren mit den russischen Bolschewiki, welche das Machtvakuum nach dem Sturz des Zaren nutzten. Beide Seiten waren nie bereit, ein souveränes Polen, die Unabhängigkeit der baltischen Staaten, eine eigenständige Ukraine und ein sich gerade erst formierendes unabhängiges Belarus zu akzeptieren.

Am Rand der Niederlage im Bürgerkrieg stehend, schafften es die Bolschewiki, die Oberhand zu behalten, und setzten die russisch-imperiale Tradition unter rotem Vorzeichen fort. Sie mussten die Unabhängigkeit Finnlands akzeptieren, ebenso die Eigenständigkeit Lettlands, Estlands und Litauens und scheiterten in ihrer Strategie, mithilfe der polnischen Kommunisten einen Vasallenstaat Sowjetpolen zu schaffen. Für einen anderen Teil der alten Rus-Territorien ging ihr Konzept jedoch auf. Ein Großteil von Ukrainern bewohnter Territorien kam unter ihre Obhut und wurde zur Sowjetukraine. Das Gleiche galt für den östlichen Teil der Territorien von Belarus. Alles, was Lenin zur Unabhängigkeit der Nationen verkün-

dete, war taktischen Rücksichten geschuldet, die später unter Stalin keine Rolle mehr spielten. Folklore, Kultur und die Förderung nationaler Sprachen wurde phasenweise geduldet, solange die Bevölkerung der verschiedenen Nationen die kommunistischen Herrschaftsverhältnisse akzeptierte und verinnerlichte.

Die Hoffnung polnischer sozialistischer und demokratischer Unabhängigkeitskräfte und des polnischen Staatsgründers Józef Piłsudski war auf eine Föderation mit unabhängigen östlichen Nachbarn gerichtet. Ein Bündnis, welches den russisch-imperialen Anspruch im östlichen Teil des Kontinents zurückdrängen konnte.

Für Polen hätte das territoriale Konzessionen gegenüber der Ukraine, Litauen und Belarus bedeutet. Ein Kompromiss, zu dem sich nur eine Minderheit der polnischen Linken bereitfand.

Polnische Nationalisten sahen Ukrainer\*innen und Belarus\*innen als unfähig zur Staatsgründung an. Sie wollten Litauen nur als Zwergstaat akzeptieren und versuchten, alle Minderheiten auf dem eigenen Staatsgebiet zu assimilieren. Damit setzten sie sich durch und durchkreuzten alle Föderationspläne. Das unabhängige Polen der Zweiten Polnischen Republik konnte sich knapp zwei Jahrzehnte lang des sowjetischen Drucks erwehren. Aber ab der Machtübernahme der Nationalsozialisten in Deutschland 1933 war Polen mit dem totalitären Vereinnahmungs- und Auslöschungswillen Hitlers konfrontiert.

## Der Hitler-Stalin-Pakt

Der Hitler-Stalin Pakt im August 1939 war mehr als ein taktisches Bündnis zweier ideologischer Todfeinde. Er sollte Hitler helfen, seine Welteroberungspläne durchzusetzen, und Stalin bei der Durchsetzung sowjetisch-kommunistischer Hegemonialansprüche in Europa und weltweit unterstützen. Hitlers Rechnung ging nicht auf, Stalins Strategie ließ die von Hitler überfallene Sowjetunion zum wichtigsten Verbündeten der westlichen Alliierten werden.

Stalin erklärte den von der Sowjetunion besetzten östlichen Teil der Zweiten Polnischen Republik zu wiedergewonnenen ukrainischen und belarusischen Gebieten. Ab 1939 sowjetisierte er diese Gebiete mit Terror und Deportationen und schaffte es, die Unabhängigkeit Estlands, Lettlands und Litauens aufzuheben und sie mit den gleichen brutalen Mitteln zu sowjetisieren. Als Hitler 1941 seinen Verbündeten und Todfeind überfiel, wurden die Territorien der Ukraine und Belarus zum Zentrum unvor-

stellbaren Terrors der Wehrmacht und Sondereinheiten. Sie betrieben den totalen Vernichtungskrieg gegen die Zivilbevölkerung und ermordeten Abertausende Jüdinnen und Juden. Autor\*innen wie Anne Applebaum und Timothy Snyder schreiben Bücher über die damit verbundenen unermesslichen Tragödien.

In der Wald- und Sumpflandschaft großer Teile von Belarus bildeten sich, losgelöst von der regulären Roten Armee, gut organisierte Partisaneneinheiten. Sie konnten der Wehrmacht und den deutschen militärischen Sondereinheiten große Verluste zufügen. Der Partisanenmythos sollte zu einem Identitätsschwerpunkt der neueren belarusischen Geschichte werden.

## Die Botschaft der *Kultura*

Nach der Niederlage des nationalsozialistischen Deutschlands und seiner Verbündeten, bei der die Rote Armee eine entscheidende und opferreiche Rolle spielte, fiel der Sowjetunion der östliche halbe Teil Europas zu.

Auf allen großen Konferenzen der Alliierten, bei denen die Nachkriegsordnung Europas verhandelt wurde – von Teheran bis Potsdam –, spielte die polnische Frage, spielte das Schicksal Ostmitteleuropas eine entscheidende Rolle. Die Vertreter der polnischen Exilregierung in London, die auf diesen Konferenzen auftraten, wurden als unliebsame Querulanten behandelt. Wenn »Uncle Joe«, wie man Josef Stalin scherzhaft nannte, ein unabhängiges Polen und freie Wahlen versprach, wollte man ihm fatalerweise glauben.

Die Strategie der kommunistischen Machtübernahme in einem möglichst großen Teil Europas stand fest. Die genauen Schritte und Zeitabfolgen wurden von vielen Faktoren diktiert. Da sich die Sowjetunion völkerrechtlich als Föderation deklarierte, beanspruchte Stalin mit den formal eigenständigen Föderationssubjekten Ukraine und Belarus drei Plätze in der 1946 begründeten UNO. Als die Sowjetunion nach 1989 zerfiel, erleichterte dieser Status der Ukraine und Belarus den Start in die Unabhängigkeit.

## Widerstand bis in die Fünfzigerjahre

In keinem der durch die Militärpräsenz der Roten Armee zusammengezwungenen Länder des Ostblocks hatten die nationalen Kommunisten je die Mehrheit der Bevölkerung auf ihrer Seite. In Polen und den balti-

schen Staaten (die der Sowjetunion einverleibt wurden) gab es bis in die 1950er-Jahre hinein bewaffneten Widerstand. Sozialdemokratische, liberale und konservative Parteien wurden aufgelöst oder gleichgeschaltet. Ihre Anhänger\*innen wurden verfolgt und sahen sich massiven Repressionen ausgesetzt. Das Gleiche galt für Kommunist\*innen, die nicht bereit waren, sich dem Moskauer Diktat zu beugen.

Eine kleine Gruppe von polnischen und ukrainischen Emigrant\*innen, zu denen später auch russische, litauische und belarusische Unterstützer\*innen kamen, nahm sich der Frage nach der Zukunft Mittelosteuropas und Osteuropas auf besondere Weise an. Sie sammelten sich in Paris um die Exilzeitschrift *Kultura*. Weit mehr als eine Zeitschrift, wurde die *Kultura* über die Jahre ihrer Existenz von 1947 bis 2000 zu einer der wichtigsten Stimmen demokratischen und oppositionellen Denkens. Jerzy Giedroyc, der Begründer und Herausgeber der Zeitschrift, die er bis zu seinem Tod im Jahr 2000 leitete, stammte aus einem alten litauischen Adelsgeschlecht und bekannte sich mit Stolz als Mensch des Ostens.

Die Herausgeber und internationalen Mitarbeiter\*innen der *Kultura* waren Realisten. Europäische Teilung und der Eiserner Vorhang, der den Machtbereich der Sowjetunion abschirmte, durften weder einfach akzeptiert noch konnten sie kurzfristig aufgehoben werden. Es ging um eine langfristige Strategie evolutionärer und revolutionärer Veränderungen.

Der Ausgleich und die Versöhnung mit und unter allen osteuropäischen Nachbarn, auch mit Russland, gehörten dazu. Giedroyc und seine Verbündeten traten für eine unabhängige Ukraine, ein freies Belarus und ein freies Litauen ein. Dabei ging es um mehr als das Föderationskonzept des polnischen Staatsgründers Józef Piłsudski. Freiheit und Souveränität der Nachbarn wurde als gleichberechtigte Partnerschaft verstanden, die auch Kompromisse abverlangte. Die Forderung, den polnischen Anspruch auf das litauische Vilnius, das ukrainische Lemberg und das belarusische Grodno aufzugeben, grenzte für nationalistische Polen an Landesverrat. Die Positionen der Pariser *Kultura* wurden von polnischen, ukrainischen und russischen Nationalisten gleichermaßen abgelehnt. Ihre Vertreter wurden als eine Bande jüdisch-trotzkistischer Homosexueller angefeindet, die von Washington ausgehalten würden.

Wer davon sprach, dass der Weg zu einer wirklich souveränen ukrainischen Nation, einem souveränen Belarus, einer späteren besseren Nachbarschaft über die Realitäten der Sowjetukraine und Sowjetbelarus führen müsse, sprach Ungeheuerliches aus.

Die *Kultura* begleitete den 17. Juni 1953 in der DDR, den Ungarnaufstand von 1956, die polnische Tauwetterperiode, die Prager Reformkom-

munisten und den letztendlichen Sieg der Solidarność in Polen. Sie sorgte in diesen Dekaden mit dafür, dass die Frage nach dem Weg zu einer freien, souveränen und demokratischen Ukraine, einem souveränen Litauen und einem freien Belarus in den Debatten und Aktionen der osteuropäischen Dissident\*innen lebendig blieb, die Bühne der Öffentlichkeit und der Politik nicht völlig verließ.

## Eine große Vision

Die friedlichen Befreiungsrevolutionen des Jahres 1989 erfüllten mehr als einen Traum. Sie bedeuteten einen Epochenumbruch in der Geschichte Europas. Nahezu alle offiziellen Akteure wurden von der Wucht der Ereignisse, den Massendemonstrationen und Protesten in zahlreichen Ländern, den Fähigkeiten zur Selbstorganisation der Beteiligten, überrascht und überrannt.

Bronisław Komorowski, der selbst aus der Oppositionsbewegung kam, sprach als erster polnischer Staatspräsident im September 2014 vor dem Deutschen Bundestag. Bezogen auf das Jahr 1989 hielt er fest: »Dies war nicht nur ein Sieg der Diplomatie oder der politischen Bündnisse. In Wirklichkeit veränderte sich Europa durch den Willen der Völker – den Willen der nach Freiheit dürstenden Menschen.«

Dieser Kraft konnte sich in jenem Moment auch der sowjetische Generalsekretär Michail Gorbatschow nicht entziehen. Er hatte versucht, mit Glasnost und Perestroika ein Zwangssystem zu reformieren, das nicht zu reformieren war. Ungewollt hatte er damit den endgültigen Zerfall der Sowjetunion befördert. Einer Sowjetunion, die er um jeden Preis erhalten wollte. Sein Realismus riet ihm, die Auflösung des Ostblocks zu akzeptieren und dort auf den Einsatz militärischer Mittel zu verzichten. Massakern seiner Hardliner im Innern der Sowjetunion, in Georgien und Litauen, widersetzte er sich jedoch nicht.

Befreiungsbewegungen unterdrückter Nationen und Nationalitäten im Völkergefängnis der Sowjetunion gab es selbst in den schlimmsten Zeiten stalinistischen Terrors. Sie lebten in unterschiedlichen Formen und Stärken fort und wurden im letzten Jahrzehnt der Sowjetunion immer stärker. Sie bestimmten auch eine zentrale Auseinandersetzung unter den sowjet-russischen Dissident\*innen.

Der Atomphysiker und spätere Oppositionelle Andrej Sacharow war in der Frage der nationalen Souveränität konsequent. Er sah die lang vererbte imperiale sowjetische Zwangsjacke als anachronistisch an. Er setzte

konsequent auf Föderationskonzepte mit dem Recht auf Zugehörigkeit oder Austritt. Damit stand er jedoch selbst bei kritischen russischen Intellektuellen und Dissident\*innen eher isoliert da. Diese wollten die Sprengkraft der nationalen Fragen entweder nicht erkennen oder hielten sich an den Antipoden Sacharows, den Schriftsteller und Dissidenten Alexander Solschenizyn. Der sah die ostslawischen Stämme der ehemaligen Rus in einer historisch und kulturell untrennbaren Einheit verbunden, Teil einer ewigen großrussischen Familie. Sowjetnostalgiker und russische Nationalisten sollten sich später immer wieder auf Solschenizyn berufen, wenn es darum ging, die Werte und die Kraft eines heiligen Russlands gegen den Einfluss eines aus ihrer Sicht verfaulenden, dekadenten Westens zu verteidigen.

## 7. Dezember 1991 – Russische Föderation, Belarus und Ukraine gewinnen ihre Unabhängigkeit zurück

Mit Boris Jelzin erwuchs Michail Gorbatschow, der die imperiale Einheit der Sowjetunion mit allen Mitteln erhalten wollte, ein mächtiger Rivale. Im Ringen um die Macht zog Jelzin die nationale Karte. Im Jahre 1991 erreichte der Machtkampf zwischen Gorbatschow und Jelzin seinen Höhepunkt. Mit einem Überraschungscoup beförderte Letzterer den Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Sowjetunion ins Abseits. Auf einer Regierungsdatsche in einem Naturschutzgebiet 300 Kilometer westlich von Minsk trafen sich am 7. Dezember 1991 Boris Jelzin, Leonid Krawtschuk und Stanislaw Schuschkjewitsch, die ranghöchsten Repräsentanten der Russischen Föderation, der Ukraine und Belarus. Hinter dem Rücken von Gorbatschow trugen sie mit der Gründung der »Gemeinschaft unabhängiger Staaten« (GUS) die Sowjetunion zu Grabe.

Der belarusische Parlamentspräsident war sich als amtierendes Staatsoberhaupt der Tragweite und der Risiken dieses Schrittes bewusst. Schuschkjewitsch wusste um die Schwäche der belarusischen Unabhängigkeitskräfte, die Mentalität der belarusischen Bevölkerung, die anders als die Menschen in der Ukraine mehrheitlich für den Verbleib in der Sowjetunion votierten.

Die Bindungen zum großen russischen Nachbarn positiv zu gestalten, die Lage und das eigene Potenzial von Belarus auf einem langen Weg in die Eigenständigkeit zu nutzen, schien am Beginn der Ära Jelzin ein realistisches Vorhaben. In der ersten Hälfte der Neunzigerjahre gingen die baltischen Staaten ihren Reformweg in Richtung Europäischer Union.

In Polen zerstritten sich die siegreichen Solidarność-Kräfte und machten einer postkommunistischen Regierung Platz, die aber klugerweise am pro-westlichen Reformkurs des Landes festhielt. Die Ukraine bewegte sich auf einem Schlingerkurs vorwärts. Dieser war von einem politischen Kompromiss des Reformkommunisten Krawtschuk mit ukrainischen oppositionellen Unabhängigkeitskräften bestimmt.

In dieser Zeit schien die Vision einer wirklichen Friedensordnung für den gesamten europäischen Kontinent in greifbare Nähe zu rücken, die Lehren aus dem Jahrhundert der Weltkriege und Totalitarismen schienen gezogen.

Es war die Vision einer Ordnung, in der freundschaftlich miteinander verbundene souveräne Staaten gemeinsame Grundwerte und Normen des Umgangs miteinander akzeptieren, in der nicht das Recht des Stärkeren galt. Gerechtigkeit, Freiheit und Wohlstand sollten sich wechselseitig bedingen. Die wahren Hürden und Rückschläge sollten jedoch folgen.

## Der Weg Lukaschenkas

In Belarus machte der junge Parlamentsabgeordnete Aljaksandr Lukaschenka dem Parlamentspräsidenten Schuschkjewitsch und seinen Anhängern das Leben schwer.

Der aus der mittleren Parteionomenklatura stammende Lukaschenka besaß Erfahrungen als Politinstrukteur bei einer Panzerkompanie und als Direktor eines landwirtschaftlichen Großbetriebs, einer Sowchose. Er hing einer engen politischen Bindung an Russland an, unterstützte 1991 den Augustputsch gegen Michail Gorbatschow, lehnte die reformatorischen Vorstöße von Boris Jelzin ab und inszenierte sich zunächst als parlamentarischen Korruptionsbekämpfer. Fälle tatsächlicher Korruption unter Regierungsmitgliedern, die unter seiner Führung aufgedeckt wurden, gingen mit behaupteten Fällen einher, die sich später als haltlos erwiesen. Einer davon betraf Stanislaw Schuschkjewitsch, der sich daraufhin von seinen Ämtern verabschiedete und in der zweiten Hälfte der 1990er-Jahre einer Oppositionspartei anschloss.

Lukaschenka nutzte seine Popularität und öffentliche Präsenz, die ihm bei der Präsidentschaftswahl von 1994 zum Sieg verhalfen. Bereits diese Wahl stufte die Wahlbeobachtung der OSZE als unfair ein. Lukaschenka ging auf Distanz zum Westen und schlug einen Kurs zurück zur Sowjetzeit ein. Der ersten Wahlperiode sollten vier weitere folgen, die Lukaschenka immer stärker zum autokratischen und diktatorischen Alleinherr-

schwer machen konnten. Alle diese Wahlkämpfe und Wahlvorgänge ließen Zweifel an ihrem rechtmäßigen Verlauf zu.

Bereits die erste Amtszeit konfrontierte ihn mit einer zunehmend veränderten Situation in Russland. Die inkonsequenten Reform- und Föderationsansätze des frühen Boris Jelzin endeten in der zweiten Hälfte der Neunzigerjahre mit einer Niederlage der russischen Reformkräfte. Ihre Vertreter mussten der wachsenden Stärke von Oligarchen und mafiösen KGB-Strukturen weichen. An deren Spitze setzte sich der »Lupenreine Demokrat«<sup>7</sup> Wladimir Putin. Er nahm dem vom eigenen Familienclan umzingelten, immer zielloseren Boris Jelzin die Zügel der Macht aus der Hand. Von jetzt an waren die Weichen auf eine konsequent aggressive neoimperiale Politik der wiedererstarkenden Russischen Föderation gestellt. Putin erklärte den Zerfall der Sowjetunion zur größten Tragödie des 20. Jahrhunderts und tat alles in seiner Macht Stehende, um seine nächsten Nachbarn, die Ukraine und Belarus, wieder an sich zu ketten.

Polen und die baltischen Staaten hatten sich unter den Schutzschirm der NATO begeben und wurden in den Folgejahren zu Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Die Magnetwirkung ihres Weges auf die Ukraine, auf Belarus und Russland selbst verfolgte Putin wie ein wiederkehrender Albtraum.

## Das Modell Putin

Lukaschenka war der Mentalität und dem Ordnungsregime, welches Putin und seine Silowiki Russland aufzwingen, zutiefst verbunden. Die Methoden, mit welchen Putin die eigene Opposition, kritische Journalist\*innen und Kräfte der Zivilgesellschaft bekämpfte und niederzuhalten versuchte, ahmte er nach. Zugleich wollte er Herr im eigenen kleinen Imperium bleiben und akzeptierte es, als letzter Diktator Europas gesehen zu werden. Dem Vorschlag Putins, Belarus erneut zu einem westrussischen Gouvernement zu machen, zu einem der Statthalter des russischen Diktators zu werden, mochte er nicht folgen. Eine weitgehende wirtschaftliche Abhängigkeit von Russland wollte er jedoch akzeptieren. Nur dadurch brachte er das Kunststück zuwege, staatswirtschaftliche Strukturen zu erhalten und dennoch der Bevölkerung einen erträglichen und vergleichsweise stabilen Lebensstandard zu sichern.

So versuchte er, Belarus als postsowjetische Wärmestube zu erhalten, in der sich die Nostalgie nach sowjetischen Zeiten festsetzte, die Unterstützung für den ewigen Wohltäter »Väterchen Lukaschenka« anhielt, Sowjet-

symbole und Partisanenmythos, die Erinnerung an verschwundene und ermordete Oppositionelle, an politische Häftlinge in den Gefängnissen und die Allpräsenz des belarusischen KGB überdeckten.

## Und jetzt?

Lange Zeit schien diese Rechnung aufzugehen. Die meist zerstrittene belarusische Opposition blieb marginal. Lukaschenka konnte eine Krise nach der anderen aussitzen und Konkurrenten aus dem Verkehr ziehen. Sowie sich einende Köpfe der vielpoligen Opposition herauskristallisierten, kamen sie in Haft, verschwanden spurlos oder verloren unter mysteriösen Umständen ihr Leben.<sup>8</sup> Bei jeder Geste der Aufmüpfigkeit gegenüber Putin konnte er der EU glauben machen, dass es zu Reformen und Liberalisierung in seinem Land kommen könne. Ohne, dass es dazu kam und Folgen für ihn hatte.

Wogegen er sich jedoch nicht wehren konnte, war der Einfluss, der von seinen nächsten demokratischen Nachbarn ausging, die mit Unterstützung der belarusischen Zivilgesellschaft, mit Stipendienprogrammen für die nachwachsende Generation in Belarus, mit tausend Formen nachbarschaftlicher Kontakte und Hilfe einen Wandel vorantrieben.

In Polen fanden belarusische Oppositionelle Aufnahme und Unterstützung, entstand mit Belsat ein Fernsehsender, der freien Journalismus praktizierte. In der litauischen Hauptstadt Vilnius konnte eine belarusische Universität ihre Arbeit fortsetzen. Unabhängige Intellektuelle und Künstler\*innen aus Belarus fanden in ganz Europa und weltweit Anerkennung und Wertschätzung.

Nunmehr ist es nicht eine marginalisierte Opposition, ist es nicht eine kulturelle und intellektuelle Elite von Belarus allein, die gegen den Diktator aufbegehrt und ihr vielfältiges Engagement im Internet dokumentiert.<sup>9</sup>

Vieles erinnert mich an die Entwicklung im Herbst 1989 in der DDR, bei der ja auch eine Wahlfarce die Massenproteste beförderte. Es steht aber zu befürchten, dass Lukaschenka versuchen wird, sich mit verschiedensten Methoden an die Macht zu klammern, selbst wenn er dabei vor Putin völlig zu Kreuze kriechen muss.<sup>10</sup>

Doch es ist diesmal die große Mehrheit der belarusischen Gesellschaft, welcher nach der Wahlmanipulation und dem anschließenden Terror der Sicherheitskräfte der Geduldfaden riss und die mit ihren Protesten nicht müde wird trotz einschüchterndem Polizeipararat und immer stärker eingeschränkter Demonstrations- und Pressefreiheit.<sup>11</sup>

Sie haben das Beispiel ihrer Nachbarn vor Augen, deren Demokratien mit all ihren Mängeln funktionieren, in denen elementare Freiheitswerte gesichert sind. Ihr Zeichen an den eigenen Diktator, dass seine Tage gezählt sind, ist zugleich ein Zeichen an den großen Diktator im Osten. Die Menschen in Belarus fühlen sich Russland verbunden und sind stolz, ein Teil der Rus-Familie zu sein. Eine Verbindung, welche auch das diktatorische System eines Wladimir Putin überdauern wird.

*Erschienen auf DA Online am 14.9.2020.*

## Anmerkungen

- 1 Vgl. BürgerrechtlerInnen-Erklärung vom 3.9.2020, veröffentlicht unter <https://www.lifepr.de/inaktiv/robert-havemann-gesellschaft-ev/Eine-Revolution-gegen-die-Angst-oeffentliche-Grussadresse-an-die-mutigen-Demonstrantinnen-in-Belarus/boxid/813702>, letzter Abruf 11.9.2020.
- 2 Lukaschenka ist die belarusische Schreibweise des Namens, in der russischen Variante lautet er: Lukaschenko
- 3 Vgl. bpb-Hintergrund-aktuell vom 14.8.2020, Proteste nach Präsidentschaftswahl in Belarus, [www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/313720/proteste-nach-praesidentschaftswahl-in-belarus](http://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/313720/proteste-nach-praesidentschaftswahl-in-belarus), letzter Abruf 11.9.2020.
- 4 Vgl. Annette Langner, »Lukaschenko muss spüren, dass die Welt gegen ihn ist«. Der Protest in Belarus wird von Frauen getragen, [spiegel.de](http://spiegel.de), 30.8.2020, [www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/belarus-frauen-tragen-den-protest-gegen-alexander-lukaschenko-a-3f3e6c0f-e262-4c04-a532-9a5d17d1db4b](http://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/belarus-frauen-tragen-den-protest-gegen-alexander-lukaschenko-a-3f3e6c0f-e262-4c04-a532-9a5d17d1db4b), letzter Abruf 1.9.2020.
- 5 Die Bezeichnung Lukaschenkas als »letzten Diktator Europas« hatte im Januar 2012 der damalige Bundesaußenminister Guido Westerwelle geprägt, vgl. [www.n-tv.de/politik/EU-droht-mit-weiteren-Schritten-article5635386.html](http://www.n-tv.de/politik/EU-droht-mit-weiteren-Schritten-article5635386.html), letzter Abruf 1.9.2020; Lukaschenka antwortete damals in einem Interview: »Es ist besser, ein Diktator zu sein, als schwul«, [www.abendblatt.de/politik/article107752184/Lukaschenko-teilt-gegen-Westerwelle-aus-Es-ist-besser-ein-Diktator-zu-sein-als-schwul.html](http://www.abendblatt.de/politik/article107752184/Lukaschenko-teilt-gegen-Westerwelle-aus-Es-ist-besser-ein-Diktator-zu-sein-als-schwul.html), letzter Abruf 1.9.2020.
- 6 Beim Begriff Belarusen greife ich auf eine Initiative des Warschauer Osteuropahistorikers Felix Ackermann zurück, der auf diese Weise den Rus-Bezug aus Belarus ausdrücken möchte. Ob das sprachlich angenommen wird, diskutieren momentan Philologen, einige verwenden allerdings schon die von mir benutzte Schreibweise, darunter auch die Belarussisch-Deutsche Historikerkommission der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde (DGO), vgl. [www.dgo-online.org/neuigkeiten/aktuelles/belarussisch-deutsche-geschichtskommission-gegrundet/](http://www.dgo-online.org/neuigkeiten/aktuelles/belarussisch-deutsche-geschichtskommission-gegrundet/), letzter Abruf 1.9.2020.
- 7 Der Begriff geht auf den ehemaligen SPD-Bundeskanzler Gerhard Schröder zurück, der Putin 2004 in einer Fernsehsendung als lupenreinen Demokraten verteidigte, der Russland »zu einer ordentlichen Demokratie machen will und machen wird«.
- 8 Vgl. Deutsche Welle, »Die Morde von Minsk«, [www.youtube.com/watch?v=W6sY3Ku-EVQ](http://www.youtube.com/watch?v=W6sY3Ku-EVQ), letzter Abruf am 1.9.2020.
- 9 Eine der am längsten aktiven Websites der demokratischen Opposition in Belarus, die ihre Beiträge zusätzlich in englischer Sprache veröffentlichen, ist beispielsweise die Plattform

www.charter97.org. Jünger und besonders intensiv genutzt ist auf Telegram der Infodienst Nexta, was übersetzt »Jemand« heißt (t.me/s/nexta\_tv), den ein 22-Jähriger Student aufgebaut hat (vgl. dazu Christina Hebel, Der 22-Jährige Student, der Lukaschenko gefährlich wird, spiegel.de, 2.9.2020, www.spiegel.de/politik/ausland/belarus-wie-stepan-putilo-mit-seinem-telegram-kanal-nexta-die-proteste-beinflusst-a-89ed186f-33da-49a8-a9a5-bab0ce2cf63c, letzter Abruf 1.9.2020). Auch mehrere deutsche Facebook-Gruppen bündeln derzeit Presseartikel, Fotos und Videos belarusischer BloggerInnen, zum Beispiel auf: <https://www.facebook.com/berliner.osteuropa.experten> oder auf dem facebook-Auftritt der Informationsstelle Belarus: <https://www.facebook.com/mein.name.ist.belarus>, letzte Abrufe am 12.9.2020.

- 10 Vgl. Markus Ackeret, In Minsk ziehen Zehntausende trotz großem Polizeiaufgebot durch die Stadt – Lukaschenko begibt sich immer stärker in Putins Abhängigkeit, NZZ-online, 30.8.2020, [www.nzz.ch/international/weissrussland-lukaschenko-begibt-sich-in-abhaengigkeit-von-putin-ld.1573975](http://www.nzz.ch/international/weissrussland-lukaschenko-begibt-sich-in-abhaengigkeit-von-putin-ld.1573975), letzter Abruf 12.9.2020.
- 11 Vgl. Reporter ohne Grenzen, Meldung vom 31.8.2020, Repressionswelle gegen Journalisten, [www.reporter-ohne-grenzen.de/belarus/alle-meldungen/meldung/repressionswelle-gegen-journalisten](http://www.reporter-ohne-grenzen.de/belarus/alle-meldungen/meldung/repressionswelle-gegen-journalisten), letzter Abruf 2.9.2020.



Das US-Schiff General Patch kam aus New York und ankerte im Juli 1957 vor Bremerhaven, nachdem es wegen des Ausbruchs der Asiatischen Grippe unter den 1256 Passagieren und Crewmitgliedern in Quarantäne bleiben musste.

Maximilian Kutzner

## Die Debatte um die Herkunft der Asiatischen Grippe 1957

### Ein systemrelevantes Beispiel für die Gegenwart?

Die Meldung aus der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ)* vom 15. Juni 1957 klang beunruhigend: »Grippe-Virus durch Kernbombenversuche beeinflusst?«<sup>1</sup> Sie war zwischen kurzen Berichten und dem Rundfunkprogramm »versteckt«. War es möglich, dass die Mutation des Influenzavirus H2N2, welches im Frühjahr 1957 erstmals bei Erkrankten in Südostasien nachgewiesen wurde, tatsächlich mit Atomwaffentests in Verbindung stand? Leser\_innen wurden ratlos zurückgelassen. Es folgte kein weiterer Artikel mehr zum Thema. Manch einer mag sich wenige Monate spä-

ter daran erinnert haben, als H2N2 die ersten Todesopfer in Deutschland forderte.

Ein Zeitsprung in die Gegenwart: Am 25. April 2020 berichtete die *FAZ* über den Verdacht, dass das Coronavirus aus einem chinesischen Labor stamme.<sup>2</sup> »Vertuschung gab es nicht nur in der Anfangsphase der Pandemie, als jene zum Schweigen gebracht wurden, die vor dem tödlichen Virus warnen wollten«, wussten die Autor\_innen zu berichten. Damals wie heute herrscht parallel zur Grippeepidemie auch eine intensive gesellschaftliche Auseinandersetzung über deren Ursprung.

Welche Rückschlüsse lässt der Blick in die Geschichte zu? Kann die Historiografie möglicherweise doch »systemrelevante« Erkenntnisse liefern?<sup>3</sup> Diesen Fragen geht dieser Beitrag nach.

Die sogenannte Asiatische Grippe – ausgelöst vom H2N2-Virus – ist das historische Beispiel. Sie forderte zwischen 1957 und 1960 weltweit etwa ein bis zwei Millionen Todesopfer. In der Aufmerksamkeit der medizin-historischen Forschung rangiert sie weit hinter der als Spanische Grippe bekannten Pandemie von 1918–1920.<sup>4</sup> Im kollektiven Gedächtnis der Bundesbürger\_innen hinterließ die Asiatische Grippe kaum Spuren und ist erst jüngst wieder ins Bewusstsein gerückt.<sup>5</sup> Der Ursprung des H2N2-Virus gilt bis heute als nicht hinreichend geklärt. Im Februar 1957 wurden im südchinesischen Yunnan die ersten Krankheitsfälle verzeichnet.<sup>6</sup> Über den internationalen Schiffsverkehr verbreitete sich das Virus bis Mai 1957 nach Europa. Im Juli wurden die ersten Fälle dieser Influenza in Bremerhaven gemeldet.<sup>7</sup> Zum Höhepunkt kam die Grippewelle zwischen September 1957 und April 1958 in der Bundesrepublik mit etwa 30 000 Todesopfern.

## Das H2N2-Virus als Folge von Atomwaffentests

In *The Lancet*, der renommierten internationalen medizinischen Fachzeitschrift britischen Ursprungs, wurde am 15. Juni 1957 der Brief des Briten Norman W. Pirie abgedruckt. Auf diesen bezog sich die Meldung aus der *FAZ* vom gleichen Tag. Der Biochemiker hatte seine Forschungen in den 1940er- und 1950er-Jahren auf Pflanzenviren konzentriert. Sein zweites Hauptbetätigungsfeld war die frühe Antiatomprotestbewegung.<sup>8</sup> Pirie beobachtete besorgt die Entwicklung der Asiatischen Grippe: »Ein Aspekt der erhöhten Leistungsfähigkeit eines Virus ist dessen Fähigkeit, die spezifische Immunität der Bevölkerung, die es attackiert, zu umgehen.« Er schloss die Frage an, warum der Erreger auf den Menschen über-

sprang. Den Grund sah er in der atomaren Strahlung in China, wo das Virus zuerst nachgewiesen worden war: »Ostasien ist die Region, die am stärksten unter dem »Fallout« der Tests in Sibirien und dem Südpazifik gelitten hat. Es ist daher nicht unwahrscheinlich, dass das Influenza Virus eine weitere Folge der verheerenden Konsequenzen von Kernwaffenversuchen ist.«<sup>9</sup> Wenige Wochen zuvor war auf dem Atoll Kiritimati erfolgreich eine britische Fusionsbombe gezündet worden.<sup>10</sup> 1956 unternahm die US-Amerikaner die ersten Versuche mit Thermonuklearbomben auf dem Bikini-Atoll. Die Sowjetunion testete im kasachischen Semipalatinsk. Zwischen den gut 13 000 Kilometer voneinander entfernten Testgebieten liegt Südchina.

In Westeuropa waren die Angst vor der Atomenergie und die Sorge um die unkontrollierte Entfesselung zu dieser Zeit Teil des öffentlichen Diskurses. Viele Bundesbürger\_innen fürchteten unter dem Eindruck der Bilder vom Atombombenabwurf auf Nagasaki und Hiroshima 1945 die Folgen der militärischen wie auch friedlichen Nutzung der Atomenergie.<sup>11</sup> Im Klima des atomaren Wettrüstens der Supermächte war der nukleare Overkill Mitte der 1950er-Jahre eine düstere und keineswegs abwegige Zukunftsvision. Die Bewegung »Kampf dem Atomtod« wurde ebenfalls 1957 ins Leben gerufen.<sup>12</sup>

Der bekannte Tropenmediziner und Hygieniker Heinrich Lippelt (Hamburger Tropeninstitut und Mitglied des wissenschaftlichen Beirates der Bundesärztekammer) nahm Piries These im September des Jahres 1957 auf.<sup>13</sup> Er bewertete für die Leser der *Zeit* die atomare Mutation des Virus als unwahrscheinlich. Interessant an Lippelts Beitrag ist der Zeitpunkt der Veröffentlichung, denn kurz zuvor kam es zu den ersten Schulschließungen im Bundesgebiet und gesellschaftliche Folgen der Erkrankung wurden verstärkt diskutiert.<sup>14</sup> Plötzlich schien die Frage des Ursprungs für die breite Öffentlichkeit interessant zu sein, anders als noch im Juni des Jahres, als die Meldung in der *FAZ* keine weitere Berichterstattung nach sich zog. Dies legt einen Zusammenhang zwischen der Einschränkung staatlicher Grundaufgaben und dem Start der Herkunftsdebatte in Massenmedien nahe.

## Kosmische Strahlung als Auslöser für H2N2

Der britische Mediziner Edward J. Moynahan hatte noch eine andere Vermutung, wie das Virus auf den Menschen übergesprungen sein konnte: kosmische Strahlung. Schließlich hätten Forscher des Massachusetts Institutes

of Technology im Mai 1957 einen Sonnensturm beobachtet. In dessen Folge seien große Mengen an Strahlung freigesetzt worden. Im Oktober 1957 vermutete dies auch der polnische Mediziner Stanislaw Eimerl-Witkowski. In einer Art historischer Forschung, so schlug er den Lesern des *Lancet* vor, solle man den Ausbruch von Pandemien in Europa mit kosmischen Ereignissen vergleichen.<sup>15</sup> Er empfahl zudem, die Zahl von Viren in der Stratosphäre und darüber genauer zu untersuchen. »Wir können uns nicht erlauben, Forschungsergebnisse aus diesem Zusammenhang nicht zu beachten«, mahnte Eimerl-Witkowski.

Rund zwei Wochen zuvor hatte mit »Sputnik 1« das Weltraumzeitalter begonnen. Der Sowjetunion war es gelungen, den ersten Satelliten in eine Umlaufbahn der Erde zu bringen. Der Westen fürchtete vor allem die Folgen dieses Triumphs. Der einsetzende »Sputnik-Schock«, der die Leistungsfähigkeit der sowjetischen Raumfahrt bewies, saß tief.<sup>16</sup>

Konnte es nicht sein, dass das Auftreten des Virus mit einem kosmischen Ereignis zusammenhing, welches die Menschheit noch nicht hinreichend verstand? »Daß sich alle Welt heute mit solchen Fragen beschäftigt, eben das ist die Satellitis, die sich wesentlich rascher verbreitet hat als die asiatische Grippe. Kaum hatte der Sputnik den Erdball einmal umkreist, waren die Menschen auch schon von der Satellitis befallen. Aus Interesse am Weltraumfahrtsproblem? Aus Sensationshunger? Aus bloßer Angst?«, fragte die Schweizer Zeitung *Der Bund* mit einem Augenzwinkern.<sup>17</sup>

Ironie der Geschichte: Heute verbreitet das russische Nachrichtenportal *Sputnik Deutschland* erneut Unsicherheit über das Coronavirus, etwa über die angeblichen Interessen des Milliardärs Bill Gates, von der Krise profitieren zu wollen.<sup>18</sup>

## Alles Böse kommt aus dem Osten

Nur eines war sicher: Die ersten Fälle der Krankheit traten in Ostasien auf. Hier war das Virus erstmals nachgewiesen worden.<sup>19</sup> Dies überraschte einige der Zeitgenossen nicht. »Jeder Schuljunge weiß, dass der schwarze Tod [die Pest] einst aus dem Osten nach Europa kam. Es gibt viele Hinweise, die darauf hindeuten, dass der Osten seit jeher der Ursprung nahezu aller Infektionskrankheiten ist, die uns plagten und noch immer plagen«, meinte Moynahan.<sup>20</sup> Er spielte auf die mangelhaften hygienischen Verhältnisse und die vermeintliche Unterentwicklung jener Länder an. Die Darstellung des medizinischen Korrespondenten der *Times* über die Spanische Grippe von 1918 in der Endphase des Ersten Weltkrieges an der Front in Frankreich

betonte, dass auch damals Soldaten der Kolonialtruppen aus Asien das Virus nach Europa gebracht hatten.<sup>21</sup> Der Artikel erschien Ende August 1957, als auch in Großbritannien erste Fälle der Asiatischen Grippe auftraten.

Aus diesen Ausführungen scheinen die Vorurteile der britischen Oberschicht jener Jahre hervor. Ganz im Geist des Kolonialismus wurden die einstigen Dominions in Ostasien als unterentwickelt und unhygienisch betrachtet. Der Zerfall des Empires und der damit verbundene Niedergang der einstigen Weltmacht begannen in eben jener Region der Welt, wo auf Grund von Unterentwicklung und mangelnden hygienischen Verhältnissen die ersten H2N2-Fälle verzeichnet wurden. Seit der Unabhängigkeit Britisch-Indiens 1947 hatten bis 1957 sieben weitere einstige Kronkolonien im ostasiatischen Raum ihre Eigenständigkeit erlangt.

Doch auch in Deutschland war die Lesart verbreitet, die Herkunftsregion des Erregers mit dem »Osten« und den dortigen Verhältnissen zu verbinden. Die *FAZ* zitierte den Tropenmediziner Lippelt mit den Worten: »Wenn aus Asien zahlreiche Todesfälle gemeldet worden seien, so sei deren Zahl im Verhältnis zur Zahl der von der Krankheit befallenen Menschen äußerst gering. Die Todesursache sei auch in diesen Fällen weniger in der Grippe, als in unzureichenden hygienischen Verhältnissen und der körperlichen Schwächung vieler Erkrankter durch andere, in diesen Ländern grassierenden Krankheiten zu sehen.«<sup>22</sup> Andere Artikel wiesen darauf hin, dass die Grippe nach ihrer Entdeckung in Ostasien als »besonders unheimlich und gefürchtet« angesehen werde.<sup>23</sup> Dieser Zuschreibungsprozess, das sogenannte Othering, meint die Differenzierung einer Gruppe von einer anderen durch Beschreibungen der Andersartigkeit und Fremdheit. Hier der vertraute, entwickelte, hygienische »Westen«, dort der unheimliche, unterentwickelte, unhygienische »Osten«. In eben jenen Wochen, als derartige Semantiken diskutiert wurden, bekam die nun in Europa verstärkt auftretende Krankheit auch ihren Namen: die Asiatische Grippe. Die Pandemie diente somit auch der Identifikationsstiftung durch die Abgrenzung und Stigmatisierung der »anderen« im Kontrast zum »Eigenen«.<sup>24</sup> US-Präsident Donald Trump nannte das Coronavirus nach den ersten Fällen in den USA und Europa hartnäckig das »Chinese Virus« aus eben jener Logik heraus.<sup>25</sup>

## Bedrohung für den Wohlstand durch Corona

Manchen schienen diese Erklärungsversuche recht abstrakt. Gab es überhaupt eine Krankheit? In der Bundesrepublik, in der das gerade begonnene »Wirtschaftswunder« den Menschen zu neuem Wohlstand verhalf, fürchtete

man angesichts der wirtschaftlichen Folgen der Pandemie um die Früchte des Erfolges. Die Sorge war nicht unbegründet. Die Krankenkassen sahen sich wegen der vergleichsweise hohen Zahlen der Krankmeldungen im Herbst 1957 in einer kurzfristigen Liquiditätslücke.<sup>26</sup> Das »Gesetz zur Verbesserung der wirtschaftlichen Sicherung der Arbeiter im Krankheitsfall« war am 1. Juli 1957 in Kraft getreten und belastete die Kassen nun schwer. Es sicherte Arbeitnehmer\_innen im Krankheitsfall eine Lohnfortzahlung zu. In der Grippewelle des Herbstes 1957 vermutete manch einer, dass das Gesetz ausgenutzt werden würde. »Der Verfall der Arbeitsmoral und auch der Versichertenmoral ist vielerorts erschreckend. Das neue Gesetz hat bei manchen die Begehrlichkeit aufs äußerste gereizt. Ein gesunder Arbeiter, der besonders gut leben will, braucht sich dazu nur des neuen Gesetzes zu bedienen. Wer seine Kasse mißbrauchen will, erweist sich in der Regel als ein fähiger Simulant.«<sup>27</sup> Nun fürchteten einige »eine Epidemie des Krankfeierns«. Man bezweifelte die Existenz des Virus. »Diese Asiatische Grippe kommt aus Bonn. Sie begann am 1. Juli 1957 sich auszubreiten«, hieß es in der *Zeit*.<sup>28</sup> Einige der Skeptiker schrieben sogar an die Behörden, um darauf hinzuweisen, dass diese Grippe mediale Ursprünge habe: »Ich bin davon überzeugt, dass diese Krankheit durch Selbstsuggestion auf Grund der Propaganda in den Zeitungen und durch Rundfunk entstanden ist.«<sup>29</sup> Der Diskurs richtete sich auch auf den angeblichen Nutzen der Krankheit für gesellschaftliche Eliten, zu denen Ärzt\_innen zählten. Sie wurden beschuldigt, aus Profitgier die angebliche Grippe erfunden zu haben. Die Bundesärztekammer sah sich gar dazu veranlasst, diesem Gerücht öffentlich entgegenzutreten.<sup>30</sup>

## Das gegenwärtige Coronavirus

Welche Befunde lässt das historische Beispiel der Asiatischen Grippe von 1957 für die Beurteilung der Ursprungsdebatte um das Coronavirus zu? Verdeutlicht man sich zeitgenössische Ängste und blickt auf das historische Beispiel, so ergeben sich Erkenntnisse, die durchaus »systemrelevant« von Nutzen sein können.

Heute stehen sich wissenschaftliche Versachlichung und populäre Emotionalisierung stärker gegenüber, was auch auf die Fortschritte und öffentliche Repräsentation der Virologie zurückzuführen ist. Mediziner\_innen wirken an der Einordnung und Falsifizierung von Herkunftsvermutungen mit, statt diese zu produzieren. Sie stehen gleichsam einer anderen Art von Öffentlichkeit gegenüber als ihre Kolleg\_innen vor mehr als 60 Jahren. Denn die Debatte über die Ursprünge von Covid-19 wird maßgeblich

in digitalen und fragmentierten Teilöffentlichkeiten, vor allem in sozialen Netzwerken wie Facebook, Twitter und WhatsApp, geführt.

Die Ursprungsdebatten beginnen in der Regel vergleichsweise früh in einer Pandemie. Die Einschränkungen freiheitlicher Grundrechte und basaler staatlicher Leistungen befördern offensichtlich häufig eine Debatte über den Ursprung eines Virus. In der Bundesrepublik schlossen in der zweiten Septemberwoche 1957 die Schulen.<sup>31</sup> Gleichzeitig startete die intensive Diskussion über die Herkunft des Virus in der massenmedialen Öffentlichkeit, wie die oben aufgeführten Beiträge zeigen.

Auch im März 2020 begannen Kettenbriefe als Kurznachrichten mit Erklärungen zur Herkunft und zum Schutz gegen Covid-19 in den sozialen Medien zu zirkulieren, nachdem schrittweise in der zweiten und dritten Märzwoche bundesweit die Schulen geschlossen worden waren.<sup>32</sup>

Herkunftsdebatten in der breiten Öffentlichkeit enden meist nach dem Abklingen einer Pandemie. Im Frühjahr 1958 war das Thema von der massenmedialen Agenda verschwunden. In Teilöffentlichkeiten kursierten jedoch weiterhin Anleihen daran. Die Bewegung der Impfkritiker\_innen begann beispielsweise mit ihrer breiten Mobilisierung nach der Asiatischen Grippe und bekam Zulauf ab den 1960er-Jahren.<sup>33</sup> Auch die Vermutungen zur Herkunft des Coronavirus werden nach der Eindämmung der Krankheit nicht verschwunden sein und ihre Integration in bereits bestehende Protestbewegungen gegen Maßnahmen zur öffentlichen Gesundheit ist wahrscheinlich. Auch die Skepsis gegenüber gesellschaftlichen Eliten tauchte bereits 1957 auf.

Die Behauptung, das Coronavirus stamme aus einem chinesischen Labor, und das damit verbundene Label »Chinese Virus« sind nicht nur als Zuschreibungs- oder Abgrenzungstaktik zu sehen. Es spiegelt, so die Vermutung, auch die Sorge des US-Präsidenten Donald Trump vor der fernöstlichen Konkurrenz auf dem Feld der Wirtschaft und der globalen Führung. Auch in Deutschland wurde die These vom Laborunfall nicht leichtfertig abgetan, sondern intensiv diskutiert und recherchiert.<sup>34</sup> Beim Vorwurf, Covid-19 sei ein Produkt des »internationalen Finanzkapitalismus«, vermischen sich antielitäre, antikapitalistische und nicht selten auch antisemitische Vorurteile und Ängste.<sup>35</sup> Die Sorge, zu den Verlierern von Globalisierung und Mobilität zu gehören, tritt hier hervor. Während diese Auffassungen verstärkt, aber nicht nur über soziale Medien eine relativ kleine Gruppe erreichen, geht die Angst vor dem ökonomischen Abstieg angesichts von Kurzarbeit und Firmenpleiten darüber hinaus. Längst werden gesundheitliche Gefahren der Krankheit gegen wirtschaftliche Schäden durch Gegenmaßnahmen abgewogen.<sup>36</sup>

## Fazit

Ärzt\_innen warnten jüngst vor der Gefahr durch Falschinformationen zu Covid-19 auf sozialen Netzwerken. Die Ablehnung von Expert\_innenempfehlungen und darauf beruhenden politischen Entscheidungen gefährdeten Erfolge bei der Eindämmung der Pandemie.<sup>37</sup> Unterschiedliche Initiativen treten Fake News rund um Covid-19 entgegen. Sie beleuchten Herkunftstheorien, hinterfragen zweifelhafte Hausmittel und legen das politische Kalkül hinter Verschwörungstheorien offen.<sup>38</sup> Hier kann auch die (Medien-)Geschichte einen Beitrag zur Eindämmung der Pandemie leisten. Das historische Beispiel der Asiatischen Grippe kann »systemrelevant« sein. Es sensibilisiert für zeitgenössische und zukünftige Entwicklungen, denn es indiziert, wann öffentliche Debatten über die Herkunft von Viruserkrankungen einsetzen, wie sich damit verbundene Theorien dynamisieren und dass sie zeitgenössische Ängste absorbieren. Dies kann dabei helfen, gefährlichen Falschinformationen rund um Viruserkrankungen in Zukunft effektiv entgegenzutreten.

*Erschienen auf DA Online am 19.5.2020.*

## Anmerkungen

- 1 O. A., Grippevirus durch Kernbombenversuche beeinflusst?, in: FAZ, 15.6.1957, S. 17.
- 2 Friederike Böge/Livia Gerster/Majid Sattar, Was ist dran an der Laborunfall-These, in: FAZ.NET, 25.4.2020, [faz.net/corona-ausbreitung-was-ist-dran-an-chinas-laborunfall-16741828.html](https://faz.net/corona-ausbreitung-was-ist-dran-an-chinas-laborunfall-16741828.html), zuletzt geprüft am 6.5.2020.
- 3 Vgl. Martin Sabrow, Geschichte im Ausnahmezustand. Vier Thesen über Corona und die gesellschaftspolitischen Folgen, in: Deutschland Archiv, 1.5.2020, [bpb.de/308316](https://www.bpb.de/308316), zuletzt geprüft am 5.5.2020.
- 4 Diesen Befund trifft David Rengeling, Vom geduldigen Ausharren zur allumfassenden Prävention. Grippe-Pandemien im Spiegel von Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit, Baden-Baden 2017; Wilfried Witte, Pandemie ohne Drama. Die Gripeschutzimpfung zur Zeit der Asiatischen Grippe in Deutschland, in: *Medizinhistorisches Journal* 48 (2013), S. 34–66. Grundlegend zur historischen Erforschung von Seuchen und Pandemien siehe Malte Thießen, *Infizierte Gesellschaften. Sozial- und Kulturgeschichte von Seuchen*, in: Deutschland Archiv 65 (2015), S. 11–18; ders., *Infiziertes Europa. Seuchen im langen 20. Jahrhundert*, München 2014; Stefan Winkle, *Geißeln der Menschheit. Kulturgeschichte der Seuchen*, Berlin 2014.
- 5 Deutschlandfunk, Hörreise: Wie 1957 über die Asiatische Grippe in Deutschland berichtet wurde, 10.3.2020, [https://ondemand-mp3.dradio.de/file/dradio/2020/03/10/hoerreise\\_wie\\_1957\\_ueber\\_die\\_asiatische\\_grippe\\_in\\_dlf\\_20200310\\_1552\\_003b4904.mp3](https://ondemand-mp3.dradio.de/file/dradio/2020/03/10/hoerreise_wie_1957_ueber_die_asiatische_grippe_in_dlf_20200310_1552_003b4904.mp3), zuletzt geprüft am 6.5.2020.
- 6 Rengeling, *Ausharren* (Anm. 4), S. 70.
- 7 Witte, *Pandemie* (Anm. 4), S. 45.

- 8 William S. Pierpoint, Obituary: Norman S. Pierie, in: *The Independent*, 22.4.1997, S. 13.
- 9 Norman W. Pirie, Letters to the editor: Radiation and influenza mutation, in: *The Lancet*, 15.6.1957, S. 1246.
- 10 Lorna Arnold/Katherine Payne, *Britain and the H-bomb*, New York 2001, S. 123–127.
- 11 Joachim Radkau, Eine kurze Geschichte der Antiatombewegung, in: *Deutschland Archiv* 61 (2015), S. 7–15.
- 12 Robert Lorenz, Die »Göttinger Erklärung« von 1957. Gelehrtenprotest in der Ära Adenauer, in: Johanna Klatt/Robert Lorenz (Hg.), *Manifeste. Geschichte und Gegenwart des politischen Appells*. Bielefeld 2011, S. 199–227.
- 13 Heinrich Lippelt, Was tun gegen die »Asiatische Grippe«, in: *Die Zeit*, 12.9.1957, S. 11.
- 14 Rengeling, Ausharren (Anm. 4), S. 72.
- 15 Stanislaw Eimerl-Witkowski, Radiation and Biogenesis, in: *The Lancet*, 26.10.1957, S. 850.
- 16 Paul Dickson, *Sputnik. The shock of the century*, New York 2001.
- 17 O. A., Satellitis, in: *Der Bund*, 13.11.1957, S. 2.
- 18 Tilo Gräser, Corona-Krise: Keine Normalität ohne Impfstoff? Über Hintergründe einer Kampagne. Teil 2, <https://web.archive.org/web/20201022132252/https://de.sputniknews.com/politik/20200423326949700-corona-normalitaet-impfstoff-kampagne-teil-2/>, zuletzt geprüft am 13.5.2020.
- 19 Witte, *Drama* (Anm. 4), S. 45.
- 20 Edward J. Moynahan, Radiation and Influenza mutation, in: *The Lancet*, 29.6.1957, S. 1354.
- 21 O. A., Versatile Virus. Influenza Epidemics from earliest times, in: *The Times*, 30.8.1957, S. 9.
- 22 O. A., Hamburger Tropeninstitut zur Asiatischen Grippe, in: *FAZ*, 30.8.1957, S. 6.
- 23 O. A., Notkrankenhäuser für Epidemien bereit, in: *FAZ*, 12.10.1957, S. 39.
- 24 Thießen, *Kulturgeschichte* (Anm. 4), S. 12.
- 25 Katie Rogers/Lara Jakes/Ana Swanson, Trump Defends Using »Chinese Virus« Label, Ignoring Growing Criticism, in: *New York Times*, 18.3.2020, S. 2.
- 26 Witte, *Drama* (Anm. 4), S. 52.
- 27 Karl Jetter, Krankfeiern – gesetzlich gefördert?, in: *FAZ*, 1.10.1957, S. 13.
- 28 O. A., Eine Bonner Epidemie, in: *Die Zeit*, 24.10.1957, S. 3.
- 29 Zitiert nach Rengeling, Ausharren (Anm. 4), S. 147.
- 30 Witte, *Drama* (Anm. 4), S. 52f.
- 31 Ebd., S. 51.
- 32 Julia Merlot, Faktencheck zum Kettenbrief. Schützt ständiges Wassertrinken vor einer Coronainfektion?, in: *Spiegel Online*, 14.3.2020, [spiegel.de/gesundheit/diagnose/coronavirus-schuetzt-staendiges-wassertrinken-vor-einer-infektion-kettenbrief-im-check-a-305a7f9c-2dd9-4bfb-a8d1-e5e4485250e3](https://www.spiegel.de/gesundheit/diagnose/coronavirus-schuetzt-staendiges-wassertrinken-vor-einer-infektion-kettenbrief-im-check-a-305a7f9c-2dd9-4bfb-a8d1-e5e4485250e3), zuletzt geprüft am 5.5.2020.
- 33 Malte Thießen, *Immunisierte Gesellschaft. Impfen in Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert*, Göttingen 2017, S. 215ff.
- 34 Böge/Gerster/Sattar, *Laborunfall-These* (Anm. 2).
- 35 Manjana Sold/Clara-Auguste Süß, Das Virus als Mittel zum Zweck: Extremistische (Um-) Deutungen der Corona-Pandemie, in: Bundeszentrale für politische Bildung, [bpb.de/308634](https://www.bpb.de/308634), zuletzt geprüft am 13.5.2020.
- 36 Julia Löhr, Geld oder Leben – die Corona-Moral, in: *FAZ*, 26.3.2020, S. 15.
- 37 O. A., Leben gefährdet: Ärzte greifen Facebook & Co. wegen Fake News an, in: *BR24*, [br.de/nachrichten/netzwelt/leben-gefaehrdet-aerzte-greifen-facebook-and-co-wegen-fake-news-an,RyJCnJC](https://www.br24.de/nachrichten/netzwelt/leben-gefaehrdet-aerzte-greifen-facebook-and-co-wegen-fake-news-an,RyJCnJC), zuletzt geprüft am 11.5.2020.
- 38 So etwa der Podcast der Bundeszentrale für politische Bildung, *Die »Wahrheit« in Zeiten von Corona. Verschwörungstheorien und Mythen rund um das Virus*, [bpb.de/306942](https://www.bpb.de/306942), zuletzt geprüft am 13.5.2020.



Hygiene-Institut der Universität Jena, undatiertes Foto aus dem Jahr 1959

Maximilian Schochow und Florian Steger

## Epidemien in der DDR – eine medizinhistorische Perspektive

Seit Ende Januar 2020 breitet sich in Deutschland SARS-CoV-2 aus. Ende März 2020 stellte der Deutsche Bundestag eine »epidemische Lage von nationaler Tragweite« fest.<sup>1</sup> Frühzeitig wies der Präsident des Robert Koch-Instituts darauf hin, dass sich die SARS-CoV-2-Pandemie in verschiedenen Regionen Deutschlands »unterschiedlich stark ausbreiten« werde.<sup>2</sup> Im April 2020 wurden dann die regionalen Unterschiede in den täglichen SARS-CoV-2-Statistiken deutlich und in den Medien wurde gefragt: »Warum hat der Osten weniger Corona-Fälle?«<sup>3</sup> Schnell wurden verschiedene Erklärungsansätze diskutiert: Die demografische Struktur oder die geringere Bevölkerungsdichte in den neuen Bundesländern reduzierten das Infektionsrisiko.<sup>4</sup> Alternativ wurde die Diktaturerfahrung der Ostdeutschen als Erklärungsversuch lanciert. Denn diese verstärkte die Einsicht,

dass die Einschränkungen durch die Hygieneregeln notwendig seien.<sup>5</sup> Als vorläufiger Höhepunkt dieser medialen Auseinandersetzung erwies sich die Frage, ob eine »DDR-Impfung« gegen SARS-CoV-2 helfe.<sup>6</sup>

Bei dieser sogenannten DDR-Impfung handelte es sich um die BCG-Impfung gegen Tuberkulose, die seit Ende der 1920er-Jahre weltweit zum Einsatz kam. Der Impfstoff wurde ab 1949 auch in der DDR in einem begrenzten Impfprogramm eingesetzt, das 1951/52 ausgeweitet wurde. Ab 1953 bestand in der DDR eine Pflicht zur BCG-Impfung mit Erst- und Wiederimpfung.<sup>7</sup> Aus Stellungnahmen des Robert Koch-Instituts und des Deutschen Zentralkomitees zur Bekämpfung der Tuberkulosen geht deutlich hervor, dass bisher keine Evidenz für die Behauptung vorliege, eine BCG-Impfung schütze vor SARS-CoV-2. Laufende klinische Studien zu dieser Frage seien noch nicht abgeschlossen.<sup>8</sup> Dennoch wurden in Medien die Vorteile einer Impfpflicht und Vorzüge der Gesundheitsversorgung der DDR immer wieder in den Vordergrund gerückt.<sup>9</sup>

Vor diesem Hintergrund möchten wir aus medizinhistorischer Perspektive einen Blick auf das Thema Epidemien in der DDR werfen. Dazu haben wir zunächst in Literaturdatenbanken Publikationen zum Themenfeld recherchiert und diese anschließend ausgewertet. Unsere These lautet, dass die rechtlichen Rahmenbedingungen in der DDR ein zentrales Instrument zur Bekämpfung von Epidemien darstellten. Sie gewährleisteten die ungehinderte Überwachung von Epidemien durch umfangreiche Melde- und Behandlungspflichten. Damit bildeten die rechtlichen Rahmenbedingungen neben prophylaktischen Impfungen eine wesentliche Grundlage bei der praktischen Bekämpfung von Epidemien. Im Weiteren werden wir zunächst die rechtlichen Rahmenbedingungen darstellen (Kapitel 1) und anschließend an drei Beispielen aufzeigen – Asiatische und Hongkonggrippe (Kapitel 2), Ruhrepidemie (Kapitel 3) und HIV/AIDS (Kapitel 4) –, wie in der DDR hierauf reagiert wurde.

## Rechtliche Rahmenbedingungen

In der SBZ/DDR waren bis in die 1960er-Jahre das »Reichs-Impfgesetz« vom 8. April 1874 und eine Vielzahl von Verordnungen der Sowjetischen Militäradministration Deutschlands (SMAD) gültig, in denen Fragen der Bekämpfung von Epidemien geregelt waren.<sup>10</sup> Eine einheitliche Regelung zum Schutz vor Epidemien trat in der DDR erst mit dem »Gesetz zur Verhütung und Bekämpfung übertragbarer Krankheiten beim Menschen« vom 20. Dezember 1965 in Kraft (GüK 1965), das durch mehrere

Durchführungsbestimmungen konkretisiert wurde.<sup>11</sup> Schließlich wurde am 3. Dezember 1982 eine Neufassung des »Gesetz[es] zur Verhütung und Bekämpfung übertragbarer Krankheiten beim Menschen« verabschiedet (GüK 1982), die bis zum Einigungsvertrag Bestand hatte.<sup>12</sup> Unter einer Epidemie wurde im GüK 1982 »das gehäufte Vorkommen einer übertragbaren oder vermutlich übertragbaren Krankheit mit zeitlicher und räumlicher Begrenzung« verstanden.<sup>13</sup>

Beide Gesetzestexte bestanden im Wesentlichen aus Schutzmaßnahmen, die im Einzelfall die »Weiterverbreitung einer übertragbaren Krankheit verhindern« bzw. im »Epidemiefall den Rückgang und das Erlöschen der übertragbaren Krankheit« bewirken sollten.<sup>14</sup> Ein zentraler Aspekt waren die Regelungen zur Meldepflicht. Sowohl im GüK 1965 als auch im GüK 1982 war festgelegt, dass alle Fälle übertragbarer Krankheiten, Verdachtsfälle übertragbarer Krankheiten, Personen, die ansteckend oder vermutlich ansteckend waren, Todesfälle an einer übertragbaren Krankheit, Ansteckungsgefahren und Epidemien meldepflichtig waren. Zu einer namentlichen Meldung verpflichtet waren alle untersuchenden bzw. behandelnden Ärzte und Leiter von Laboratorien bzw. Einrichtungen mit einer entsprechenden Diagnostik. Zudem mussten Pflegende, Leiter\_innen von Gemeinschaftseinrichtungen, Verantwortliche an Bord von öffentlichen Fernverkehrsmitteln und Leiter\_innen von Reisegruppen ihrer Meldepflicht nachkommen.<sup>15</sup>

Die Meldung hatte unverzüglich zu erfolgen, spätestens jedoch 24 Stunden nach erlangter Kenntnis über einen meldepflichtigen Tatbestand. Die Meldungen gingen an die zuständige Kreis-Hygieneinspektion.<sup>16</sup> Von dort aus wurden die Meldungen an das Zentralinstitut für Hygiene, Mikrobiologie und Epidemiologie der DDR in Berlin übermittelt. Wurde der Meldepflicht nicht nachgekommen, waren ein Verweis oder Ordnungsgeld von bis zu 500 Mark der DDR möglich.<sup>17</sup> Mit dem GüK von 1982 wurde die Meldepflicht erweitert. Nun mussten Personen, die vermuteten, an einer meldepflichtigen Krankheit zu leiden, sich selbst bei einem Arzt melden. Zudem mussten Personen einen Arzt oder die Staatliche Hygieneinspektion informieren, wenn sie vermuteten, dass ein Haushaltsangehöriger an einer meldepflichtigen Erkrankung litt.<sup>18</sup>

Mit der Meldung fiel die Pflicht zu einer Untersuchung zusammen. Bei einem positiven Befund bestand die Pflicht zur medizinischen Betreuung sowie Einweisung in ein Krankenhaus. Die Ärzte wiederum hatten die Pflicht, alle Personen vordringlich zu behandeln, bei denen ein Verdacht auf eine übertragbare Erkrankung vorlag.<sup>19</sup> Bei Todesfällen im Zusammenhang mit dem Verdacht auf eine meldepflichtige Krankheit war eine

Leichenöffnung zwingend.<sup>20</sup> Zur Verhütung von Epidemien wurden des Weiteren spezielle Abwehrmaßnahmen, unter anderem Krankenhauseinweisungen, Absonderungen oder Gesundheitskontrollen, möglich. Diese mussten innerhalb von 24 Stunden der Kreis-Hygieneinspektion gemeldet und von dieser bestätigt werden.<sup>21</sup> Absonderungen, beispielsweise Tätigkeits-, Ausbildungs-, Verkehrs- und Verhaltensbeschränkungen, waren immer zeitlich befristet.<sup>22</sup>

Neben Fragen der unmittelbaren Intervention wurden in den Gesetztexten auch Aspekte der Prävention geregelt. Hierzu gehörten Fragen der »Gesundheitserziehung«<sup>23</sup> und vor allem von Impfungen. Bereits in der SBZ waren Impfungen ein wesentlicher Bestandteil eines prophylaktisch orientierten Gesundheitsschutzes.<sup>24</sup> Für die Organisation und Überwachung von Schutzimpfungen war der Minister für Gesundheitswesen verantwortlich.<sup>25</sup> Er legte fest, ob zur Verhütung und Bekämpfung von Epidemien Schutzimpfungen durchgeführt werden, ob eine Impfung freiwillig oder eine Pflichtimpfung war. Zudem entschied er, welche Zielpersonen eine Impfung erhielten.<sup>26</sup> Die Verweigerung einer Pflichtimpfung war mit einem Verweis oder einer Ordnungsstrafe von bis zu 500 Mark belegt.<sup>27</sup> Freiwillige und Pflichtimpfungen waren unentgeltlich.<sup>28</sup>

## Grippeepidemien in der DDR

### Die »Asiatische Grippe« 1957–1958

Die »Asiatische Grippe«, an der weltweit ein bis zwei Millionen Menschen starben, hatte ihren Ursprung in China. Im Februar 1957 wurden erste Krankheitsfälle in Yunnan identifiziert.<sup>29</sup> Im Mai 1957 erreichte der Influenzavirus A/Singapore/1/57 (H2N2) auf dem Land- und auf dem Seeweg Europa. Während in der bundesdeutschen Öffentlichkeit im Juli 1957 noch spekuliert wurde, ob und wie die »Asiatische Grippe« in der Bundesrepublik angekommen sei, wurde im Juni 1957 in Ostberlin der erste influenzabedingte Todesfall registriert.<sup>30</sup> Dennoch sorgte diese Grippe in der DDR für wenig Aufsehen. Sie wurde zunächst als ein asiatisches beziehungsweise ein westdeutsches Problem verstanden.<sup>31</sup> So berichtete im August 1957 das SED-Zentralorgan *Neues Deutschland*, dass US-Soldaten die »Asiatische Grippe« über den Seeweg in die Bundesrepublik »eingeschleppt« hätten. Über den tatsächlichen Verlauf der Grippe wurde in der DDR-Presse nicht berichtet.<sup>32</sup>

Dass sich die »Asiatische Grippe« in der DDR verbreitete, belegen epidemiologische Berichte. Unter anderem im Kreis Magdeburg lag in der

ersten Oktoberwoche 1957 die Morbidität, also die Zahl der Erkrankten, bei 9711 Erkrankungen auf 100 000 Einwohner.<sup>33</sup> Trotz hoher Morbiditätsraten in der gesamten DDR wurde die Grippe von den Gesundheitsbehörden der DDR als eher harmlos eingeschätzt. Unter anderen ging der öffentliche Gesundheitsdienst des Magistrats von Berlin lediglich von einem leichten Verlauf der Erkrankungen aus.<sup>34</sup> Lediglich in Ostberlin wurden ab September 1957 an verschiedenen Stellen Möglichkeiten zur freiwilligen Impfung zur Verfügung gestellt – unter anderen im »Haus der Gesundheit«. Die allgemeine Knappheit an dem Impfstoff führte aber zu Priorisierungen. Schwerpunkte bei der Versorgung wurden auf Versorgungsbetriebe, Kindergärten und Schulen gelegt. Eine Versorgung mit dem Impfstoff auch außerhalb von Ostberlin ist nicht bekannt.<sup>35</sup>

### Die »Hongkonggrippe« 1968–1970

Auch die »Hongkonggrippe« hatte ihren Ursprung in China. Das Influenzavirus A/H3N2 breitete sich von dort über Hongkong weltweit aus. Erste Berichte über diese Grippe sind auf den Sommer 1968 datiert. Ende 1968 hatte die »Hongkonggrippe« auch die DDR erreicht. Auf Grundlage des GüK 1965 war der Gesundheitsminister der DDR, Max Sefrin (1913–2000), für die Epidemie zuständig.<sup>36</sup> Seiner Einschätzung nach war die epidemiologische Situation Anfang 1969 weitgehend unkritisch. Zudem hatte die DDR in den Jahren zuvor wesentliche Vorkehrungen in Erwartung einer neuen Grippeepidemie getroffen. Sefrin hatte bereits im Juli 1964 die Gründung eines Zentrallaboratoriums für respiratorische Viren in Ostberlin veranlasst, das »Grippezentrum der DDR« war.<sup>37</sup> Zudem hatte Sefrin ab Herbst 1968 die Bereitstellung eines wirkungsvollen Impfstoffes für 600 000 Menschen und die Optimierung der Zusammenarbeit auf Bezirksebene vorangetrieben. Darüber hinaus wurde im Februar 1969 eine allgemeine Meldepflicht zur Grippe erlassen und die sorgfältige epidemiologische Analyse der Erkrankungen an respiratorischen Infekten (über die Atmung verbreitet und aufgenommen) gefordert.<sup>38</sup> Auf Grundlage der erhobenen Daten sollten valide Aussagen zum Verlauf der Grippe möglich werden. Im März 1969 wurde in der DDR der Höhepunkt bei den Infektionen mit der Grippe und des Krankenstandes erreicht: Es lagen 87 082 Erkrankungsfälle in der gesamten DDR vor.<sup>39</sup> Mit dem Ende der Grippesaison 1968/69 im Frühjahr 1969 wurden auch die Infektionsraten rückläufig.

Die zweite Welle der »Hongkonggrippe« trat Anfang 1970 auf. Hierauf wurde von den Behörden regional unterschiedlich reagiert. Dies reichte

von Informationskampagnen zur Belehrung der Öffentlichkeit über Hygiene und Seuchengeschehen, über die Sperrung von Krankenhäusern für Angehörige und sonstige Besucher\_innen bis hin zur Einschränkung der Bewegungsfreiheit durch das Erlassen von Quarantänemaßnahmen.<sup>40</sup> In Informationsfilmen zur Hygieneerziehung, die in den meisten Kinos der DDR und im Fernsehen eingesetzt wurden und sich heute im Dresdner Hygiene-Museum befinden, wurde unter anderem für die Schutzimpfung geworben. Dieses Vorgehen hatte offenkundig Wirkung. Denn allein im vierten Quartal 1970 wurden nach Angaben des Ministeriums für Gesundheitswesen 889 832 Impfungen bei Erwachsenen und 1 032 145 Impfungen bei Kindern durchgeführt.<sup>41</sup>

Hingegen lassen sich kaum Aussagen zum tatsächlichen Verlauf der Grippe machen, da in den Statistiken nicht zwischen der saisonalen und der »Hongkonggrippe« unterschieden, sondern generell von respiratorischen Erkrankungsformen der Influenza gesprochen wurde.

## Ruhrepidemien in den 1960er-Jahren

Im Frühjahr 1962 breitete sich in der gesamten DDR eine Ruhrepidemie aus, die bis heute als ein besonders schweres Ruhrgeschehen in der DDR gilt. Erste fieberhafte Darmerkrankungen traten im März in Ostberlin auf. Ende März 1962 wurde von einem explosiven Ausbruch der Epidemie gesprochen.<sup>42</sup> Daraufhin wurde Anfang Mai 1962 die Bildung von zwei Kommissionen beim Ministerium für Gesundheitswesen beschlossen: die »Kommission zur Erforschung der Ursachen der Ruhrepidemie« und die »Zentrale Kommission zur Bekämpfung und Beseitigung der Ruhr-Epidemie«.<sup>43</sup> Das Ausbruchsgeschehen konzentrierte sich zunächst auf Ostberlin. Unter anderen an einer Oberschule in Treptow erkrankten 300 Schüler. Bereits Ende Mai 1962 waren in Ostberlin insgesamt 48 296 Erkrankte gemeldet und in der gesamten DDR waren 73 569 Erkrankungen an der Ruhr erfasst.<sup>44</sup> Doch schon in den darauffolgenden Wochen konnte ein Rückgang der Neuerkrankungen in der gesamten DDR registriert werden.

Die rasche Eindämmung dieser Epidemie hatte zwei Gründe: die Ursachenforschung, vorangetrieben von der »Kommission zur Erforschung der Ursachen der Ruhr-Epidemie«, und die Maßnahmen, die zur Eindämmung der Epidemie umgesetzt wurden.<sup>45</sup> Mithilfe epidemiologischer Auswertungen des Geschehens konnte das Nahrungsmittel Butter als Primärquelle für die Infektionen ermittelt werden.<sup>46</sup> Weitere Untersuchungen

ergaben, dass die sogenannte Molkereibutter kontaminiert war. Molke-reibutter war eine Mischbutter, die durch das Mischen unterschiedlicher Buttersorten hergestellt wurde. Bei der Herstellung, Verarbeitung oder Lagerung der Molkereibutter musste es zu der Kontamination mit dem verantwortlichen Erreger *Shigella flexneri* Typ 4A gekommen sein, so die »Kommission zur Erforschung der Ursachen der Ruhr-Epidemie«. <sup>47</sup>

Die »Zentrale Kommission zur Bekämpfung und Beseitigung der Ruhr-Epidemie« erarbeitete und koordinierte unter Leitung von Minister Sefrin alle Maßnahmen zur Bekämpfung der Epidemie. <sup>48</sup> Die ärztliche Versorgung sah folgende Schritte vor: An Durchfall erkrankte Personen wurden zwangshospitalisiert. Nach Sefrins Anweisungen wurde das Antibiotikum Sulfaguanidin in der Therapie angewendet. Nach Ende der Therapie sollten in den folgenden sechs Monaten sechs bakteriologische Stuhluntersuchungen durchgeführt werden, um die Sicherung des Therapieerfolges nachzuweisen. <sup>49</sup> Zudem wurde eine Aufklärungskampagne zu Fragen der Hygiene initiiert. In der Presse erschienen zahlreiche Zeitungsartikel zu folgenden Themenfeldern: Sauberkeit, ABC der Hygiene oder zur Hygiene als erste Bürgerpflicht. Darüber hinaus wurden Schwimmbäder geschlossen und der innerstaatliche Reiseverkehr eingeschränkt. Schließlich wurden prophylaktische Maßnahmen für gefährdete Personenkreise erlassen: Kinder ab dem sechsten Monat in Kindereinrichtungen und Schulen, Lehrer\_innen, Erzieher\_innen, Beschäftigte der Lebensmittelbetriebe, des Lebensmittelhandels, der Wäschereien, der Verkehrsbetriebe sowie Friseur\_innen und Postzusteller\_innen erhielten eine Prophylaxe mit Bakteriophagen. <sup>50</sup> Diese Viren bekämpfen die Vermehrung ihrer Wirtsbakterien.

In den darauffolgenden Jahren kam es immer wieder zu lokalen und regionalen Ausbrüchen der Ruhr. Im September 1967 beispielsweise brach eine Ruhrepidemie in der Berliner Strafanstalt Rummelsburg aus. Ein Großteil der rund 2400 Häftlinge erkrankte. Erst Ende November 1967 war die lokal begrenzte Epidemie abgeklungen. <sup>51</sup> Ende 1968 und Anfang 1969 kam es zu regionalen Ereignissen in der DDR. 1968 waren mehrere Hundert und 1969 mehr als tausend Ruhrerkrankungen in der DDR gemeldet worden. <sup>52</sup> Die »Zentrale Kommission zur Bekämpfung epidemischer Erkrankungen« ließ die Lebensmittelproduktion und den Lebensmittelhandel umfangreich prüfen, um den Erreger der Ruhrepidemie zu identifizieren, und reagierte mit den erprobten Maßnahmen vom Anfang der 1960er-Jahre. <sup>53</sup>

## HIV/AIDS:

### »Es handelt sich um eine internationale Epidemie!«

Das Eingeständnis, bei HIV/AIDS handele es sich um eine »internationale Epidemie«, deren Erforschung und Bekämpfung auch von der DDR unterstützt und vorangetrieben werden müsse, wurde im September 1987 vom Generalsekretär des ZK der SED und Vorsitzenden des Staatsrats der DDR Erich Honecker (1912–1994) verlautbart.<sup>54</sup> Zuvor galt HIV/AIDS offiziell als eine »Westkrankheit« beziehungsweise ein soziales Problem des Westens, vor dem die DDR durch den Antifaschistischen Schutzwall geschützt sei.<sup>55</sup> Dieser Lesart bediente sich die Partei- und Staatsführung entgegen den Empfehlungen ärztlicher Expert\_innen. Stellvertretend für diese Haltung steht der Minister für Gesundheitswesen der DDR, Ludwig Mecklinger (1919–1994). Dieser entschied noch Anfang 1984, die Öffentlichkeit nicht über HIV/AIDS zu informieren.<sup>56</sup>

Diese offizielle Haltung stand im Gegensatz zum intern gewählten Vorgehen von Mecklinger. Bereits 1983 hatte das Ministerium für Gesundheitswesen eine Berater\_innengruppe eingerichtet, die internationale wissenschaftliche Erkenntnisse zu HIV/AIDS analysieren und daraus Empfehlungen ableiten sollte.<sup>57</sup> Die Bezirksärzt\_innen und Leiter\_innen der Medizinischen Dienste wurden über HIV/AIDS informiert, deren Auftreten auch in der DDR nicht ausgeschlossen werden konnte.<sup>58</sup> Zudem wurde ein diagnostisches System implementiert, eine Abstimmung mit der Blutspendekartei in Berlin vorgenommen und veranlasst, dass im Staatlichen Kontrollinstitut für Seren und Impfstoffe eine AIDS-Bibliografie geführt wurde.<sup>59</sup> Darüber hinaus wurden alle ausländischen Bürger\_innen zu einem HIV-Test verpflichtet, die sich länger als drei Monate in der DDR aufhielten.<sup>60</sup> Schließlich sollte die als Risikogruppe ausgemachte Berliner »Homosexuellenszene« durch »Mund-zu-Mund-Propaganda« informiert werden.<sup>61</sup>

Der Wandel im Umgang mit HIV/AIDS innerhalb der Partei- und Staatsführung ist durch mehrere Meilensteine gekennzeichnet. Vor allem die Arbeit der AIDS-Berater\_innengruppe, die vom Direktor der Hautklinik an der Berliner Charité, Niels Sönnichsen (\*1930), geleitet wurde, trug hierzu wesentlich bei. Innerhalb dieser Arbeitsgruppe wurde schnell klar, dass sich die DDR nicht dauerhaft gegen die Gefahren einer Epidemie abschotten konnte. Der erste HIV-Patient in der DDR war ein Messebesucher aus Frankfurt am Main, der im Dezember 1983 im Leipziger Diakonissenkrankenhaus mit hohem Fieber eingeliefert worden war und nach einer Behandlung wieder ausreisen konnte.<sup>62</sup> 1986 registrierte das Minis-

terium für Gesundheitswesen den ersten HIV-positiven DDR-Bürger. Ein Tänzer aus Leipzig hatte sich bei ausländischen Gästen infiziert.<sup>63</sup>

Im August 1986 wurde dann die erste Radiosendung produziert, in der Sönnichsen Fragen von Journalisten zum Thema HIV/AIDS beantwortete. In diesem Rahmen wurde nicht mehr von einer Westkrankheit gesprochen, sondern den Zuhörer\_innen Wissen zum Schutz vor der Immunschwächekrankheit vermittelt. Zudem setzten sich die Mitglieder der AIDS-Berater\_innengruppe für eine verstärkte Aufklärung der Bevölkerung mithilfe eines »Maßnahmenplan[s] zur Verwirklichung des komplexen Programms zur Verhütung und Bekämpfung von AIDS in der DDR« ein.<sup>64</sup> Dieser Plan beinhaltete Sonderforschungsvorhaben, eine verstärkte Zusammenarbeit mit internationalen Wissenschaftler\_innen und bessere Laborausstattungen. Es waren Fortbildungsveranstaltungen für Ärzt\_innen und Pflegende sowie eine Aufklärungskampagne durch das Deutsche Hygiene-Museum in Dresden vorgesehen. Schließlich war eine Steigerung der Kondomproduktion geplant, die aber aufgrund des desolaten Zustands der DDR-Wirtschaft bis zur Wende 1989/90 nicht umgesetzt werden konnte. Zudem arbeiteten ab 1987 Wissenschaftler\_innen und Gesundheitspolitiker\_innen aus der Bundesrepublik und der DDR in Forschungs- und Präventionsfragen zusammen.<sup>65</sup>

## Resümee

Die Unterschiede in den SARS-CoV-2-Statistiken zwischen den alten und den neuen Bundesländern verschwanden in den folgenden Monaten ebenso schnell wie die verschiedenen Erklärungsansätze in den Medien. Weder der demografische Wandel noch die Diktaturerfahrung der Ostdeutschen oder die BCG-Impfungen konnten die temporär aufgetretenen statistischen Unterschiede erklären. Dennoch belegen diese Medienberichte, dass die SARS-CoV-2-Pandemie mit Beginn ihres Auftretens national wie international politisiert wurde.<sup>66</sup>

Bis heute wird das zentral gesteuerte Gesundheitssystem der DDR mit Impfwang und effektiven Maßnahmen der Krankheitsprävention in Zusammenhang gebracht.<sup>67</sup> Die groß angelegten Impfprogramme der DDR hatten tatsächlich eine enorme Wirkung. Hierfür steht unter anderem das Beispiel der zentral verwalteten Einführung der Polioimpfung Ende der 1950er-Jahre. Während in der Bundesrepublik Polioepidemien ausbrachen, waren die Bürger\_innen der DDR weitgehend immunisiert.<sup>68</sup> Solche Erfolge setzten jedoch einen Impfstoff voraus. Anhand der Bei-

spiele der Asiatischen und der Hongkonggrippe, der Ruhrepidemie und von HIV/AIDS wurde deutlich, dass ein Impfstoff nicht immer im ausreichenden Maß zur Verfügung stand, um prophylaktisch zu handeln.

Vor diesem Hintergrund wird umso deutlicher, dass die rechtlichen Rahmenbedingungen wesentliche Instrumente zur Verhütung und Bekämpfung von Epidemien in der DDR waren, die nicht außer Acht gelassen werden können. In den »Gesetz[en] zur Verhütung und Bekämpfung übertragbarer Krankheiten beim Menschen« von 1965 und 1982 waren die Schutzmaßnahmen so gestaltet, dass eine reibungslose Überwachung von übertragbaren Krankheiten und Epidemien durch umfangreiche Meldepflichten sichergestellt war. Diese Pflichten wurden ergänzt mit einer Behandlungspflicht und zahlreichen Abwehrmaßnahmen, unter anderem Krankenhauseinweisungen, Absonderungen oder Gesundheitskontrollen. Zudem konnten zeitlich begrenzte Tätigkeits-, Ausbildungs-, Verkehrs- und Verhaltensbeschränkungen auferlegt werden. Die Melde- und Behandlungspflichten, ergänzt um die Abwehrmaßnahmen, bildeten in der Praxis die Grundlage bei der Bekämpfung von Epidemien, wie unter anderem das Beispiel der »Hongkonggrippe« Ende der 1960er-Jahre zeigt.

*Erschienen auf DA Online am 10.11.2020.*

## Anmerkungen

- 1 Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages, Epidemische Lage von nationaler Tragweite. Verfassungsrechtliche Fragestellungen vom 10. Juni 2020, WD 3 - 3000 - 141/20, <https://www.bundestag.de/resource/blob/700666/da1b330c0d4f3ac6c8b14ed3844a4d38/WD-3-141-20-pdf-data.pdf>, zuletzt aufgerufen am 9.10.2020.
- 2 Julia Merlot, Chef des Robert Koch-Instituts »Wir gehen davon aus, dass es ein Stresstest wird für unser Land«, in: Der Spiegel, 13.03.2020, [www.spiegel.de/wissenschaft/medizin/coronavirus-wir-gehen-davon-aus-dass-es-ein-stresstest-wird-fuer-unser-land-sagt-rki-chef-lothar-wieler-a-86251a54-182c-4bfa-9d60-1dc6084b987d](http://www.spiegel.de/wissenschaft/medizin/coronavirus-wir-gehen-davon-aus-dass-es-ein-stresstest-wird-fuer-unser-land-sagt-rki-chef-lothar-wieler-a-86251a54-182c-4bfa-9d60-1dc6084b987d), zuletzt aufgerufen am 9.10.2020.
- 3 Linda Schildbach, Warum hat der Osten weniger Corona-Fälle?, in: MDR Aktuell Radio, 29.4.2020, [www.mdr.de/nachrichten/panorama/warum-weniger-corona-virus-faelle-ost-deutschland-100.html](http://www.mdr.de/nachrichten/panorama/warum-weniger-corona-virus-faelle-ost-deutschland-100.html), zuletzt aufgerufen am 9.10.2020.
- 4 Hannah Wagner, Warum der Osten weniger unter Corona leidet?, in: Apotheken-Umschau, 4.5.2020, [www.apotheken-umschau.de/Coronavirus/Warum-der-Osten-weniger-unter-Corona-leidet-558527.html](http://www.apotheken-umschau.de/Coronavirus/Warum-der-Osten-weniger-unter-Corona-leidet-558527.html), zuletzt aufgerufen am 9.10.2020.
- 5 Michael Schlieben, Alte Politiker und Corona: »Ich gehöre zu drei Risikogruppen«, in: Die Zeit, 4.4.2020, [www.zeit.de/politik/deutschland/2020-04/alte-politiker-coronavirus-risikogruppe-infektionsrisiko](http://www.zeit.de/politik/deutschland/2020-04/alte-politiker-coronavirus-risikogruppe-infektionsrisiko), zuletzt aufgerufen am 9.10.2020.
- 6 Jörg Spreemann, Hilft eine DDR-Impfung gegen das Corona-Virus?, in: Nordkurier, 27.4.2020, [www.nordkurier.de/mecklenburg-vorpommern/hilft-eine-ddr-impfung-gegen-das-coronavirus-2739185304.html](http://www.nordkurier.de/mecklenburg-vorpommern/hilft-eine-ddr-impfung-gegen-das-coronavirus-2739185304.html), zuletzt aufgerufen am 9.10.2020.

- 7 Silvia Klein/Irene Schöneberg/Gérard Krause, Vom Zwang zur Pockenschutzimpfung zum Nationalen Impfplan. Die Entwicklung des Impfwesens vom Deutschen Kaiserreich bis heute, in: Das Bundesgesundheitsblatt 55 (2012), S. 1512–1523.
- 8 Robert Koch-Institut (RKI), Bieten Lebendimpfstoffe wie BCG oder OPV Schutz gegenüber (schwerer) COVID-19?, in: COVID-19 und Impfen, Antworten auf häufig gestellte Fragen, 6.5.2020, [https://www.rki.de/SharedDocs/FAQ/COVID-Impfen/FAQ\\_Liste\\_Massnahmen.html](https://www.rki.de/SharedDocs/FAQ/COVID-Impfen/FAQ_Liste_Massnahmen.html), zuletzt aufgerufen am 9.10.2020; Ralf Otto-Knapp/Brit H cker/Cornelia Breuer/Roland Diel/Stefan H.E. Kaufmann/Gerit Korr/Michael Pfeiffer/Tom Schaberg/Nicolas Schönfeld/Peter Witte/Torsten Bauer, DZK Stellungnahme zu Tuberkulose und COVID-19, 9.6.2020, [www.dzk-tuberkulose.de/wp-content/uploads/2020/06/DZK-Stellungnahme-TBC-COVID19-f%C3%BCr-Webseite.pdf](http://www.dzk-tuberkulose.de/wp-content/uploads/2020/06/DZK-Stellungnahme-TBC-COVID19-f%C3%BCr-Webseite.pdf), zuletzt aufgerufen am 9.10.2020.
- 9 Heinrich Niemann, Was die DDR in der Seuchenbekämpfung besser machte, in: Berliner Zeitung, 21.05.2020, [www.berliner-zeitung.de/zeitenwende/ein-arzt-ist-kein-kleinunternehmerli.84055](http://www.berliner-zeitung.de/zeitenwende/ein-arzt-ist-kein-kleinunternehmerli.84055), zuletzt aufgerufen am 9.10.2020.
- 10 Malte Thießen, Vorsorge als Ordnung des Sozialen, Impfen in der Bundesrepublik und der DDR, in: Zeithistorische Forschungen 10 (2013), S. 409–432; Silvia Klein, Zusammenhang zwischen Impfungen und Inzidenz und Mortalität von Infektionskrankheiten. Zeitreihenanalysen mit Meldedaten zu Diphtherie, Pertussis, Poliomyelitis und Tetanus von 1892 bis 2011 in Deutschland, Berlin 2013.
- 11 Gesetz zur Verhütung und Bekämpfung übertragbarer Krankheiten beim Menschen vom 20. Dezember 1965, in: Gesetzblatt der DDR, Teil I, Nr. 3, S. 29–44.
- 12 Gesetz zur Verhütung und Bekämpfung übertragbarer Krankheiten beim Menschen vom 20. Dezember 1965, in: Gesetzblatt der DDR, Berlin, 10.12.1982, Teil I, Nr. 40, S. 631–637.
- 13   7, ebenda.
- 14   8, ebenda.
- 15   11 (Anm. 11),   25 (Anm. 12).
- 16 Ebenda.
- 17   45 (Anm. 11),   40 (Anm. 12).
- 18   15 (Anm. 12).
- 19   16, ebenda.
- 20   27, ebenda.
- 21   11 (Anm. 11),   25 (Anm. 12).
- 22   8 (Anm. 12).
- 23   13 (Anm. 11),   21 (Anm. 12).
- 24 Siehe Jenny Linek, Gesundheitsvorsorge in der DDR zwischen Propaganda und Praxis, Stuttgart 2016.
- 25   21 (Anm. 11),   9 (Anm. 12).
- 26   20 (Anm. 12).
- 27   45 (Anm. 11),   40 (Anm. 12).
- 28   22 (Anm. 11),   20 (Anm. 12).
- 29 Maximilian Kutzner, Debatte zur Herkunft der Asiatischen Grippe 1957. Ein systemrelevantes Beispiel für die Gegenwart?, in: Deutschland Archiv, 19.5.2020, [www.bpb.de/310154](http://www.bpb.de/310154), zuletzt aufgerufen am 9.10.2020.
- 30 Vgl. David Rengeling, Vom geduldigen Ausharren zur allumfassenden Prävention. Grippe-Pandemien im Spiegel von Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit, Baden-Baden 2017; vgl. auch Wilfried Witte, Pandemie ohne Drama. Die Gripeschutzimpfung Zeit der Asiatischen Grippe, in: Medizinhistorisches Journal 48 (2013), S. 34–66.
- 31 Vgl. Kutzner, Debatte zur Herkunft der Asiatischen Grippe 1957 (Anm. 29); siehe auch Bettina Hitzer, Angst, Panik?! Eine vergleichende Gef hlsgeschichte von Grippe und Krebs in der

- Bundesrepublik, in: Malte Thießen (Hg.), *Infiziertes Europa. Seuchen im langen 20. Jahrhundert* (Beihefte der Historischen Zeitschrift 64), München 2014, S. 137–156.
- 32 Kutzner, Debatte zur Herkunft der Asiatischen Grippe 1957 (Anm. 29).
- 33 R. Offenbauer/B. Tumová/K. Skvrnová, Serologische Untersuchungen im Verlauf der Influenza A2-Epidemie 1965 in Magdeburg, in: *Zeitschrift für medizinisch Mikrobiologie und Immunologie* 153 (1967), S. 284–296.
- 34 Witte, Pandemie ohne Drama (Anm. 30).
- 35 Ebenda.
- 36 Anm. 11.
- 37 Wilfried Witte, Die Grippepandemie 1968–1970: Strategien der Krisenbewältigung im getrennten Deutschland. »Wodka und Himbeertee«, in: *Deutsche Medizinische Wochenschrift* 136 (2011), S. 2664–2668.
- 38 Rengeling, Vom geduldigen Ausharren (Anm. 30).
- 39 Ebenda.
- 40 Ebd.
- 41 Ebd.
- 42 Florian Georg Leupold, Die Geschichte des VEB Serum-Werk Bernburg von 1954 bis 1990 unter besonderer Berücksichtigung biogener Arzneistoffe, Univ.-Diss. Marburg 2018.
- 43 Ebenda.
- 44 Leupold, Die Geschichte des VEB Serum-Werk Bernburg (Anm. 42).
- 45 Ebenda.
- 46 Ebd.
- 47 Ebd.
- 48 Ebd.
- 49 Ebd.
- 50 Ebd.
- 51 Heike Hoffmeister, Arbeitshaus der Stadt Berlin zu Rummelsburg. Strafvollzugseinrichtung I Berlin. Wohnen an der Rummelsburger Bucht: 1877 bis heute, in: *Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat* 31 (2012), S. 3–16.
- 52 Rengeling, Vom geduldigen Ausharren (Anm. 30).
- 53 Ebenda.
- 54 Henning Tümmers, AIDS und die Mauer. Deutsch-deutsche Reaktionen auf eine komplexe Bedrohung, in: Malte Thießen (Hg.), *Infiziertes Europa. Seuchen im langen 20. Jahrhundert*, München 2014, S. 157–185.
- 55 Erhard Geißler, »Lieber AIDS als gar nichts aus dem Westen!« Wie Partei- und Staatsführung der DDR mit dem AIDS-Problem umgingen, in: *Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat* 22 (2007), S. 91–116.
- 56 Ebenda.
- 57 Henning Tümmers, AIDS und die Mauer (Anm. 54).
- 58 Ebenda.
- 59 Erhard Geißler, »Lieber AIDS als gar nichts aus dem Westen!« (Anm. 55).
- 60 Tümmers, AIDS und die Mauer (Anm. 54).
- 61 Geißler, »Lieber AIDS als gar nichts aus dem Westen!« (Anm. 55).
- 62 Tümmers, AIDS und die Mauer (Anm. 54).
- 63 Ebenda.
- 64 Ebd.
- 65 Tümmers, AIDS und die Mauer (Anm. 54).
- 66 Marcin Orzechowski/Maximilian Schochow/Florian Steger, Balancing public health and civil liberties in times of pandemic, in: *Journal of Public Health Policy*, doi:10.1057/s41271-020-00261-y.

- 67 Thießen, Vorsorge als Ordnung des Sozialen (Anm. 10); siehe auch Linek, Gesundheitsvorsorge in der DDR zwischen Propaganda und Praxis (Anm. 24); Hubertus Knabe, In der DDR wurde nicht lange gefäckt, in: *Die Welt* vom 20. April 2020, [www.welt.de/wirtschaft/article207370313/Coronavirus-Wie-die-DDR-mit-Pandemien-umging.html](http://www.welt.de/wirtschaft/article207370313/Coronavirus-Wie-die-DDR-mit-Pandemien-umging.html), zuletzt aufgerufen am 9.10.2020.
- 68 Vgl. Annette Hinz-Wessels, Medizinische Verflechtung und Systemkonkurrenz im Kalten Krieg: Poliobekämpfung im geteilten Berlin, in: *Medizinhistorisches Journal* 55 (2020), S. 132–171.



Nach dem Angriff eines rechtsextremen Täters sind noch die Einschusslöcher auf einer Tür zur Synagoge sichtbar. Die Tür schützte die Gemeinde vor dem Anschlag des Mannes. Bei dem Angriff vor der Synagoge in Halle sind am 9.10.2019 zwei Menschen erschossen worden.

Charlotte Misselwitz

## Als ob wir nichts zu lernen hätten von den linken Juden der DDR ...

### Bemerkungen zum Beitrag von Micha Brumlik »Ostdeutscher Antisemitismus: Wie braun war die DDR?«

Inge Rapoport ist im vereinten westlichen Deutschland *nur* Doktorin geworden, so ließe sich herleiten. 2015 war sie in allen Medien, weil sie im Alter von 102 Jahren ihren Dokortitel an der Universität Hamburg verteidigte, die sie als jüdische Studentin unter den Nazis 1938 verlassen musste.

Dabei hat sie in der DDR ohne Dokortitel durchaus Karriere gemacht. Sie wurde Professorin für Pädiatrie und hat die Neonatologie an der Berliner Charité aufgebaut. Als sie am 23. März 2017 mit 104 Jahren starb, war das in einem Land, in dem das Leben für Jüdinnen und Juden wieder gefährlicher geworden ist. Ihr blieb zwar der Anschlag auf die Synagoge der jüdischen Gemeinde in Halle erspart, aber noch zu ihren Lebzeiten hatte sich die Zahl der antisemitischen Straftaten in der Bundesrepublik Deutschland verdoppelt. Das heißt doch wohl: Seit der Wiedervereinigung ist die Situation für Jüdinnen und Juden in Ostdeutschland schlechter geworden. Kein Wunder, könnte man sagen, wurde die DDR doch mit einem Land vereinigt, in dem ehemalige Nazis einst Politikerkarrieren machen konnten. Ja, wäre die Schlussfolgerung, die Wessis und ihr Antisemitismusproblem.

Aber so würde auch Inge Rapoport nicht reden. So eine Verallgemeinerung gegenüber Westdeutschen wäre nämlich unsachlich, weil es die erheblichen finanziellen und ideellen Wiedergutmachungsbemühungen der BRD oder auch die heftigen Auseinandersetzungen der 68er-Bewegung mit ihren Nazi-Eltern übergehen würde. Das hieße einfach nur den Spieß umdrehen ... Der geschätzte Micha Brumlik hat neulich dem nach der »Wende« geborenen Attentäter von Halle einen spezifisch ostdeutschen Antisemitismus attestiert.<sup>1</sup> Dabei kommt es zu der schon oft gemachten Zuspitzung, wonach aus westdeutscher Sicht die SED-Diktatur als Fortsetzung der NS-Diktatur erklärt wird.<sup>2</sup> Es wäre auch eine Gleichsetzung von rot und braun oder links und rechts durch die Darstellung des 1992 geborenen, rechtsradikalen Attentäters in Halle als angeblich von links durchtränkten Antisemiten. Im Ergebnis attestiert Brumlik der DDR Antisemitismus als eine »Form des vulgärdoktrinären Antikapitalismus«, als »Sozialismus der dummen Kerls« nach August Bebel sowie »eines diktatorischen Staatssozialismus«, wie es heißt. Und dabei werden nach Harry Waibel große Zahlen von antisemitischen Schmierereien in insgesamt 40 Jahren DDR geschwungen, minutiös durch die Stasi aufgelistet, ohne diese Zahlen mit Zahlen aus dem Westen Deutschlands zu vergleichen. Oder wurden die dort nicht so genau aufgelistet? Nein, so redet man nicht.

## Im Osten gab es lange weniger Antisemitismus als im Westen

Ein Vergleich hätte eine andere Rede und sogar ein anderes Bild zur Folge: Von den 1990er-Jahren bis in die Mitte des nächsten Jahrzehnts befanden unterschiedliche westliche Meinungsforschungsinstitute unabhängig voneinander, dass der Antisemitismus in den östlichen Bundesländern nur

halb so stark sei wie in den westlichen. Das American Jewish Committee (AJC) verzeichnete 1991 maximal sechs Prozent im Osten versus maximal 16 Prozent im Westen.<sup>3</sup> 1996 waren die Werte der Ostdeutschen bei den unterschiedlichen antisemitischen Vorurteilen, etwa Juden hätten »zu viel Einfluss«, bei ALLBUS (Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften) im Schnitt halb so hoch, wie die Werte der Westdeutschen.<sup>4</sup> Auch die Erhebungen der Friedrich-Ebert-Stiftung bestätigten diesen Befund noch Mitte der Nullerjahre.<sup>5</sup> All diese Institute zeigen alsdann, dass eine Angleichung zwischen Ost und West erst 15 Jahre nach der Wiedervereinigung erfolgte (wobei in der Kempf-Studie von 2013 noch für 2010 die Ostdeutschen im Schnitt ein Viertel weniger antisemitische Tendenzen zeigen<sup>6</sup>). Vor dem Hintergrund solcher Vergleichswerte ist nur zu vermuten, wie viele antisemitische Schmierereien in 40 Jahren Bundesrepublik zu verzeichnen waren. Und wohlgemerkt, diese Zahlen sind nicht zu verwechseln mit denen zur Ausländerfeindlichkeit in Ostdeutschland: Die stiegen in allen Erhebungen Anfang der 1990er-Jahre rasant an und sind bis heute dreimal höher als der Antisemitismus in Ost und West.<sup>7</sup>

## Argumente aus dem Osten werden ausgeblendet

Aber die eher niedrigen Werte zum ostdeutschen Antisemitismus werden nie positiv betrachtet. Im Gegenteil, die unterschiedlichen, meist westlichen Publikationen suggerieren immer wieder wie auch Brumliks Text, dass es viel schlimmer gewesen sein muss im Osten. Fakten, Argumente, Aufzählungen, all das nützt nichts. Daniela Dahn nimmt sich des westdeutschen Urteils, der Holocaust sei in der DDR verschwiegen worden, aufs Neue an.<sup>8</sup> Sie listet aufwendig gemachte DDR-Filme über jüdische Verfolgung und Massenvernichtung auf, teils schon lang vor der in Westdeutschland ausgestrahlten US-Serie »Holocaust«. Sie kommt auf eine stattliche Sammlung von insgesamt mehr als 1000 Titeln, von denen so gut wie alle auf der bei Wikipedia geführten »Liste von Filmen zum Holocaust« fehlen. Und so beschreibt sie auch die Ohnmachtsgefühle, die in einem als Ostdeutsche aufkommen, wenn man die Wahl hat zwischen dem »kräftezehrenden Widerspruch« oder dem, still, krank und aggressiv zu werden.

Dabei beruhen Brumliks Zuweisungen ebenfalls auf Fakten, beispielsweise die Erinnerung an die berüchtigten Kosmopolitismusprozesse des Sowjetblocks in den Jahren 1952/53. Auch Inge Rapoport nickte natürlich, die ungezählten Verhaftungen und Verurteilungen von Juden als angebliche Agenten des Westens waren schrecklich. Sie führten zur Flucht

vieler mehr oder weniger »bekennenden« Jüdinnen und Juden aus der DDR und viele Gemeinden waren danach nicht mehr existent. Aber Rapoport verwies stets darauf, dass all das mit Stalins Tod 1953 recht abrupt aufhörte, dass dies passierte, kurz nachdem sie 1952 in die DDR kam – und das ebenfalls als Verfolgte, diesmal aus den USA. Sie und ihr Mann Mitja Rapoport konnten als Krankenhausärzte in der McCarthy-Ära dort nicht mehr arbeiten, weil sie Mitglieder in kommunistischen Organisationen waren. Zwei amerikanische Staatsbürger jüdischer Herkunft, Ethel und Julius Rosenberg, wurden 1953 wegen Spionage für die Sowjetunion in den USA hingerichtet. Viele andere, etwa der Drehbuchautor und Regisseur Abraham Polonsky, hatten aufgrund seines marxistischen Engagements noch Jahre später Berufsverbot. Doch den USA bei ihrer Jagd auf Kommunisten und andere Linke, unter denen viele Juden waren, Antisemitismus vorzuwerfen, wäre polemisch und verzerrend.

## In der DDR gab es keine Nazis in der Regierung

Inge Rapoport ist ein gutes Beispiel für in die DDR remigrierte Jüdinnen und Juden und passt kaum in die von Brumlik angeführte Beschreibung der »distanzierten Konformisten«. Sie und ihr Mann, ein international bedeutender Professor für Biochemie, hatten wie viele andere wichtige Positionen in der DDR bis in die Regierung hinein inne. Das Engagement und die Karrieren von in die DDR zurückgekehrten linken Juden faszinierten den israelischen Historiker Moshe Zuckermann derart, dass er 2002 die Publikation »Zwischen Politik und Kultur. Juden in der DDR« herausgab.<sup>9</sup> Er meint, er hätte bis dato eine vergleichbare Teilhabe am Staat nur in den USA gesehen, wo es jüdische Senatoren und Politiker gab. Aber diese Publikation bleibt ebenso weitgehend außerhalb des Diskurses wie die ostdeutschen Gegenstimmen. Stattdessen wird der westdeutsche Historiker Harry Waibel von Brumlik herangezogen, der aufzeigt, wie die DDR selbst ehemalige Nazis in ihre Staatspartei SED aufnahm. Die Reintegration von ehemaligen Nazis, Tätern und Mitläufern, stand jedoch in West wie Ost auf der Tagesordnung. Aber ging es um Rehabilitierung, Wiedergutmachung oder Weitermachen? Der Skandal war nicht der beschämende Einzelfall, sondern die offenkundige Selbstverständlichkeit der Wiederverwendung ehemaliger Nazis auf den Führungsebenen der Bundesrepublik nach 1945 in Politik oder Verwaltung. Und auch wenn die ehemalige ostdeutsche Vorstellung, nach der alle DDR-SED-Funktionäre dem antifaschistischen Widerstandskampf entstammen, eine Legende ist, so war doch die Staats-

führung in der DDR ausgewechselt: Sie bestand in der Tat vor allem aus Widerstandskämpfern, aus der Emigration Heimgekehrten und darunter immer auch Juden. Selbst der letzte DDR-Staatschef, Erich Honecker, saß unter den Nazis im Gefängnis. Eine solche Gemeinschaft trug zum Engagement zurückgekehrter Jüdinnen und Juden in der DDR bei.

## Argumente für den Gleichheitsgrundsatz als Opfer des Faschismus

Und sie waren sehr aktiv als Kommunist\_innen, nicht als Juden, wie Inge Rapoport stets betonte. Ihre vier Kinder schnupperten vielleicht mal in die Gemeindeversuche der (erst spät) durch den Staat unterstützten Rabbiner in den 1980er-Jahren, um dann aber doch lieber außerhalb davon die loyale, prostaatliche Haltung ihrer Eltern zu kritisieren. Dabei ging es kaum um den später gern kritisierten Diskurs der jüdischen oder nichtjüdischen Aufbaugeneration, welcher beispielsweise die Bezeichnung »jüdisch« in den DDR-Medien unterlässt. Alle wussten, wenn die in Buchenwald ermordeten Menschen als »Opfer des Faschismus« unter ihren Nationalitäten gelistet waren, steckt dahinter ein Gedenkappell: Denn ist es nicht alarmierender, wenn im Holocaust nicht »die jüdischen anderen«, sondern unsere Schwestern, Brüder, Freunde, Nachbarn, Kollegen oder Kinder ermordet wurden? Sie wussten zwar auch, dass innerhalb dieses Gleichheitsdiskurses die kommunistischen Widerstandskämpfer deutlich hervorgehoben, ja heroisiert und überzeichnet wurden und dass Aspekte, die das jüdische Leben nach 1945 betrafen, wie die Erhaltung ihres Gemeindelebens oder die Ehrung jüdischer Friedhöfe in den Hintergrund gerieten, übergangen oder beschwiegen wurden. Auch hatten diejenigen Politiker oder Bürger\_innen, die jüdische Interessen vertreten wollten, kaum eine Chance, sich dafür Gehör zu verschaffen. Die jüdischen Mitglieder in den Führungsgremien der DDR handelten bisweilen sogar härter gegenüber Jüdinnen und Juden, um zu verdeutlichen, dass es keine Bevorzugung dieser NS-Opfergruppe gibt – und weil sie, zumeist Westemigrant\_innen, sich nicht selten als erpressbar empfanden. Der Gleichheitsdiskurs zeigte jedoch auch Wirkung, etwa in einer Studie des AJC von 1994: Nur 22 Prozent aller Ostdeutschen unterstützten die geschichtsrelativierende Aussage, der Holocaust habe heute keine Bedeutung mehr, in Westdeutschland waren es dagegen 40 Prozent – und die Kategorie »vehemente Ablehnung der Aussage« zeigt sogar 31 Prozent Ost versus 17 Prozent West.<sup>10</sup>

## In der DDR machten linke Juden Karriere und prägten die Politik mit

Diese erste Generation der in die DDR remigrierten Jüdinnen und Juden bestand nicht nur aus Wissenschaftler\_innen wie den Rapoport, sondern auch aus Literat\_innen: Anna Seghers war über zwei Jahrzehnte Präsidentin des Schriftstellerverbandes der DDR. Louis Fürnberg, Herausgeber der *Weimarer Beiträge*, sowie Arnold Zweig, von 1950 bis 1953 Präsident, danach Ehrenpräsident der Akademie der Künste der DDR, waren eine Zeit lang in Palästina. Fürnberg und Zweig hatten in ihrem dortigen Exil erleben müssen, wie militante Zionisten das Verlagshaus ihrer deutschsprachigen Zeitschrift *Orient* mehrfach in Brand setzten (in der auch beispielsweise Else Lasker-Schüler zusammen mit arabischen Intellektuellen veröffentlichte).<sup>11</sup> Nach dieser Erfahrung hatten Fürnberg und Zweig genug vom Zionismus. Ich könnte mir sogar vorstellen, dass der viel kritisierte Antizionismus der DDR eher von den jüdischen als von den nichtjüdischen Partei- oder Regierungsmitgliedern angestoßen wurde (anfangs hatte die DDR ebenso wie die Sowjetunion gehofft, mit dem Staat Israel einen Verbündeten im Nahen Osten zu finden). Damit will ich nicht Beobachtungen widersprechen, die im späteren Antizionismus auch Antisemitismus belegen. Aber diese antizionistische Haltung gab es oft und ich konnte sie selbst noch lange nach der »Wende« bei Inge Rapoport erleben: Jedes Mal, wenn ich aus Israel zurückkehrte, wurde ich sorgenvoll befragt, ob ich denn auch auf der palästinensischen Seite gewesen sei.

## Engstirnigkeit aus Angst vor der Wiederkehr des Faschismus?

Und vielleicht ist an dieser Stelle eine Kritik an der DDR aus ostdeutscher Sicht angebracht. Die zwanghaft homogene Gemeinschaft einer kommunistischen und »antifaschistischen« Führung war möglicherweise deren aller Verhängnis. Als Kind von Oppositionellen in der DDR bekam ich einmal von Mitja Rapoport zu hören, dass »Gorbatschow ein Verräter am Kommunismus« sei. Auf dem Sessel zu Hause bei ihm und seiner Frau Inge rutschte mir das Herz in die Hose. Wie konnte er den großen Helden und Hoffnungsfunken meiner Eltern derart verurteilen? Auf mein fast gewürgtes »Warum« bekam ich zu hören, was ich noch in der Schule der DDR gehört hatte: Man müsse die Menschen erziehen und dürfe ihnen nicht trauen, schließlich sei in der Demokratie sehr bald die Masse Hitler

hinterhergelaufen ... An diesem Ort mit zwei Menschen, die einst um ihr Leben rannten, begriff ich jedoch endlich emotional, dass die Engstirnigkeit, die Zensur, die Staatsicherheit dieser machthabenden Schicht der DDR in einem gemeinsamen Trauma wurzelten. Diese Elite war vor den Nazis geflohen, war in Haft, überlebte nur knapp – und sie wurden so zu Misanthropen! Jüdinnen und Juden wie die beiden Rapoport glauben nicht an die liberale Demokratie trotz dieses Wortes im Namen ihres Landes: Deutsche *Demokratische* Republik. Sie trugen in vielen Fällen die repressive Politik der DDR mit. Aber wie Brumlik oder Waibel vor diesem Trauma der alternden DDR-Elite der 1980er-Jahre zu suggerieren, sie hätten sich mit Nazis arrangiert oder wären gar zur Hälfte Nazis gewesen<sup>12</sup>, ist allein schon aus psychologischen Gründen nicht nachvollziehbar. Ihre Angst vor etwaigen neuen Nazis war vielmehr so groß, dass sie über den demonstrierenden Menschen der 1980er-Jahre die Fratze des Faschismus zu sehen meinten – eine Angst, die bekanntermaßen auch ihren vielseitigen Missbrauch für andere Interessen zur Folge hatte.

## Es gab in der DDR auch Antizionismus, der in Antisemitismus mündete

Und ja, vielleicht haben sie den durchaus auch in der DDR vorhandenen Antisemitismus heruntergespielt. So gab es ins Antisemitische mündende Darstellungen Israels in der ostdeutschen Fernsehsendung »Schwarzer Kanal«<sup>13</sup> oder in Kinder- und Jugendzeitschriften, die von Brumlik erwähnten Friedhofsschmierereien<sup>14</sup> – auch Mitja Rapoport entdeckte 1952 eine antisemitische Kritzelei in »seinem« Hörsaal – sowie die Existenz von Neonazigruppen, die als »Rowdys« verharmlost wurden. Wir wissen heute, dass der Rassismus und seine verschiedenen Ausformungen nicht im Keim erstickbar sind. Sie existieren als Phobien in jeder Gesellschaft. Generell geht es darum, diese Phobien zu erkennen, zu kontrollieren und sie zu bekämpfen. Und so kommt man beim Durchstöbern all der Antisemitismusstudien auf den in pazifistisch geprägten Kreisen bekannten österreichischen Sozialpsychologen Wilhelm Kempf, welcher nach seiner Studie 2013 bemerkt, dass »die politische Sozialisation in der DDR [...] in der Bekämpfung des Antisemitismus etwas erfolgreicher war«. Und in Klammern: »auch wenn man dies gerne verleugnet«.<sup>15</sup>

## Die Entnazifizierung wurde in der DDR intensiver betrieben – trotz aller Fehler

Dass der Antifaschismus Staatsräson war, hat geholfen – und nicht geholfen. So beschreibt die Psychoanalytikerin Annette Simon, wie der DDR-Alltag von »autoritären hierarchischen Strukturen« geprägt war und dass die daraus resultierende Wut sich auch gegen den »aufgepfropften Antifaschismus« richtete und Neonazigruppierungen befeuerte.<sup>16</sup> Wenn im so aufgezogenen gemeinsamen Kampf gegen den Faschismus nie die Rede vom jüdischen anderen war, konnte auch keine Wiedergutmachung an Israel gezahlt werden. Der Antifaschismus hatte aber auch zur Folge, dass mit 12 500 Verurteilungen ehemaliger Nazis von 1945 bis 1949 unter der Sowjetbesatzung sowie von 3 300 in der DDR durch die Waldheimer Prozesse allein im Jahr 1950 und danach weiteren circa 2 000 Verurteilungen bis Ende der 1980er-Jahre doch etwas geschah – selbst wenn man einen erheblichen Teil der Verurteilungen als Eliminierung politisch unliebsamer Gegner abziehen muss. Im doppelt so großen Westdeutschland beläuft sich dagegen die Zahl vom Anfang bis Ende der 1980er-Jahre auf knapp 6 500.<sup>17</sup> Zudem habe ich heute in Zeiten, in denen Rechtsradikalismus und rechter Terror vom NSU über die Ermordung des Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke bis hin zum Attentat auf die Synagoge in Halle oder dem rassistischen Angriff in Hanau wieder Blüten treiben, mehr als einmal den Ruf nach einem »antifaschistischen Konsens« in der Gesellschaft vernommen.<sup>18</sup>

## Aus Hoffnungen und Enttäuschungen remigrierter linker Juden in der DDR lernen

Und wie würde man aus ostdeutscher Erfahrung heraus den Attentäter aus Halle erklären? Inge Rapoport mochte das Max-Horkheimer-Zitat: »Wer aber vom Kapitalismus nicht reden will, sollte auch vom Faschismus schweigen.« Nach 30 Jahren Transformationsprozess geraten die Erfahrungen der Ostdeutschen in den 1990er-Jahren wieder auf die Tagesordnung der Medien: Der Ausverkauf der Betriebe, die hohe Arbeitslosigkeit, die Abwertung der Lebenserfahrungen und Qualifikationen waren ausgrenzende Erfahrungen, Erfahrungen der Enteignung. Dass sich der Frust in den 1990er-Jahren gegen vermeintlich leicht sichtbare Migrant\_innen und 30 Jahre später auch gegen »Juden« und Muslime richtet, passt vor diesem Hintergrund ins Bild. Dabei ging jene »rechte Revolte« im Osten nicht

etwa von den klassischen »Entrechteten« aus, die diese Probleme thematisierten, sondern eher von jenen, die alles abgelegt hatten, was an die DDR erinnerte, und als »wahre Deutsche« – auch mit Unterstützung rechter »Entwicklungshilfe« aus den alten Bundesländern – neu auferstanden. Das ist die Welt, in der der Attentäter von Halle aufwuchs.

Vor diesem Hintergrund sind Zuweisungen des Antisemitismus in die westliche oder östliche Richtung mehr als kontraproduktiv: Solche Beschuldigungen sind Teil des Problems. Man schafft vermeintliche Kontinuitäten, verwandelt die aus den sozialökonomischen Problemen unserer Zeit resultierenden Konflikte in kulturalisierende und bald ethnische Zuschreibungen – wie beim angeblich ostdeutschen Antisemitismus eines nach der »Wende« geborenen Rechtsradikalen. Und dabei geht es keineswegs um eine Freisprechung der Ostdeutschen vom Antisemitismus. Ihre Erfahrungshorizonte sind für die heutige Erinnerungskultur jedoch relevant, zumal neuere Studien bestätigen, dass linke, eher menschenrechtsorientierte Bildungs- und Denkmuster tendenziell in Evaluationen zu antisemitischen Einstellungen oder ethnischen Vorurteilen besser abschneiden als die der Mitte oder gar der Rechten.<sup>19</sup> Wir hätten also einiges zu lernen aus den Hoffnungen und Enttäuschungen von Menschen wie Inge Rapoport.

*Erschienen auf DA Online am 30.4.2020.*

## Anmerkungen

- 1 Micha Brumlik, Ostdeutscher Antisemitismus. Wie braun war die DDR?, in: blaetter.de, Januar 2020, [www.blaetter.de/ausgabe/2020/januar/ostdeutscher-antisemitismus-wie-braun-war-die-ddr](http://www.blaetter.de/ausgabe/2020/januar/ostdeutscher-antisemitismus-wie-braun-war-die-ddr), letzter Zugriff 20.3.2020.
- 2 Siehe beispielsweise Harry Waibel, Die braune Saat. Antisemitismus und Neonazismus in der DDR, Stuttgart 2017. Oder Brumliks Zustimmung zu der Phrase »Synthese zwischen eingekapseltem Hitler und neuer Diktatur« über die DDR der 1950er-Jahre, die er als »treffend formuliert« bezeichnet. Diese stammt von Ines Geipel (der 1989 in den Westen geflohenen und nun wieder dort lebenden Ostdeutschen), Umkämpfte Zone. Mein Bruder, der Osten und der Hass, Stuttgart 2019, S. 229. Zu der Zuspitzung, die SED-Diktatur als Fortsetzung der NS-Diktatur zu sehen, gibt es unzählige andere Beispiele verschiedenster Autor\_innen.
- 3 Siehe auch, Von den 50ern bis heute. Wie der Judenhass zurückkommt, ntv, 10.9.2019, [www.n-tv.de/politik/Wie-der-Judenhass-zurueckkommt-article21323279.html](http://www.n-tv.de/politik/Wie-der-Judenhass-zurueckkommt-article21323279.html), letzter Zugriff 20.3.2020.
- 4 Horst Baumann/Sonja Schulz, ALLBUS - Kumulation 1980–2016. Supplement zum Variable Report ALLBUS - Kumulation 1980–2016. Nach alten/neuen Bundesländern und Jahr tabellierte Auszählungen, Studien-Nr. 4586, Variable Reports 2018/17, GESIS Data Archive, Köln, S. 554 ff., <http://dx.doi.org/10.4232/1.13029>, letzter Zugriff 20.3.2020.

- 5 Oliver Decker u. a., Die Mitte in der Krise. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010, Friedrich Ebert Stiftung, <http://library.fes.de/pdf-files/do/07504-20120321.pdf>, S. 23: Beispielsweise betrug der Zuspruch zum Antisemitismus 2006 in West 9,5% und in Ost 4,2%. Siehe auch Gesamtindex der FES-Mitte-Studien, letzter Zugriff 20.3.2020.
- 6 Wilhelm Kempf, Antisemitismus und Israelkritik. Mythos und Wirklichkeit eines spannungsreichen Verhältnisses, in: Wissenschaft und Frieden. 2013–3, [www.wissenschaft-und-frieden.de/seite.php?artikelID=1887](http://www.wissenschaft-und-frieden.de/seite.php?artikelID=1887), letzter Zugriff 20.3.2020.
- 7 Vgl. Decker u. a., Die Mitte in der Krise (Anm. 5), S. 23: Ausländerfeindlichkeit in Ost 30,6% und West 25,7%.
- 8 Daniela Dahn, Der Schnee von gestern ist die Sintflut von heute, Hamburg 2019, S. 157 ff.
- 9 Moshe Zuckermann, Zwischen Politik und Kultur. Juden in der DDR, Göttingen 2002.
- 10 American Jewish Committee, Die gegenwärtige Einstellung der Deutschen gegenüber Juden und anderen Minderheiten. Ein Überblick über die öffentliche Meinung, EMNID-Institut, 1994.
- 11 Adi Gordon, German Exiles in the »Orient«. The German-language Weekly »Orient« (Haifa 1942–3) Between German Exile and Zionist Aliya, in: Bernhard Greiner (Hg.), Placeless Topographies: Jewish Perspectives on the Literature of Exile (Conditio Judaica, vol. 43), Tübingen 2003, S. 149–159. Hier heißt es, 1943 sei die sogar vierte und letzte Bombe im Verlagshaus der Zeitschrift hochgegangen, danach wurde sie eingestellt. Weitere Quellen siehe Rosemarie Poschmann/Gerhard Wolf (Hg.), Der Briefwechsel zwischen Louis Fürnberg und Arnold Zweig: Dokumente einer Freundschaft, Berlin/Weimar 1978.
- 12 Zitat Brumlik: »[...] ließ die Führung der DDR [...] gleichwohl beinahe alle ehemaligen NSDAP-Mitglieder in Partei, Staatsdienst und Wirtschaft zu integrieren«. Oder Brumliks Zitat von Waibel: »Organisierte und unorganisierte Nazis waren hervorstechende Akteure und sie blieben es bis zum Untergang der DDR«, lautet daher Waibels Fazit.« Sowie der schon erwähnte Titel von Harry Waibel: »Die braune Saat. Antisemitismus und Neonazismus in der DDR« (Anm. 2).
- 13 Vgl. Clemens Escher, Israel im Schwarzen Kanal, in: Wolfgang Benz (Hg.), Antisemitismus in der DDR – Manifestationen und Folgen des Feindbildes Israel, Berlin 2018.
- 14 Siehe auch Monika Schmidt, Die Bedeutung des offiziellen Antizionismus im Umgang mit jüdischen Friedhöfen und Friedhofsschändungen, in: Benz (Hg.), Antisemitismus in der DDR (Anm. 13).
- 15 Vgl. Kempf, Antisemitismus und Israelkritik (Anm. 6).
- 16 Annette Simon, Wut schlägt Scham. Das »Wir sind das Volk« der AfD als nachgeholter Widerstand, in: Blätter, Oktober 2019, [www.blaetter.de/ausgabe/2019/oktober/wut-schlaegt-scham](http://www.blaetter.de/ausgabe/2019/oktober/wut-schlaegt-scham), letzter Zugriff 20.3.2020.
- 17 Jeffrey Herf, Divided Memory. The Nazi Past in the Two Germanys, Harvard 1999, S. 336 ff. So die Zahlen in diesem Buch. Herf unterlässt es jedoch, die beachtliche Zahl der 12 500 Verurteilungen direkt nach dem Krieg in den Vergleich mit Westdeutschland aufzunehmen, da er meint, es hätte darunter auch die Ausschaltung politischer Gegner gegeben – eine Unterlassung, die angesichts der großen Zahl etwas grob ist.
- 18 Max Czollek, Der Sturm, vor dem wir euch gewarnt haben, in: Der Spiegel, 10.10.2019, <https://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/antisemitischer-anschlag-in-halle-gastbeitrag-von-max-czollek-a-1290955.html>, letzter Zugriff 20.3.2020.
- 19 Wilhelm Kempf, Israelkritik zwischen Antisemitismus und Menschenrechtsidee. Eine Spurensuche, Konstanz 2015; siehe hierzu auch Rolf Verleger, Wie antisemitisch ist die Linke? Interview in Nachdenkseiten, 15.1.2015, [www.nachdenkseiten.de/?p=24581](http://www.nachdenkseiten.de/?p=24581), letzter Zugriff 20.3.2020.



Eröffnung der Weltfestspiele der Jugend und Studenten in Ostberlin am 28.7.1973.  
Einmarsch der Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Frankreich ins Stadion der Weltjugend im Stadtbezirk Mitte

Ulrich Pfeil

## Die DDR als Zankapfel in Forschung und Politik

### Französische Blicke auf den zweiten deutschen Staat

»Vor dreißig Jahren ist die Berliner Mauer nicht gefallen. Sie wurde durch den Mut von Tausenden freiheitsliebenden Männern und Frauen zu Fall gebracht«, twitterte der französische Staatspräsident Emmanuel Macron am 9. November 2019. Sie hätten mit ihrem Mut die Einheit Deutschlands und Europas ermöglicht, sodass Macron – angesichts der aktuellen Zerrissenheit in Europa – dazu aufrief, sich »ihres Versprechens würdig zu erweisen«. Die runden Geburtstage des Mauerfalls waren in den letzten

30 Jahren immer wieder Anlass für französische Präsidenten, diesem historischen Ereignis eine aktuelle Dimension zu verleihen. Doch neben der geschichtspolitischen Dimension fand die DDR seit ihrer Gründung in Frankreich ein weitaus stärkeres Interesse als in anderen westeuropäischen Ländern.<sup>1</sup>

Das ist auch an der DDR-Forschung vor und nach 1989/90 und den Beziehungen zwischen der DDR und Frankreich abzulesen.<sup>2</sup> Das überdurchschnittliche Interesse für den Fall der Mauer mag man einerseits mit der politischen Kultur im Land der »Großen Revolution« erklären, doch scheint die aktuelle Reideologisierung der französischen Innenpolitik auch verantwortlich für eine intensive Diskussion in Frankreich zur politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung seit 1989/90 zu sein.

## Die kommunistische DDR-Forschung in Frankreich

Die kommunistische DDR-Forschung war in Frankreich sicherlich dominierend und wurde ab den 1950er-Jahren maßgeblich von dem Germanisten Gilbert Badia (1916–2004) geprägt. Die Historisierung seines Wirkens kann dabei nicht losgelöst von seinem politischen Engagement für die DDR gesehen werden, deren diplomatische Anerkennung er vor 1973 auf den verschiedenen Ebenen unterstützte. Die SED schätzte seine Arbeit<sup>3</sup> und förderte seine Veröffentlichungen finanziell, um sie für ihre Imagekampagnen in Frankreich einzusetzen.<sup>4</sup>

Um Badia und seinen Mitsreiter Jean Mortier entwickelte sich ab den 1970er-Jahren an der als links geltenden Universität von Paris VIII das *Laboratoire de recherches ›Histoire de la RDA‹* (Forschungslaboratorium ›Geschichte der DDR‹), das in den folgenden Jahren durch regelmäßige Tagungen Impulse zu weiterführenden Forschungsarbeiten gab. Es bildete »eine Art KPF<sup>5</sup>-nahe Kontra-Gesellschaft innerhalb der eher konservativ dominierten französischen Germanistik«. <sup>6</sup> In den verschiedenen Veröffentlichungen wurde immer wieder die These vertreten, dass im Angesicht der deutschen Geschichte die Teilung viel besser zu Deutschland passe, was sich natürlich umstandslos auf die Zeit nach 1945 transferieren ließ, wie Bernhard Escherich unterstreicht:

»Mit dem Aufgreifen dieser alten französischen These [...] kann Badia zugleich implizit die Existenz der DDR, für deren gesellschaftliche und politische Akzeptanz er sich so nachhaltig eingesetzt hatte, legitimieren. Die Teilung ist damit nicht eine zu überwindende Situation, son-

dern ein für die deutsche Geschichte typischer und damit zu akzeptierender Zustand.«<sup>7</sup>

Bis in die frühen 1980er-Jahre war der Blick der kommunistischen französischen DDR-Forschung auf *la meilleure Allemagne* (das bessere Deutschland) zumeist sehr apologetisch, sodass Wissenschaftlichkeit in der Regel hinter propagandistische und ideologische Zielsetzungen zurücktreten musste, wie Sonia Combe unterstreicht: »Sie betrachteten es als ihre Aufgabe, die Existenz der DDR zu legitimieren.«<sup>8</sup>

## Die nichtkommunistische linke DDR-Forschung

Wer sich mit der nichtkommunistischen Linken in Frankreich beschäftigt, steht immer wieder vor der Problematik, dass die Grenzlinien zwischen dem kommunistischen und sozialistischen Milieu in Frankreich fortwährend verschwammen. Dies galt auch für den Bereich der DDR-Forschung und lässt sich am Historiker Georges Castellan (1920–2014) und seinen Schriften zur DDR anschaulich verfolgen. Sie zeigen zum einen, dass *la RDA* in diesen Kreisen bereits Mitte der 1950er-Jahre als singuläre Realität wahrgenommen wurde, doch ist zum anderen zu beobachten, dass Castellan zu diesem Zeitpunkt immer noch zu einem kritischen Blick auf die DDR in der Lage war. Er bemängelte in seinem ersten Werk von 1955 die demokratischen Defizite in der DDR und sah Parallelen zum NS-Herrschaftssystem.<sup>9</sup> In den 1960er-Jahren entwickelte er sich mehr und mehr zum Vater der systemimmanenten DDR-Forschung *à la française* und wollte den ostdeutschen Staat nur noch an seinen eigenen Maßstäben messen. Trotz nuancierterer Urteile als Badia und vereinzelter Kritik am SED-Staat blieb dessen Entwicklung für ihn nichtsdestotrotz eine Erfolgsgeschichte.<sup>10</sup> Seine Publikationen in den 1960er-Jahren forderten den Politologen und Germanisten Alfred Grosser heraus, der ihm einen »neutralen« und »kritiklosen« Ansatz vorwarf. Allgemein hielt er den Deutschlandforschern aus dem Milieu des »gauchisme français« (französischer Linksradikalismus)<sup>11</sup> vor, im Gegensatz zu den Anglizisten über ein Land – Deutschland – zu lehren, dessen Kultur und Sprache sie innerlich ablehnen. Da sie in der Bundesrepublik die Erbin des »unsympathischen Deutschlands« sähen, gelte diese als das »schlechte« Deutschland, während sie den »Feind meines Feindes«, also die DDR, zum »guten« Deutschland stilisieren würden.<sup>12</sup>

Wie auch Badia engagierte sich Castellan in der französischen Freundschaftsgesellschaft der DDR. Als Vize- bzw. Präsident von *France-*

RDA berichtete er in apologetischer Weise über seine Tätigkeit und die Geschichte dieser Gesellschaft in einer Monografie, die er gemeinsam mit ihrem langjährigen Generalsekretär und PCF-Mitglied Roland Lenoir im Jahre 1978 herausgab.<sup>13</sup> Für dieses Engagement zeigte sich die SED erkenntlich und verlieh ihm anlässlich des 25-jährigen Bestehens von *France-RDA* im April 1983 den Orden »Stern der Völkerfreundschaft«.<sup>14</sup>

Die Parteinahme für das eine oder das andere Deutschland innerhalb der linken DDR-Forschung war immer auch eine Stellvertreterauseinandersetzung zur eigenen Positionierung in der intellektuellen Landschaft Frankreichs. Typisch für sie war unter anderem, dass nichtkommunistische Linke wie Castellan die Schelte auf beiden Seiten der ideologischen Grenzlinie gleichmäßig verteilten, um nicht den *professionnels de l'anticommunisme* das Wort zu reden. Diese Auseinandersetzungen zwischen Antikommunisten und Antiantikommunisten waren ein Charakteristikum des intellektuellen Milieus in Frankreich bis zum Ende des Kalten Krieges.

## Die gaullistische DDR-Forschung in Straßburg

Eine besondere Position in der französischen Perzeption der DDR stellte das *Centre d'Études Germaniques* (CEG) in Straßburg dar.<sup>15</sup> Dass sich das CEG mit dem ostdeutschen Staatsgebilde schon sehr früh beschäftigte, lag an seiner besonderen Struktur und Aufgabe. Finanziert durch die französische Armee (bis 1966), die französische Militärregierung beziehungsweise das Hochkommissariat (bis 1951) und die Universität Straßburg, wurden an dem Zentrum bis in die 1960er-Jahre nahezu ausschließlich französische Besatzungsbeamte und Offiziere geschult, die in der Folge oft in der Auslandsaufklärung (*second bureau*) Verwendung fanden. Dominierten im Stundenumfang die Kurse über die Bundesrepublik auch nach 1959, so erhielten die Hörer auch systematisch Kurse zur DDR.

Unter der Leitung des Historikers François-Georges Dreyfus (1928–2011), Direktor des CEG von 1965 bis 1985, fuhren Studentengruppen regelmäßig in die DDR; zudem empfing das *Centre* nach 1973 wiederholt Historiker\_innengruppen aus der DDR und begründete eine Tradition von ostdeutsch-französischen Historiker\_innenbeziehungen. Dreyfus war langjähriger Vorsitzender des Straßburger Ablegers der Freundschaftsgesellschaft *France-RDA* und präsentierte die Dreiteilung in Bundesrepublik, DDR und Berlin in einem Handbuch als Ausdruck einer aus der Geschichte bekannten deutschen Kleinstaaterei.<sup>16</sup> Mit dieser Sicht auf die Dinge befand sich Dreyfus in mehr oder minder stiller Übereinkunft mit

der SED, die auch nicht müde wurde, Westberlin als »drittes Deutschland« zu bezeichnen. Ob bei dieser Interpretation das traditionelle französische Deutschlandbild oder die kritische Haltung des Gaullisten Dreyfus zur Bonner Ostpolitik die Oberhand gewonnen und ihn bewogen hatte, die DDR gegen die Bundesrepublik auszuspielen, kann hier nicht beantwortet werden.

Abschließend sollte nicht außer Acht gelassen werden, dass innerhalb der französischen DDR-Forschung keine (ost)deutschen Emigrant\_innen aktiv waren, was ein Unterschied zu den anderen osteuropäischen Ländern war. Sie gingen in der Regel in die Bundesrepublik, während Polen, Ungarn und Tschechen bis heute maßgeblichen Einfluss auf die Geschichtsschreibung ihrer Länder in Frankreich nehmen.<sup>17</sup> Darüber hinaus kann festgehalten werden, dass die DDR schon vor ihrer diplomatischen Anerkennung 1973 als eine längerfristig bestehende politisch-ökonomische Ordnung wahrgenommen wurde. Dazu leisteten die verschiedenen Strömungen der französischen DDR-Forschung einen wesentlichen Beitrag. Dass sich die DDR in Frankreich eine genuine Identität erarbeiten konnte, lag nicht zuletzt auch an der breiten Rezeption von Schriftstellern wie Bertolt Brecht, Christa Wolf, Volker Braun oder Heiner Müller. Sie verliehen der DDR auch in der Forschung eine kulturelle Identität, hinter der die politische und ideologische Durchherrschung des Staates oftmals verschwand.

## Die DDR-Forschung nach 1990

Nicht so stark wie in Deutschland, doch durchaus mit einem nicht zu übersehenden Elan, veranlasste die Öffnung der ostdeutschen Archive nach 1990 auch französische Deutschlandforscher\_innen zu einer verstärkten Forschungstätigkeit zum gerade untergegangenen zweiten deutschen Staat. Dieser Aufschwung der französischen DDR-Forschung geschah zum einen im Rahmen der schon existierenden Forschungsstrukturen, weitete sich dann aber rasch aus. Zudem erfuhr sie eine methodische Erneuerung in Kooperation mit der deutschen Zeitgeschichtsforschung und eine Verwissenschaftlichung, nachdem ideologische Ansätze deutlich in den Hintergrund getreten waren. Charakteristisch blieb weiterhin das große Interesse der französischen Germanistik an der Geschichte der DDR. Neben den Arbeiten zu und Übersetzungen von vielen ostdeutschen Schriftsteller\_innen beschäftigten sich die *civilisationnistes*<sup>18</sup> innerhalb der französischen *études germaniques* auch mit den politischen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Entwicklungen in der DDR, wie sich unter anderem an den

Themenheften in der *Revue d'Allemagne et des pays de langues allemandes* und in *Allemagne d'aujourd'hui* ablesen lässt. Auffällig ist zudem ein hohes Maß an Interdisziplinarität und eine Vorliebe für kulturwissenschaftliche Ansätze. Sehr schnell geriet auch die Erinnerung an die DDR und die Aufarbeitung ihrer Nachgeschichte in den Blick der französischen Deutschlandforschung.<sup>19</sup>

Repräsentativ für die Nullerjahre waren eine Tagung und der aus ihr hervorgegangene Sammelband *Die ostdeutsche Gesellschaft. Eine transnationale Perspektive* (2006), der unter der Leitung von Sandrine Kott und Emmanuel Droit herausgegeben wurde. Er war das Produkt von vorangegangenen methodischen Überlegungen in Form von Seminaren und Workshops,<sup>20</sup> einer engen Kooperation mit dem Zentrum für Zeithistorische Forschung (ZZF) in Potsdam und seiner Forschergruppe *Herrschaft als soziale Praxis*<sup>21</sup> sowie eines interdisziplinären Ansatzes mit einer prononciert französischen Note, wie Étienne François in der Einleitung des Tagungsbandes betont:

»Alle Autoren interessieren sich primär für die Akteure und ihre Strategien; sie bevorzugen konkrete, empirische und kontextbezogene Feldstudien; sie greifen auf eine Vielfalt von Quellen (Archivmaterial, Interviews, Bildmaterial) zurück; sie zeigen eine besondere Aufmerksamkeit für Fragen des Vergleichs und der Verflechtung; sie hüten sich schließlich davor, zu »theorielastig« zu werden, und sorgen dafür, dass in ihrer Forschungspraxis die Theorie immer im Dienst der empirischen Forschung bleibt.«<sup>22</sup>

Wichtig für die heutige französische DDR-Forschung ist dabei die Tatsache, dass viele der damaligen Doktorand\_innen mittlerweile Professor\_innen geworden sind beziehungsweise eine verbeamtete Stelle im Mittelbau der Universitäten und außeruniversitären Forschungsinstitutionen bekleiden, sodass sie Forschungen zur DDR fortsetzen konnten.<sup>23</sup> Kontroverse intellektuelle Debatten zur Geschichte der DDR ließen sich dabei in den letzten Jahren kaum beobachten. Im schulischen und universitären Kontext fällt jedoch über die Jahre auf, dass die didaktische Vermittlung von Kaltem Krieg und deutscher Teilung zunehmend schwerer fällt, können doch erforderliche historische Grundlagen nicht mehr vorausgesetzt werden.<sup>24</sup> Nachdem in früheren Jahren oftmals die (Hochschul-)Lehrer\_innen über ihre eigenen Erinnerungen an die DDR das kommunikative Gedächtnis unterfütterten, so muss heute konstatiert werden, dass die *RDA* immer weniger Teil einer selbstverständlichen Erfahrungswelt ist, was sie in der Gegenwart auch in Frankreich zu einem umstrittenen Projektionsort macht.

## 30 Jahre Mauerfall und die geschichtspolitischen Debatten in Frankreich

»Annexion« war das Schlagwort, das in der französischen Öffentlichkeit im Moment des 30. Jahrestages des Mauerfalls kreiste. Dieser Begriff wird bei historisch interessierten Französinnen und Franzosen ansonsten mit der »Annexion« von Elsass-Lothringen 1871 oder dem »Anschluss« Österreichs 1938 in Verbindung gebracht, war aber auch für den Linkspopulisten Jean-Luc Mélenchon das »passende Wort«, um zu beschreiben, »was vor 30 Jahren passierte«. Mit diesem »Tweet« vom 31. Oktober 2019 bezog er sich auf einen Beitrag in der linken Monatszeitschrift *Le Monde diplomatique*.<sup>25</sup> Dieser Artikel basierte zu einem großen Teil auf Arbeiten von deutschen Autor\_innen, die der aus Berlin-Oberschöneweide stammende Historiker Patrice Poutrus unlängst als »Neo-Ostalger« bezeichnete.<sup>26</sup> Anhänger dieser Auffassung von einer 1989 begonnenen Verlustgeschichte finden sich jedoch auch in Frankreich. Nachdem die Pariser Historikerin Sonia Combe bereits 2013 die These formuliert hatte, dass die Bundesrepublik die DDR »absorbiert« habe,<sup>27</sup> legte sie 2019 noch einmal nach und sprach von einer »bedingungslosen Annexion« der DDR.<sup>28</sup> Historische Ausgangspunkte für die These von einem verheißungsvollen Anfang sind die große Demonstration am 4. November 1989 auf dem Berliner Alexanderplatz und der Aufruf »Für unser Land« vom 26. November, der sich für innere Reformen in der DDR und gegen eine schnelle deutsche Vereinigung aussprach.<sup>29</sup>

Wie Sonia Combe selbst bekundet, wird ihr Blick auf die Geschehnisse nach dem Mauerfall von der persönlichen Enttäuschung dominiert, dass sich die Möglichkeit für einen »dritten Weg« in der DDR zwischen Kapitalismus und Kommunismus nicht eröffnet habe.<sup>30</sup> Sie blickt – wie auch der Historiker Nicolas Offenstadt – teleologisch auf die Ereignisse vom 9. November 1989 mit ihrem Wissen von der deutschen Vereinigung am 3. Oktober 1990 und kommt in dieser Engführung der beiden Ereignisse zu dem Schluss, dass die politischen Kräfte der Bundesrepublik Vorstellungen von einem »dritten Weg« umgehend »neutralisiert« hätten. Im Fokus der Kritik steht dabei der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl,<sup>31</sup> sodass René Schlott nach der Lektüre von »Le pays disparu« (das verschwundene Land) zu folgendem Urteil kommt: »Bei Offenstadt bekommt der Leser den Eindruck, Helmut Kohl persönlich sei mit der Planierraupe durch den »annektierten Osten« gewütet.«<sup>32</sup>

In ihrer Argumentation überschätzen die Verfechter dieser deterministischen Positionen zum einen die Homogenität der DDR-Opposition,<sup>33</sup>

trieben doch vielfältige Motive und Erwartungen die Ostdeutschen auf die Straße, zum anderen den Wunsch zu einem neuerlichen sozialistischen Experiment, das von der Mehrheit der Ostdeutschen bereits Ende November 1989 zugunsten einer schnellen Einführung der D-Mark und der deutschen Einheit abgelehnt wurde. Stimmen aus West- und Ostdeutschland, die in dem Beitritt der ostdeutschen Länder zum Geltungsbereich des Grundgesetzes eine »Annexion«, einen »Anschluss« oder eine »Ko(h)lonisierung« sahen,<sup>34</sup> waren hingegen in einer eindeutigen Minderheitenposition, werden aber vor allem von Nicolas Offenstadt starkgeredet, um die Geschichte der deutschen Vereinigung auf eine Abwicklung der DDR zu reduzieren. Zur Zielscheibe wird dabei die Treuhandanstalt, der es einzig darum gegangen sei, den Ausverkauf der ostdeutschen Wirtschaft voranzutreiben. Unterfüttert wird diese These im Buch von Nicolas Offenstadt von Lebensgeschichten ostdeutscher Bürger, die sich als Verlierer des Vereinigungsprozesses sehen.

Dieses Opfernarrativ findet seine Anwendung bei Offenstadt auch in Bezug auf das von ihm unterstellte Verschwinden der DDR aus dem öffentlichen Raum beziehungsweise das Austilgen der »antimilitaristischen, pazifistischen und antifaschistischen«<sup>35</sup> Spuren auf dem Territorium der ehemaligen DDR. Dabei übersehen sie, dass es viele Ostdeutsche selbst waren, die sich unmittelbar nach dem Mauerfall von dem physischen und geistigen Erbe der DDR sowie den mannigfaltigen unliebsamen Erinnerungen an das SED-Regime befreien wollten. Erst die Vereinigungskrise in den frühen 1990er-Jahren, enttäuschte Zukunftshoffnungen und schwierige wirtschaftliche Bedingungen führten dann wieder zu einer Suche nach Spuren aus der Vergangenheit und förderten die These von einer ostdeutschen Eigenidentität.

Sonia Combe und Nicolas Offenstadt werfen vor allem der Geschichtspolitik des vereinigten Deutschlands vor, dass der Kampf der Gründungsväter der DDR gegen den Nationalsozialismus keine Würdigung mehr finde. Während in anderen europäischen Ländern das »antifaschistische« Eintreten gegen den deutschen Besatzer bis heute zur historischen Identität dieser Staaten gehöre und Teil eines europäischen Erbes sein könnte, finde der Antifaschismus in der bundesdeutschen Erinnerungslandschaft keinen Platz, die bis heute von der Totalitarismustheorie dominiert werde.<sup>36</sup>

Wenn Offenstadt das doppelte Austilgen der Erinnerung an die DDR und an die Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung beklagt, dann übersieht er zum einen, dass die bundesdeutsche Geschichtskultur die »Heldenverehrung weitestgehend durch Opferempathie ersetzt hat«,<sup>37</sup> zum anderen unterschlägt er die Tatsache, dass das antifaschistische Gedenken

in der DDR hagiografischen und indoktrinären Charakter besaß. Wie im Fall der Erinnerung an die Protagonisten der deutschen Arbeiterbewegung und auch der Opfer der Lager war sie inszeniert, zensiert, verordnet und über die 40 Jahre hinweg ein Instrument der Legitimation, der Repression und des Machterhalts.

Dieses Bedauern über das Austilgen des »antifaschistischen Gedächtnisses« als Folge der westdeutschen Siegermentalität<sup>38</sup> rührt aus einem »Fort-schrittsgedächtnis«, so die von Martin Sabrow eingeführte Terminologie, das die DDR von ihrem Anfang her denkt und »seine Erinnerungen auf der vermeintlichen moralischen und politischen Gleichrangigkeit der beiden deutschen Staaten« aufbaut.<sup>39</sup> Historiografische Untermuerung findet dieser Ansatz durch sehr »nachsichtige«<sup>40</sup> Studien zu deutschen Emigranten, die wie Anna Seghers nach 1945 in der SBZ/DDR das »bessere« Deutschland sahen und sich dort niederließen. In dieser Argumentation sei das »gute« sozialistische Experiment durch eine »schlechte« Politik der SED und westliche Einflussnahme diskreditiert worden, sodass es schließlich zu Fall kam.

Offenstadt ignoriert darüber hinaus die Tatsache, dass Begriffe wie »Faschismus« und »Antifaschismus« in der deutschen und französischen Sprache andere politische und kulturelle Konnotationen haben und im 20. Jahrhundert in den verschiedenen Sprachen begriffsgeschichtlichen Wandlungen unterworfen waren. Weil die Rassenlehre Grundlage für Hitlers Weltanschauung war, wurde für den deutschen Fall nach 1945 aus dem Bedürfnis nach Differenzierung vor allem der Begriff »Nationalsozialismus« verwendet, unterschied er sich doch gerade auf diesem Feld vom italienischen Faschismus. So verschwand der Begriff »Faschismus« auch nicht aus der westdeutschen Historiografie zugunsten des »Totalitarismus«;<sup>41</sup> vielmehr diente die zu diskutierende Totalitarismustheorie der jungen Bundesrepublik zur normativen Abgrenzung gegenüber Nationalsozialismus und Kommunismus.

Ein weiteres geschichtspolitisches Kampffeld ist das spezifische Wesen des untergegangenen ostdeutschen Staates. Ausgehend von dem Eindruck, dass das vereinigte Deutschland auf dem Diktaturcharakter der DDR insistiert, um sie in die Nähe des »Dritten Reiches« zu rücken, weist Sonia Combe dieses Interpretament – in der Linie von Gilbert Badia – zurück, ohne jedoch selbst den Charakter der DDR zu bestimmen. Vielmehr vergleicht sie die DDR vage mit einem Gefängnis, in dem man, wenn man zumindest nach außen hin vorgab, die von der Partei definierten Regeln zu akzeptieren, sein Leben in etwa nach den eigenen Vorstellungen habe ausrichten können.<sup>42</sup> Wer wie Nicolas Offenstadt im »Diktaturgedächtnis«

die dominierende Haltung gegenüber der DDR im vereinigten Deutschland sieht, der muss ihre Aufarbeitung als Ausdruck einer historischen Siegermentalität interpretieren, die sich auf die repressiven Elemente des SED-Staates fokussiert. Sonia Combe sieht gar in der schnellen Öffnung der Stasiarchive und in der Fokussierung auf die Verbrechen des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) den Versuch, in der deutschen Öffentlichkeit die rücksichtslos durchgesetzte Wiedervereinigung zu legitimieren (»à la hussarde«).<sup>43</sup>

Als geschichtspolitischen Akteur dieser Siegermentalität haben Sonia Combe und Nicolas Offenstadt die *Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur* in Berlin ausgemacht, die über ihre Fördergelder eine Deutungshoheit besitze und in der Öffentlichkeit den Diktaturenvergleich durchsetze.<sup>44</sup> Dabei wird einerseits außer Acht gelassen, dass die deutsche Erinnerungslandschaft 30 Jahre nach dem Fall der Mauer sehr viel pluraler und föderaler ist, als die Autor\_innen dieses hier darstellen; andererseits kommen Forschungen zum Umgang mit der DDR im vereinigten Deutschland zu dem Schluss, dass um das Bild des zweiten deutschen Staates seit 30 Jahren heftig gestritten wird. 2009 konstatierte Martin Sabrow, dass die Erinnerung an die DDR »noch keine eindeutig markierte Position im kulturellen Gedächtnis gefunden« habe.<sup>45</sup> Vielmehr sei die Debatte um den Platz der DDR sowohl in der Öffentlichkeit wie auch in der Forschung ein »Kampfplatz der Erinnerung«. Diese These fand ihre Bestätigung auch in den Diskussionen im Vorfeld des 30. Jahrestages des Mauerfalls.

## Fazit

Die französische DDR-Forschung war vor und nach 1989/90 unterschiedlichen ideologischen, intellektuellen und geschichtspolitischen Konjunkturen unterworfen, die zum einen den allgemeinen ideologischen Gräben des Kalten Krieges folgten, aber sowohl vor und nach dem Mauerfall französische Besonderheiten aufwiesen. Sie verdeutlicht in der Zeit des Systemkonflikts, dass dieser eben nicht nur auf politischem und militärischem Feld ausgetragen wurde, sondern immer auch eine intellektuelle Auseinandersetzung um die besseren Ideen, Haltungen, Methoden und Theorien war, die in diesem besonderen Fall – in Konkurrenz zueinander – auf die beiden deutschen Staaten projiziert wurden.

Nach 1989/90 erlebte auch die französische DDR-Forschung eine Entideologisierung und Verwissenschaftlichung. Als Kontinuität muss ihre

interdisziplinäre Breite verstanden werden, die ihr einen Anschluss an verschiedene Forschungsfelder ermöglicht. Durch die starke Vernetzung der deutschen und französischen wissenschaftlichen Institutionen stellt sich heute aber auch die Frage, ob es überhaupt noch national verfasste DDR-Forschungen gibt, worauf auch die britische Historikerin Mary Fulbrook hinweist: »Es gibt meines Erachtens auch keine besondere ›französische‹ oder ›anglo-amerikanische‹ DDR-Forschung. Die ›beste‹ Methode ist die, die sich am besten eignet, um herauszufinden, was man herausfinden will.«<sup>46</sup>

Die von Nicolas Offenstadt verwendete Methode der »Urban Exploration« (Urbex),<sup>47</sup> die nach Hinterlassenschaften in verlassenen Fabriken und Gebäuden sucht, hat ein innovatives Potenzial, doch wird sie aus historiografischer Perspektive problematisch, wenn sie sich auf einen Aspekt beschränkt und über diesen – wie in diesem Fall – die gesamte Geschichte der DDR und den Umgang mit ihr nach 1989/90 erklären will, wie auch René Schlott konstatiert: »So bleibt der Neuigkeitswert des Essays trotz der vielversprechenden ›Außenperspektive‹ gering. Denn die Verklärung der Vergangenheit erscheint weniger als ideologische denn als anthropologische Konstante.«<sup>48</sup>

Man könnte diese »Ostalgie à la française« sicherlich auch als »ein neues Kapitel in den von produktiven Missverständnissen und Phasenverschiebungen geprägten deutsch-französischen Beziehungen«<sup>49</sup> abtun, doch greift der Verweis auf gewöhnliche innerwissenschaftliche<sup>50</sup> oder intellektuelle Dispute meiner Meinung nach zu kurz. Es handelt sich hier um eine linkspopulistische Strömung in der Geschichtswissenschaft, welche die Verlustgeschichte von DDR und deutscher Einheit in ihrem ideologischen Kampf gegen den sogenannten Neoliberalismus instrumentalisiert, ihn geschickt in den Medien zu platzieren weiß und ihn auf diese Weise für die aufgewählte französische Innenpolitik politisiert und ideologisiert. Was Patrice Poutrus mit Blick auf den innerdeutschen Diskurs betont, gilt somit auch für Frankreich: »Problematische Entwicklungen werden aus ihren Kontexten gerissen und vorschnelle Urteile gefällt. Man muss befürchten, dass diese Kolonialisierungserzählung vor allem politischen Akteuren dient, die aus ihr eines Tages eine Rechtfertigung außerkonstitutioneller Politik stricken könnten.«<sup>51</sup> Und hier schließt sich der Kreis zu dem bereits erwähnten Jean-Luc Mélenchon, dem der deutsch-französische Grüne Daniel Cohn-Bendit umgehend antwortete: »Hören wir mit diesem Unsinn auf. Und dann, dass der deutsche Kapitalismus, dass die Deutschen in Ostdeutschland Fehler gemacht haben, so wie sie auch in Westdeutschland Fehler gemacht haben, das ist offensichtlich, aber ›Anne-

xion« zu sagen, heißt heute »Radio nostalgie Allemagne de l'Est« wiederzu-  
beleben. Hier wird aufgegriffen, was in Ostdeutschland die AfD, also die  
Rechtsextremen sagen.«<sup>52</sup>

Erschienen auf DA Online am 9.4.2020.

## Anmerkungen

- 1 Vgl. hierzu detailliert: Ulrich Pfeil, Die französische DDR-Forschung vor 1990. Eine analytische Annäherung über ihre Zeitschriften, in: Michel Grunewald u.a. (Hg.), Les médias = Die Medien, Bern 2014, S. 109–125.
- 2 Ders., Die »anderen« deutsch-französischen Beziehungen. Die DDR und Frankreich 1949–1990, Köln 2004; ders./Anne Kwaschik (Hg.), Die DDR in den deutsch-französischen Beziehungen, Brüssel 2013; Christian Wenkel, Auf der Suche nach einem »anderen Deutschland«. Das Verhältnis Frankreichs zur DDR im Spannungsfeld von Perzeption und Diplomatie, München 2014.
- 3 Gilbert Badia erhielt »in Würdigung des hervorragenden Wirkens des französischen Wissenschaftlers in der Freundschaftsgesellschaft Frankreich–DDR sowie seiner wissenschaftlichen Arbeiten über Rosa Luxemburg und den revolutionären Kampf der deutschen Arbeiterklasse« den Orden Stern der Völkerfreundschaft verliehen; »Hohe Auszeichnung für französischen Historiker«, in: Neues Deutschland, 2.2.1976.
- 4 Vgl. Dankesbrief von Gilbert Badia/Pierre Lefranc an das ZK der SED, 8.2.1964; Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO-BArch), DY 30/IV A2/20/456.
- 5 Kommunistische Partei Frankreichs (KPF), le Parti communiste français (PCF).
- 6 Sandrine Kott, Die DDR-Forschung in Frankreich, in: Deutschland Archiv 30 (1997) 5, S. 1029–1031.
- 7 Bernhard Escherich, Herausforderung Deutschland. Zum Deutschlandbild französischer Historiker 1945–1989, Hamburg 2003, S. 287.
- 8 Sonia Combe, Die DDR-Forschung in Frankreich vor der Wende (1979–1989). Ein Zeitzeugenbericht, in: The International Newsletter of Communist Studies Online XIV (2008) 21, S. 54–57, hier S. 55; vgl. auch dies., Une société sous surveillance. Les intellectuels et la Stasi, Paris 1999.
- 9 Vgl. Georges Castellan, DDR – Allemagne de l'Est, Paris 1955.
- 10 Vgl. Escherich, Herausforderung Deutschland (Anm. 6), S. 30f.
- 11 Vgl. Susanne Götze, Die Neue französische Linke von 1958–1968. Engagement, Kritik, Utopie, Baden-Baden 2016.
- 12 Vgl. hierzu ausführlicher: Ulrich Pfeil, Die historische DDR-Forschung in Frankreich. Eine Bilanz, in: Zukunftsfragen der Germanistik. Beiträge der DAAD-Germanistentagung 2011 mit den Partnerländern Frankreich, Belgien, Niederlande, Luxemburg, hrsg. vom DAAD, Göttingen 2012, S. 316–329.
- 13 Vgl. Georges Castellan/Roland Lenoir, France–République Démocratique Allemande. 30 ans de relations, Paris 1978.
- 14 Arbeitsprotokoll 36/83 der Sitzung des Sekretariats des ZK der SED, 5.4.1983, Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO-BArch), DY 30/J IV 2/3A/3920.

- 15 Vgl. Ulrich Pfeil, Le CEG et la RDA – la RDA et le CEG. Relations scientifiques au-delà des frontières idéologiques, in: *Revue d'Allemagne et des pays de langue allemande* 34 (2002) 3, S. 373–397.
- 16 Vgl. François-Georges Dreyfus, *Histoire des Allemandes*, Paris 1970.
- 17 Vgl. Sonia Combe, *D'Est en Ouest, retour à l'archive*, Paris 2013, S. 41 ff.
- 18 Landes- und Kulturwissenschaftler, vgl. Hans-Jürgen Lüsebrink/Jérôme Vaillant (Hg.), *Civilisation allemande/Landes- Kulturwissenschaft Frankreichs. Bilan et perspectives dans l'enseignement et la recherche/Bilanz und Perspektiven in Lehre und Forschung*, Villeneuve d'Ascq 2013.
- 19 Vgl. u. a. Catherine Fabre-Renault/Élisa Goudin/Carola Hähnel-Mesnard (Hg.), *La RDA au passé présent. Relectures critiques et réflexions pédagogiques*, Paris 2006; Guillaume Mouralis, *Une épuration allemande. La RDA en procès (1949–2004)*, Paris 2008.
- 20 Vgl. Sandrine Kott, *Le communisme au quotidien. Les entreprises d'État dans la société est-allemande*, Paris 2001; dies., *L'expérience du pouvoir en RDA. Une histoire sociale de la domination politique*, in: *Francia* 30/3 (2004), S. 97–114; Michel Christian/Emmanuel Droit, *Écrire l'histoire du communisme. L'Histoire sociale de la RDA et la Pologne communiste en Allemagne et en France*, in: *Genèses* 61 (2005), S. 118–133.
- 21 Vgl. Thomas Lindenberger (Hg.), *Herrschaft und Eigen-Sinn in der Diktatur. Studien zur Gesellschaftsgeschichte der DDR*, Köln 1999.
- 22 Étienne François, *Die DDR-Gesellschaft aus europäischer Perspektive. Vorwort*, in: Sandrine Kott/Emmanuel Droit (Hg.), *Die ostdeutsche Gesellschaft. Eine transnationale Perspektive*, Berlin 2006, S. 11.
- 23 Beispielhaft sei erwähnt: Agnès Arp, *VEB. Vaters ehemaliger Betrieb. Privatunternehmer in der DDR*, Leipzig 2005; Carola Hähnel-Mesnard, *La littérature autoéditée en RDA dans les années 80. Un espace hétérotopique*, Paris 2007; Emmanuel Droit, *Vers un homme nouveau? L'éducation socialiste en RDA (1949–1989)*, Rennes 2009; Caroline Moine, *Cinéma et guerre froide. Histoire du festival de films documentaires de Leipzig (1955–1990)*, Paris 2014.
- 24 Vgl. Hélène Camarade/Sibylle Goepper, *Les mots de la RDA*, Toulouse 2019.
- 25 Rachel Knaebel/Pierre Rimbert, *Allemagne de l'Est, histoire d'une annexion*, in: *Le Monde diplomatique* (novembre 2019), S. 1, S. 14, S. 15.
- 26 Patrice Poutrus, *Neo-Ostalger. Ostdeutsche Identität*, in: *Zeit online*, 9.11.2019; [www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2019-11/ostdeutsche-identitaet-rechte-patrice-poutrus](http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2019-11/ostdeutsche-identitaet-rechte-patrice-poutrus), letzter Zugriff am 27.2.2019.
- 27 Combe, *D'Est en Ouest* (Anm. 17), S. 107.
- 28 Dies., *Allemagne de l'Est, après l'exil. Anna Seghers ou l'éthique du silence*, in: *Le Monde diplomatique* (octobre 2019), S. 7.
- 29 Dies., *La loyauté à tout prix. Les floués du «socialisme réel*, Lormont 2019, S. 5.
- 30 Vgl. dies., *D'Est en Ouest* (Anm. 17), S. 49, S. 81; Der Leipziger Historiker Hartmut Zwahr schreibt, dass das Bedauern über den verpassten »dritten Weg« schließlich nur noch »die Machthaber von gestern und ihre bevorzugten Opfer von gestern: linke Christen und radikale Linke« zum Ausdruck brachten: Hartmut Zwahr, *Ende einer Selbsterstörung. Leipzig und die Revolution in der DDR*, Göttingen 1993, S. 142.
- 31 Vgl. Nicolas Offenstadt, *Le pays disparu. Sur les traces de la RDA*, Paris 2018, S. 15; siehe auch La RDA: »pays disparu«, *nation disparue? Entretien avec Nicolas Offenstadt*, in: *Hérodote. Revue de géographie et de géopolitique* 175 (2019), S. 179–186; Rachel Knaebel/Pierre Rimbert, *Allemagne de l'Est, histoire d'une annexion*, in: *Le Monde diplomatique* (novembre 2019), S. 1.
- 32 René Schlott, *Eingestiegen in Ruinen*, in: *Süddeutsche Zeitung*, 26.5.2019; [www.sueddeutsche.de/1.4462612](http://www.sueddeutsche.de/1.4462612), letzter Zugriff am 28.2.2020.

- 33 Vgl. hierfür beispielhaft Offenstadt, *Le pays disparu* (Anm. 30), S. 14.
- 34 Vgl. ebd., S. 15.
- 35 Ebd., S. 18.
- 36 Combe, *D'Est en Ouest* (Anm. 17), S. 123.
- 37 Martin Sabrow, »Mythos 1989«, in: *Deutschland Archiv*, 28.11.2019, [www.bpb.de/300737](http://www.bpb.de/300737), letzter Zugriff am 27.2.2020.
- 38 Offenstadt, *Le pays disparu* (Anm. 31), S. 205.
- 39 Martin Sabrow, *Die DDR erinnern*, in: ders. (Hg.), *Erinnerungsorte der DDR*, München 2009, S. 19.
- 40 Thomas Wieder, »La loyauté à tout prix«, de Sonia Combe. *Des intellectuels fidèles à la dictature est-allemand*, in: *Le Monde*, 8.11.2019.
- 41 Combe, *D'Est en Ouest* (Anm. 17), S. 115; Offenstadt, *Le pays disparu* (Anm. 31), S. 153.
- 42 Vgl. Combe, *D'Est en Ouest* (Anm. 17), S. 82.
- 43 Vgl. ebd., S. 108, 122.
- 44 Offenstadt, *Le pays disparu* (Anm. 31), S. 10; Combe, *La loyauté à tout prix* (Anm. 29), S. 20.
- 45 Sabrow, *Die DDR erinnern* (Anm. 37), S. 15.
- 46 Mary Fulbrook, *Theoretische Überlegungen zur DDR-Geschichte. Die französische DDR-Forschung in vergleichender Perspektive*, in: Kott/Droit (Hg.), *Die ostdeutsche Gesellschaft* (Anm. 22), S. 278–285.
- 47 Vgl. auch: Nicolas Offenstadt, *Urbex RDA. L'Allemagne de l'Est racontée par ses lieux abandonnés*, Paris 2019.
- 48 Schlott, *Eingestiegen in Ruinen* (Anm. 31).
- 49 Jürg Altwegg, *Auch Plastikblumen wecken Erinnerungen*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 28.2.2020.
- 50 Vgl. hierzu den Disput zwischen dem Germanisten Jean-Louis Georget und dem Historiker Nicolas Offenstadt in der Tageszeitung »Libération«; [www.liberation.fr/debats/2018/09/18/l-historien-et-le-terrain-retour-en-rda\\_1679479](http://www.liberation.fr/debats/2018/09/18/l-historien-et-le-terrain-retour-en-rda_1679479), letzter Zugriff am 28.2.2020.
- 51 Poutrus, *Neo-Ostalgiker* (Anm. 26).
- 52 Renaud Février, Mélenchon et »l'annexion« de l'Allemagne de l'Est. »C'est une bêtise incroyable«, taclé Cohn-Bendit, in: *Nouvelobs.com*, 4.11.2019, [www.nouvelobs.com/histoire/20191104.OBS20656/melenchon-et-l-annexion-de-l-allemande-de-l-est-c-est-une-betise-incroyable-tacle-cohn-bendit.html](http://www.nouvelobs.com/histoire/20191104.OBS20656/melenchon-et-l-annexion-de-l-allemande-de-l-est-c-est-une-betise-incroyable-tacle-cohn-bendit.html), letzter Zugriff am 28.2.2020.



Auswahl an französischen Deutschlehrbüchern

Franziska Flucke

## Vom sozialistischen Paradies zum Erinnerungsort?

### Sechzig Jahre DDR in französischen Deutschbüchern

Pünktlich zum 30. Jahrestag des Mauerfalls hielt im September 2019 aufgrund einer umfassenden Reform der französischen Oberstufe, dem Lycée, eine neue Lehrbuchgeneration für den Deutschunterricht in Frankreich Einzug in die Klassenzimmer. Das Mauerfalljubiläum war in der französischen Öffentlichkeit sehr präsent. Die neuen Lehrwerke thematisieren die Geschichte Deutschlands im Allgemeinen und die der Deutschen Demokratischen Republik (fortan DDR) eher am Rande. Die DDR wird als ein »verschwindenes Land« dargestellt, auf dessen Spuren die Deutschlernenden dennoch hier und da treffen. Dies erinnert teilweise an das Vorgehen des französischen Historikers Nicolas Offenstadt in seinem gleichnamigen

Werk über die Spuren der DDR im heutigen Ostdeutschland.<sup>1</sup>

Das DDR-Bild wandelte sich in den französischen Deutschbüchern der letzten 60 Jahre mehrmals. Dieser Beitrag fragt nach Wandel und Kontinuitäten der dortigen Darstellungen der DDR. Dabei ist zu bedenken, dass Lehrbücher nicht die Unterrichtsrealität in den Klassenräumen reflektieren und diese stark mit dem Lernprofil der Schülerinnen und Schüler sowie der Lehrperson variiert. Gerade mit der Digitalisierung des Unterrichts in den letzten zehn Jahren wird immer mehr ergänzendes Unterrichtsmaterial von Internetportalen in den Klassen verwendet. Dieser Beitrag behandelt deshalb die Positionierung der Lehrbuchautorinnen und -autoren Frankreichs gegenüber der DDR sowie die Versuche der DDR und der Bundesrepublik Deutschland (fortan Bundesrepublik), auf ihr jeweiliges Fremdbild in Frankreich Einfluss zu nehmen, nicht den Unterrichtsgegenstand selbst.<sup>2</sup>

## Von politischer Inexistenz zum »sozialistischen Paradies«

Bis Ende der 1950er-Jahre, die Zeit der diplomatischen Nichtanerkennung der DDR seitens Frankreichs,<sup>3</sup> spielte der ostdeutsche Staat in den französischen Lehrwerken keine Rolle. Deutschland blieb darin zunächst ein romantisches, sagenumwobenes Land, in dem für die Realität der Nachkriegszeit kein Platz war.<sup>4</sup> Thüringen wurde als »grünes Herz Deutschlands« beschrieben, die Wartburg galt als »Hochburg des deutschen Geistes« und Weimar war die Heimat von Friedrich Schiller und Johann Wolfgang von Goethe. Die Teilung Deutschlands und die Existenz der DDR wurden den jungen Französisinnen und Franzosen vorenthalten. Es dominierte das Deutschlandbild vom Beginn des 20. Jahrhunderts, das die nationale Mythologie als Ausdruck der »Kollektivseele« des deutschen Volkes interpretierte. Dies war unter anderem der Betonung der sogenannten klassischen Bildung in den Lehrplänen geschuldet.<sup>5</sup> Zudem unterstützte das bundesdeutsche Außenministerium die Verbreitung eines humanistischen Deutschlandbildes, um den Bruch mit dem Nationalsozialismus zu betonen.<sup>6</sup> Nicht zuletzt spiegelte das Lehrbuch die Haltung der französischen Öffentlichkeit gegenüber Deutschland wider, war doch in den 1950er-Jahren das Interesse an dem zweiten deutschen Staat außerhalb kommunistisch geprägter Kreise gering.<sup>7</sup>

Infolge neuer Lehrpläne und der Kritik der deutsch-französischen Lehrbuchkommission<sup>8</sup> war in den 1960er-Jahren zunächst bei den politisch linksorientierten Germanisten Jean Chassard und Gonthier Weil ein deut-

licher Wandel zu beobachten. Sie präsentierten nun die DDR als neuen Staat mit vielen Facetten, den sie aus geografischer, touristischer und wirtschaftlicher Perspektive beleuchteten. Die Lernenden erhielten darüber erstmals einen multiperspektiven Blick auf den zweiten deutschen Staat. Die Buchausgabe für die Abschlussklasse thematisierte politische Aspekte zur DDR und zu ihren gesellschaftlichen Realitäten. Dabei war ganz selbstverständlich von der »Deutschen Demokratischen Republik« die Rede. Daraus ist zu schließen, dass die Autoren die DDR bereits vor der offiziellen Anerkennung seitens der Französischen Republik als selbstständigen Staat betrachteten. Chassard und Weil versuchten so, das mythische, kulturelle Deutschland mit den neuen Realitäten zusammenzubringen, und positionierten sich indirekt als Mitstreiter der ostdeutschen Anerkennungspolitik. Somit trugen sie zur Etablierung der DDR als staatliches Alternativmodell zur Bundesrepublik und zum Kapitalismus im französischen Diskurs bei. Ihr Lehrwerk war mehrere Jahrzehnte eine Referenz bei der zentralen Deutschlehrer\_innenprüfung und prägte das DDR-Bild mehrerer Lehrer\_innengenerationen.

In den 1970er-Jahren wandelten sich die Darstellungen erneut und kamen einer Reise in ein »sozialistisches Paradies« gleich. Infolge der diplomatischen Anerkennung der DDR 1973 erschien der Staat in den Schulbüchern nun gleichberechtigt neben der Bundesrepublik. Der Bau der Berliner Mauer im Jahr 1961 hatte die Wahrnehmung einer breiten französischen Öffentlichkeit für die Existenz des zweiten Deutschlands geschärft und der DDR einen flächendeckenden Einzug in die Lehrbücher ermöglicht. Die deutsche Teilung wurde jetzt in den Kapiteln zur Politik und Wirtschaft überwiegend als politisches Konstrukt erwähnt. Dabei entwarfen auffällig viele Texte aus offiziellen Regierungsbulletins der DDR ein positives und idealisiertes Bild des Landes ohne Kontextualisierung. Auszüge aus dem Grundgesetz wurden kommentarlos Passagen aus der DDR-Verfassung gegenübergestellt und vermittelten so beispielsweise den Eindruck, die Presse- und Meinungsfreiheit sei auf beiden Seiten garantiert gewesen. Der diktatorische Charakter wurde – wenn überhaupt – beiläufig erwähnt, die DDR-Propaganda dagegen wortwörtlich übernommen. Dies war einerseits das Resultat einer gezielten Imagekampagne der DDR in Frankreich. Auf der anderen Seite hatte die DDR einen anderen Stellenwert an den Universitäten. Denn die französische Germanistik hatte 1966 die gegenwartsbezogene Landeskunde als offiziellen dritten Lehrbereich in dem Fach eingeführt. Zudem sahen kommunistisch geprägte Historiker oder Germanisten wie Gilbert Badia und Georges Castellan in der DDR »eine Utopie, ein Gegenbild zur Bundesrepublik«. <sup>9</sup> Die Biermann-

Affäre 1976 relativierte dieses Idealbild zwar in der Öffentlichkeit, in die Lehrbücher zog eine kritischere Haltung gegenüber der DDR aber erst in der nächsten Dekade ein.

## Von der gescheiterten Utopie zum Unrechtsstaat?

Quantitativ wie in der Differenziertheit der Darstellung nahm die DDR in den Lehrbüchern der 1980er-Jahre die gleiche Stellung wie die Bundesrepublik ein. Diese breitere Perspektive entsprach den veränderten Beziehungen zwischen der DDR und Frankreich nach der Unterzeichnung des Kulturabkommens am 16. Juni 1980 einerseits und den Beschwerden des bundesdeutschen Auswärtigen Amtes andererseits. Letzteres war bezüglich einer aus seiner Sicht zu DDR-freundlichen Darstellung im französischen Schul- und Hochschulunterricht besorgt und forderte ein korrigiertes und aktualisiertes Deutschlandbild ein.<sup>10</sup> Daher wurden nun auch in der Bundesrepublik rezipierte »Vorzeigeautor\_innen« aus der DDR wie Christa Wolf, Anna Seghers oder Christoph Hein aufgenommen und Themen wie »Republikflucht« angesprochen.<sup>11</sup> So bot Christa Wolfs »Der geteilte Himmel« Anlass, um über die Teilung Berlins zu diskutieren.<sup>12</sup> Die Lehrbuchautor\_innen vermieden aber eine persönliche Positionierung und bemühten sich – gemäß dem Neutralitätsprinzip zur Wahrung der Laizität<sup>13</sup> – um absolute Neutralität, wie die historischen Kapitel des Buches zeigen. Landeskundliches Wissen wurde in sogenannten Brennpunkten dargestellt. Diese Darstellungen wurden allerdings durch die Auswahl kritischer literarischer Texte hinterfragt.

Ende der 1980er-Jahre verstärkte sich die Tendenz zum kritischen Blick auf beide deutsche Staaten. In dem Schulbuch mit dem Titel »Ja, aber ...« fanden sich wiederholt Ausschnitte aus Isolde Heynes Jugendbuch »Treffpunkt Weltzeituhr« (1984). Die 1979 in die Bundesrepublik übergesiedelte Autorin verarbeitete darin ihre Flucht. Über die Romanfigur Inka blickten die französischen Schülerinnen und Schüler nun mit den Augen einer Ostdeutschen auf den Westen. Inka hatte die DDR verlassen und war zunächst mit dieser »neuen« Welt überfordert.<sup>14</sup> Ein Artikel aus dem bundesrepublikanischen Jugendmagazin *Scala* gab einen Einblick aus westdeutscher Perspektive in die Lebensrealität eines jungen ostdeutschen Pärchens zwischen Wohnungsknappheit und Überwachungsstaat. Das Lehrbuch präsentierte somit über die Auswahl der literarischen und journalistischen Texte ein wesentlich realistischeres DDR-Bild als seine Vorgängergenerationen und vermittelte so die unterschiedlichen Lebenswelten der Deutschen. Die völ-

lige Idealisierung wurde aufgrund der allmählichen Öffnung der DDR gegenüber dem Westen aufgegeben. Auch wenn die Darstellung tendenziell positiv blieb, entstand nun das Bild einer gescheiterten Utopie.

Nach dem Abschluss des Kulturabkommens konnten die zukünftigen Lehrkräfte im Rahmen von Universitätspartnerschaften in die DDR reisen oder an dem Programm »séjours travail-loisirs« teilnehmen und bei solchen Arbeits- und Freizeitaufenthalten ihre Sprachkenntnisse verbessern.<sup>15</sup> Auch die französische DDR-Forschung stellte das Land nun differenzierter dar.<sup>16</sup> Aber auch die westdeutsche Medienberichterstattung hatte zu diesem Wandel beigetragen, denn sie war in den 1980er-Jahren zu der Überzeugung gekommen, dass die DDR-Bürgerinnen und -Bürger eine eigene nationale Identität gefunden hätten.<sup>17</sup>

Bei der Betrachtung der Lehrbücher nach der »Wende« ab 1990 ist zunächst festzuhalten, dass die mit der umfassenden Ökonomisierung aller Lebensbereiche einhergehende Umstellung von Input- zu Output- und Kompetenzorientierung in der Schulbildung auch in den französischen Deutschbüchern zu beobachten ist. Die Aufgabe der traditionellen Bildungsziele und eine deutlich stärkere Kommunikationsorientierung lassen sich aus allen Lehrwerken ab 1990 ablesen.<sup>18</sup>

Die Lehrbuchinhalte sollten nun verstärkt zur mündlichen und schriftlichen Kommunikation anregen und zu persönlichen Stellungnahmen motivieren. Inhaltlich bemühten sich die Autor\_innen nach 1990 zunächst um Nähe zum historischen Subjekt »DDR-Bürger«. Da sie mit ihrer Darstellung nicht auf Kohärenz verpflichtet waren, neigten sie zu chronologischen Längsschnitten und präsentierten vor allem die Lebensbedingungen im Kontext des Kalten Krieges.<sup>19</sup> Außerdem wurde das Deutschlandbild mit der Erweiterung um audiovisuelle Dokumente im Laufe der Nullerjahre immer multiperspektivischer. Die Kontinuitäten in der DDR-Darstellung zwischen Deutschlehrwerken, die vor 1990, und denen, die danach erschienen sind, sind auffällig. Die Autor\_innengruppen rückten weiterhin Themen wie Musik, Bildung und jugendliche Lebenswelten im Sozialismus ins Zentrum. Sie zitierten dieselben Jugendbuchautor\_innen sowie Werke, die nach 1990 erschienen sind, und schilderten die Beziehungen zwischen Ost- und Westdeutschen als »problematisch«, übten aber keine explizite Kritik an der Art und Weise der Wiedervereinigung.

Hinzu kommt das Narrativ des »Unrechtsstaats« und die Darstellung des Lebens in einer Diktatur, womit erneut ein deutlicher Wandel feststellbar ist. Die innerdeutsche Grenze wurde an Einzelschicksalen erfahrbar und die DDR zum Beispiel anhand eines Interviews mit einem ehemaligen Stasihäftling als Unrechtsstaat dargestellt, in dem keine Art von Rebel-

lion zugelassen war.<sup>20</sup> Das Interview war in einen chronologischen Längsschnitt zur Problematik »Anpassung oder Rebellion?« eingeordnet. Es wurde unter anderem danach gefragt, inwiefern Rebellion in einer Diktatur möglich sei. Auf einen Ausschnitt von Günter Grass »Beim Häuten der Zwiebel« über die Zeit als »Hitler-Junge« folgte das Interview als Hördokument (beigefügte CD zum Buch für die Schülerinnen und Schüler). Zur weiteren Vertiefung wurden die Verhörmethoden des Ministeriums für Staatssicherheit bei »Republikflucht« mittels eines Auszugs aus Friedhelm Reis' Autobiografie thematisiert.<sup>21</sup>

## Die DDR als kulturelles Erbe – aktuelle Tendenzen der DDR-Darstellung

Seit 2018/19 fordert der neue Sprachlehrplan in Frankreich eine stärkere Einbindung von kulturellem Wissen über das jeweilige Zielland und sieht im Spracherwerb nicht nur einen Weg zur erweiterten Kommunikationsmöglichkeit mit anderen Kulturen, sondern auch ein Mittel, die Welt besser zu verstehen. Die Schülerinnen und Schüler sollen über den Spracherwerb zu »Mittlern« zwischen den Kulturen werden. Aus diesem Grund sind die neuen Lehrbücher wieder stärker landeskundlich ausgelegt, allerdings nicht thematisch, sondern stets an einer problematisierenden Fragestellung ausgerichtet. Dabei spielt konkretes historisches Orientierungswissen eine untergeordnete Rolle und die Textart »Romanauszug« wird weiter von audiovisuellen und digitalen Medien verdrängt.<sup>22</sup>

Die DDR wird in der neuen Schulbuchgeneration unter anderem als thematischer Strang für die Erklärung einer geteilten Gesellschaft beschrieben. Das Lehrwerk »Fantastisch« beschäftigt sich mit der Frage »Zweimal Deutschland – Welches Gefühl der Zusammengehörigkeit gab und gibt es in Deutschland?« Das Thema wird in fünf Unterkapiteln behandelt und präsentiert eine in Ost und West gespaltene Gesellschaft. Nach einer kurzen Einführung zur Teilung Deutschlands folgt ein Auszug zur Ernährungssituation in der DDR, der von der Internetplattform Planet Wissen stammt.<sup>23</sup> Des Weiteren erklärt Stefan Wolle, Historiker und wissenschaftlicher Leiter des DDR-Museums in Berlin, in einem Video Inhalte und Bedeutung des Westpakets. Im anschließenden Artikel »Warum ich mich unglaublich nach dem Westen sehne« wird der Westen als das Paradies der Ostdeutschen beschrieben.<sup>24</sup> Die Textauszüge zu den Unterkapiteln »Die Mauer in den Köpfen?« und »Zusammengewachsen?« vermitteln eine mangelnde Kohäsion, das heißt eine weiter bestehende Teilung in »Ossis« und

»Wessis« in der gegenwärtigen bundesdeutschen Gesellschaft. Dies resultiere aus den unterschiedlichen Entwicklungen vor 1989 sowie der »Wende«, die nicht auf »Augenhöhe« erfolgt sei, so wird aus einem Interview mit Klaus Schroeder, Leiter des Forschungsverbunds SED-Staat, zitiert.<sup>25</sup>

Eine weitere Tendenz ist die Behandlung von beispielhaften Einzelaspekten. So wird die Zensur im Bereich der Musik unter dem Aspekt »Kunst und Macht« (*art et pouvoir*) behandelt und die Überwachung durch das Ministerium für Staatssicherheit den Schülerinnen und Schülern anhand einer Auseinandersetzung mit dem Film »Das Leben der Anderen« vermittelt. Letzteres dient der Problematisierung des Zusammenspiels von privatem und öffentlichem Raum (*espace privé et espace public*).<sup>26</sup>

Die DDR wird auch im Rahmen der allgemeinen deutschen Erinnerungspolitik aufgeführt. Dabei werden »Stolpersteine gegen das Vergessen«, die Berliner Mauer und »ein Denkmal für die ermordeten Juden Europas« auf zwei Doppelseiten<sup>27</sup> regelrecht »abgehandelt«. Das historische Phänomen »DDR und Mauer« wird zunehmend zur Erklärung zeitgenössischer Tendenzen in der bundesdeutschen Gesellschaft herangezogen und ist ein Baustein unter vielen zum Verständnis der (Ost-)Deutschen der Gegenwart. Dabei bleibt Berlin als ehemals geteilte Stadt der Kristallisationspunkt der Geschichte und »Spiegel der deutschen Identität«.<sup>28</sup>

## Fazit

Die Analyse zeigt, dass die DDR seit 60 Jahren permanenter Bestandteil des französischen Deutschlandbilds in den dortigen Lehrwerken ist und deren Darstellung stets ein Spiegel der sich wandelnden kulturpolitischen Rahmenbedingungen war. Mit wachsender zeitlicher Distanz nimmt die Präsenz der DDR ab, sodass mittlerweile nur noch ein vages DDR-Bild in den Deutschlehrbüchern entworfen wird. Dieses ist an einzelnen Orten oder Symbolen wie der Mauer, dem Westpaket oder dem Ampelmännchen ausgerichtet. Den Lehrwerken geht es dabei um eine Sensibilisierung für das kulturelle Erbe im deutschsprachigen Raum.<sup>29</sup> Noch sind die neuen Lehrbücher für die Abschlussklasse nicht erschienen. Diese könnten aber wieder verstärkt literarische Texte und eine intensivere Beschäftigung mit historischen Themen beinhalten, da das Niveau B2 des europäischen Referenzrahmens für Sprachen anvisiert wird.

Auch die aktuellen nationalen Prüfungsthemen zeigen, dass die DDR beziehungsweise deren Erbe in der Bundesrepublik trotz rückläufiger Tendenzen weiterhin einen festen Platz im französischen Deutschunterricht

haben. So thematisierten zwei von acht Vorschlägen für die Prüfungen, die 2019 beispielhaft auf der offiziellen Internetseite des Erziehungsministeriums veröffentlicht wurden, die Erinnerung an die Berliner Mauer. Einmal geht es um die aktuelle Diskussion zur East-Site-Gallery und das andere Mal um die Mauergedenkstätte an der Bernauer Straße. Dazu wurde jeweils ein kurzes Video gezeigt.<sup>30</sup> Die Schülerinnen und Schüler sollten zunächst auf Französisch Inhalt und Absicht des Filmes zusammenfassen. Darauf folgten verschiedene Arbeitsaufträge: So sollte in deutscher Sprache schriftlich Position zum Umgang mit der Erinnerung an die Berliner Mauer bezogen werden.

Abschließend gilt es zu bedenken, dass auch die deutschen Schülerinnen und Schüler nur noch eine grobe Vorstellung von der DDR haben.<sup>31</sup> Zudem steht es jeder Lehrkraft frei, eigene Schwerpunkte, zum Beispiel durch den Einsatz von Spielfilmen zum Thema, Klassenreisen oder Schulprojekte, zu setzen.

*Erschienen auf DA Online am 24.3.2020.*

## Anmerkungen

- 1 Vgl. Nicolas Offenstadt, *Le pays disparu. Sur les traces de la RDA*, Paris 2018.
- 2 Bei der Analyse ist zu bedenken, dass Frankreichs Bildungssystem zentralistisch organisiert ist. Das Ministère de l'Éducation nationale, das nationale Erziehungsministerium, erarbeitet die Lehrpläne, nach denen Lehrer\_innen aus dem Sekundarbereich und Inspektor\_innen die Lehrbücher erstellen. Diese unterliegen allerdings keinem Zulassungsverfahren, sodass die Autor\_innen bei ihrer Arbeit völlig frei sind. Um maximale Verkaufszahlen zu erreichen, orientieren sie sich überwiegend an den Erwartungshaltungen der Lehrer\_innen und weniger an neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen. Vgl. Françoise Laspeyres, *L'image de l'Allemagne dans les manuels d'enseignement de l'allemand en France et de l'allemand, langue étrangère, en Allemagne*, in: *Allemagne d'aujourd'hui* 157 (2001), S. 76–94.
- 3 Die französische Regierung erkannte die DDR erst 1973 als eigenständigen Staat an und war in dieser Hinsicht dem bundesdeutschen Alleinvertretungsanspruch gefolgt.
- 4 Vgl. Franziska Flucke/Marie Müller-Zetzsch, *Schulwissen über die DDR in Frankreich*, in: *Revue d'Allemagne et des pays de langue allemande* 51 (2019) 1, S. 177–191, hier S. 178; Franziska Flucke, »Land der Dichter und Denker oder sozialistisches Paradies? Die DDR im Spiegel französischer Deutschlehrbücher (1949–1989)«, in: dies. u.a. (Hg.), *Der Kalte Krieg im Schulbuch (=Historica et Didactica. Forschung Geschichtsdidaktik 2)*, St. Ingbert 2017, S. 189–218, hier S. 193f.
- 5 Vgl. Caroline Doublier, *L'enseignement de l'allemand et image de l'Allemagne depuis la Seconde Guerre Mondiale*, *Histoire de l'Éducation* (2005) 106, S. 137–152, hier S. 145ff.
- 6 Vgl. Corine Defrance/Ulrich Pfeil, *Verständigung und Versöhnung. Eine Herausforderung für Deutschland nach 1945*, in: dies. (Hg.): *Verständigung und Versöhnung nach dem »Zivilisationsbruch«? Deutschland in Europa nach 1945*, Bonn 2016, S. 21–25.

- 7 Vgl. Chantal Metzger, 40 ans de relations entre la France et la RDA: Du rejet à la reconnaissance officielle (1949–1989), in: Dorothee Röseberg (Hg.), Images de la France en République Démocratique Allemande. Une histoire oubliée, Paris 2004, S. 12–26, hier S. 22; Christian Wenkel, Des images françaises du socialisme en RDA (1956–1969), in: Chantal Metzger (Hg.), La République démocratique allemande. La vitrine du socialisme et l'envers du miroir (1949–1989–2009), Brüssel 2009, S. 219–231, hier S. 219.
- 8 Vgl. Internationales Schulbuchinstitut an der Kant-Hochschule Braunschweig (Hg.), Deutschland und Frankreich im Spiegel ihrer Schulbücher, Braunschweig 1954.
- 9 Anne-Marie Pailhès, Die Beziehungen zwischen der DDR und Frankreich in den 1970er und 1980er Jahren: zwischen Herabsetzung und Idealisierung, in: La Clé des Langues, Juni 2014, <http://cle.ens-lyon.fr/allemand/civilisation/die-beziehungen-zwischen-der-ddr-und-frankreich-in-den-70er-und-80er-jahren-zwischen-herabsetzung-und-idealisation>, letzter Zugriff am 5.2.2020; zur französischen DDR-Forschung vgl. Ulrich Pfeil, Die französische DDR-Forschung vor 1990. Eine analytische Annäherung über ihre Zeitschriften, in: Michel Grunewald u. a. (Hg.), France – Allemagne au XXe siècle: la production académique de savoir sur l'Autre. IV. Les médias, Bern 2014, S. 109–125; Bernhard Escherich u. a., Das Bild der DDR in Frankreich bis 1989, in: Dokumente 56 (2000), 1, S. 25–32.
- 10 Vgl. Rainer Riemenschneider, Die dritte Generation. Schulbucharbeit mit Frankreich aus der Sicht eines Akteurs und Zeitzeugen, in: Rainer Bendick u. a. (Hg.), Deutschland und Frankreich – Geschichtsunterricht für Europa. Die deutsch-französischen Schulbuchgespräche im europäischen Kontext. France-Allemagne. L'enseignement de l'histoire pour l'Europe. Les rencontres franco-allemandes sur les manuels scolaires dans le contexte européen, Frankfurt/M. 2018, S. 60–70, hier S. 62.
- 11 Vgl. u. a. Karin R. Güttler, Die Rezeption der DDR-Literatur in Frankreich (1945–1990), Autoren und Werke im Spiegel der Kritik, Bern 2001.
- 12 Vgl. Jean-Claude Duport u. a., »Ja, aber ...« Terminale Langue 1 et Langue 2, Paris 1982, S. 85.
- 13 Seit 2015 weist die »Charte de la laïcité à l'école« darauf hin, dass sich Lehrer\_innen absolut neutral verhalten müssen und »ihre politischen und religiösen Ansichten in der Ausübung ihres Berufs nicht zum Ausdruck bringen dürfen«. Die Charta ist verfügbar unter <http://www.diesseits.de/sites/diesseits.de/files/Charte-de-la-laicite.jpg>, letzter Zugriff am 15.2.2020.
- 14 Jean-Claude Duport u. a., »Ja, aber ...«, Seconde Langue vivante 1, Paris 1989, S. 82.
- 15 Vgl. Flucke, Land der Dichter und Denker (Anm. 4), S. 211; siehe auch Cyril Carnevilliers, Les relations politiques et diplomatiques entre la France et la RDA dans les années 1980, in: Historiens et Géographes Nr. 448 (2019), S. 153–157.
- 16 Vgl. Escherich, Das Bild der DDR in Frankreich (Anm. 10), S. 30.
- 17 Vgl. Jürgen Krauskopf, Die Darstellung der DDR im französischen Deutschbuch von 1950–1990, in: Heiner Bömmel u. a. (Hg.), Lernen und Lehren fremder Sprachen, 25 Jahre Institut für Didaktik der französischen Sprache und Literatur an der Justus-Liebig-Universität Gießen, Tübingen 1992, S. 166–173, hier S. 171.
- 18 Vgl. Michael Dobstadt, Zum Potential literarischer Texte in einem sprach- und kulturreflexiv orientierten DaF-Unterricht, in: Nouveau Bulletin de l'A.D.E.A.F., Nr. 141 (2019–2020) 1, S. 55–63, hier S. 55.
- 19 Vgl. Flucke/Müller-Zetzsche, Schulwissen (Anm. 4), S. 185.
- 20 Vgl. Hördokument 14, Schüler-DVD zu Laetitia Bally u. a. (Hg.), Fokus Allemand Tles, Paris 2012.
- 21 Vgl. Friedhelm Reis, Pilgerschaft zwischen Strafanstalt und Sternenfeld, Berlin 2009.
- 22 Dabei handelt es sich um ein sprachen- bzw. länderübergreifendes Phänomen. Die Arbeit mit literarischen Texten erscheint erst ab dem fortgeschrittenen Niveau (B2). So erklärt sich der sehr geringe Anteil literarischer Texte im Allgemeinen und zur DDR im Besonderen; vgl.

- Claire Kramusch/Oliver Kramusch, *The avatars of literature in language study*, in: *The Modern Language Journal* 84 (2000), 4, S.553–573.
- 23 Vgl. Wiebke Ziegler, *Leben in der DDR*, WDR Planet Wissen 2016. Der zitierte Abschnitt trägt den Titel »fünf Pfennig für ein Brötchen, 18 Mark für Ananas«.
- 24 Vgl. Kathrin Spoerr, *Warum ich mich unglaublich nach dem Westen sehne*, zitiert nach [www.welt.de](http://www.welt.de), 3.10.2015, hier in Jocelyne Maccarini (Hg.), *Fantastisch, Lycée 1er*, S.27.
- 25 David Ruch, *Wir leben weitgehend in zwei Gesellschaften*, in: [dpa/t-online](http://dpa/t-online), 5.2.2018, in: ebd., S.28.
- 26 Vgl. Laetitia Bally u. a. (Hg.): *Wanderlust. Kooperativ ans Ziel. Allemand 1ere A2/B1*, Paris 2019.
- 27 Vgl. Immanuelle Coste (Hg.), *Mitrede 2de*, Paris 2019, S.164–166.
- 28 Vgl. Immanuelle Coste (Hg.), *Mitrede 1ere*, Paris 2019, S.164.
- 29 Der Lehrplan 2019/20 gilt für alle Sprachen und gibt daher keine konkreten Beispiele. Alle Schüler\_innen sollen sich die Frage stellen, wie kulturelles Erbe für einen spezifischen geografischen Raum konstruiert und vermittelt wird.
- 30 <https://eduscol.education.fr/cid141765/sujets-zero-1e-bac-2021.html#lien1>, letzter Zugriff 04.2.2020.
- 31 Vgl. Jens Hüttmann/Anna von Arnim-Rosenthal (Hg.), *Diktatur und Demokratie im Untergrund: Der Fall DDR*, Berlin 2017; Marie Müller-Zetzsche, *DDR-Geschichte im Klassenzimmer. Deutung und Wissensvermittlung in Deutschland und Frankreich nach 1990*, Frankfurt/M. 2020.



Ehemalige Regierende Bürgermeister von Berlin bekräftigten am 21.2.1992 bei einem Treffen im Gästehaus der Stadt ihre Unterstützung für Berlin, das sich um die Ausrichtung der Olympischen Sommerspiele 2000 bewarb (v.l.): Walter Momper, Dietrich Stobbe, Hans-Jochen Vogel, NOK-Präsident Willi Daume, der Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen, Richard von Weizsäcker, Klaus Schütz und Willy Brandt.

Ulrich Eggstein

## The Games at the Gate

### Wie der Mauerfall 1989 Berlins Traum von Gesamtberliner Olympischen Spielen platzen ließ

Wer zunächst den Finger hob und Olympische Spiele im gespaltenen Berlin ins Gespräch brachte, war am 12. Juni 1987 US-Präsident Ronald Reagan, der bei einem Staatsbesuch Station in Westberlin machte und am Ende seiner öffentlichen Rede auf der Westseite des Brandenburger Tors einfließen ließ: »What better way to demonstrate to the world the openness of this city than to offer in some future year to hold the Olympic games

here in Berlin, East and West?«<sup>1</sup> Für größere Schlagzeilen sorgte Reagans Äußerung damals nicht, glich sie doch eher einer zu utopisch anmutenden Vision.

Doch hinter den Kulissen der großen Politik spann eine Reihe sportbegeisterter Berliner\_innen Reagans Gedanken weiter und auch Willi Daume (von 1961 bis 1992 Präsident des Nationalen Olympischen Komitees, NOK) machte sich fortan wieder für diesen Gedanken stark, den er 1963 schon einmal dem damaligen Regierenden Bürgermeister Westberlins, Willy Brandt (SPD), nahegebracht hatte. Brandt schrieb damals einen Bewerbungsbrief Berlins für die Spiele im Jahr 1968 an das Internationale Olympische Komitee (IOC), in der Hoffnung, »dass die Ost-Berliner Behörden – nach entsprechenden Verhandlungen der beiden deutschen Nationalen Olympischen Komitees – ihre Bereitschaft zum Ausdruck bringen werden ...«.<sup>2</sup> Mit Ostberlin abgestimmt war der Vorstoß jedoch nicht und wurde im Politbüro als politische Provokation empfunden, um »die Mauer infrage zu stellen«.<sup>3</sup>

## Konzeption in kleiner Runde ab 1988

Nach meiner Kenntnis tauchte die Idee 1988 in einem kleineren CDU-Kreis in Spandau wieder auf, rund um den früheren Berliner Parlamentspräsidenten und Sportschützen Peter Rebsch. Berlins Bürgermeister Eberhard Diepgen (CDU) griff im Januar 1989 den Gesprächsfäden auf und lud eine kleine Gruppe wichtiger Westberliner Sportfunktionäre zum abendlichen Gespräch ins Senatsgästehaus im Grunewald ein. Als Sportfachmann wurde ich aus der Pressestelle des Senats zu diesem Gedankenaustausch hinzugezogen. Debattiert wurde, olympische »Friedensspiele« anzustreben, gemeinsam und gleichberechtigt in West- und Ostberlin.<sup>4</sup> Spiele im Westteil allein wurden sofort ausgeschlossen. Westberlin wäre viel zu klein gewesen, um ein Sportevent in diesem Ausmaß zu stemmen. Auch hätte eine solche Wahl sofort einen Boykott des gesamten Ostblocks ausgelöst, waren sich die damaligen Teilnehmenden sicher. Darüber hinaus wäre eine solche Überlegung ohne jeglichen internationalen Reiz gewesen.

Mauerübergreifende Spiele in Berlins Osten und Westen hingegen, und das im damals ausgehenden Zeitalter des Kalten Kriegs, das hatte aus Sicht der Gruppe »Wucht«, aber es erschien zugleich als eine Träumerei. Wir sagten uns dennoch: Warum eigentlich nicht? Vorsichtig und abwägend trat Eberhard Diepgen mit diesem Plan jedoch noch nicht an die Öffentlichkeit. Wir hatten viel Zeit, denn eine Bewerbung für das Jahr 2000 musste

erst 1993 abgegeben werden, eine für das Jahr 2004 sogar erst 1997 – wir schrieben das Jahr 1989.

Für das Jahr 2004 sprach die Einschätzung, dass es weltweit einen Konsens gab, die hundertjährigen Olympischen Spiele der Neuzeit im Jahr 1996 an ihrem Geburtsort in Griechenland zu feiern. Wo anders denn sonst? Also kam das Jahr 2000 für europäische Bewerber nicht infrage. Denn Olympia auf einem Kontinent zweimal hintereinander auszutragen, sahen die olympischen Traditionen nicht vor und für die Jahrtausendspiele war ohnehin Peking schon aussichtsreich im Gespräch.

## Vermutete Sehnsucht des IOC nach dem Friedensnobelpreis

Mir war schon beim ersten Treffen mit Eberhard Diepgen und Berliner Sportfunktionären die Aufgabe zugefallen, eine inhaltliche Strategie für »unsere« Spiele zu entwickeln. Ein Grundkalkül, das die Beteiligten optimistisch stimmte, war, dass das IOC in Lausanne auf den Friedensnobelpreis hoffte und sich – vermeintlich ungerechtfertigt – immer wieder übergangen sah. Berlin sollte dem IOC-Wunsch nun eine Steilvorlage bieten und eine politische Trumpfkarte spielen: Wenn es dem IOC gelingen würde, die Spiele an einem der historisch markantesten Orte des Kalten Krieges, also in Berlin, gemeinsam in Ost und West, auszutragen, wäre das mehr als nur nobelpreisverdächtig.

Dass das IOC in der Schweiz unter der damaligen Präsidentschaft des Spaniers Antonio Samaranch diesen Plan durchschauen und den Ball aufnehmen und weiterspielen würde, davon gingen wir aus, ohne dieses Kalkül nach außen zu tragen. Wir hofften, durch die Idee mauerüberwindender Spiele im Kreis der Mitbewerberstädte ein zündendes Alleinstellungsmerkmal zu haben, und malten uns aus, wie sich Samaranch auf Englisch vor den Delegationen der so verschiedenen Stadthälften, der Bundesregierung in Bonn und dem DDR-Politbüro aus Ostberlin, aus der Zwickmühle der Wortwahl retten könnte, indem er neutral verkündet: »The Winner is Germany.« Das wäre aus unserer Sicht ein innenpolitischer Volltreffer gewesen.

## Konzept eines »lebendigen Hinüber und Herüber«

Wir hielten es auch nicht für utopisch, über Vermittler DDR-Staatschef Erich Honecker für einen solchen Schritt zu gewinnen, zumal durch die

Reformpolitik Michail Gorbatschows in der Sowjetunion auch aus Moskau Rückendeckung für solch eine Überlegung denkbar war. Spiele im gespaltenen Berlin, das war unsere Philosophie, hätten ein lebendiges Hinüber und Herüber zwischen Ost und West ausgelöst:

Engste Verwaltungszusammenarbeit auf vielen Gebieten wie eine gemeinsame Verkehrslenkung durch ganz Berlin oder eine gemeinsame weltweite Telekommunikation wären täglich notwendig gewesen. Neue Sportstätten in Ost und West wären entstanden, viele Turnhallen in Ost und West wären als Trainingshallen für die späteren Olympioniken renoviert worden und für den Radsport wären Routen sogar ins Umland möglich gewesen. Die zu Olympia strömenden Touristen und Touristinnen sowie Presseschwärme sollten unter erleichterten Bedingungen über die Grenze gelotst und auf beiden Seiten der Mauer beherbergt werden.

Auch an ein völlig neues olympisches Dorf wurde gedacht. Verkehrstüchtig, sicherheitsgeschützt und doch offen nach Ost und West hätte es aus dem Boden gestampft werden müssen. Vielleicht sogar mitten im Ostteil der Stadt: Verwiesen wurde beispielsweise auf die Stralauer Halbinsel nahe dem Ostbahnhof, dem damaligen Hauptbahnhof von Ostberlin. Auf der anderen Mauerseite wäre das damals altersschwach gewordene Olympiastadion nicht erst zur Fußballweltmeisterschaft 2006 modernisiert und auf Vordermann gebracht worden. Die telegenen olympischen Visitenkarten der Gastgeberländer, die meist regional inspirierten Eröffnungs- und Schlussfeiern, hätten gerecht verteilt in Ost und West stattgefunden. Das waren einige der Grundideen aus diesen ersten Brainstormings, an die ich mich erinnere.

Nicht nur die Menschen in Ost- und Westberlin hätten große Teile der Olympischen Spiele hautnah miterleben können, auch die DDR-Bevölkerung in Warnemünde (Segelwettbewerbe) und in der Mark Brandenburg (Ruder- und Kanuregattastrecke auf einem der vielen Seen) sollte mit einbezogen werden, um die DDR-Regierung leichter für das Projekt zu gewinnen.

## Regierungswechsel 1989, aber kein Utopiewechsel

Diese Planspiele hören sich auch heute noch an wie ein verrückter Traum. Berlin wäre in den Tagen der Spiele und der anschließenden Zeit der automatisch folgenden Paralympics eine mehr oder weniger offene Stadt, ja wiedervereinigte Stadt gewesen. So jedenfalls der Gedanke Eberhard Diepens, der im September 1989 eine erste Machbarkeitsstudie in Auftrag gab.<sup>5</sup>

Aber: Die Großwetterlage zwischen den beiden Teilen Deutschlands hätte bis zu diesem Zeitpunkt heiter bis sonnig sein müssen. Doch in Ostberlin verhärtete sich seinerzeit der Kurs des zeitweise erkrankten Erich Honecker, selbst Michail Gorbatschow blitzte schroff mit Reformgedanken bei der DDR-Führung ab und auch der Innerberliner Dialog, der 1987 zur 750-Jahr-Feier Berlins mühsam in Gang gekommen war, schien wieder zu verebben.

Aber auch auf Westberliner Seite änderte sich die politische Lage abrupt.

Am 29. Januar 1989 brachte die Wahl zum Abgeordnetenhaus im eigenständigen Westberlin ein überraschendes Ergebnis. Die CDU Eberhard Diepgens verlor über acht Prozent der Stimmen, die SPD unter Walter Momper gewann dagegen deutlich hinzu und konnte mit der Alternativen Liste eine rot-grüne Koalition bilden. Erstaunlicherweise war der Olympiatraum damit aber nicht vom Tisch. Diepgens Nachfolger Momper spielte die olympische Karte sogar öffentlich, zunächst in einer Rede vor Sportfunktionären, die ich für ihn formulierte. Senatssprecher Werner Kolhoff musste den Text absegnen. Er fragte mich nur: »Verstößt das auch nicht gegen den Koalitionsvertrag mit den Grünen?« Das sahen wir nicht. Ich brachte das Manuskript zu Momper, der zu dieser Zeit mit Gesprächen mit den Alliierten über die angespannt gewordene innerdeutsche Entwicklung beschäftigt war. Er blickte kurz auf den Text und fragte: »Worüber rede ich denn heute?« Ich antwortete: »Sie bewerben sich um die Olympischen Spiele.« Er nickte nur, ging ans Rednerpult und gewann Berlins Sportfunktionäre im Nu. Nun bekam die Sache Drive.

Der Senatssprecher begriff schnell, welche starke innerdeutsche Wirkung von einer offiziellen Olympiabewerbung Berlins im August 1989 ausgehen könnte. Sinngemäß sagte er damals zu mir: »Was für Diepgen die Wiedervereinigung, das ist für uns die gemeinsame Olympiabewerbung in Ost und West.«

Also machten wir uns zunächst in einem kleinen Arbeitsstab an die Arbeit – wir, das waren eine versierte Bürokratin, ein kundiger Verwaltungsbeamter und ich (intern zu Mompers Olympiabeauftragtem ernannt). Weitere Grundsatzreden mussten formuliert und ein zustimmungsfähiger Senatsbeschluss musste erarbeitet werden.

Für den rot-grünen Senat war es offensichtlich wichtig, sich auch auf dem innerdeutschen Feld zu profilieren, ein Terrain mit Nachholbedarf, zumal Walter Momper (selbst nach dem 9. November 1989) lange Zeit nicht an die Möglichkeit einer Wiedervereinigung glaubte. Sein Sprecher Kolhoff war es dann auch, der in sehr kontroversen Debatten innerhalb des rot-grünen Senats mit olympischen Totalverweiger\_innen aufseiten

der grünen Koalitionspartei die Bewerbung vehement verteidigte, sodass im August 1989 ein Senatsbeschluss zustande kam, nunmehr eine offizielle Olympiaprojektgruppe einzusetzen.

## »Gleichzeitig und gleichberechtigt«

Auf einer Pressekonferenz während der Internationalen Funkausstellung begründete Momper am 29. August 1989 diesen Schritt und trug als Ziel vor, »Olympische Sommerspiele gleichzeitig und gleichberechtigt in beiden Teilen Berlins 2004 zu verwirklichen«. <sup>6</sup> Er beschrieb dies als »faites Kooperationsmodell« zwischen beiden Stadthälften und führte weiter aus:

»Der Senat hofft und arbeitet dafür, daß Berlin 1997, wenn das Olympische Komitee entscheidet, keine Stadt der Konfrontation ist, sondern daß die Stadt von guter Nachbarschaft geprägt sein wird. Der Senat hält eine solche Entwicklung angesichts der Veränderungsprozesse in Europa nicht für ausgeschlossen [...] Olympische Spiele in beiden Teilen der Stadt wären die Krönung des Prozesses der Friedenssicherung in Mitteleuropa und gleichzeitig der größte Triumph der olympischen Idee in der Neuzeit.« <sup>7</sup>

Ein 40-köpfiges Team sollte ab dem 12. September bis Ende 1989 ein erstes Konzept ausarbeiten, darunter 25 Mitarbeitende aus Senatsverwaltungen und 15 aus Wirtschaft, Sport und Sponsorenkreisen. Die Firma Siemens stellte uns dafür kostenlos Büroräume in Charlottenburg zur Verfügung, auch eine namhafte Unternehmensberatung versprach, unentgeltlich bei der Konzeption zu helfen. <sup>8</sup>

Danach ging es zum NOK-Präsidenten Willi Daume nach München, wo wir mit den vier anderen deutschen Bewerberstädten zusammentrafen. Das waren seinerzeit Hamburg, Frankfurt am Main, Stuttgart und das Ruhrgebiet. Daume setzte auf dieser Sitzung mit sanfter Gewalt – nur Hamburg musste erst noch »bearbeitet« werden – Berlin als deutsche Kandidatin durch.

## Honecker für Leipzig

Eine rasche Zustimmung Ostberlins wurde allerdings nicht erwartet. Bei einem Treffen mit Erich Honecker am 6. Juni 1989 in Hohenschönhausen hatte Walter Momper bereits vorgefühlt und eine Abfuhr durch den DDR-Staatsratsvorsitzenden erhalten. Honecker brachte stattdessen verlegen Leipzig ins Spiel. <sup>9</sup>

Wir setzten aber darauf, Honecker oder seine Vertrauten mittelfristig »weichzuklopfen«, denn er musste einsehen, dass die sächsische Hauptstadt – ebenso wie Bologna (Italien) viel zu klein und unbekannt für das große Olympiafestival – schon bei der Vorwahl ausscheiden würde. Die DDR-Oberen sollten erkennen, dass sie nur mit uns zusammen die Chance hätten, auch einmal in das damals noch verzaubernde Licht der olympischen Flamme getaucht zu werden. Wir konnten, so dachten wir, geduldig warten, bis der olympische Funke überspringt und auch jenseits der Mauer zündet.

## Umdenken nach dem 9. November

Doch dann kam der 9. November 1989. Ostberliner und -berlinerinnen stürmten die Mauer und rissen die Türen nach Westberlin ganz weit auf. Die Arbeit an der Wiedervereinigung Berlins und Deutschlands begann; auch für uns persönlich eine höchst erfreuliche Tatsache. Aber wir mussten für Olympia plötzlich eine Stadt bewerben, mit der ein Friedensnobelpreis nicht mehr zu gewinnen war. Wir fühlten uns wie der Kaiser ohne Kleider. Wir waren als Olympiabewerber auf Normalmaß zurückgestutzt.

Weitermachen oder aufhören? Das war nun die Frage. Gleich zwei Projekte wie die Wiedervereinigung und die Olympischen Spiele auf einmal zu stemmen, das überforderte aus Sicht der Skeptiker im Berater\_innenkreis die Kräfte dieser Stadt. Andere wie auch ich waren dagegen der Ansicht, Olympia und Zusammenwachsen könnten sich gut ergänzen, denn schon die Vorbereitung der Spiele würde zusätzliche Gelder in den Berliner Haushalt spülen. Die Antwort nahmen uns nach dem Machtwechsel an der Spitze der DDR im Zuge der Friedlichen Revolution die neuen Mitspieler der Ostberliner Stadtregierung ab. Befreit aus der jahrelangen abgeschotteten Isolation durch die DDR, wirkten sie in Gesprächen über die olympische Idee richtig begeistert. Die Möglichkeit, auf dem glänzenden internationalen Spielfeld dabei zu sein, überwog, so mein Eindruck, alle bisherigen Einwände auch unter DDR-Sportfunktionären. Es ging also weiter.

Unerwartete Rückendeckung erfuhren wir am 2. Dezember 1989 auch durch Zuspruch von höchster politischer Ebene: Bei einem Gipfeltreffen der Regierungschefs der Sowjetunion und USA, Michail Gorbatschow und George Bush Senior, auf einem Schiff vor der Insel Malta trug Bush auch die Idee Olympischer Spiele in Berlin vor.<sup>10</sup> Auch wenn Gorbatschow zunächst zauderte, weil er den Berlinstatus nicht infrage gestellt sehen

wollte, sahen wir uns dem Ziel etwas näher, zumal Michail Gorbatschow am Ende des Treffens den Kalten Krieg für überwunden erklärte: »Wir beide haben in den Gesprächen festgestellt, dass die Welt eine Epoche des Kalten Krieges verlässt und in eine andere Epoche eintritt [...] Wir sind am Beginn unseres langen Weges zu einer dauerhaften, friedvollen Periode.«<sup>11</sup>

Friedenstiftende Spiele, das sollte nun zur Maxime für die weiteren Bewerbungskonzepte werden.

Nur einen Monat später, am 2. Januar 1990, machten die Bürgermeister von West- und Ostberlin, Walter Momper und Erhard Krack, das Olympiaprojekt für Gesamtberlin öffentlich. Auch nach der ersten freien Kommunalwahl am 6. Mai 1990 in Ostberlin, aus der Tino Schwierzina (SPD) als neuer Oberbürgermeister Ostberlins hervorging, setzten sich die Bemühungen Seite an Seite fort. Rund eine Woche vor der deutschen Wiedervereinigung, am 25. September 1990, beschloss der rot-grüne Berliner Senat und Ostberlins rot-schwarzer Magistrat (der sogenannte Magi-Senat) die Gründung einer Olympia Berlin 2000 GmbH als landeseigene Gesellschaft, um in die Detailplanung zu gehen. Walter Momper und Tino Schwierzina erklärten zu diesem Anlass, die Olympischen Spiele in Berlin sollten brückenbauend zu einer »Feier des Friedens und der Überwindung der Ost-West-Gegensätze« werden. Der Beschluss fiel allerdings ohne die Stimmen der drei Senator\_innen aus Berlins Alternativer Liste, die Konstruktionsmängel der GmbH und Voreiligkeit beklagten.<sup>12</sup>

## Wieder 2000 statt 2004

Zu diesem Tempo war es auch deshalb gekommen, weil das Zieldatum inzwischen vier Jahre nach vorn gerückt war, denn am 18. September 1990 hatte das IOC eine Überraschung verkündet. Die US-Stadt Atlanta, Heimat des olympischen Großsponsors Coca-Cola, hatte überraschend den Zuschlag für die Jubiläumsspiele 1996 erhalten und brüskierte damit in der Endphase der Wahl den wohl etwas zu selbstsicher aufgetretenen griechischen Favoriten Athen. Geld und Geschäft hatten über Tradition und Stil gesiegt. Doch damit hatte sich nun wieder für das Jahr 2000 ein Olympiafenster für Europa geöffnet. Somit fiel der Beschluss, sich auch schon für »Olympia Berlin 2000« zu bewerben, und wenn dies scheitere, dann eben für 2004.

Ein olympisches Sportereignis bot die Bühne, dies öffentlich zu verkünden. Zum Start des »Wiedervereinigungsmarathons« am 30. September 1990, nunmehr quer durch das ganze Berlin, drückte Walter Momper

unsere nun den Zeitumständen etwas angepasste Bewerbungsphilosophie folgendermaßen aus:

»Berlin bewirbt sich um die Olympischen Spiele im Jahr 2000 oder 2004. Mit diesen Friedensspielen wollen wir das Ende der Ost-West-Konfrontation, die Überwindung der Teilung Europas, die Befreiung auch der Olympischen Familie vom Druck des Kalten Krieges feiern. Europa bricht zu neuen Ufern auf. Die klassische Idee des olympischen Friedens fließt hier nahtlos ein in die Idee der europäischen Sicherheit und Zusammenarbeit. Für solche Olympischen Spiele in Berlin ist die Zeit reif.«<sup>13</sup>

Dann kam erneut ein Wahltermin.

Am 2. Dezember 1990 wurde erstmals ein Gesamtberliner Senat gewählt – überraschend wurde die CDU wieder stärkste Kraft und Eberhard Diepgen erneut »Regierender«. Aber er knüpfte in Sachen Olympia nahtlos an seine Urüberlegungen aus dem Januar 1989 und an die fortgeschrittenen Planungen Walter Mompers sowie Tino Schwierzinas an. Und er holte sich parteiübergreifend die Rückendeckung aller seiner noch lebenden bisherigen Amtsvorgänger. Gemeinsam bekräftigten Diepgen am 21. Februar 1992 die ehemaligen Westberliner Regierenden Bürgermeister ihre Unterstützung für Berlin als Olympiastadt 2000 bei einem Treffen im Gästehaus der Stadt: Walter Momper, Dietrich Stobbe, Hans-Jochen Vogel, Richard von Weizsäcker, Klaus Schütz und Willy Brandt. Ehemalige Ostberliner Bürgermeister fehlten allerdings auf dem damals entstandenen Gruppenfoto.

Als Präsident der Deutschen Rheuma-Liga warb Diepgen betont auch für die Paralympics, die Spiele der Menschen mit Behinderungen. Denn der Grundgedanke der Berliner Olympiabewerbung, »der das Überwinden von Grenzen in den Mittelpunkt stellt, schließt die Integration behinderter Menschen in die Gesellschaft als Selbstverständlichkeit mit ein«,<sup>14</sup> argumentierte er und versuchte auf diese Weise, auch Berliner Olympiakritiker ins Boot zu holen: »Wer Olympia Berlin 2000 ablehnt, nimmt gleichzeitig den vielen behinderten Sportlern in Berlin die großen Vorteile einer erfolgreichen Bewerbung.«<sup>15</sup>

*All together now* wurde nun zur Werbeparole für die *Games at the Gate*, wie wir damals formulierten.

Auch baulich setzte Berlin zügig Zeichen, Olympia tatsächlich zu wollen – noch bevor der Zuschlag greifbar war. So fand am 23. Juni 1993 die Grundsteinlegung der Max-Schmeling-Mehrzwecksporthalle im Prenzlauer Berg statt, zunächst extra für Olympia als Boxhalle konzipiert.<sup>16</sup> Auch das Velodrom, eine olympiagerecht bis zu 12 000 Menschen fassende Radsport- und Schwimmhalle, wurde bereits im Juni 1993, also vier Monate vor der IOC-Entscheidung in Monte Carlo, in Angriff genommen.

## Ernüchterung am 23. September 1993

Allerdings war all dies vergeblich. Denn die Stimmung innerhalb der allein entscheidungsberechtigten IOC-Mitglieder war längst durcheinandergewirbelt. Die eine Fraktion warb für die Spiele im Jahr 2000 vehement für Peking, weil Antonio Samaranch den Chinesen schon im Vorfeld, ohne eine Jahreszahl zu nennen, Olympische Spiele versprochen hatte und sich Sponsor\_innen dort offensichtlich neue und aussichtsreichere Märkte versprachen. Die andere Hälfte der IOC-Mitglieder wollte den Chinesen nach dem blutigen Massaker auf dem Platz des Himmlischen Friedens am 4. Juni 1989 auf keinen Fall schon im Jahr 2000 Olympia überlassen. Strategische Überlegung war nun, einen Austragungsort zu finden, der Peking noch aus der Favoritenrolle drängen konnte.

Das jetzt mauerfreie Berlin, in dem auch immer mehr Proteste gegen eine Olympiabewerbung laut wurden, strahlte diese Attraktivität nicht mehr aus, zumal auch die eingesetzte Olympia GmbH mit ihren hohen und nicht immer nachvollziehbaren Ausgaben für Skandale sorgte. Der Bundesrechnungshof kritisierte das später scharf.<sup>17</sup>

Auch Schmiergeldvorwürfe standen im Raum und Marketingaktionen verunglückten bis hin zur Einladung des IOCs zum Galadinner vor den Pergamonaltar, just dorthin, wo am Vorabend der Olympischen Spiele 1936 der nationalsozialistische Reichsinnenminister Wilhelm Frick ebenfalls das IOC zum Abendessen empfangen hatte.<sup>18</sup>

Außerdem häuften sich Brandanschläge gegen Firmen, die zu den Sponsoren der Bewerbung zählten, gewalttätige Proteste gegen Berlins Olympiabewerbung nahmen zu und negative Medienberichte häuften sich. Für das IOC, so wurde uns rückgekoppelt, schien das aber zweitrangig, denn einfallsreiche Widerstände vor allem junger Akteur\_innen gab es mittlerweile in jeder Bewerberstadt der westlichen Welt.

Für die olympischen Funktionär\_innen war vorrangig, dass ein starker Konkurrent für Peking im weiteren asiatischen Raum gefunden werden musste, um Asien als potenziellen Gastgeber nicht vor den Kopf zu stoßen. Europäische Bewerber fielen damit raus, während die Chancen für das nicht ganz so weit entfernt gelegene Sydney erheblich wuchsen. Mit einer außergewöhnlich überzeugenden Bewerbung schaffte es die australische Stadt dann tatsächlich, Peking noch vom Sockel zu stoßen. Knapp ging Sydney am 23. September 1993 mit 45 zu 43 Stimmen als Sieger gegen Peking aus der Endabstimmung hervor und wurde Olympiastadt 2000. Berlin dagegen schied schon in der zweiten Auswahlrunde nach Istanbul und vor Manchester aus, nur neun IOC-Mitglieder votierten für die Spreemetropole.

Berlin ohne Mauer und Kalten Krieg hatte keinen Mauerbonus mehr. Das hatte indirekt auch Eberhard Diepgen schon im Vorfeld eingestehen müssen. Am 22. April 1993 hatte er bei einem Vortrag zur Semestereröffnung in der Sporthochschule Köln »zehn Thesen zu Olympia Berlin 2000« vorgestellt und sich darum bemüht, der Bewerbung Berlins politisch einen neuen Sinn zu verleihen:

»Mauer und Eiserner Vorhang sind inzwischen gefallen. Berlin, Deutschland und Europa wieder vereint. Unsere große Freude und Dankbarkeit möchten wir mit der Welt teilen. Wir wollen allen danken, die Berlin in schwerer Zeit geholfen haben.«<sup>19</sup>

Für das IOC war jedoch eine Olympiade zum Dankeschönsagen nicht mehr reizvoll genug. Und einen Friedensnobelpreis versprach das auch nicht mehr.

Inzwischen hat hinter den Kulissen erneut eine Diskussion in Berlin um eine neuerliche Olympiabewerbung begonnen – für das Jahr 2036, genau 100 Jahre nach den Olympischen Spielen 1936 unter den Nazis in Berlin. Dies spaltet aber die bisher an der Diskussion Beteiligten. Das gehe schon des historischen Zeitbezugs wegen auf gar keinen Fall, sagen Gegner; Befürworter wie Berlins gegenwärtiger Regierender Bürgermeister Michael Müller sehen es wiederum als Möglichkeit, auch nach außen zu zeigen, wie sich Deutschland und Berlin grundlegend verändert haben. »Mit der Geschichte müssen wir offensiv umgehen«, warb er am 8. September 2020 auf einem Unternehmerkongress im Internet. Man könne »das Datum nutzen, um eine andere Geschichte zu erzählen.«<sup>20</sup>

*Erschienen auf DA Online am 14.11.2020.*

## Anmerkungen

- 1 Zitiert nach: Ronald Reagan's Speech from the Brandenburg Gate in Berlin vom 12.6.1987, [https://docs.google.com/document/preview?hgd=1&id=1J4B9xPqNiU0MJyjmNycTyhLXJJ\\_icZ-2oaYnejZmMO8](https://docs.google.com/document/preview?hgd=1&id=1J4B9xPqNiU0MJyjmNycTyhLXJJ_icZ-2oaYnejZmMO8), letzter Abruf 11.11.2020.
- 2 Vgl. Karsten Lippmann, Verhilft Olympia zur Einheit? Deutsch-deutsche (Nicht-)Bemühungen um die Spiele 1968 für Berlin, in: Deutschlandarchiv, 5.4.2018, [www.bpb.de/267428](http://www.bpb.de/267428), letzter Abruf 21.11.2020.
- 3 Ebd.
- 4 Vgl. Ulrich Eggestein, Zum Thema Olympia-Stadt Berlin, in: Verein Evangelische Sportarbeit Berlin-Brandenburg ESBB (Herausgeber), Sportzeitung »Spuk« – Sport und Kirche – Miteinander im Kirchensport Berlin-Brandenburg, 68. Ausgabe 1/69, S. 107/108.
- 5 Details in: Olympia und Paralympics – ein Festival für alle, Erklärung des Regierenden Bürgermeisters von Berlin 1993 aus Anlass der Vorstellung der Berliner Bewerbungsschrift um die

- Paralympics 2000 im Rathaus Schöneberg, veröffentlicht in: Verein Evangelische Sportarbeit Berlin-Brandenburg ESBB (Herausgeber), Sportzeitung »Spuk« – Sport und Kirche – Miteinander im Kirchensport Berlin-Brandenburg, 68. Ausgabe 1/69, S. 163.
- 6 Siehe: Projektgruppe »Olympische Sommerspiele im Jahr 2004 in Berlin« eingesetzt, Rede des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Walter Momper, auf dem Gelände der Internationalen Berliner Funkausstellung am 29. August 1989, veröffentlicht in: Verein Evangelische Sportarbeit Berlin-Brandenburg ESBB (Herausgeber), »Spuk« – Sport und Kirche – Miteinander im Kirchensport Berlin-Brandenburg, 68. Ausgabe 1/69, S. 110.
- 7 Ebd.
- 8 Ebd., S. 111.
- 9 Vgl. Tom Mastroph, Mompers Ostpolitik im Garten, in: Neues Deutschland, 21.6.2004, <https://www.neues-deutschland.de/artikel/55012.mompers-ostpolitik-im-garten.html>, letzter Abruf 12.11.2020.
- 10 Vgl. M.R. Beschloss/S. Talbot, »Wir betrachten Sie nicht mehr als Feind«, in: Spiegel.de, 23.4.1993, <https://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13680637.html>, letzter Abruf 12.11.2020.
- 11 Zitiert nach: Treffen von Gorbatschow und Bush sen., in: bundesregierung.de, <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/treffen-von-gorbatschow-und-bush-sen--472074>, letzter Abruf 13.11.2020.
- 12 Vgl. Berliner Chronik vom 25. September 1989, in: Der Tagesspiegel, 24.9.2010, <https://www.tagesspiegel.de/berlin/serie-berliner-chronik-25-september-1990/1941886.html>, letzter Abruf 12.11.2020.
- 13 Zitiert nach: 20 Jahre Deutsche Einheit – Der 17. Berlin-Marathon am 30. September 1990, in: German Road Races, 4.10.2010, <https://germanroadraces.de/?p=51975>, letzter Abruf 12.11.2020.
- 14 Siehe: Olympia und Paralympics – ein Festival für alle, Erklärung des Regierenden Bürgermeisters von Berlin 1993 aus Anlaß der Vorstellung der Berliner Bewerbungsschrift um die Paralympics 2000 im Rathaus Schöneberg, veröffentlicht in: Verein Evangelische Sportarbeit Berlin-Brandenburg ESBB (Herausgeber), »Spuk« – Sport und Kirche – Miteinander im Kirchensport Berlin-Brandenburg, 68. Ausgabe 1/69, S. 164.
- 15 Ebd.
- 16 Vgl. Bernd Wähler, Vor 25 Jahren wurde der Grundstein für die Max-Schmeling-Halle gelegt, in: Berliner Woche, 18.6.2018, [https://www.berliner-woche.de/prenzlaue-berg/c-bauen/vor-25-jahren-wurde-der-grundstein-fuer-die-max-schmeling-halle-gelegt\\_a163766](https://www.berliner-woche.de/prenzlaue-berg/c-bauen/vor-25-jahren-wurde-der-grundstein-fuer-die-max-schmeling-halle-gelegt_a163766), letzter Abruf 12.11.2020.
- 17 Vgl. Jens Weinreich, Olympiabewerbung Berlin (2000): »Unkultur im Umgang mit öffentlichen Mitteln«, Sport & Politics, Blogeintrag vom 19.2.2015 mit angehängtem Rechnungshofbericht vom 22. August 1996, <https://www.jensweinreich.de/2015/02/19/olympiabewerbung-berlin-2000-unkultur-im-umgang-mit-oeffentlichen-mitteln/>, letzter Abruf 12.11.2020.
- 18 Vgl. Cornelia Tomerius, Olympia 2000 – Wie Berlin die Spiele verspielte, in: dies., Ach du dickes B: Eine Berliner Pleitengeschichte, München 2013
- 19 In der heißen Phase – Zehn Thesen zu Olympia Berlin 2000, Rede des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Eberhard Diepgen, am 22. April 1993 in der Sporthochschule Köln, im Wortlaut veröffentlicht in: Verein Evangelische Sportarbeit Berlin-Brandenburg ESBB (Herausgeber), »Spuk« – Sport und Kirche – Miteinander im Kirchensport Berlin-Brandenburg, 68. Ausgabe 1/69, S. 164.
- 20 Vgl. auch: Kevin P. Hoffmann, Michael Müller trommelt mit Unternehmern für Olympia 2036 in Berlin, Tagesspiegel.de, 8.9.2020, <https://www.tagesspiegel.de/berlin/der-naechste-versuch-michael-mueller-trommelt-mit-unternehmern-fuer-olympia-2036-in-berlin/26170034.html>, letzter Abruf 13.11.2020.

## Autorinnen und Autoren

**Marcus Böick, Dr.;** ist Historiker und wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Professur für Zeitgeschichte der Ruhr-Universität Bochum. 2016–2017 wissenschaftlicher Mitarbeiter im Projekt zur »Wahrnehmung und Bewertung der Arbeit der Treuhandanstalt« im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums.

**Kerstin Brückweh, Dr.;** ist Historikerin, Fellow am Max-Weber-Kolleg der Universität Erfurt und Privatdozentin an der Eberhard-Karls-Universität Tübingen. Sie leitete von 2016 bis 2020 am Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam die Forschungsgruppe »Die lange Geschichte der ›Wende‹«.

**Ulrich Eggstein, Journalist,** in den 1970er-Jahren CvD bei der Berliner Zeitung *Der Abend*, dann CvD im Presseamt des Landes Berlin (West), zugleich sportpolitischer Berater und langjähriger Redenschreiber für die Regierenden Bürgermeister Diepgen und Momper. Verstarb am 1.1.2021.

**Rüdiger Fikentscher, HNO-Facharzt,** gehörte der SPD-Fraktion der ersten frei gewählten DDR-Volkskammer an, von 1990–2002 SPD-Landesvorsitzender in Sachsen-Anhalt. Von 1994–2002 Fraktionsvorsitzender im Landtag und von 1995 bis 2006 Vorsitzender des SPD-Bundesparteirats.

**Franziska Flucke, Dr.;** als Gymnasiallehrerin für Geschichte und Französisch lehrt sie seit 2010 an der Université Paris Nanterre und ist seit 2017 als Deutschlehrerin im Schulamtsbezirk Straßburg tätig.

**Jörg Ganzenmüller, Prof. Dr.;** Vorsitzender der Stiftung Ettersberg, Professor für europäischen Diktaturenvergleich an der Friedrich-Schiller-Universität Jena, Sprecher des BMBF-Forschungsverbundes »Diktaturerfahrung und Transformation: Biographische Verarbeitungen und gesellschaftliche Repräsentationen in Ostdeutschland seit den 1970er Jahren«

**Thomas Großbölting, Prof. Dr.;** Direktor der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg und Professor für Neuere Geschichte/Zeitgeschichte an der Universität Hamburg, 2017–2020 Dekan des Fachbereichs Geschichte und Philosophie an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster.

**Dietmar Keller**, Dr.; Gesellschaftswissenschaftler, November 1989 bis März 1990 DDR-Kulturminister, PDS-Abgeordneter in der letzten DDR-Volkskammer, 1990–1994 Mitglied der Enquete-Kommission Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland.

**Maximilian Kutzner**, Dr.; Lehrkraft für besondere Aufgaben am Lehrstuhl für Neueste Geschichte der Julius-Maximilians-Universität Würzburg. Er forscht derzeit zur historischen Genese und Performanz von Fake News.

**Andreas Malycha**, Dr. phil.; wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Zeitgeschichte München, Abteilung Berlin. Aktuelles Forschungsprojekt: Vom Hoffnungsträger zum Prügelknaben. Die Treuhandanstalt zwischen wirtschaftlichen Erwartungen und politischen Zwängen.

**Charlotte Misselwitz**, arbeitet publizistisch in Radio und Print zur deutsch-israelischen Themen und hat im Januar 2020 ihre Doktorarbeit an den Universitäten in Essen und Tel Aviv eingereicht.

**Carmen Niebergall**, Ökonomin, war CDU-Abgeordnete der ersten frei gewählten DDR-Volkskammer, ab November 1990 Staatssekretärin für Frauen und Gleichstellungsfragen in Sachsen-Anhalt und bis 2002 Landtagsabgeordnete.

**Ulrich Pfeil**, Prof. Dr.; Professor für Deutschlandstudien an der Université de Lorraine (CEGIL-Metz), seine Schwerpunkte sind die Geschichte der deutsch-französischen Beziehungen, der DDR, des Kalten Krieges und von Versöhnungsprozessen.

**Maximilian Schochow**, Dr.; Stellvertreter des Direktors und Lehrbeauftragter des Instituts für Geschichte, Theorie und Ethik der Medizin der Universität Ulm. 2018 Habilitation für Geschichte, Theorie und Ethik der Medizin. Promotion an der Universität Leipzig zum Thema »Die Ordnung der Hermaphroditen-Geschlechter«.

**Florian Steger**, Univ.-Prof. Dr.; Direktor des Instituts für Geschichte, Theorie und Ethik der Medizin der Universität Ulm, zuvor und seit 2011 in gleicher Funktion am Institut für Geschichte und Ethik der Medizin der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.

**Wolfgang Templin**, Philosoph und Publizist, von 2010 bis 2013 Leiter des Büros der Heinrich-Böll-Stiftung in Warschau. Seine Arbeitsschwerpunkte sind der deutsch-deutsche Vereinigungsprozesses und die Entwicklungen in Osteuropa.

**Clemens Villinger**, von 2016–2020 wissenschaftlicher Mitarbeiter und Doktorand am Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam, seit 2020 wissenschaftlicher Mitarbeiter beim GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften und assoziierter Doktorand im Max-Weber-Kolleg der Universität Erfurt.

**Kathrin Zöllner**, von 2016–2020 wissenschaftliche Mitarbeiterin und Doktorandin am Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam, seit April 2020 wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung des DIPF-Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation.

## Bildnachweis

- S. 9: picture alliance/dpa, Jörg Carstensen
- S. 18: picture alliance/ZB, Klaus Franke
- S. 30: Bundesarchiv, Bild 183-1990-1213-013, ADN/Peer Grimm
- S. 43: picture alliance/ZB, Karlheinz Schindler
- S. 56: picture alliance/ZB, Universität Jena
- S. 69: picture alliance/dpa, Wolfgang Weihs
- S. 79: picture alliance/dpa
- S. 90: picture alliance/dpa, Peter Kneffel
- S. 99: Bundesarchiv, Bild 183-1990-0412-019, Klaus Oberst
- S.107: picture alliance/imageBROKER, Ingo Schulz
- S.112: picture alliance/dpa, Ulf Mauder
- S.127: picture alliance/AP Images, Henry Brueggemann
- S.136: picture alliance, Universität Jena
- S.149: picture alliance/dpa-Zentralbild, Hendrik Schmidt
- S.159: picture alliance/akg-images
- S.173: Franziska Flucke
- S.183: picture alliance/dpa, Peer Grimm



## Deutschland Archiv 2020

Das Online-Portal „Deutschland Archiv“, hervorgegangen aus der gleichnamigen Zeitschrift, ist ein publizistisches Forum zur deutsch-deutschen und gesamtdeutschen Geschichte. Dieser Band enthält eine Auswahl wichtiger Artikel, die im Jahr 2020 erschienen sind. Dazu gehören Beiträge aus den thematischen Schwerpunkten „Transformationsprozesse und Deutsche Einheit“, „Erinnern, Gedenken, Aufarbeiten“, „Alltag und Gesellschaft“, „Die Beziehungen zwischen Frankreich und der DDR“ sowie „Berlin – geteilte Stadt, Mauerfall und Zusammenwachsen“.